DIE OBERBÜRGERMEISTERIN
als Vorsitzende des Rates
der Stadt Völklingen
Zentrale Dienste - Verwaltungsmanagement -

An alle Mitglieder
des Stadtrates

Einladung

Völklingen, 28.03.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich lade Sie zur **Sitzung des Stadtrates** freundlich ein.

Sitzungstermin:	Donnerstag, **11.04.2019, 17:00 Uhr**
Ort, Raum:	Neues Rathaus,Rathausplatz, 66333 Völklingen, Großer Saal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Feststellung der Tagesordnung	
2	Bebauungsplan "II/101 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt im Betzen" in Völklingen - Hier: 1. Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gem. § 1 (7) BauGB im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB; 2. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB	2019/676
3	Bebauungsplan VIII/52 "Ehemaliges Kraftwerksgelände" in Völklingen-Wehrden hier: 1. Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens 2. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.v.m § 13a BauGB 3. Beauftragung der Verwaltung die Beteiligung der Behörden und sonstigen	2019/678

	Träger öffentlicher Belange an der Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 13a BauGB durchzuführen 4. Beauftragung der Verwaltung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit i.S.d. des § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen	
4	Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel hier: Erweiterung der Grundschulstandorte Innenstadt für das Schuljahr 2019/2020	2019/680
5	Bestellung eines besonderen Vertreters	2019/685
6	Wirtschaftsplan 2019 des Sondervermögens "Abwasserbeseitigung"	2019/670
7	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019/2020	2019/684
8	Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020 hier: Fortsetzung der Haushaltsberatungen	2019/671
8.1	Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020 hier: Fortsetzung der Haushaltsberatungen	2019/671-001
8.2	Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020 hier: Fortsetzung der Haushaltsberatungen mit Beschlussfassung	2019/671-002
9	Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis zum Jahr 2022	2019/672
9.1	Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis zum Jahr 2022	2019/672-001
10	Verabschiedung einer Resolution	2019/694
11	Vergabe von Mitteln aus dem Sparkassenüberschuss	2019/696

Nichtöffentliche Sitzung

1	Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung und Feststellung der Tagesordnung	
2	Konzernangelegenheiten	2019/693

Mit freundlichen Grüßen
gez. Christiane Blatt

2019/676
Beschlussvorlage
öffentlich

Bebauungsplan "II/101 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt im Betzen" in Völklingen - Hier: 1. Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gem. § 1 (7) BauGB im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB; 2. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Stadtplanung und -entwicklung	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Ortsrat Völklingen (Anhörung)	Ö
Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

1. Der Abwägungsvorlage wird zugestimmt.

2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „II/101 – 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), wird als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Sachverhalt

In seiner Sitzung am 22.03.2018 hat der Stadtrat beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes **II/101 2. Änderung, "Erweiterung ALDI-Markt im Betzen"** im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB einzuleiten.

Ziel der Bebauungsplanänderung ist es vorrangig, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der Verkaufsfläche von 950 m² auf maximal 1.290 m² durch einen Anbau an das Bestandsgebäude des Lebensmitteldiscounters zu schaffen. Die Erweiterung dient insbesondere der Optimierung betrieblicher Abläufe sowie der Verbesserung der Warenpräsentation und Barrierefreiheit.

Der Beschluss, den Bebauungsplan zu ändern, wurde am 04.04.2018 bekannt gemacht.

Die erste Öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 11.04.2018 bis 11.05.2018 statt. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbarkommunen erhielten mit Schreiben vom 28.03.2018 die Möglichkeit, Stellung zu nehmen und evtl. in Bezug auf ihren Aufgabenbereich bestehende Anregungen vorzubringen.

Aufgrund der im Rahmen der Auslegung eingegangenen Stellungnahmen war eine Änderung der Nutzungsart in ein Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel (hier: ALDI-Markt) vorzunehmen sowie die grünordnerischen Festsetzungen über die Anrechnung der Bestandsbäume auf die Eingrünung der Stellplätze anzupassen. Die „Auswirkungsanalyse zur Erweiterung des ALDI-Marktes Im Betzen“ wurde parallel dazu überarbeitet und hinsichtlich der Erfüllung des Integrationsgebotes als Ziel der Raumordnung und Landesplanung konkretisiert. Aufgrund dessen musste der Entwurf des Bebauungsplanes erneut öffentlich ausgelegt werden.

Im Hinblick auf die Erfüllung des Integrationsgebotes als Ziel der Raumordnung und Landesplanung hatte eine konzeptionelle Absicherung gefehlt. Die Stadt Völklingen besitzt kein eigenes gesamtstädtisches Einzelhandelskonzept, das Einzelhandelskonzept des Regionalverbandes Saarbrücken ist noch in der Erarbeitungsphase. Der Stadtrat hat daher in seiner Sitzung am 24.01.2019 den Beschluss gefasst, den bestehenden ALDI-Standort im Betzen als **"solitären Ergänzungsstandort"** zu definieren.

Die erneute verkürzte Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand vom 17.01.2019 bis 01.02.2019 statt. Im Anschreiben vom 08.01.2019 wurde darauf hingewiesen, dass bei Nichtäußerung davon ausgegangen wird, dass keine Bedenken und Anregungen vorliegen. Stellungnahmen konnten nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden.

Zur vorliegenden Planung haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert. Zu den eingegangenen Anregungen wurde eine Stellungnahme erstellt, die als **Anlage** beigefügt ist. Sollten nach Erstellung dieser Sitzungsvorlage noch weitere Anregungen eingehen, werden diese bis zur Sitzung nachgereicht.

Anregungen der betroffenen Öffentlichkeit zu der beabsichtigten Änderung sind in diesem Zeitraum nicht eingegangen.

Die Verwaltung empfiehlt, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB vorgebrachten öffentlichen und privaten Belange analog der als Anlage beigefügten Synopse gem. § 1 (7) BauGB abzuwägen, den Bebauungsplan gem. § 10 (1) BauGB als Satzung zu beschließen und die Begründung zu billigen.

Anlage/n

- BBP ALDI-PLAN (öffentlich)
- BBP ALDI-Begründung (öffentlich)
- BBP Aldi Abwägungssynopse (öffentlich)
- Lageplan (öffentlich)

TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

GELTUNGSBEREICH
(§ 9 ABS. 7 BAUGB)

SONSTIGES SONDERGEBIET; HIER: GEBIET FÜR GROSSFLÄCHIGEN EINZELHANDEL; HIER: ALDI-MARKT
(§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 11 BAUNVO)

FH max. 9,5 m — HÖHE BAULICHER ANLAGEN; HIER: MAXIMALE FIRSTHÖHE
(§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO)

GR 7.100 qm — ZULÄSSIGE GRUNDFLÄCHE
(§ 9 ABS.1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO)

Bauweise a — ABWEICHENDE BAUWEISE
(§ 9 ABS.1 NR. 2 BAUGB UND § 22 ABS. 4 BAUNVO)

BAUGRENZE
(§ 9 ABS.1 NR. 2 BAUGB UND § 23 ABS. 3 BAUNVO)

St — FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, NEBENANLAGEN UND EINKAUFSWAGENBOX
(§ 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB)

ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTBEREICH
(§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)

P — PRIVATE GRÜNFLÄCHE
(§ 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB)

FLÄCHEN FÜR DEN HOCHWASSERSCHUTZ; HIER: ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIET (ÜSG)
(§ 9 ABS. 1 NR. 16 BAUGB I.V.M. § 9 ABS. 6A BAUGB)

Art der baulichen Nutzung	Firsthöhe
Zulässige Grundfläche	Bauweise
-	-

ERLÄUTERUNG DER NUTZUNGSSCHABLONE

VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN



Quelle: Kühn Architekten GmbH, Eppelborn, Stand: 21.08.2018; ohne Maßstab.

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (ANALOG § 9 BAUGB + BAUNVO)

1. BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
§ 12 ABS. 3A BAUGB I.V.M. § 9 ABS. 2 BAUGB

Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB wird unter Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

2. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB; §§ 1-14 BAUNVO

SONSTIGES SONDERGEBIET - GEBIET FÜR GROSSFLÄCHIGEN EINZELHANDEL; HIER: „ALDI-MARKT"
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 11 BAUNVO

Siehe Plan.

Sonstiges Sondergebiet analog § 11 Abs. 3 BauNVO - Gebiet für großflächigen Einzelhandel; hier: Aldi-Markt

Zulässig sind analog § 11 Abs. 3 BauNVO:

1. Ein ALDI-Markt mit einer Verkaufsfläche von max. 1.290 qm,
2. Lagerräume,
3. Funktions- und Nebenräume,
4. Verwaltungsräume,
5. Aufenthalts-/ Sozialräume für Personal,
6. Nebenanlagen,
7. Stellplätze,
8. Werbeanlagen,
9. Abfallpressen,
10. Wertstoff- und Abfallbehälter,
11. alle sonstigen für den ordnungsgemäßen Betrieb der Filiale erforderlichen Einrichtungen (z.B. Pfandräume).

3. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. §§ 16-21A BAUNVO

3.1 HÖHE BAULICHER ANLAGEN; HIER: FIRSTHÖHE
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 18 BAUNVO

Siehe Plan.
Maßgebender oberer Bezugspunkt für die baulichen und sonstigen Anlagen ist die Firsthöhe. Die maximale Firsthöhe (Oberkante First Hauptdach) wird auf 9,5 m festgesetzt.

Maßgebender unterer Bezugspunkt für die Angabe der Höhe der baulichen Anlagen ist die Oberkante des vorhandenen fertigen Erdgeschossfußbodens.

Die zulässige Firsthöhe kann durch untergeordnete Bauteile (technische Aufbauten, etc.) auf max. 10 % der Grundfläche bis zu einer Höhe von max. 1,5 m überschritten werden.

3.2 ZULÄSSIGE GRUNDFLÄCHE
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO

Siehe Plan.
Die zulässige Grundfläche (GR) wird analog § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 2 bis 4 BauNVO auf 7.100 qm festgesetzt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von

1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,
3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen.

4. BAUWEISE
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 22 BAUNVO

Innerhalb des Geltungsbereichs wird eine abweichende Bauweise analog § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt. In der abweichenden Bauweise darf eine Gebäudelänge von 50 m überschritten werden. Eine Bebauung ohne Einhaltung des Grenzabstandes ist zulässig.

5. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 23 BAUNVO

Siehe Plan.
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Analog § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen Gebäude und Gebäudeteile die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann ausnahmsweise zugelassen werden.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebiets selbst dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen (z.B. befestigte Zufahrten und Zugänge, Wege, Einkaufswagenboxen sowie alle sonstigen für den ordnungsgemäßen Betrieb des ALDI-Marktes erforderlichen Einrichtungen (z.B. Abfallpresse & -behälter). Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend.

(siehe ergänzend auch Festsetzung der Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen analog § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

6. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, NEBENANLAGEN UND EINKAUFSWAGENBOX
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

Siehe Plan.
Stellplätze und Nebenanlagen sind sowohl innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen als auch in den festgesetzten Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen zulässig. Innerhalb der festgesetzten Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen sind Ladestationen für Elektromobile sowie Einkaufswagenboxen als Nebenanlagen zulässig. Es sind mindestens 110 Stellplätze nachzuweisen.

7. ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTBEREICH
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

Siehe Plan.
Das Plangebiet wird durch die Straße „Im Betzen" im Nordwesten erschlossen. Ein- und Ausfahrten zum Kundenparkplatz sowie für die Anlieferung sind im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes ausschließlich in dem dafür vorgesehenen Bereich zulässig.

8. PRIVATE GRÜNFLÄCHE
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB

Siehe Plan.

9. FLÄCHEN FÜR DEN HOCHWASSERSCHUTZ; HIER: ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIET (ÜSG)
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 16 BAUGB I.V.M. § 9 ABS. 6A BAUGB

Siehe Plan.

10. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN, UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
ANALOG § 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB

Die Stellplätze sind gem. FLL-Richtlinie („Empfehlungen für Baumpflanzungen") zu begrünen. Je 10 Stellplätze ist mindestens 1 hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und fachgerecht zu pflegen.

Der bereits bestehende Baumbestand im Bereich der Stellplätze kann auf die Zahl der anzupflanzenden Stellplatzbegrünung angerechnet werden.

Es sind einheimische und regionaltypische Arten zu verwenden.

Pflanzliste Stellplatzeingrünung
- Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)
- Spitz-Ahorn (Acer planaoides)
- Feld-Ahorn (Acer campestre)
- Stiel-Eiche (Quercus robur)
- Vogel-Kirsche (Prunus avium)
- Winter-Linde (Tilia cordata)
- Sommer-Linde (Tilia platyphyllos)
- Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)
- Gemeiner Schneeball (Viburnum opulus)
- Hainbuche (Carpinus betulus)

Pflanzenmaterial und -qualität
Zur schnelleren Wirksamkeit der Pflanzmaßnahmen werden folgende Mindest-Qualitätsstandards an das zu verwendende Pflanzenmaterial gestellt:
- Hochstämme: (3xv., StU 16-18 cm)

Bei den Anpflanzungen sind die DIN 18320, DIN 18915, DIN 18916, DIN 18919, DIN 18920 sowie die FLL Empfehlungen für Baumpflanzungen (Teil1 und 2), FLL ZTV Baumpflege und FLL Gütebestimmungen für Baumschulpflanzen zu beachten.

11. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
ANALOG § 9 ABS. 7 BAUGB

Siehe Plan.

FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. LBO UND SWG)

Abwasserbeseitigung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit §§ 49-54 Landeswassergesetz)

Das Plangebiet ist im Mischsystem zu entwässern. Die anfallenden Abwässer sind der bestehenden Mischwasserkanalisation zuzuführen. Die Vorschaltung von Speichern (z.B. Zisterne) zur Brauchwassernutzung ist generell zulässig.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 85 Abs. 4 LBO)

Fassadengestaltung, Dächer:
- Gebäudeerweiterungen sind hinsichtlich ihres äußeren Erscheinungsbildes dem Bestand (zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses des vorliegenden Bebauungsplanes) anzupassen.
- Die Errichtung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie (Photovoltaik, Solare Wärmenutzung) auf den Dachflächen ist zulässig.

Werbeanlagen:
- Werbeanlagen sind an der Stätte der Leistung zulässig. Es sind darüber hinaus gemeinsame Hinweisschilder oder -tafeln zulässig (auch Fremdwerbung). Die Höhe der Hinweisschilder oder -tafeln darf max. 8,0 m betragen. Zusätzlich ist ein Werbepylon mit einer Höhe von 15,0 m zulässig. Unzulässig sind blinkende Leuchtreklamen sowie zeitweise und sich ständig bewegende Werbeanlagen.

KENNZEICHNUNG ANALOG § 9 ABS. 5 BAUGB

- Das Plangebiet liegt auf der Altlastverdachtsfläche VK_6439. Der Bauherr hat die Baumaßnahme von einem Sachverständigen gem. § 18 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Sachgebiete 2 bis 5 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen für den Bodenschutz und die Altlastenbehandlung im Saarland (VSU) in der derzeit gültigen Fassung begleiten zu lassen (Sachverständige s. www.resymesa.de).
- Ergeben sich während der Durchführung der Baumaßnahme Anhaltspunkte über schädliche Bodenveränderungen, hat der Bauherr gem. § 2 Abs. 1 Saarländisches Bodenschutzgesetz (SBodSchG) die Verpflichtung, das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz in seiner Funktion als Untere Bodenschutzbehörde zu informieren.

HINWEISE

- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt. Die Vorschriften des § 13 BauGB gelten entsprechend. Damit wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB und gem. § 13 Abs. 2 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.
- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" ersetzt in seinem Geltungsbereich den rechtskräftigen Bebauungsplan „Gewerbegebiet östlich der Karolingerstraße" von 1997.
- Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht von Bodenfunden und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 1 und 2 SDschG) wird hingewiesen.
- Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen.
- Sind im Plangebiet Altlasten oder altlastenverdächtige Flächen bekannt oder ergeben sich bei späteren Bauvorhaben Anhaltspunkte über schädliche Bodenveränderungen, besteht gemäß § 2 Abs. 1 Saarländisches Bodenschutzgesetz (SBodSchG) die Verpflichtung, die untere Bodenschutzbehörde des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz zu informieren.
- Im Plangebiet sind keine konkreten Hinweise auf mögliche Kampfmittel zu erkennen. Sollten wider Erwarten Kampfmittel gefunden werden (Zufallsfunde), so ist über die zuständige Polizeidienststelle der Kampfmittelbeseitigungsdienst unverzüglich zu verständigen.
- Der Geltungsbereich befindet sich im Bereich einer ehemaligen Eisenerzkonzession. Aus den Unterlagen des Oberbergamtes des Saarlandes geht jedoch nicht hervor, ob diesbezüglich unter diesem Gebiet Bergbau umgegangen ist. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und dies ggf. dem Oberbergamt des Saarlandes mitzuteilen.
- Im Bereich des betroffenen Streckenabschnitts finden bis vsl. Ende 2019 Arbeiten im Zusammenhang mit dem Projekt „ESTW Dillingen" statt.
- Die Sichtverhältnisse des Lokführers dürfen hierdurch nicht verschlechtert werden. Die Sicht auf Signale an der Bahnanlage muss gewährleistet sein. Durch neue Gebäude darf keine Blendwirkung verursacht werden. Eine Zuwegungsmöglichkeit zu den Gleisen zu Inspektionszwecken/ Notfallmanagement muss weiterhin gegeben sein. Eine Kabel- und Leitungsermittlung im Grenzbereich bzw. auf dem Baugrundstück wurde seitens der DB Netz AG nicht durchgeführt. Sollte dies gewünscht werden, so ist rechtzeitig -ca. 6 Wochen vor Baubeginn- eine entsprechende Anfrage an die DB AG, DB Immobilien, Bahnhofstraße 5, 76137 Karlsruhe zu richten. Ggf. sind im Baubereich vor Baubeginn entsprechende Suchschlitze von Hand auszuführen. Der Gefahrenbereich der Eisenbahn darf nicht ohne entsprechende Sicherungsmaßnahmen betreten werden. Sollte dies erforderlich sein, ist ein Sicherungsplan und ggf. eine Betra (Betriebs- und Bauanweisung) schriftlich bei der DB Netz AG zu beantragen. Durch die Baumaßnahme darf die Stabilität des Untergrundes nicht beeinträchtigt werden. Der evtl. vorhandene Bahndamm darf auf keinen Fall angegraben werden, die Standsicherheit des Bahndamms muss jederzeit gewährleistet sein. Dach-, Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Einer Versickerung in Gleisnähe kann nicht zugestimmt werden. Die Entwässerung des Bahnkörpers darf nicht beeinträchtigt werden. Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Der Bauherr ist angehalten, das Grundstück im Interesse der öffentlichen Sicherheit und auch im Interesse der Sicherheit der auf seinem Grundstück verkehrenden Personen und Fahrzeuge derart einzufrieden, dass ein gewolltes oder ungewolltes Betreten und Befahren von Bahngelände oder sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen verhindert wird. Die Einfriedung ist vom Bauherrn bzw. seinen Rechtsnachfolgern laufend instand zu halten und ggf. zu erneuern. Die anfallenden Kosten gehen zu Lasten des Bauherrn bzw. seiner Rechtsnachfolger. Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Bei den weiteren Planungen sowie konkreten Baumaßnahmen ist eine Beteiligung der DB Netz AG erforderlich, besonders wenn es sich um Brücken, Stützwände, Entwässerung, Erdkörper usw. handelt.
- Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Bei Konkretisierung der Planungen ist eine Planauskunft und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzuordern. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bittet die Telekom zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen sich rechtzeitig in Verbindung zu setzen.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB I.V.M. § 9 ABS. 6A BAUGB

Überschwemmungsgebiet
Gem. der Hochwassergefahrenkarte (HWGK) Saar HQ 100 (Stand: 11/2013) überlappt sich das Plangebiet geringfügig mit dem noch festzusetzenden Überschwemmungsgebiet (ÜSG) der Saar. Sind in diesem Bereich keine Geländeaufhöhungen geplant; ist keine Beurteilung zum Hochwasserschutz notwendig.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:
- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634).
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434).
- Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 3 des Gesetzes vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465).
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254).
- § 12 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 840).
- Saarländische Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. I S. 358, 2014 I S. 822).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz - (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. I S. 790).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDschG) (Art. 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege) vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. 2018, S. 358).
- Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 03. Dezember 2013 (Amtsbl. I 2014 S. 2).
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl. S. 2393).

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat am __.__.____ das Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am __.__.____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs.1 BauGB).
- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird gem. § 13a BauGB im vereinfachten Verfahren aufgestellt. Gem. § 13a Abs. 3 und 4 BauGB wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB nicht durchgeführt.
- Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat in seiner Sitzung am __.__.____ den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" beschlossen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom __.__.____ bis einschließlich __.__.____ öffentlich ausgelegen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch per Mail abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am __.__.____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom __.__.____ von der Auslegung benachrichtigt (§ 13a BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum __.__.____ zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am __.__.____.
- Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat am __.__.____ den Entwurf gebilligt und die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" beschlossen (§ 13a BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), der Begründung, der „Auswirkungsanlayse zur Erweiterung des ALDI-Marktes Im Betzen" sowie der „Gutachterlichen Stellungnahme zum Bauvorhaben Erweiterung des ALDI-Marktes Völklingen Im Betzen am rechten Saarufer (Saar-km 77,450; Stauhaltung Lisdorf), hat in der Zeit vom __.__.____ bis einschließlich __.__.____ erneut öffentlich ausgelegen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch per Mail abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am __.__.____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am __.__.____.
- Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat am __.__.____ den Entwurf gebilligt und die erneute öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Völklingen, den __.__.____

Die Oberbürgermeisterin

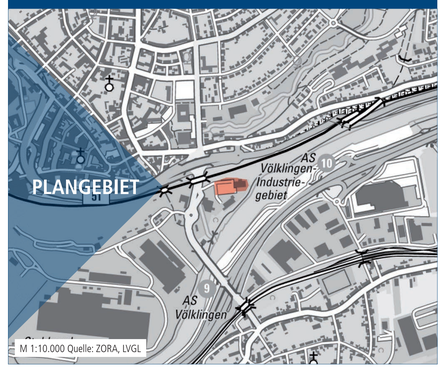
- Der Satzungsbeschluss wurde am __.__.____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB). In dieser Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme, die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen der §§ 214, 215 BauGB und auf die Rechtsfolgen des § 12 Abs. 6 KSVG hingewiesen worden.
- Mit dieser Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Völklingen, den __.__.____

Die Oberbürgermeisterin

II/101 – 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen

Vorhabenbezogener Bebauungsplan in der Mittelstadt Völklingen, Stadtteil Völklingen



Bearbeitet im Auftrag der
ALDI GmbH & Co. KG
Am Bommersbacher Hof 1-5
66359 Bous

Stand der Planung: 25.02.2019
SATZUNG

Maßstab 1:1000 im Original
Verkleinerung ohne Maßstab
0 10 50 100

Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH
Kirchenstraße 12 - 66557 Illingen
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70
email: info@kernplan.de
Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End

KERN PLAN

II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen

Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan in der Mittelstadt Völklingen, Stadtteil Völklingen



25.02.2019, SATZUNG

KERN PLAN

II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen

IMPRESSUM

Im Auftrag:

ALDI GmbH & Co. KG
Am Bommersbacher Hof 1-5,
66359 Bous

Stand: 25.02.2019, Satzung

Verantwortlich:

Geschäftsführende Gesellschafter
Dipl.-Ing. Hugo Kern, Raum- und Umweltplaner
Dipl.-Ing. Sarah End, Stadtplanerin AKS

Projektbearbeitung:

Daniel Steffes, M.A. Geograph

Hinweis:

Inhalte, Fotos und sonstige Abbildungen sind geistiges Eigentum der Kernplan GmbH oder des Auftraggebers und somit urheberrechtlich geschützt (bei gesondert gekennzeichneten Abbildungen liegen die jeweiligen Bildrechte/Nutzungsrechte beim Auftraggeber oder bei Dritten).

Sämtliche Inhalte dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung der Kernplan GmbH bzw. des Auftraggebers (auch auszugsweise) vervielfältigt, verbreitet, weitergegeben oder auf sonstige Art und Weise genutzt werden. Sämtliche Nutzungsrechte verbleiben bei der Kernplan GmbH bzw. beim Auftraggeber.

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel. 0 68 25 - 4 04 10 70
Fax 0 68 25 - 4 04 10 79
www.kernplan.de · info@kernplan.de

KERN PLAN

INHALT

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung 4

Grundlagen und Rahmenbedingungen 6

Das Projekt 19

Begründungen der Festsetzungen und weitere Planinhalte 20

Auswirkungen des Bebauungsplanes, Abwägung 23

Anlage: Vorprüfung nach UVPG

Anlage: Auswirkungsanalyse Erweiterung ALDI Völklingen, Im Betzen

Anlage: Gutachterliche Stellungnahme zum Bauvorhaben Erweiterung des ALDI-Marktes Völklingen Im Betzen am rechten Saarufer (Saar-km 77,450; Stauhaltung Lisdorf)

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung

Die ALDI GmbH & Co. KG betreibt in der Mittelstadt Völklingen, im Stadtteil Völklingen, eine Filiale. Die Nachfrage der Kunden ist nach wie vor hoch. Der Standort entspricht jedoch nicht mehr den zeitgemäßen Anforderungen.

Das neue Konzept der Firma ALDI sieht die Erweiterung der Verkaufsfläche von aktuell ca. 950 qm auf maximal 1.290 qm durch einen Anbau an das Bestandsgebäude des Lebensmitteldiscounters vor. Aus betrieblicher Sicht ergibt sich die Notwendigkeit zur Optimierung der bestehenden Filiale und Steigerung der Attraktivität des Marktes (Verbesserung der Barrierefreiheit und der Logistik). Eine Erweiterung der Verkaufsfläche ist erforderlich, um das aktuelle Sortiment der Firma ALDI weiterhin anbieten zu können und gleichzeitig den veränderten Anforderungen der Kunden gerecht zu werden. Die Erweiterung dient somit nicht der Ausweitung des Sortimentes, sondern insbesondere der Optimierung betrieblicher Abläufe sowie der Verbesserung der Warenpräsentation und Barrierefreiheit.

Durch die bauliche Erweiterung ergibt sich darüber hinaus die Möglichkeit der Umstrukturierung der Verkaufsräume. Damit kann auch die langfristige Sicherung des Versorgungsstandortes gewährleistet werden.

Das Vorhaben ist nach aktueller Rechtsgrundlage nicht realisierungsfähig. Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Planung bedarf es daher gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes.

Die Mittelstadt Völklingen hat somit nach § 1 Abs. 3 BauGB und § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" beschlossen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen" ersetzt in seinem Geltungsbereich den rechtskräftigen Bebauungsplan „Gewerbegebiet östlich der Karolingerstraße" von 1997.

Die „Auswirkungsanalyse Erweiterung ALDI Völklingen, Im Betzen 1" der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH; Ludwigsburg (Stand: 16.05.2018 inkl. Ergänzung vom 17.08.2018) hat nachgewiesen, dass die durch das Erweiterungsvorhaben von Aldi ausgelösten Umsatzumverteilungseffekte zu keinen städtebaulich relevanten Auswirkungen im Lebensmittelbereich führen werden. Das Vorhaben dient in erster Linie der Modernisierung und Anpassung des Aldi-Marktes an aktuelle und künftige Kunden- und Logistikanforderungen. Auswirkungen auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche (Innenstadt Völklingen) oder auf die verbrauchernahe Versorgung können ausgeschlossen werden. Auch die landesplanerischen Vorgaben werden eingehalten.

Der Stadtrat hat zwischenzeitlich beschlossen den Einzelhandelsstandort Aldi als „solitären Ergänzungsstandort" festzulegen.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes umfasst eine Fläche von ca. 7.800 qm.

Mit der Erstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und der Durchführung des Verfahrens wurde die Kernplan Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH, Kirchenstraße 12, 66557 Illingen, beauftragt.

Verfahrensart

Das Verfahren wird nach § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt. Es handelt es sich bei der Planung um eine Maßnahme der Innenentwicklung (Nachverdichtung). Mit dem Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte vom 21. Dezember 2006, das mit der Novellierung des Baugesetzbuches am 1. Januar 2007 in Kraft trat, fällt die seit Juli 2004 vorgesehene förmliche Umweltprüfung bei Bebauungsplänen der Größenordnung bis zu 20.000 qm weg. Dies trifft für den vorliegenden Bebauungsplan zu, da das Plangebiet lediglich eine Fläche von ca. 7.800 qm in Anspruch nimmt.

Weitere Voraussetzung der Anwendung des § 13a BauGB ist, dass keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Umweltbelange vorliegen. Dies trifft für den vorliegenden Bebauungsplan zu.

Das beschleunigte Verfahren ist ausgeschlossen, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG oder nach Landesrecht unterliegen. Nach den Bestimmungen der Nrn. 18.6 und 18.8 der Anlage 1 zum UVPG bzw. der Nrn. 3.6 und 3.8 des SaarlUVPG ist bei einem Bau eines Einkaufszentrums, eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes oder eines sonstigen großflächigen Handelsbetriebes im Sinne des § 11 Abs. 3 Satz 1 BauNVO, für den in „sonstigen Gebieten" bzw. im Innenbereich ein Bebauungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt wird und dessen zulässige Geschossfläche zwischen 1.200 qm und 5.000 qm beträgt, eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Der Schwellenwert von 1.200 qm Geschossfläche wird im vorliegenden Fall überschritten, weshalb eine entsprechende Vorprüfung erforderlich ist.

Bei der allgemeinen Vorprüfung ist die Anlage 2 zum UVPG heranzuziehen, um im Rahmen einer überschlägigen Prüfung festzustellen, ob die Planung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen wären.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles gem. § 3c UVPG kommt zu dem Ergebnis, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich. Die Ergebnisse dieser überschlägigen Prüfung sind der entsprechenden Tabelle im Anhang zu entnehmen.

Die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB gelten entsprechend.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB und § 13a Abs. 2 und 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, der zusammenfassenden Erklärung nach

§ 10a Abs. 1 BauGB und von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen wird.

Flächennutzungsplan

Der aktuell rechtswirksame Flächennutzungsplan des Regionalverbandes Saarbrücken stellt für das Gebiet eine gewerbliche Baufläche dar. Somit ist der Bebauungsplan nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Der Flächennutzungsplan ist gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

Voraussetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

Zur Schaffung von Baurecht durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- Der Vorhaben- und Erschließungsplan, der eine umfassende Gesamtbeschreibung des Vorhabens enthält, ist von dem Vorhabenträger zu erarbeiten, der Kommune vorzulegen und abzustimmen.
- Der Durchführungsvertrag, in dem sich der Vorhabenträger auf der Grundlage eines mit der Kommune abgestimmten Planes zur Durchführung des Vorhabens innerhalb einer bestimmten Frist und zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten ganz oder teilweise verpflichtet, ist vor dem Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zwischen Vorhabenträger und Kommune abzuschließen.
- Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird gem. § 12 BauGB Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Der Durchführungsvertrag und die darin enthaltenen Verpflichtungen des Vorhabenträgers hingegen bleiben rechtlich gegenüber dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan selbstständig.

Grundlagen und Rahmenbedingungen

Lage und Begrenzung des räumlichen Geltungsbereiches

Das Plangebiet liegt südlich der Innenstadt Völklingen, östlich der Karolingerstraße (L136), unmittelbar an der Straße „Im Betzen".

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird wie folgt begrenzt:

- im Norden durch einen Grünstreifen sowie die daran angrenzende Bahntrasse (Trier - Saarbrücken),
- im Osten durch einen Grünstreifen sowie den daran angrenzenden Leinpfad und die Saar,
- im Süden durch das Betriebsgelände des Takko-Textilmarktes,
- im Westen durch das Betriebsgelände des Autohauses Bunk GmbH & Co..

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen.

Nutzung des Plangebietes und Umgebungsnutzung, Eigentumsverhältnisse

Die direkte Umgebung des Plangebietes ist überwiegend durch gewerbliche Nutzung sowie die Bahntrasse geprägt. Östlich grenzt der Leinpfad an das Plangebiet an, welcher wiederum entlang der nördlichen Saarseite verläuft. Im Süden grenzt das Plangebiet direkt an die Stellplatzflächen des Takko-Textilmarktes an. Im Westen grenzt der ALDI-Markt unmittelbar an die Außenschauplätze des Autohauses Bunk an. Im Norden des Geltungsbereiches trennt ein mit Gehölzbestand versehener Grünstreifen das Plangebiet von der Bahntrasse (Trier -Saarbrücken) ab.

Das Plangebiet befindet sich vollständig im Eigentum des Vorhabenträgers.

Topografie des Plangebietes

Ein Großteil des Plangebietes stellt sich aufgrund der derzeitigen Nutzung als vergleichsweise eben dar. Lediglich der südöstlich des Bestandsmarktes gelegene Bereich weist ein Gefälle zum Leinpfad und im weiteren Verlauf zur Saar nach Südosten hin auf.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Topografie in irgendeiner Weise auf die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes (insbesondere Festsetzung der Baufenster) auswirken wird.

Verkehrsanbindung

Das Gelände des ALDI-Marktes ist heute über die Straße „Im Betzen" an das örtliche



Orthofoto des Geltungsbereiches; ohne Maßstab; Quelle: LVGL; Bearbeitung: Kernplan

Verkehrsnetz angeschlossen. Im Weiteren Verlauf bindet die Karolingerstraße (L136) das Plangebiet an das überörtliche Verkehrsnetz (A620) an. Das Plangebiet ist aufgrund der Vornutzung bereits erschlossen. Weiterer Erschließungsanlagen bedarf es zur Realisierung des Vorhabens nicht.

Ver- und Entsorgung

Die für das Vorhaben erforderliche Ver- und Entsorgungsinfrastruktur ist bereits vorhanden. Anschlusspunkte befinden sich in unmittelbarer Nähe des Plangebietes.

Die nach § 49 a SWG geltenden Vorgaben zur Beseitigung des Niederschlagswassers (Nutzung, Versickerung, Verrieselung, Einleitung des Niederschlagswassers in ein oberirdisches Gewässer) sind hier nicht anzuwenden, da das Grundstück vor dem Jahr 1999 bereits bebaut, damit befestigt und an die öffentliche Kanalisation angeschlossen war.

Gemäß des Kartendienstes zur potenziellen Versickerungseignung ist der Geltungsbereich für eine Versickerung nicht geeignet (Quelle: LVGL, GeoPortal Saarland, Stand der Abfrage: 19.12.2017).

Ein Vorfluter (Saar) ist in kurzer Entfernung südlich des Plangebiets vorhanden.

Da es sich nur um eine Erweiterung handelt, wird die Ver- und Entsorgung nicht grundlegend geändert.

Die konkretisierten Planungen / Detailplanungen müssen vor der Bauausführung noch mit den Ver- und Entsorgungsträgern abgestimmt werden.



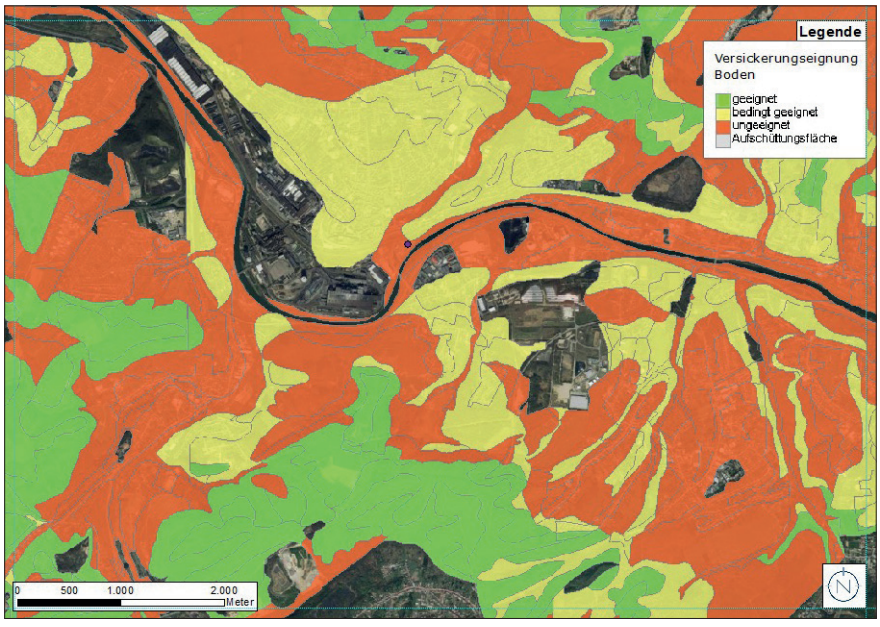
Blick von Westen auf das bestehende ALDI-Gebäude mit Stellplatzflächen im Vordergrund

Fachgutachten „Auswirkungsanalyse Erweiterung ALDI Völklingen, Im Betzen 1“

Die GMA - Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH; Ludwigsburg wurde mit der einzelhandelsgutachtlichen Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen der Erweiterung des ALDI-Marktes in Völklingen beauftragt.

Aufgabenstellung / Rahmendaten

„Die Fa. ALDI GmbH & Co. KG, Bous, plant die Verkaufsflächenerweiterung eines langjährig in Völklingen bestehenden Aldi-Marktes am Standort „Im Betzen“. Im Zuge der Modernisierung soll die Verkaufsfläche (= VK) des Marktes von derzeit 947 m² auf dann ca. 1.290 m² erweitert werden (Erweiterungsfläche rd. 340 m²). Die Erweiterung der Verkaufsfläche soll durch einen Anbau im südlichen Teil des Gebäudes erfolgen. Ziel der Erweiterung ist es, durch eine großzügigere Gestaltung des Verkaufsraumes und eine optimierte Warenpräsentation die Kundenfreundlichkeit des Marktes zu erhöhen. So können mehr Regalflächen in bequemer Greifhöhe und größere Verkehrs- und Gangflächen geschaffen und hierdurch Einkaufshemmnisse für ältere oder körperbehinderte Kunden abgebaut werden. Hinzu kommen steigende Optimierungsvorgaben der internen Logistik. Eine wesentliche Sortimentsveränderung oder –erweiterung ist hingegen nicht vorgesehen.



Ausschnitt Versickerungseignung; Quelle: LVGL, Geoportal Saarland, Stand: 19.12.2017, Bearbeitung: Kernplan

Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen ist die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes vorgesehen. In diesem Zusammenhang ist in Abstimmung mit der Stadt Völklingen eine kurze Auswirkungsanalyse zu erstellen, in der die wesentlichen Daten zu Standort und Wettbewerbssituation aufbereitet werden. Darauf baut eine Untersuchung der potenziellen Umsatzumverteilungen durch das Erweiterungsvorhaben insbesondere auf die Innenstadt Völklingen sowie eine Bewertung des Vorhabens hinsichtlich der Vorgaben der Landesplanung auf. Diese Untersuchung wurde im Mai 2018 vorgelegt. Da sich zwischenzeitlich wichtige Wettbewerbsbedingungen geändert haben (Wegfall Wasgau Heidstock) wurde das Gutach-

ten noch einmal aktualisiert auch im Hinblick auf Einwohner- und Kaufkraftdaten sowie sonstige soziodemografische Rahmenbedingungen.

Zur Erarbeitung der vorliegenden Auswirkungsanalyse erfolgte im Januar 2018 eine intensive Begehung des Standortes sowie sonstiger Einzelhandelslagen und eine Erhebung der relevanten Angebotssituation vor Ort. Weiterhin wurde auf Informationen von MB Research (Kaufkraftkennziffer) sowie auf aktuelle Bevölkerungsdaten aus der amtlichen Statistik und EHI Handelsdaten zurückgegriffen."

Makrostandort Völklingen

„Die Stadt Völklingen ist Teil des Regionalverbandes Saarbrücken, mit insgesamt 10 Städten und Gemeinden, darunter die Landeshauptstadt Saarbrücken als wirtschaftliches Zentrum des Saarlandes. Mit aktuell rd. 40.430 Einwohnern bildet die Stadt Völklingen die zweitgrößte Kommune innerhalb des Regionalverbandes. Die Landeshauptstadt Saarbrücken übernimmt – als Kern des Verbandsgebietes – gemäß Landesentwicklungsplan die Funktion eines Oberzentrums. Durch die Einstufung als Mittelzentrum kommt der Stadt Völklingen über die grundzentrale Grundversorgung hinaus auch eine Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs zu.

Der Regionalverband und auch die Stadt Völklingen haben in den vergangenen Jahren einen stetigen Bevölkerungsrückgang hinnehmen müssen. Zwischen 2000 – 2010 ging die Einwohnerzahl in Völklingen um -7,8 % zurück, seither haben sich die Zahlen wieder stabilisiert. Entgegen dem Trend der vergangenen Dekade ist die Einwohnerzahl in Völklingen wie in vielen Gemeinden und Städten des Saarlandes zuletzt wieder leicht gestiegen. Für den Zeitraum 2011 – 2017 lassen sich nahezu stabile Bevölkerungszahlen (- 0,4 %) festhalten.

Völklingen ist durch die direkte Lage an der Autobahn A 620 (Saarlouis – Saarbrücken) sowie an der Bundesstraße B 51 (Bremen – Saareguemines) sehr gut an das regionale Verkehrsnetz angebunden. Die Verkehrsachsen verlaufen parallel zur Saar in Ost-West-Richtung.

Im Einzelhandel wird der Standort Völklingen stark durch die Nähe zum Oberzentrum Saarbrücken (ca. 12 km entfernt) mit ausgeprägten Versorgungsstrukturen im mittel- und langfristigen Bedarfsbereich beeinflusst. Die Betrachtung der Einzelhandelszentralität (Zentralität 118) zeigt, dass im Mittelzentrum Völklingen entsprechend der zentralörtlichen Bedeutung insgesamt mehr Umsätze getätigt werden als Kaufkraft vorhanden ist. Die Einzelhandelszentralität ist für ein Mittelzentrum jedoch als vergleichsweise niedrig einzustufen. Dies lässt sich auf die geringe Zentralität im mittel- bzw. langfristigen Bedarf (Zentralität von 67 bzw. 79) zurückführen. Im kurzfristigen Bedarfsbereich ist hingegen eine hohe Zentralität vorhanden (Zentralität von 163). Im Lebensmitteleinzelhandel werden die Strukturen dominiert durch das SB-Warenhaus Globus sowie weitere Lebensmittelmärkte, darunter verschiedene Lebensmittelvollsortimenter und –discounter. Damit sind alle gängigen Betriebstypen in Völklingen vorhanden.



Blick von Südwesten auf das bestehende ALDI-Gebäude mit Stellplatzflächen im Vordergrund

Die Stadt Völklingen, als bedeutendes Industriezentrum entlang der Saarachse, wird durch weltweit agierende Großunternehmen der Hütten- und Stahlindustrie sowie klein- und mittelständischen Unternehmen geprägt. Die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelzentrums Völklingen verlief in den zurückliegenden Jahren positiv. Zwischen 2011 – 2017 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort um + 4,1 % auf derzeit 14.608 Personen. Mit insgesamt ca. 10.701 Einpendlern und ca. 9.305 Auspendlern weist die Stadt Völklingen einen positiven Pendlersaldo (+ 1.396) auf.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Standortrahmenbedingungen in Völklingen insbesondere aufgrund der guten verkehrlichen Anbindung über die A 620 und B 51 sowie dem umfangreichen Bevölkerungspotenzial positiv zu bewerten sind. Das Mittelzentrum Völklingen übernimmt über das Stadtgebiet hinaus eine gewisse Versorgungsfunktion für die Gemeinden des mittelzentralen Verflechtungsbereichs. Jedoch wirken sich die räumliche Nähe zum Einzelhandelsstandort Saarbrücken (Wettbewerbsdruck) sowie die unterdurchschnittliche Kaufkraftkennziffer (85,5) beschränkend auf den Standort aus. Dies macht sich auch durch strukturelle Defizite und eine hohe Leerstandsquote in der Innenstadt bemerkbar. Positive Effekte sind durch die Umstrukturierung des ehemaligen Kaufhof-Areals abzusehen."

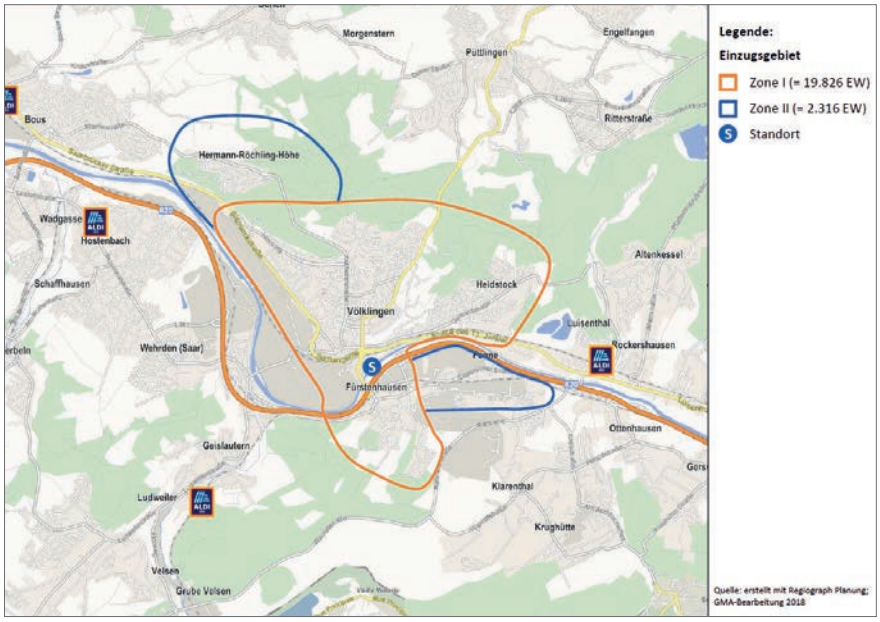
Einwohner im abgegrenzten Einzugsgebiet und Kaufkraftpotenzial

„Für den Aldi-Markt in Völklingen am Standort „Im Betzen" kann ein Einzugsgebiet von insgesamt ca. 22.142 Einwohnern abgegrenzt werden. Um Unterschiede in der Nachfrageintensität und –frequenz zu erfassen, wurde das Einzugsgebiet des Vorhabens in zwei Zonen unterteilt. Die verschiedenen Zonen repräsentieren dabei die unterschiedliche Intensität der Kundenbindung an den Standort. Zone I des Einzugsgebietes wird durch die Stadtteile Stadtmitte, Heidstock und Fürstenhausen gebildet. Aufgrund der größeren Distanz werden der Völklinger Stadtteil Fenne sowie das Wohngebiet Röchlinghöhe der Zone II zugeordnet. Die beiden kleineren Stadtteile verfügen über keine eigenen Lebensmittelmärk-

te. Da die Filiale „Im Betzen" schneller zu erreichen ist, als andere Aldi-Standorte im Stadtgebiet, sind auch von hier noch regelmäßige Kundenbindungen an den Standort zu erwarten. Unter Berücksichtigung der örtlichen Kaufkraftkoeffizienten steht für das Kernsortiment Nahrungs- und Genussmittel ein Kaufkraftpotenzial von 38,5 Mio. € im Einzugsgebiet zur Verfügung.

Außerhalb des abgegrenzten Einzugsgebietes sind keine regelmäßigen Einkaufsbeziehungen mehr zum Untersuchungsstandort zu erwarten. Ursächlich hierfür ist neben der zunehmenden Entfernung in erster Linie die Kundenorientierung an andere Wettbewerbsstandorten bzw. nähergelegene Aldi-Filialen im Untersuchungsraum. Eine weitere Filiale von Aldi ist im Stadtteil Luisenthal vorhanden. Der Standort wurde im vergangenen Jahr umfassend modernisiert und an das aktuelle Filialkonzept angepasst. Regelmäßige Kundenbindungen aus Luisenthal sind daher nicht zu erwarten. In Richtung Westen ist auf den nächstgelegenen Aldi-Standort im Stadtteil Geislautern hinzuweisen. Diese Filiale ist insbesondere aus den südwestlichen Stadtteilen Ludweiler und Lauterbach sowie aus Wehrden deutlich schneller zu erreichen.

Aufgrund der Lage des Standortes angrenzend an die Völklinger City sowie der guten verkehrlichen Erreichbarkeit über die Südtangente, können auch von außerhalb des abgegrenzten Einzugsgebietes teilweise Einkaufsbeziehungen an den Standort auftreten (z. B. Berufspendler, Besucher der Innenstadt, Touristen, Zufallskunden). Diese Kunden werden bei den nachfolgenden Berechnungen im Rahmen von Streukundenanteilen abgebildet."



Einzugsgebiet - Abgrenzung und Zonierung; Quelle: GMA, Ludwigsburg; Stand: 19.12.2018

Bewertung der Versorgungssituation im Einzugsgebiet

„In den Stadtteilen Fenne (rd. 959 EW), Röchlinghöhe (rd. 1.357 EW) sowie in Heidstock (rd. 4.443 EW) sind keine größeren Lebensmittelanbieter (Lebensmitteldiscounter bzw. Lebensmittelvollsortimenter) vorhanden. Im Stadtteil Heidstock hat sich mit der Schließung von Wasgau (September 2018) das Versorgungsangebot stark verschlechtert. Der Wasgau-Markt war hinsichtlich Verkaufsflächengröße, Marktauftritt und Stelllatzangebot nicht mehr wettbewerbsfähig, eine Erweiterung am Standort nicht möglich.

Als direkte Wettbewerber im Einzugsgebiet sind zwei Lidl-Filialen im Stadtteil Fürstenhausen bzw. im Stadtteil Stadtmitte anzuführen. Als systemgleiche Anbieter stehen die Lebensmitteldiscounter in direktem Wettbewerb zum Erweiterungsvorhaben. Darüber hinaus ist ein E aktiv Markt an der Pasteurstraße zu berücksichtigen. Im Stadtteil Fürstenhausen ist im Zuge der Entwicklung der „Neuen-Mitte" der Bau eines Seniorenwohnheims geplant. Im Erdgeschoss möchte der Investor einen Lebensmittelmarkt (ggf. Netto) sowie einen Drogeriemarkt unterbringen. Mit der Umsetzung des Vorhabens kann die Nahversorgung der Stadtteile Fürstenhausen und Fenne deutlich gestärkt werden. Das notwendige Bauleitplanverfahren wird nach Angaben der Stadt voraussichtlich 2019 eingeleitet. Die nachfolgenden Berechnungen basieren auf der aktuellen Wettbewerbssituation, da diese Planung noch nicht hinreichend konkret bzw. planungsrechtlich gesichert ist. Sollte ein Lebensmittelmarkt in Fürstenhausen angesiedelt werden, ist davon auszugehen,

Stadtteil	Wesentliche Anbieter von Nahrungs- und Genussmitteln		
	> 800 m²	400 – 800 m²	sonstige Anbieter
Stadtmitte	▪ Globus (ZVB) ▪ Lidl ▪ Edeka ▪ Aldi (Planstandort)	▪ Netto (ZVB) ▪ Ensar Market	▪ Bäckereien ▪ Metzgereien ▪ Naturkost ▪ Asiamarkt ▪ Spirituosenhandel ▪ Tankstellenshops
Fürstenhausen	▪ Lidl	▪ Getränkemärkte	▪ Bäckereien ▪ Metzgerei ▪ Obst- und Gemüsehandel
Heidstock	▪ ---	▪ ---	▪ Bäckereien
Röchlinghöhe	▪ ---	▪ ---	▪ Bäckerei ▪ S' Lädche
Fenne	▪ ---	▪ ---	▪ ---

Bewertung der Versorgungssituation im Einzugsgebiet; Quelle: GMA, Ludwigsburg; Stand: 19.12.2018

dass sich der Umsatz von Aldi am Standort „Im Betzen" etwas verringern wird.

Mit Blick auf die Völklinger Innenstadt ist insbesondere das SB-Warenhaus Globus hervorzuheben, welches ein über die Stadt Völklingen hinausreichendes Kundeneinzugsgebiet erschließt und als besonders leistungsstark einzustufen ist. Darüber hinaus sind weitere Anbieter von Nahrungs- und Genussmitteln vorhanden, darunter ein kleiner Netto-Markt, der allerdings nur ein begrenztes Warenangebot bietet. Betriebe des Lebensmittelhandwerks sowie Spezialanbieter (u. a. ethnischer Lebensmittelmarkt, Naturkost, Getränke, Tankstellenshops) runden das Angebot in der Völklinger City ab."

Umsatzprognose

„Für den erweiterten Lebensmitteldiscounter am Standort Im Betzen lässt sich eine Gesamtumsatzleistung von rd. 8,6 Mio. € ermitteln. Hiervon entfallen rd. 6,9 Mio. € auf den Foodbereich und ca. 1,7 Mio. € auf den Nonfoodbereich. Mit einer Flächenproduktivität von rd. 6.670 € / m² VK wird eine für den Betreiber Aldi-Süd angesichts der geplanten Dimensionierung unterdurchschnittliche Flächenleistung erzielt, der Gesamtumsatz liegt jedoch leicht über dem durchschnittlichen Filialumsatz von Aldi Süd von ca. 8,3 Mio. €. Höhere Umsatzleistungen sind aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation in Völklingen (u. a. SB-Warenhaus Globus, weitere Discountangebote) sowie des geringen Kaufkraftniveaus nicht zu erwarten. Der ermittelte Umsatz ist unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen vor Ort als Maximalwert im Sinne einer worst-case-Prognose zu betrachten. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass mit steigender Verkaufsfläche von sinkenden Flächenleistungen auszugehen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der zusätzlichen Verkaufsfläche dem Komfort der Kunden (breitere Gänge, bessere Übersichtlichkeit) sowie den betrieblichen Abläufen (v. a. Regalbestückung) zugutekommt, ohne dass damit ein wesentlicher Zuwachs der Umsatzleistung verbunden wäre."

Prognose und Bewertung der Umsatzverteilungen

„Für das Erweiterungsvorhaben von Aldi am Standort „Im Betzen" werden hinsichtlich der zu erwartenden Umsatzumverteilungen folgende Annahmen getroffen:

- Der Aldi-Lebensmitteldiscounter wird auf einer geplanten Verkaufsfläche von ca. 1.290 m² eine Gesamtumsatzleistung von rd. 8,6 Mio. € erwirtschaften. Davon entfallen ca. 6,9 Mio. € auf den Lebensmittelbereich und ca. 1,7 Mio. € auf den Nichtlebensmittelbereich.
- Zu berücksichtigen ist des Weiteren, dass der Lebensmittelanbieter Aldi bereits langjährig am Standort auf einer Verkaufsfläche von aktuell ca. 947 m² ansässig ist. Bei der Ermittlung der zu erwartenden Kaufkraftbewegungen bzw. Umsatzumverteilungen ist ausschließlich der zusätzlich erwirtschaftete Umsatz anzusetzen. Der bestehende Lebensmitteldiscounter erwirtschaftet nach gutachterlicher Einschätzung derzeit eine Umsatzleistung von insgesamt ca. 6,9 Mio. €. Davon entfallen ca. 5,5 Mio. € auf den Lebensmittelbereich und ca. 1,4 Mio. € auf den Nichtlebensmittelbereich. Diese Umsätze werden bereits heute am Standort generiert und auch weiterhin gebunden werden, da sich an den generellen Standortrahmenbedingungen und dem Kundeneinzugsgebiet keine nennenswerten Veränderungen ergeben werden. Nach Abzug der bestehenden Umsätze des Aldi-Marktes bleibt ein Umsatzzuwachs von ca. 1,4 Mio. € im Lebensmittelbereich, welcher durch das Vorhaben im Untersuchungsraum umverteilungswirksam wird. Hinzu kommen ca. 0,3 Mio. € im Nichtlebensmittelbereich.
- Für die Ermittlung der Umsatzumverteilungen ist zu unterstellen, dass der zusätzliche Umsatz des Aldi-Marktes insbesondere zulasten von Systemwettbewerbern, d. h. anderen Lebensmitteldiscountern erwirtschaftet wird. Außerdem wird angenommen, dass Standorte, die aktuell eine wichtige Versorgungsbedeutung für die Bewohner des Einzugsgebietes einnehmen, darunter insbesondere das SB-Warenhaus Globus und andere Nahversorgungsstandorte in den Stadtteilen, tendenziell stärker von Umsatzumverteilungen betroffen sein werden. Dagegen werden die übrigen Anbieter von Nahrungs- und Genussmitteln (z. B. Bäckereien, Metzgereien, Getränkeanbieter und sonstige Spezialanbieter) kaum vom Vorhaben tangiert, da hier nur partielle Sortimentsüberschneidungen bestehen.

Auf Basis der zuvor getätigten Annahmen zu möglichen Umsatzumlenkungen sind folgende wettbewerbliche Wirkungen durch das Erweiterungsvorhaben von Aldi zu erwarten:

- Ein Großteil des zusätzlichen Umsatzes wird im Einzugsgebiet umverteilungswirksam werden. Umsatzrückgänge sind in erster Linie bei den direkten Wettbewerbern des Aldi-Marktes zu erwarten. Hier ist der systemgleiche Anbieter Lidl mit jeweils einer Filiale im Stadtteil Fürstenhausen bzw. an der Püttlinger Straße im Stadtteil Stadtmitte anzuführen. Gegenüber den Lebensmitteldiscountern werden Umverteilungs-

Folgende Umsatzprognose lässt sich für den Aldi-Markt mit ca. 1.290 m² VK anhand des Marktanteilkonzeptes ermitteln:

Zone	Kaufkraft Food in Mio. €	Marktanteil in %	Umsatz Food in Mio. €	Umsatz Nonfood in Mio. €*	Umsatz Gesamt in Mio. €	Umsatz-herkunft in %
I Stadtmitte, Heidstock, Fürstenhausen	34,5	16 – 17	5,7	1,4	7,1	83
II Röchlinghöhe, Fenne	4,0	13 – 14	0,5	0,1	0,6	7
Einzugsgebiet	**38,5**		**6,2**	**1,5**	**7,7**	**90**
Streuumsätze			0,7	0,2	0,9	10
insgesamt			**6,9**	**1,7**	**8,6**	**100**

GMA-Berechnungen 2018 (ca.-Werte, gerundet) * Der Anteil des Umsatzes mit Randsortimenten liegt im Fall von Aldi bei ca. 20 %

Umsatzprognose des ALDI-Marktes; Quelle: GMA, Ludwigsburg; Stand: 19.12.2018

effekte von max. 4 – 5 % ausgelöst. Dies ist eine Größenordnung, die sich im Rahmen des Wettbewerbsüblichen bewegt. Es handelt sich hierbei um leistungsstarke Anbieter, sodass negative Auswirkungen i. S. von Betriebsschließungen nicht zu erwarten sind. Der Lidl-Markt in Fürstenhausen befindet sich zudem in dezentraler Lage (Gewerbegebiet Saarwiesen) die keinen erhöhten städtebaulichen Schutz unterliegt.

- Als faktischer zentraler Versorgungsbereich ist die Völklinger Innenstadt zu klassifizieren, diese umfasst die Rathausstraße, Poststraße und Bismarckstraße, den Otto-Hemmer-Platz und angrenzende Seitenstraßen (vgl. hierzu Einzelhandels- und Zentrenuntersuchung im Regionalverband Saarbrücken Band II - Gemeindeteil, GMA 2018). Eine größere Entwicklungsfläche findet sich am südlichen Rand der Innenstadt.
- Der Einzelhandelsbesatz wird v. a. durch das SB-Warenhaus Globus geprägt, welches am südwestlichen Ende der Innenstadt liegt. Darüber hinaus ist das Zentrum vorwiegend durch klein- und mittelflächigen Handel gekennzeichnet, im projektrelevanten Lebensmittelbereich sind neben dem Anbieter Globus ein Netto-Lebensmitteldiscounter, Betriebe des Lebensmittelhandwerks (Bäcker, Metzger) und Spezialanbieter (u. a. Naturkost, ethn. Lebensmittel) anzuführen. Der Verkaufsflächenanteil bei Nahrungs- und Genussmitteln beträgt rd. 32 % des innerstädtischen Gesamtbestandes.
- Im Versorgungskern prägen vereinzelt Leerstände das Stadtbild. Ersten „Trading-down-Prozessen" versucht die Stadt Völklingen durch verschiedene Maßnahmen entgegenzutreten. Eine wesentliche Gestaltungsmöglichkeit ergibt sich mit der Entwicklungsfläche „ehemaliges Kaufhof-Areal" (vgl. Karte). Der langjährig das Stadtbild prägende Leerstand wurde im vergangenen Jahr abgerissen, sodass das Areal nun einer neuen Nutzung zugeführt werden kann. Geplant ist an dieser Stelle ein modernes Kaufhaus (Modepark Röther mit ca. 7.000 m² VK) sowie ein Parkhaus zu errichten. Das Kaufhaus soll als Magnet und Gegenstück zum SB-Warenhaus Globus dienen und wird die Völklinger City sinnvoll ergänzen und stärken.
- Die durch das Vorhaben von Aldi ausgelösten Umverteilungseffekte werden sich in der Völklinger Innenstadt auf einem sehr geringen Niveau bewegen. Gegenüber dem SB-Warenhaus Globus ist mit Umverteilungseffekten in einer Größenordnung von max. 1 % zu rechnen. Die weiteren Anbieter in der Völklinger Innenstadt, darunter kleinere Betriebe des Lebensmittelhandwerks und Spezialanbieter stehen nur in untergeordneter Form im Wettbewerb mit dem Aldi-Markt. Auch der Netto-Markt ist nicht als direkter Wettbewerber zum Vorhaben einzustufen. Der kleinflächige Lebensmitteldiscounter übernimmt im Wesentlichen eine fußläufige Versorgungsfunktion für die Bewohner der Innenstadt. Für den Anbieter Netto bzw. die kleineren Betriebe belaufen sich die Umsatzumverteilungen auf max. 1 %. Die Umverteilungseffekte können als geringfügig und unbedenklich eingestuft werden. Insgesamt werden in der Innenstadt von Völklingen keine Betriebsgefährdungen infolge des Vorhabens eintreten. Daher sind weder städtebaulich relevante Auswirkungen (Leerstände, Beeinträchtigung des Stadtbildes etc.) noch eine Verschlechterung der Anbieterstruktur in der Innenstadt zu erwarten.
- An sonstigen Standorten im Einzugsgebiet sind kaum spürbare Rückwirkungen zu erwarten. Hier hätte u. a. der Edeka-Markt an der Pasteurstraße mit Umsatzumverteilungswirkungen zu rechnen. Dieser Anbieter sichert die Nahversorgung auf Stadtteilebene und wird im Gegensatz zu den Systemwettbewerbern (andere Lebensmitteldiscounter) nur in untergeordneter Form vom Vorhaben tangiert. Für den Edeka-Markt lässt sich eine Umverteilungsquote von ca. 2 % errechnen. Bei den ermittelten Umsatzumverteilungseffekten handelt es sich um eine Größenordnung, die sich im Rahmen des Wettbewerbsüblichen bewegt. Ein Marktaustritt des Anbieters und damit eine Gefährdung der Versorgungsstrukturen ist ausschließen.
- Ein geringer Teil des zusätzlichen Umsatzes (max. 0,3 – 0,4 Mio. €) wird darüber hinaus gegenüber Wettbewerbern außerhalb des Einzugsgebietes umverteilungswirksam werden, darunter v. a. andere Lebensmittelmärkte im Völklinger Stadtgebiet. Die Auswirkungen verteilen sich dabei auf verschiedene Einzelstandorte und Anbieter (v. a. andere Discounter, SB-Warenhaus Kaufland in Wehrden), sodass sie im Einzelfall nur noch in sehr geringer Höhe eintreten werden (Umsatzumverteilungsquote im Höchstfall bei max. 1 %, zumeist aber darunter). Eine Gefährdung der Versorgungsstrukturen an sonstigen Standorten im Völklinger Stadtgebiet oder außerhalb ist daher auszuschließen.
- Im Nichtlebensmittelbereich werden die durch das Vorhaben ausgelösten Umsatzumverteilungseffekte in Höhe von max. 0,3 Mio. € v. a. gegenüber den anderen Lebensmittelmärkten und in untergeordneter Form ebenfalls gegenüber den sonstigen Anbietern in Völklingen wirksam werden. Diese sind jedoch bei einer Einzelbetrachtung als minimal einzustufen und verteilen sich zudem auf eine Vielzahl von Betrieben unterschiedlichster Sortimente. Nennenswerte Umsatzverluste bei bestehenden Anbietern sind im Einzelfall nicht zu erwarten. Somit lassen sich auch keine städtebaulich oder versorgungsstrukturellen Folgen ableiten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die durch das Erweiterungsvorhaben von Aldi ausgelösten Umsatzumverteilungseffekte zu keinen städtebaulich relevanten Auswirkungen im Lebensmittelbereich führen werden. Das Vorhaben dient in erster Linie der Modernisierung und Anpassung des Aldi-Marktes an aktuelle und künftige Kunden- und Logistikanforderungen. Auswirkungen auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche (Innenstadt Völklingen) oder auf die verbrauchernahe Versorgung können ausgeschlossen werden."

(Quelle: Auswirkungsanalyse Erweiterung ALDI Völklingen, Im Betzen; GMA - Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH; Ludwigsburg; Stand: 19.12.2018)

Gutachterliche Stellungnahme zum Bauvorhaben Erweiterung des ALDI-Marktes Völklingen Im Betzen am rechten Saarufer (Saar-km 77,450; Stauhaltung Lisdorf)

Das Ingenieurbüro eepi Luxemburg S.à r.l. hat vor dem Hintergrund, dass das Planvorhaben weitgehend außerhalb des Überschwemmungsgebietes der Saar, jedoch innerhalb des Vorranggebietes für Hochwasserschutz gem. LEP liegt, untersucht, ob das geplante Bauvorhaben Auswirkungen auf den Hochwasserabfluss oder den Retentionsraum der Saar hat. Das Gutachten ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

„Es wurde untersucht, welche Auswirkungen die geplante Erweiterung des ALDI-Marktes in Völklingen Im Betzen auf das Hochwasserregime der Saar hat. Die Untersuchungen zu den Wasserspiegellagen wurden auf ein 100- und 200-jährliches Hochwasser abgestellt.

Da sich die hydraulischen Berechnungsgrundlagen mittlerweile geändert haben, liegt das Bauvorhaben größtenteils außerhalb des 100- und 200-jährlichen Überschwemmungsgebietes der Saar. Im Bereich der östlichen Geländeböschung gibt es einen geringfügigen Eingriff durch eine geplante Stützwand und die neue geplante Gebäudegrenze.

Rechnerisch geht beim 100-jährlichen Hochwasser ein Retentionsraum von etwa 2,0 m^3 und beim 200-jährlichen Hochwasser von etwa 4,0 m^3 verloren. In Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz wird empfohlen, durch eine Rücknahme der Stützmauer im Bereich des Notausgangs den Retentionsraumverlust für das 100-jährliche Hochwasser soweit wie möglich zu reduzieren.

Es verbleibt dann noch ein vernachlässigbarer Retentionsraumverlust beim 100-jährlichen Hochwasser von um die einen Kubikmeter (+/-). Beim 200-jährlichen Hochwasser reduziert sich der Verlust auf unter 3,0 m^3.

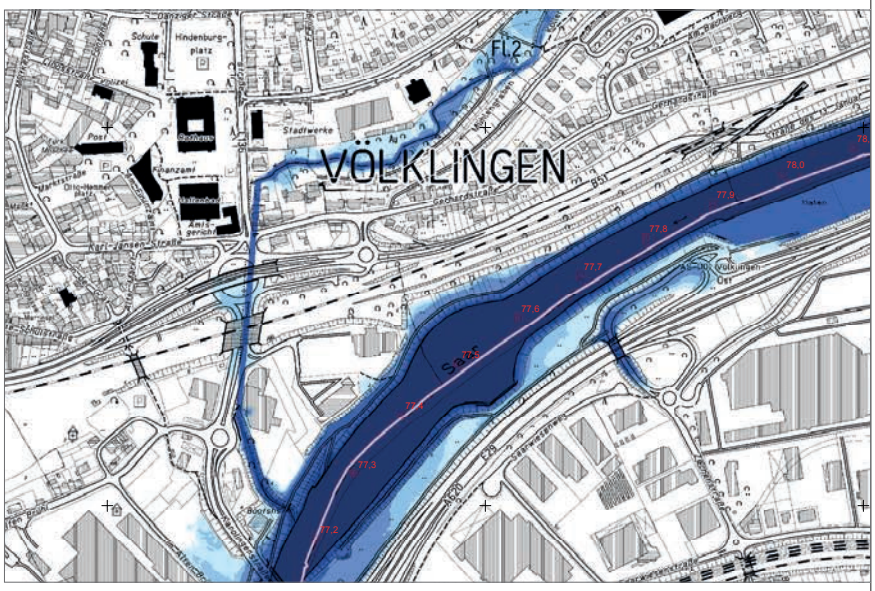
Durch den geringfügigen Eingriff im Randbereich der Überschwemmungsgebiete ist von einem nicht nachweisbaren Einfluss auf die Abflussverhältnisse bei Hochwasser auszugehen. Nach Ansicht des Gutachters hat das Vorhaben keinen negativen Einfluss auf das Hochwasserregime der Saar."

(Quelle: Gutachterliche Stellungnahme zum Bauvorhaben Erweiterung des ALDI-Marktes Völklingen Im Betzen am rechten Saarufer (Saar-km 77,450; Stauhaltung Lisdorf); Ingenieurbüro eepi Luxemburg S.à r.l.; Stand: 18.12.2018)

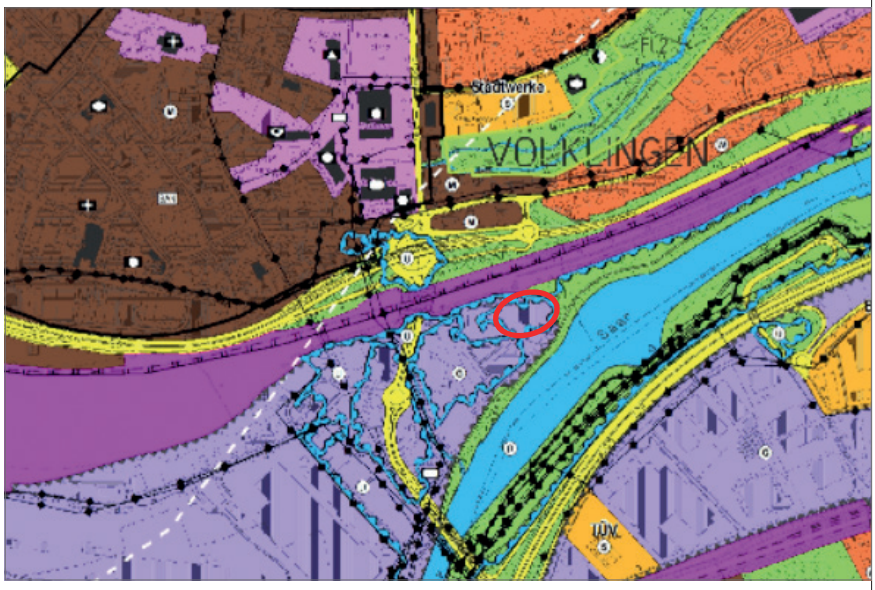
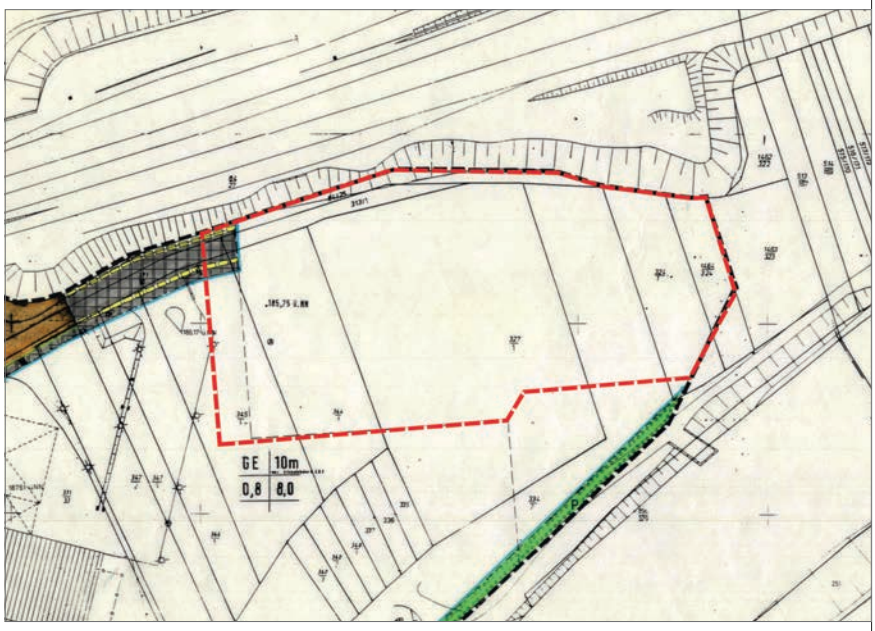
Übergeordnete Planungsvorgaben der Raumordnung und Landesplanung; naturschutzrechtliche Belange; geltendes Planungsrecht

Kriterium	Beschreibung
Landesentwicklungsplan (Siedlung und Umwelt)	
zentralörtliche Funktion	Mittelzentrum Völklingen, Lage an Siedlungsachse 1. Ordnung
Vorranggebiete	Das Plangebiet liegt in einem Vorranggebiet für Hochwasserschutz (VH): • Dem „Vorranggebiet für Hochwasserschutz" wurde, wie Ziffer 62 des Landesentwicklungsplanes Teilabschnitt „Umwelt" darlegt, vorsorgend aufgrund allgemeiner Empfehlungen durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung für die Festlegung des Vorranggebietes für Hochwasserschutz an der Saar in Abstimmung mit dem Land Rheinland-Pfalz durch gemeinsamen Kabinettsbeschluss ein HQ 200 zugrunde gelegt. Gleichzeitig wurden zu diesem Zeitpunkt die gesetzlichen Überschwemmungsgebiete für den Bereich der ausgebauten Saar zwischen Saarhölzbach und Saarbrücken von der Bundesanstalt für Gewässerkunde neu berechnet und bei der Festlegung des Vorranggebietes für Hochwasserschutz (VH) noch nicht berücksichtigt. • Als Basis für die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten wird heute das 100-jährige Hochwasser HQ 100 herangezogen. • In Vorranggebieten für Hochwasserschutz sind jegliche Siedlungserweiterungen und -neuplanungen unzulässig. Wenn aus überwiegenden Gründen des Wohls der Allgemeinheit in Vorranggebieten für Hochwasserschutz Flächen für bauliche Anlagen in Anspruch genommen werden müssen, so ist das Retentionsvermögen und der schadlose Hochwasserabfluss durch kompensatorische Maßnahmen zu sichern. • Das Retentionsvermögen und der schadlose Wasserabfluss sind gewährleistet. Weitere Ausführungen zum Überschwemmungsgebiet siehe unten. • Zusammenfassend besteht ein Widerspruch zu den raumordnerischen Zielvorgaben. Um diesen Widerspruch aufzulösen, wurde ein Zielabweichungsverfahren gem. § 5 SLPG durchgeführt.
zu beachtende Ziele und Grundsätze	• Nachrichtlich übernommene Siedlungsfläche (Gewerbe) • (Z 12) Die dort vorhandenen Wohn- und Arbeitsstätten, zentrale Einrichtungen der Daseinsvorsorge, öffentliche und private Dienstleistungen sowie sonstigen Infrastruktureinrichtungen sollen an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst und - soweit möglich - in ihrem Bestand dauerhaft gesichert werden: erfüllt • (Z 17) Bei der Siedlungsentwicklung (Wohnen, Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen sowie Einrichtungen für Freizeit und Sport) sind vorrangig die im Siedlungsbestand vorhandenen Potenziale an Brach- und Konversionsflächen, Baulücken und Baulandreserven sowie das Erneuerungspotenzial des Siedlungsbestandes zu nutzen: erfüllt • (Z 32) Inanspruchnahme erschlossener Bauflächen statt Ausweisung und Erschließung neuer Wohnbauflächen: erfüllt • **Konzentrationsgebot (Ziel 42):** Die Stadt Völklingen übernimmt gemäß Landesplanung die zentralörtliche Funktion eines Mittelzentrums, damit liegen die Voraussetzungen zur Ansiedlung bzw. Erweiterung großflächiger Einzelhandelsbetriebe vor. **Das Konzentrationsgebot wird durch das Vorhaben eingehalten.**

Kriterium	Beschreibung
	• **Kongruenzgebot (Ziel 44):** Das Einzugsgebiet ist im Wesentlichen auf Teile der Stadt Völklingen begrenzt. Ein nennenswertes überörtliches Einzugsgebiet wird nicht erschlossen. Basierend auf der aus der Umsatzprognose ableitbaren Umsatzherkunft sowie der landesplanerischen Vorgaben bleibt festzuhalten, dass ca. 90 % des Umsatzes aus dem abgegrenzten Einzugsgebiet (= Völklingen Stadtmitte, Heidstock, Fürstenhausen, Fenne, Röchlinghöhe) stammen. Lediglich 10 % des Umsatzes werden durch Streuumsätze von außerhalb des abgegrenzten Einzugsgebietes generiert (u. a. Kunden aus dem sonstigen Stadtgebiet, Pendler, Touristen, Zufallskunden).**Die Vorgaben des Kongruenzgebotes werden somit eingehalten.** • **Beeinträchtigungsverbot (Ziel 45):** Das Beeinträchtigungsverbot wird durch die Erweiterung des Aldi-Lebensmitteldiscounters am Standort „Im Betzen" nicht verletzt. Auswirkungen auf die Versorgungsstrukturen sowie die Funktionsfähigkeit des zentralen Versorgungsbereiches können in Völklingen sowie im Umland ausgeschlossen werden. Die wesentlichen Umverteilungen werden in der Stadt Völklingen selbst erfolgen, jedoch deutlich unterhalb der 10-% Schwelle liegen. Hiervon betroffen sind in erster Linie die größeren Lebensmittelmärkte im Einzugsgebiet, darunter Lidl als systemgleicher Wettbewerber (max. 4 – 5 %); an allen sonstigen Wettbewerbsstandorten fallen die Umverteilungsquoten mit max. 1 – 2 % nochmals deutlich geringer aus. Die dargestellten Umsatzumverteilungen werden in keinem Fall zu negativen Auswirkungen auf den zentralen Versorgungsbereich bzw. Nahversorgungslagen im Stadtgebiet führen. **Das Beeinträchtigungsverbot wird durch das Vorhaben eingehalten.** • **Städtebauliches Integrationsgebot (Ziel 46):** Der Standort von Aldi liegt im Süden des einwohnerstärksten Stadtteils Stadtmitte. Hierbei handelt sich um einen langjährig etablierten, bereits großflächigen Lebensmittelmarkt, welcher bereits heute für die Bewohner der angrenzenden Stadtteile eine wichtige Funktion für die wohnortnahe Versorgung einnimmt. Unter städtebaulichen Aspekten handelt es sich um einen überwiegend autokundenorientierten Standort, der jedoch durch seine Nähe zur Völklinger Innenstadt (= zentraler Versorgungsbereich) gekennzeichnet ist, welche in nördlicher Richtung in einer Distanz von rd. 300 m (= Luftlinie) beginnt. Ein Zugang in Richtung Innenstadt ist über eine Fußgängerunterführung (Zugang in Höhe des Kreisverkehrs Karolingerstraße) möglich. Hier besteht auch ein direkter Anschluss an den ÖPNV. Bei der Bewertung des städtebaulichen Integrationsgebotes bleibt zu berücksichtigen, dass es sich um einen bestehenden Markt handelt. Das Vorhaben dient in erster Linie der Anpassung des Aldi-Marktes an aktuelle Kunden- und Logistikanforderungen und somit auch einer langfristigen Sicherung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Standortes. Daher regen wir die Einstufung des Aldi-Marktes am Standort „Im Betzen" als Grundversorgungsstandort für Einzelhandel mit nahversorgungsrelevantem Kernsortiment an, für den im Einzelfall ein Erweiterung ermöglicht werden sollte. • keine Restriktionen für das Vorhaben
Landschaftsprogramm	keine speziellen Entwicklungsziele oder Funktionszuweisungen
Übergeordnete naturschutzrechtliche Belange	
Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung	nicht betroffen

Kriterium	Beschreibung
Sonstige Schutzgebiete: Naturschutz-, Landschaftsschutz-, Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Nationalparks, Biosphärenreservate	nicht direkt betroffen, gem. der Hochwassergefahrenkarte (HWGK) Saar HQ 100 (Stand: 11/2013) überlappt sich das Plangebiet geringfügig mit dem noch festzusetzenden Überschwemmungsgebiet (ÜSG) der Saar. Sind in diesem Bereich keine Geländeauffüllungen geplant; ist keine Beurteilung zum Hochwasserschutz notwendig.(Stellungnahme LUA vom 07.12.2017)  Eingriffe in das Überschwemmungsgebiet sind nicht erforderlich
Denkmäler / Naturdenkmäler / archäologisch bedeutende Landschaften nach § 6 SDSchG oder in amtlichen Karten verzeichnete Gebiete	nicht betroffen
Geschützter unzerschnittener Raum nach § 6 Abs. 1 SNG	nicht betroffen
Informelle Fachplanungen	• aufgrund der offiziell vorliegenden Geofachdaten keine Hinweise auf das Vorkommen ökologisch hochwertiger Biotoptypen oder Arten innerhalb oder im näheren Umfeld des räumlichen Geltungsbereiches: für das Plangebiet sind im Datenmaterial des Arten- und Biotopschutzprogramms (ABSP) und in der Datensammlung ABDS (Arten- und Biotopschutzdaten 2013 Saarland) keine Arten oder Flächen dargestellt • Räumlicher Geltungsbereich sowie dessen Umfeld nicht im Rahmen der Biotopkartierung erfasst (Internet-Abruf Dezember 2017) • Auf der Grundlage der offiziellen Geofachdaten keine Hinweise darauf, dass besonders seltene oder schützenswerte Arten oder ökologisch hochwertige Biotope betroffen sein könnten; dies gilt insbesondere für gesetzlich geschützte Biotope und FFH-Lebensraumtypen
Allgemeiner Artenschutz	
Allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen (§ 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG)	Da Einzelbäume und Gehölze betroffen sind, die als Gelege für Vögel dienen können, ist der allgemeine Artenschutz zu beachten: Bäume, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze dürfen nur außerhalb der Zeit vom 1. März bis zum 30. September gefällt, abgeschnitten oder auf den Stock gesetzt werden

Kriterium	Beschreibung
Besonderer Artenschutz (§§ 19 und 44 des BNatSchG)	
Störung oder Schädigung besonders geschützter Arten bzw. natürlicher Lebensräume nach USchadG, Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG Zu den artenschutzrechtlich relevanten Arten zählen alle gemeinschaftsrechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten d. h. alle streng geschützten Arten inklusive der FFH-Anhang-IV-Arten sowie alle europäischen Vogelarten. „Allerweltsarten" mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit (d. h. bei diesen Arten sind keine populationsrelevanten Störungen und keine Beeinträchtigungen der ökologischen Funktion ihrer Lebensstätten, insbesondere der Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erwarten) werden nicht speziell geprüft.	Bestehende Vorbelastungen: • Lage innerhalb des Siedlungsgebietes von Völklingen mit rundum unmittelbar angrenzenden gewerblichen Nutzungen, Textilmarkt und Verkehrswegen • Fläche selbst wird überwiegend als Lebensmittelmarkt mit Parkplatz genutzt mit hohem Anteil an Vollversiegelungen sowie mit hohem Störpotenzial • in kurzer Entfernung angrenzende L 136 mit sehr starker Verkehrsbelastung (durchschnittliche Verkehrsdichte von 27.378 KFZ/24 h laut Verkehrsmengenkarte) - eine solche Verkehrsdichte wird bei der ökologischen Beurteilung von Biotopen im Rahmen des Leitfadens Eingriffsbewertung des Ministeriums für Umwelt (2001) als Belastung von außen gezählt, die die Qualität eines Lebensraumes und der dazugehörigen Lebensgemeinschaften in ihrer Wertigkeit deutlich beeinträchtigt • in kurzer Entfernung zum Plangebiet liegt die Bahntrasse (Trier - Saarbrücken) mit entsprechenden Störungen Habitatausstattung des von neuer Versiegelung betroffenen Gebietes: • Randlicher Grünstreifen des Parkplatzes mit Einzelbäumen und Baum-Strauch-Hecke aus Laubbaumarten größtenteils geringen, teilweise auch mittleren Stammholzes sowie Ziersträucher Bedeutung als Lebensraum für abwägungs- oder artenschutzrechtlich relevante Tier- und Pflanzenarten: • ABSP-Artpool führt für das betroffene Gebiet keine Tier- oder Pflanzenarten auf • aufgrund der Habitatausstattung und der bestehenden Vorbelastungen ist die Bedeutung des Plangebietes als Lebensraum für planungsrelevante Tiere deutlich eingeschränkt • keine abwägungs- oder artenschutzrechtlich relevanten Tierarten, insbesondere keine Fortpflanzungsräume streng geschützter Tierarten, zu erwarten. Dies bezieht sich auf sämtliche im Saarland vorkommenden potenziell betroffenen gemeinschaftsrechtlich geschützten Tiere (Libellen, Fische, Muscheln, Rundmäuler, Weichtiere, Krebse, Reptilien, Amphibien, Tagfalter, Käfer, Heuschrecken, Säugetiere, Vögel), für die der Planungsraum keinen geeigneten Lebensraum bietet. Dies gilt insbesondere für artenschutzrelevante Vogelarten: Weder Brutstätten von Vogelarten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie noch Fundnachweise für Rast- und Zugvogelarten im Geltungsbereich bekannt und aufgrund der Habitatausstattung sowie der bestehenden Vorbelastungen auch nicht zu erwarten. • Eingriffsgebiet zwar Lebensraum (sowohl zur Jagd als auch zur Fortpflanzung) von sonstigen europäischen Vogelarten, jedoch nur häufige und ubiquitär verbreitete störungsunempfindliche Arten zu erwarten. Bei potenziell entstehenden lokalen, sehr kleinflächigen Habitatverlusten ausreichend Ausweichmöglichkeiten in den unmittelbar angrenzenden Lebensräumen (Grünflächen, Gehölzbestände) vorhanden. • kein gesetzlich geschütztes Biotop betroffen Artenschutzrechtliche Beurteilung: • dem Geltungsbereich kommt aktuell keine Bedeutung im Artenschutzrecht zu • für alle potenziell betroffenen Tierartgruppen gilt: Einzelne Individuen können zwar Teil-Habitate verlieren, die örtlichen Tier-Populationen werden jedoch auf Grund des Vorhandenseins ausreichend großer vergleichbarer Lebensräume im direkten Umfeld, auf die ausgewichen werden kann, keine erheblichen Beeinträchtigungen erfahren. erhebliche nachteilige Beeinträchtigungen von artenschutzrechtlich relevanten Arten insgesamt nicht zu erwarten, insbesondere kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 BNatSchG Auswirkungen im Sinne des Umweltschadensgesetzes: • Über die obigen Ausführungen hinaus kein FFH-Lebensraumtyp/ besonders geschützter Lebensraum betroffen, daher Haftungsfreistellung für Schäden an bestimmten Arten und natürlichen Lebensräumen nach § 19 des Bundesnaturschutzgesetzes möglich

Kriterium	Beschreibung
Fazit	kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 BNatSchG, Voraussetzungen für Haftungsfreistellung für Schäden an bestimmten Arten und natürlichen Lebensräumen nach § 19 BNatSchG erfüllt
Geltendes Planungsrecht	
Flächennutzungsplan (s. Anhang)	Darstellung: Gewerbliche Baufläche (Quelle: Regionalverband Saarbrücken) Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB nicht erfüllt, Konsequenz: FNP wird gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst 
Bebauungsplan	Bebauungsplan „Gewerbegebiet östlich der Karolingerstraße“ (1997) 
Sonstiges	
Altlastfläche	• Das Plangebiet liegt auf der Altlastverdachtsfläche VK_6439. Der Bauherr hat die Baumaßnahme von einem Sachverständigen gem. § 18 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Sachgebiete 2 bis 5 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen für den Bodenschutz und die Altlastenbehandlung im Saarland (VSU) in der derzeit gültigen Fassung begleiten zu lassen (Sachverständige s. www.resymesa.de).

Kriterium	Beschreibung
	• Ergeben sich während der Durchführung der Baumaßnahme Anhaltspunkte über schädliche Bodenveränderungen, hat der Bauherr gem. § 2 Abs. 1 Saarländisches Bodenschutzgesetz (SBodSchG) die Verpflichtung, das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz in seiner Funktion als Untere Bodenschutzbehörde zu informieren.

Das Projekt

Berücksichtigung von Standortalternativen

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um eine Erweiterung im Bestand. Von daher wurden alternative Standorte nicht betrachtet.

Städtebauliche Konzeption

Der schon länger bestehende ALDI-Markt wird nach wie vor stark frequentiert. Ein langfristiges Bestehen im ständigen Wettbewerb um Kunden ist in der Branche der Lebensmitteldiscounter nur über eine Anpassung an die sich wandelnden Marktanforderungen möglich. So ist aus betrieblicher Sicht eine Umstrukturierung des Verkaufsraumes erforderlich, um im Hinblick auf die Barrierefreiheit (breitere Gänge) und eine veränderte Warenpräsentation die Kundenzufriedenheit aufrechterhalten zu können. Entsprechend soll durch Erweiterung des Bestandsmarktes die Verkaufsfläche von bisher ca. 950 qm auf maximal 1.290 qm vergrößert werden.

Die geplante Erweiterung des ALDI-Marktes erfolgt südlich an das Bestandsgebäude, in einer abweichenden Bauweise und für einen zeitgemäßen Lebensmitteldiscounter üblichen Größe.

Der ruhende Verkehr wird wie bisher an zentraler Stelle im Plangebiet organisiert. Die Anlieferung des Lebensmittelmarktes wird über den Kundenstellplatz organisiert und auf der Nordseite des Gebäudes abgewickelt.

Die Erschließung erfolgt nach wie vor über die westlich zum Plangebiet führende Straße „Im Betzen".

Die Entwässerung des Schmutz- und Niederschlagswassers des bestehenden ALDI-Marktes erfolgt über den bestehenden Mischwasserkanal. Die Vergrößerung des Baukörpers hat darauf keine nennenswerten Auswirkungen.



Vorhaben- und Erschließungsplan, ohne Maßstab; Quelle: Kühn Architekten; Eppelborn, Stand: 21.08.2018

Begründungen der Festsetzungen und weitere Planinhalte

Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

§ 12 Abs. 3a BauGB i.V.m. § 9 Abs. 2 BauGB

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan gibt einen Rahmen vor. Die bauliche Zulässigkeit wird im Detail mithilfe des § 9 Abs. 2 BauGB und dem Durchführungsvertrag auf das im Vorhaben- und Erschließungsplan beschriebene Vorhaben beschränkt.

Auf diese Weise sind Änderungen der geplanten Nutzung möglich, ohne dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan ein Änderungsverfahren durchlaufen muss.

Art der baulichen Nutzung

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB; §§ 1-14 BauNVO

Gemäß § 11 Abs. 1 BauNVO sind solche Gebiete als Sonstige Sondergebiete darzustellen, die sich von den Baugebieten nach den §§ 2 bis 10 BauNVO wesentlich unterscheiden.

Sonstiges Sondergebiet - Gebiet für großflächigen Einzelhandel; Hier: „ALDI-MARKT“ (SO_{EZ})

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 3 BauNVO

Das Plangebiet wird als Sonstiges Sondergebiet - Gebiet für großflächigen Einzelhandel (hier: ALDI-Markt) festgesetzt. Entsprechend der vorliegenden Planung zum Anbau des Bestandsmarktes und Erweiterung der Verkaufsfläche auf bis zu 1.290 qm sind alle Einrichtungen und Anlagen zulässig, die für den Betrieb des ALDI-Marktes erforderlich sind.

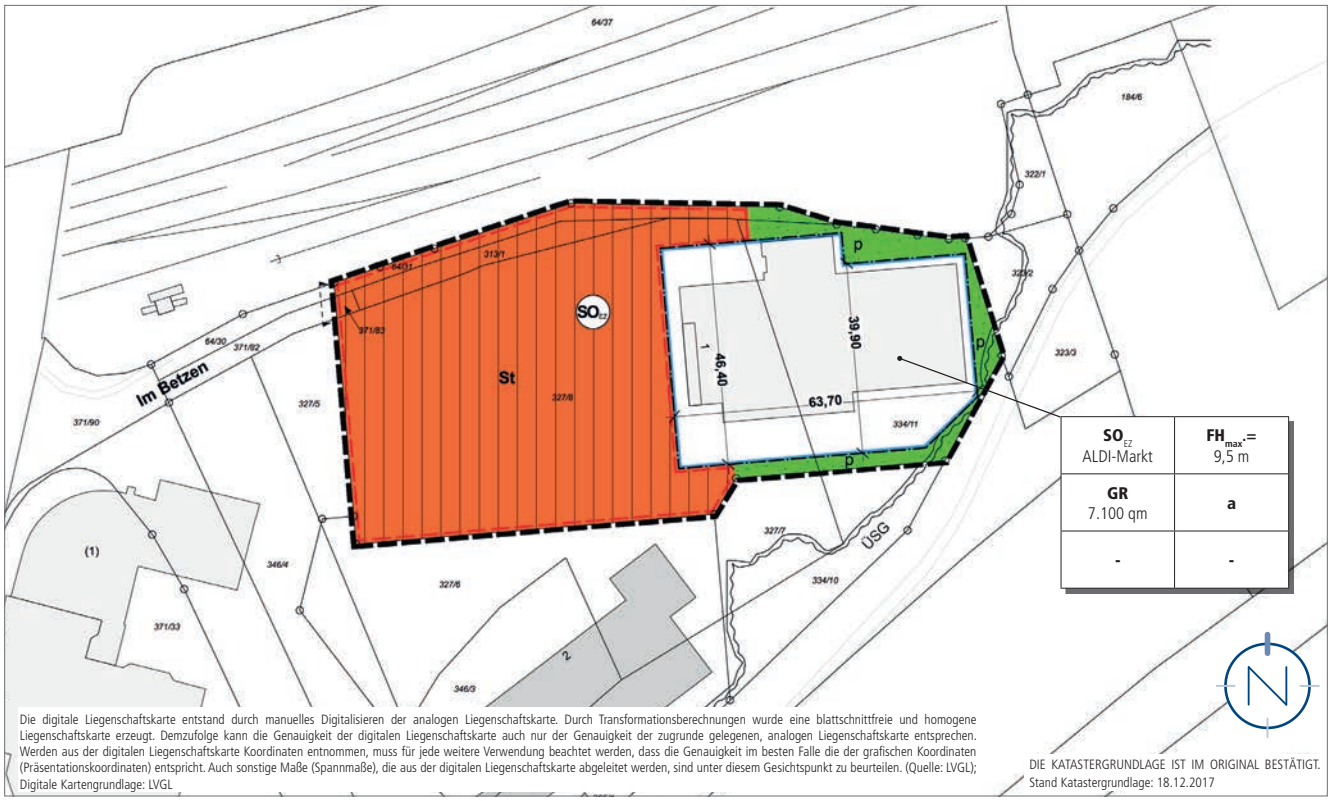
Aktuell umfasst das Bestandsobjekt eine Verkaufsfläche von ca. 950 qm. Um die geplante Erweiterung des Bestandsmarktes zu ermöglichen, wird die zulässige Verkaufsfläche mit max. 1.290 qm festgesetzt. Durch die Erweiterung kann den aktuellen und zukünftigen Markt- und Kundenanforderungen Rechnung getragen werden.

Neben der festgesetzten Hauptnutzung (ALDI-Markt) mit einer zulässigen Verkaufsfläche und den dazugehörigen Stellplätzen werden Lagerräume, Funktions- und Nebenräume, Verwaltungsräume, Aufenthalts-/Sozialräume für Personal, Nebenanlagen, Werbeanlagen, Abfallpressen, Wertstoff- und Abfallbehälter sowie alle sonstigen für den ordnungsgemäßen Betrieb der Filiale erforderlichen Einrichtungen (z.B. Pfandräume) in den Katalog der zulässigen Nutzungen aufgenommen.

Diese gewährleisten weiterhin einen zweckmäßigen, wirtschaftlichen und reibungslosen Betriebsablauf der Filiale.

Die getroffenen Festsetzungen schaffen die Voraussetzungen zur planungsrechtlichen Zulässigkeit und Realisierung der geplanten Erweiterung des Lebensmitteldiscounters.

Die Zulässigkeit von Stellplätzen dient der Ordnung des ruhenden Verkehrs und ermöglicht deren Unterbringung auf dem Grundstück.



Ausschnitt der Planzeichnung des Bebauungsplanes, ohne Maßstab; Quelle: Kernplan

Maß der baulichen Nutzung

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 - 21a BauNVO

Höhe baulicher Anlagen

Die festgesetzten Höhen im Sondergebiet sind unter Beachtung geringfügiger Spielräume aus dem Städtebaulichen Konzept abgeleitet. Mit der Definition der Höhe der baulichen Anlage wird das Ziel verfolgt, die Errichtung überdimensionierter Baukörper zu verhindern und eine angemessene Integration in die Umgebung ohne Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes zu erreichen.

Mit der Höhenfestsetzung wird die Einheitlichkeit von Bestand und geplanter Erweiterung in der dritten Dimension gewährleistet. Städtebauliche Spannungen werden vermieden. Im vorliegenden Fall existiert bereits ein Bestandsgebäude, an dem sich die Höhenfestsetzung orientiert.

Gegenüber dem bestehenden Bebauungsplan wird die Höhe auf das notwendige Maß reduziert.

Für die Festsetzung der Höhe der baulichen Anlagen sind gem. § 18 BauNVO eindeutige Bezugshöhen erforderlich, um die Höhe der baulichen Anlagen genau bestimmen zu können. Die Bezugshöhen sind der Festsetzung zu entnehmen. Da es sich um ein Bestandsgebäude handelt, kann als unterer Bezugspunkt der fertige Erdgeschossfußboden herangezogen werden.

Die Festsetzung, dass die definierte Oberkante durch untergeordnete Bauteile überschritten werden darf, ermöglicht beispielsweise die Errichtung technischer Aufbauten oberhalb der Oberkante zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen Betriebes der baulichen Anlage. Die Definition eines maximalen Flächenanteils zur Überschreitung der Höhe vermeidet eine unverhältnismäßige Ausnutzung dieser Festsetzung.

Zulässige Grundfläche (GR)

Die zulässige Grundfläche nach § 19 Abs. 2 BauNVO ist der Anteil des Baugrundstücks, der von baulichen Anlagen überdeckt werden darf.

Die gewählte Grundfläche orientiert sich an der städtebaulichen Konzeption. Es wird nur die zur Bestandserweiterung und Stellplatzsicherung benötigte Grundfläche über den Bestand hinaus festgesetzt. Ein Großteil ist bereits versiegelt.

Die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind gewahrt.

Bauweise

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO

Eine abweichende Bauweise wird festgesetzt, wenn die vorgesehene Bauweise weder als offene noch als geschlossene Bauweise bezeichnet werden kann. Die Festsetzung einer abweichenden Bauweise mit zulässiger Gebäudelänge über 50 m sowie einer zulässigen Grenzbebauung (teilweise Unterschreitung des Grenzabstandes) ist aus der städtebaulichen Konzeption abgeleitet.

Bereits die Bestandsbebauung (ehemalige Nutzung) wies eine abweichende Bauweise auf (Gebäudelänge über 50 m).

Durch die im Rahmen der abweichenden Bauweise zulässigen Grenzbebauung kann eine flexible und umfassende Ausnutzung des Plangebietes gewährleistet werden.

Die Unterschreitung des Grenzabstandes hat keine nachteiligen Auswirkungen, da es sich bei den betroffenen Flächen um größtenteils Grünflächen handelt.

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO

Mit der Festsetzung der überbaubaren Grundstücksfläche durch Baugrenzen werden die bebaubaren Bereiche des Grundstücks definiert und damit die Verteilung der baulichen Anlagen auf dem Grundstück geregelt. Die Baugrenze gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO umschreibt die überbaubare Fläche, wobei die Baugrenze durch Gebäude nicht bzw. allenfalls in geringfügigem Maß überschritten werden darf.

Die Festsetzungen der Baugrenzen orientieren sich an der städtebaulichen Konzeption und wird gegenüber dem jetzigen Baufenster zurückgenommen. Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebiets selbst dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen (z.B. befestigte Zufahrten und Zugänge, Wege sowie alle sonstigen für den ordnungsgemäßen Betrieb des Lebensmitteldiscounters erforderlichen Einrichtungen wie Abfallpresse & -behälter, und Einkaufswagenboxen). Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend.

(siehe ergänzend auch Festsetzung der Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen analog § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Flächen für Stellplätze, Nebenanlagen und Einkaufswagenbox

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO

Die Festsetzung von Stellplatzflächen dient der Ordnung des ruhenden Verkehrs. Parksuchverkehr in der Umgebung wird somit vermieden. Zur Gewährleistung eines reibungslosen Betriebsablaufes ist ein entsprechend großes Stellplatzangebot für die Kunden erforderlich. Es sind mindestens 110 Stellplätze nachzuweisen.

Durch die getroffene Festsetzung werden die vorhandenen Stellplatzflächen in ihrem Bestand gesichert.

Darüber hinaus ermöglicht die Festsetzung die Unterbringung weiterer Anlagen und Einrichtungen (z.B. Einkaufswagenboxen), die für den ordnungsgemäßen Betriebsablauf erforderlich sind.

Anschluss an Verkehrsflächen; hier: Ein- und Ausfahrtbereich

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Mit der Festsetzung des Ein- und Ausfahrtbereiches wird sichergestellt, dass die Ein-/ und Ausfahrt langfristig an der verkehrstechnisch günstigsten Position gesichert wird und keine Zufahrt an anderer Stelle hergestellt werden kann.

Die Zufahrt auf das ALDI-Gelände bleibt unverändert.

Private Grünfläche

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Die Festsetzung der privaten Grünfläche dient einerseits der Eingrünung der Stellplatzfläche des Lebensmitteldiscounters und gewährleistet andererseits eine attrak-

tive Gestaltung des zum Leinpfad entlang des nördlichen Saarufers gerichteten Bereiches. Gleichzeitig wird eine Bebauung innerhalb des Überschwemmungsgebietes vermieden.

Flächen für den Hochwasserschutz; hier: Überschwemmungsgebiet (ÜSG)

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 6a BauGB

Der Verlauf des Überschwemmungsgebietes der Hochwassergefahrenkarte Saar wird nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen.

Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Analog § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

Die getroffene grünordnerische Festsetzung dient insbesondere der Eingrünung der Stellplätze zur Vermeidung monotoner Asphaltflächen. Die vorhandenen Bäume innerhalb der Stellplatzflächen können angerechnet werden.

Festsetzungen aufgrund landesrechtlicher Vorschriften (analog § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. LBO und SWG)

Abwasserbeseitigung (analog § 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit §§ 49-54 Landeswassergesetz)

Die festgesetzten Maßnahmen der Abwasserbeseitigung dienen der ordnungsgemäßen Entwässerung aller Flächen innerhalb des Plangebietes. Die Entsorgungsinfrastruktur ist aufgrund der bestehenden Bebauung bereits vorhanden (Mischsystem) und weist noch ausreichende Kapazitäten auf. Das innerhalb des Plangebietes anfallende zusätzliche Niederschlagswasser kann problemlos aufgenommen werden. Zur Brauchwassernutzung ist die Errichtung von Speichern (z.B. Zisterne) zulässig.

Örtliche Bauvorschriften (analog § 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 85 Abs. 4 LBO)

Für Bebauungspläne können analog § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 85 Abs. 4 der Saarländischen Landesbauordnung (LBO) gestalterische Festsetzungen getroffen werden.

Um gestalterische Mindestanforderungen planungsrechtlich zu sichern, werden örtliche Bauvorschriften in den Bebauungsplan aufgenommen. Diese Festsetzungen vermeiden gestalterische Negativwirkungen auf das Stadt- und Landschaftsbild. Das Vorhaben fügt sich mit den getroffenen Festsetzungen harmonisch in die Umgebung ein.

Dächer (Sonnenenergieanlagen auf den Dächern): Die Zulässigkeit von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie auf den Dächern ermöglicht die Energiegewinnung aus solarer Strahlungsenergie im Sinne der Nachhaltigkeit.

Werbeanlagen: Das Aufstellen und Anbringen von Werbeanlagen wird im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes beschränkt. Damit wird einer Beeinträchtigung des Stadt- und Landschaftsbildes begegnet. Hierzu werden Werbeanlagen mit bewegtem Licht und Werbeanlagen auf Dächern im gesamten Plangebiet dieses Bebauungsplanes für unzulässig erklärt. Werbeanlagen sind an der Stätte der Leistung zulässig. Es sind darüber hinaus gemeinsame Hinweisschilder oder -tafeln zulässig (auch Fremdwerbung). Die Höhe der Hinweisschilder oder -tafeln darf max. 8,0 m betragen. Zusätzlich ist ein Werbepylon mit einer Höhe von 15,0 m zulässig. Unzulässig sind blinkende Leuchtreklamen sowie zeitweise und sich ständig bewegende Werbeanlagen.

Dies dient zum einen der Eigenwerbung von ALDI und zum anderen der gemeinsamen Werbung mit anderen im Gebiet ansässigen Betrieben.

Auswirkungen des Bebauungsplanes, Abwägung

Abwägung der öffentlichen und privaten Belange

Für jede städtebauliche Planung ist das Abwägungsgebot gem. § 1 Abs. 7 BauGB von besonderer Bedeutung. Danach muss die Kommune als Planungsträgerin bei der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abwägen. Die Abwägung ist die eigentliche Planungsentscheidung. Hier setzt die Kommune ihr städtebauliches Konzept um und entscheidet sich für die Berücksichtigung bestimmter Interessen und die Zurückstellung der dieser Lösung entgegenstehenden Belange.

Die Durchführung der Abwägung impliziert eine mehrstufige Vorgehensweise, die im vorliegenden Fall aus folgenden Arbeitsschritten besteht:

- Sammlung des Abwägungsmaterials (siehe „Auswirkungen der Planung")
- Gewichtung der Belange (siehe „Gewichtung des Abwägungsmaterials")
- Abwägungsergebnis (siehe „Fazit")

Auswirkungen der Planung auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung sowie die natürlichen Lebensgrundlagen

Hinsichtlich der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung bzw. der natürlichen Lebensgrundlagen (im Sinne des § 1 Abs. 6 BauGB) sind insbesondere folgende mögliche Auswirkungen beachtet und in den Bebauungsplan eingestellt:

Auswirkungen auf die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse

Dieser Planungsgrundsatz präzisiert die wesentlichen Grundbereiche menschlichen Daseins. Er enthält die aus den allgemeinen Planungsgrundsätzen entwickelte Forderung für Bauleitpläne, dass die Bevölkerung bei der Wahrung der Grundbedürfnisse gesunde und sichere Wohn- und Arbeitsbedingungen vorfindet.

Das bedeutet, dass Wohn- und Arbeitsstätten so entwickelt werden sollen, dass Beeinträchtigungen vom Planungsgebiet auf die Umgebung und von der Umgebung auf das Planungsgebiet vermieden werden. Dies kann erreicht werden, indem unvereinbare Nutzungen voneinander getrennt werden.

Das Plangebiet hat lediglich eine Größe von ca. 7.800 qm und wird bereits durch den ALDI-Markt genutzt. Demnach sind die als zulässig definierten Nutzungen im Plangebiet schon vorhanden (Bestandserweiterung). Es sind aktuell keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen der bestehenden Nutzungen des Ist-Zustandes auf die Nachbarschaft bekannt.

Das Plangebiet ist überwiegend von störunempfindlichen Nutzungen umgeben. Durch die geringfügige Erweiterung des Bestandsgebäudes werden keine negativen Beeinträchtigungen auf die umliegenden Nutzungen entstehen. Vielmehr wird die ALDI-Filiale an diesem Standort langfristig gesichert, wodurch das Planvorhaben auch zum Erhalt dieses Versorgungsstandortes beiträgt.

Durch die städtebaulichen Festsetzungen innerhalb des Plangebiets wird ansonsten jede Form der anderweitigen Nutzung ausgeschlossen, die innergebietlich oder im direkten Umfeld zu erheblichen Störungen führen könnte.

Für den ruhenden Verkehr wird ein ausreichendes Flächenangebot vorgehalten, sodass negative Auswirkungen durch Stellplatzsuchende im öffentlichen Raum ausgeschlossen sind.

Insgesamt sind keine durch die Planung resultierenden nachteiligen Auswirkungen auf die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse bekannt.

Auswirkungen auf die Erhaltung, Gestaltung und Erneuerung des Stadt- und Landschaftsbildes

Das Stadt- und Landschaftsbild wird durch die vorliegende Planung nicht negativ beeinträchtigt. Der Baukörper des ALDI-Marktes besteht schon und fügt sich angemessen in die Umgebung ein. Das Gelände ist somit bereits bebaut, sodass keine erhebliche zusätzliche räumliche Wirkung von der geringfügigen Erweiterung des Bestandsgebäudes ausgeht. Die Festsetzungen sind auch weiterhin an die für Lebensmitteldiscounter typischen Anforderungen sowie an der bereits bestehenden Bebauung orientiert.

Das festgesetzte Maß der baulichen Nutzung orientiert sich am städtebaulichen Konzept und am Bestand (insbesondere Gebäudehöhe). Auch die Bauweise, etc. bleiben weitestgehend unverändert. Somit wird ein harmonisches Einfügen in den Bestand erreicht.

Auswirkungen auf umweltschützende Belange und Belange des Hochwasserschutzes

Aufgrund der geringen Größe der Erweiterung eines bereits bestehenden Lebensmitteldiscounters mit den vorhandenen Versiegelungen sind die Belastungen des Naturhaushaltes sehr gering.

Der Geltungsbereich weist durch die bestehenden Nutzungen auf der Fläche selbst sowie in der unmittelbaren Umgebung mit den entsprechenden Überbauungen und Versiegelungen, Bewegungsunruhen sowie Lärmemissionen und den daraus resultierenden Störungen bereits eine starke Vorbelastung auf.

Aufgrund dieses hohen Störgrades sowie der Biotop- und Habitatausstattung sind keine abwägungs- oder artenschutzrechtlich relevanten Tier- und Pflanzenarten, insbesondere keine Fortpflanzungsräume streng geschützter Vogelarten, zu erwarten.

Insofern kann davon ausgegangen werden, dass umweltschützende Belange durch das Vorhaben nicht negativ beeinträchtigt werden. Dies gilt auch für die Belange des Hochwasserschutzes. Im Bereich des Überschwemmungsgebietes sind mit Ausnahme der Stützmauer keine Geländeauffüllungen geplant.

„Durch den geringfügigen Eingriff im Randbereich der Überschwemmungsgebiete ist von einem nicht nachweisbaren Einfluss auf die Abflussverhältnisse bei Hochwasser auszugehen. Nach Ansicht des Gutachters hat das Vorhaben keinen negativen Einfluss auf das Hochwasserregime der Saar."

(Quelle: Gutachterliche Stellungnahme zum Bauvorhaben Erweiterung des ALDI-Marktes Völklingen Im Betzen am rechten Saarufer (Saar-km 77,450; Stauhaltung Lisdorf); Ingenieurbüro eepi Luxemburg S.à r.l.)

Auswirkungen auf die Belange der Wirtschaft, auch ihrer mittelständischen Struktur im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung sowie auf die Belange der Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

In der Bauleitplanung sind die wirtschaftlichen Belange in erster Linie durch ein ausreichendes, den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechendes Flächenangebot zu berücksichtigen.

Daneben spielt auch die Bereitstellung und Sicherung von Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle. Diesen Interessen trägt der vorliegende vorhabenbezogene Bebauungsplan Rechnung. Durch die Erweiterung der Verkaufsfläche von ca. 950 qm auf maximal 1.290 qm kann von einer langfristigen Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze ausgegangen werden.

Mit der Realisierung des Vorhabens wird der Standort der ALDI-Filiale für die nächsten Jahre gesichert.

Dies ist für die Mittelstadt Völklingen von großer Bedeutung, um ein umfassendes Versorgungsangebot im Lebensmittelbereich für die Bevölkerung und das Einzugsgebiet zu gewährleisten. Damit wird auch die mittelzentrale Versorgungsfunktion erfüllt.

Die Auswirkungsanalyse der GMA - Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH kam zu folgendem Fazit bezüglich der landesplanerischen Auswirkungen der Erweiterung des ALDI-Marktes in Völklingen:

„Konzentrationsgebot (Ziel 42)

Die Stadt Völklingen übernimmt gemäß Landesplanung die zentralörtliche Funktion eines Mittelzentrums, damit liegen die Voraussetzungen zur Ansiedlung bzw. Erweiterung großflächiger Einzelhandelsbetriebe vor. Das Konzentrationsgebot wird durch das Vorhaben eingehalten.

Kongruenzgebot (Ziel 44)

Das Einzugsgebiet ist im Wesentlichen auf Teile der Stadt Völklingen begrenzt. Ein nennenswertes überörtliches Einzugsgebiet wird nicht erschlossen. Basierend auf der aus der Umsatzprognose ableitbaren Umsatzherkunft sowie der landesplanerischen Vorgaben bleibt festzuhalten, dass ca. 90 % des Umsatzes aus dem abgegrenzten Einzugsgebiet (= Völklingen Stadtmitte, Heidstock, Fürstenhausen, Fenne, Röchlinghöhe) stammen. Lediglich 10 % des Umsatzes werden durch Streuumsätze von außerhalb des abgegrenzten Einzugsgebietes generiert (u. a. Kunden aus dem sonstigen Stadtgebiet, Pendler, Touristen, Zufallskunden). Die Vorgaben des Kongruenzgebotes werden somit eingehalten.

Beeinträchtigungsverbot (Ziel 45)

Das Beeinträchtigungsverbot wird durch die Erweiterung des Aldi-Lebensmitteldiscounters am Standort „Im Betzen" nicht verletzt. Auswirkungen auf die Versorgungsstrukturen sowie die Funktionsfähigkeit des zentralen Versorgungsbereiches können in Völklingen sowie im Umland ausgeschlossen werden. Die wesentlichen Umverteilungen werden in der Stadt Völklingen selbst erfolgen, jedoch deutlich unterhalb der 10-% Schwelle liegen. Hiervon betroffen sind in erster Linie die größeren Lebensmittelmärkte im Einzugsgebiet, darunter Lidl als systemgleicher Wettbewerber (max. 4 – 5 %); an allen sonstigen Wettbewerbsstandorten fallen die Umverteilungsquoten mit max. 1 – 2 % nochmals deutlich geringer aus. Die dargestellten Umsatzumverteilungen werden in keinem Fall zu negativen Auswirkungen auf den zentralen Versorgungsbereich bzw. Nahversorgungslagen im Stadtgebiet führen. Das Beeinträchtigungsverbot wird durch das Vorhaben eingehalten.

Städtebauliches Integrationsgebot (Ziel 46)

Der Standort von Aldi liegt im Süden des einwohnerstärksten Stadtteils Stadtmitte. Hierbei handelt sich um einen langjährig etablierten, bereits großflächigen Lebensmittelmarkt, welcher bereits heute für die Bewohner der angrenzenden Stadtteile eine wichtige Funktion für die wohnortnahe Versorgung einnimmt. Unter städtebaulichen Aspekten handelt es sich um einen überwiegend autokundenorientierten Standort, der jedoch durch seine Nähe zur Völklinger Innenstadt (= zentraler Versorgungsbereich) gekennzeichnet ist, welche in nördlicher Richtung in einer Distanz von rd. 300 m (= Luftlinie) beginnt. Ein Zugang in Richtung Innenstadt ist über eine Fußgängerunterführung (Zugang in Höhe des Kreisverkehrs Karolingerstraße) möglich. Hier besteht auch ein direkter Anschluss an den ÖPNV. Bei der Bewertung des städtebaulichen Integrationsgebotes bleibt zu berücksichtigen, dass es sich um einen bestehenden Markt handelt. Das Vorhaben dient in erster Linie der Anpassung des Aldi-Marktes an aktuelle Kunden- und Logistikanforderungen und somit auch einer langfristigen Sicherung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Standortes. Daher regen wir die Einstufung des Aldi-Marktes am Standort „Im Betzen" als Grundversorgungsstandort für Einzelhandel mit nahversorgungsrelevantem Kernsortiment an, für den im Einzelfall ein Erweiterung ermöglicht werden sollte."

„Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die durch das Erweiterungsvorhaben von Aldi ausgelösten Umsatzumverteilungseffekte zu keinen städtebaulich relevanten Auswirkungen im Lebensmittelbereich führen werden. Das Vorhaben dient in erster Linie der Modernisierung und Anpassung des Aldi-Marktes an aktuelle und künftige Kunden- und Logistikanforderungen. Auswirkungen auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche (Innenstadt Völklingen) oder auf die verbrauchernahe Versorgung können ausgeschlossen werden."

(Quelle: Auswirkungsanalyse Erweiterung ALDI Völklingen, Im Betzen ; GMA - Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH; Ludwigsburg; Stand: 19.12.2018)

Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs und auf die Belange der Ver- und Entsorgung

Im Zuge der Planung wird eine geringfügige Erweiterung des Baukörpers geschaffen. Mit der Erweiterung der Verkaufsfläche soll gleichzeitig eine Umstrukturierung erfolgen (komfortablere - d.h. breitere und barrierefreie Gänge). Die Ein- und Ausfahrt bleibt von diesen Veränderungen unberührt.

Die Belange des Verkehrs werden durch die vorliegende Planung nicht erheblich negativ beeinträchtigt.

Die Belange der Ver- und Entsorgung werden ausreichend berücksichtigt. An der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur werden sich keine nennenswerten Änderungen ergeben. Die neu versiegelten Flächen werden lediglich einen geringen Anstieg des Niederschlagswasseraufkommens mit sich bringen. Unter Beachtung der Kapazitäten und getroffenen Festsetzungen ist die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur ordnungsgemäß sichergestellt.

Auswirkungen auf Belange des Klimas

Im Zuge der Realisierung der vorgesehenen Planung kommt es zwar zu neuen Versiege-

lungen durch die Erweiterung des Baukörpers; aufgrund des überschaubaren Flächenumfangs können negative Auswirkungen auf die Belange des Klimas jedoch ausgeschlossen werden.

Auswirkungen auf private Belange

Die Planung wird sich positiv auf die privaten Belange auswirken. Mit der Erweiterung des Baukörpers und der Verkaufsfläche wird die ALDI-Filiale am Standort „Im Betzen" langfristig gestärkt und die Attraktivität des Standortes sichergestellt. Damit wird eine örtliche Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet.

Darüber hinaus wird ein Beitrag zum grundzentralen Versorgungsauftrag der Mittelstadt Völklingen geleistet.

Auswirkungen auf alle sonstigen Belange

Alle sonstigen bei der Aufstellung von Bauleitplänen laut § 1 Abs. 6 BauGB zu berücksichtigenden Belange werden nach jetzigem Kenntnisstand durch die Planung nicht berührt.

Gewichtung des Abwägungsmaterials

Gemäß dem im Baugesetzbuch verankerten Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB) wurden die bei der Abwägung zu berücksichtigenden öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen und entsprechend ihrer Bedeutung in den vorliegenden Bebauungsplan eingestellt.

Argumente für die Verabschiedung des Bebauungsplanes

- Langfristige Sicherung des Versorgungsstandortes
- Planungsrechtliche Absicherung des gesamten Bestandes und der Erweiterung der Verkaufsfläche
- Keine entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Vorgaben
- Keine umweltschützenden Belange betroffen
- Kein Erschließungsaufwand und keine negativen Auswirkungen auf die Ver- und Entsorgung
- Keine negativen Auswirkungen auf den Verkehr
- Langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen
- Keine negativen Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild
- Keine Auswirkungen auf die Belange des Klimaschutzes
- Keine Beeinträchtigung privater Belange

Argumente gegen die Verabschiedung des Bebauungsplanes

Es sind keine Argumente bekannt, die gegen die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sprechen.

Fazit

Im Rahmen der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wurden die zu beachtenden Belange in ihrer Gesamtheit untereinander und gegeneinander abgewogen. Aufgrund der genannten Argumente, die für die Planung sprechen, kommt die Mittelstadt Völklingen zu dem Ergebnis, dass der Umsetzung der Planung nichts entgegensteht.

Anhang

Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3c UVPG i.V.m. Anlage 1 u. 2 zum UVPG		
Nr.	Kriterium	Beschreibung
1.	**Merkmale des Vorhabens**	
	Die Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen:	
1.1	Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und, soweit relevant, der Abrissarbeiten	Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes misst rund 7.800 qm. Die Verkaufsfläche des Lebensmitteldiscounters darf 1.290 qm betragen. Die überbaubare Grundstücksfläche beträgt rund 2.730 qm, die festgesetzte Stellplatzfläche umfasst ca. 4.350 qm. Die Erschließung der Fläche erfolgt weiterhin über die Straße „Im Betzen". Es wird ein Sonstiges Sondergebiet - Gebiet für großflächigen Einzelhandel (hier: ALDI-Markt) analog § 11 BauNVO festgesetzt.
1.2	Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	Das Plangebiet und dessen Umfeld ist bereits im bestehenden Bebauungsplan als Gewerbegebiet festgesetzt und wird entsprechend genutzt. An der Zusammensetzung der Nutzungen werden keine Änderungen vorgenommen. Die Intensität der Nutzung wird das bereits zulässige Maß nicht überschreiten.
1.3	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Die vorliegende Planung eröffnet die Möglichkeit zur Erweiterung der Verkaufsfläche durch Anbau an einen bestehenden Lebensmitteldiscounter. Aufgrund des bereits vorhandenen starken Versiegelungsgrades (bestehender ALDI-Markt) kommt es zu keinen umfangreichen Überbauungen von bisher unversiegelten Flächen. Lediglich kleine Restgrünflächen werden durch den Anbau an den Bestandsmarkt reduziert. Im Plangebiet stehen fast keine natürlichen Böden mehr an. Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan werden nur geringfügige neue Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet. Auch in Flächen des Überschwemmungsgebietes wird nicht eingegriffen.
1.4	Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes	Ordnungsgemäße Entsorgung der entstehenden Abfälle und Abwässer, kein Anfallen von Sonderabfällen.
1.5	Umweltverschmutzung und Belästigungen	Durch Ansiedlung von Einzelhandelsmärkten kommt es grundsätzlich zu einem verstärkten Verkehrsaufkommen (Lieferverkehr per LKW, Kundenverkehr per PKW). Bei der vorliegenden Planung handelt es sich nur um eine Verkaufsflächenerweiterung von aktuell ca. 950 qm auf maximal 1.290 qm Verkaufsfläche. Die Erweiterung dient insbesondere der Optimierung betrieblicher Abläufe sowie der Verbesserung der Warenpräsentation und Barrierefreiheit. Mit einer erheblichen Erhöhung des Kundenaufkommens und einer damit einhergehenden Zunahme der Geräuschentwicklung ist nicht zu rechnen. Insgesamt betrachtet handelt es sich um einen langjährig etablierten und seitens der Bevölkerung gut angenommenen Lebensmitteldiscounter, der durch eine qualitative und quantitative Neuordnung zukunftsfähig gemacht werden soll. Die Fläche war bereits zuvor gewerblich genutzt und ist stark versiegelt, weshalb erhebliche Umweltverschmutzungen und Belästigungen ausgeschlossen werden können. Der Status quo wird nicht geändert. Aktuell ist keine Umweltverschmutzung und Belästigung bekannt.

Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3c UVPG i.V.m. Anlage 1 u. 2 zum UVPG		
Nr.	Kriterium	Beschreibung
1.6	Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf:	
1.6.1	verwendete Stoffe und Technologien	Es liegt kein planungsbedingtes Risiko für Störfälle, Unfälle und Katastrophen durch verwendete Stoffe und Technologien vor.
1.6.2	die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Abs. 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	Es liegt kein planungsbedingtes Risiko für Störfälle im Sinne des § 2 Abs. 7 der Störfall-Verordnung vor.
1.7	Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft	Es liegt kein planungsbedingtes Risiko für die menschliche Gesundheit vor.
2.	**Standort des Vorhabens**	
	Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung der Kumulierung mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:	
2.1	bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien),	Der Geltungsbereich liegt im Stadtteil Völklingen, in kurzer Entfernung zur sehr stark befahrenen Karolingerstraße (L 136) und Bahntrasse (Trier - Saarbrücken). Das Plangebiet dient ausschließlich der Einzelhandelsnutzung. Die direkte Umgebung des Geltungsbereiches ist durch gewerbliche Nutzungen geprägt. Bei dem Gebiet handelt sich um einen etablierten Versorgungsstandort für die Mittelstadt Völklingen. Verkehrlich ist der Standort über die Straße „Im Betzen" an die L 136 angebunden.
2.2	Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds (Qualitätskriterien),	Der Planungsraum ist bereits großflächig versiegelt und somit anthropogen stark überprägt. Der ursprüngliche Charakter der Landschaft fehlt.
2.3	Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)	
2.3.1	Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes	Es liegen keine Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung im Einflussbereich des Planvorhabens.
2.3.2	Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst	An dem vom Vorhaben betroffenen Standort und im Nahbereich nicht vorhanden.
2.3.3	Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst,	An dem vom Vorhaben betroffenen Standort und im Nahbereich nicht vorhanden.

Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3c UVPG i.V.m. Anlage 1 u. 2 zum UVPG		
Nr.	Kriterium	Beschreibung
2.3.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes,	An dem vom Vorhaben betroffenen Standort und im Nahbereich nicht vorhanden.
2.3.5	Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes,	An dem vom Vorhaben betroffenen Standort und im Nahbereich nicht vorhanden.
2.3.6	geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes,	An dem vom Vorhaben betroffenen Standort und im Nahbereich nicht vorhanden.
2.3.7	gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes,	An dem vom Vorhaben betroffenen Standort und im Nahbereich nicht vorhanden.
2.3.8	Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes,	nicht direkt betroffen; Gem. der Hochwassergefahrenkarte (HWGK) Saar HQ 100 (Stand: 11/2013) überlappt sich das Plangebiet geringfügig mit dem noch festzusetzenden Überschwemmungsgebiet (ÜSG) der Saar. Nachweis durch Gutachten, dass Retentionsraum nicht nachteilig beeinträchtigt wird.
2.3.9	Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind,	Das Plangebiet gehört nicht zu derartigen Gebieten.
2.3.10	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes,	Der Standort des Vorhabens liegt in Völklingen, das im Landesentwicklungsplan (Teilabschnitt Siedlung) als Mittelzentrum ausgewiesen ist.
2.3.11	in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.	An dem vom Vorhaben betroffenen Standort nicht vorhanden.
3.	**Merkmale der möglichen Auswirkungen**	
	Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; insbesondere ist Folgendem Rechnung zu tragen:	
3.1	der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geographische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind,	Auswirkungen im Zuge der Erweiterung des Gebäudes und Stellplatzerweiterung werden sich schwerpunktmäßig auf das direkte Umfeld des Standortes beschränken. Durch Kunden- und Lieferverkehr verursachte Lärmemissionen werden sich weitgehend auf den Standort selbst sowie sein direktes Umfeld (gewerbliche Nutzung) beschränken.
3.2	dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen,	Es sind keine grenzüberschreitenden Auswirkungen zu erwarten.
3.3	der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen,	Die Schwere und Komplexität der Auswirkungen sind aufgrund des bereits vorhandenen Bestandes als gering zu bewerten. Als relevanter „Eingriff" findet lediglich die Überbauung kleinerer Grünflächen statt.
3.4	der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen,	Alle Auswirkungen der Planung können z. T. durch die Erweiterung, v. a. durch den bereits bestehenden Betrieb des Lebensmitteldiscounters potenziell auftreten.

Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3c UVPG i.V.m. Anlage 1 u. 2 zum UVPG		
Nr.	Kriterium	Beschreibung
3.5	dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen,	Im Rahmen der Bauphase auftretende Auswirkungen (z.B. Baulärm) beschränken sich auf den Zeitraum der Bauarbeiten. Das Verkehrsaufkommen durch Kunden- und Lieferverkehr wird sich nicht erhöhen, da es zu keiner Sortimentserweiterung des Marktes kommt. Bzgl. der Dauer dieser Auswirkungen kann keine Prognose getroffen werden; der Lebensmitteldiscounter soll durch die vorliegende Planung langfristig gesichert werden, weshalb in den kommenden Jahren nicht mit einer Einstellung der dort vorgesehenen Nutzungen und damit verbunden mit einem Ausbleiben der Auswirkungen gerechnet werden kann. Die Festsetzung als Gewerbegebiet erlaubt bereits heute eine nahezu uneingeschränkte gewerbliche Nutzung.
3.6	dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben,	Die Erweiterung des bestehenden ALDI-Marktes wird lediglich zu einer geringfügigen Veränderung des Status Quo im Plangebiet selbst führen. Das Bauplanungsrecht im Umfeld bleibt unangetastet.
3.7	der Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermindern.	Die bauliche Erweiterung des bestehenden ALDI-Marktes ist notwendig um den Standort langfristig zu sichern. Flächen, die nicht für die Erweiterung selbst oder Anlage von Stellplätzen benötigt werden, werden als private Grünflächen festgesetzt um den Eingriff in die Natur und Landschaft auf das notwendige Maß zu reduzieren.

MITTELSTADT VÖLKLINGEN, STADTTEIL VÖLKLINGEN

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „II/101 – 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt Im Betzen“

- **Erneute verkürzte Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB**
- **Erneute verkürzte Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB**
- **Erneute verkürzte Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB**

Beschlussvorlage zur erneuten verkürzten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB sowie zur erneuten verkürzten Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB und zur erneuten verkürzten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB.

Die erneute verkürzte Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand vom 17.01.2019 bis 01.02.2019 statt. Im Anschreiben vom 08.01.2019 wurde darauf hingewiesen, dass bei Nichtäußerung davon ausgegangen wird, dass keine Bedenken und Anregungen vorliegen. Stellungnahmen konnten nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden.

Zur vorliegenden Planung haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert. Bürgerinnen und Bürger haben sich zur vorliegenden Planung nicht geäußert.

Die geäußerten Anregungen werden, wie folgt beschrieben, in die Planung eingestellt.

Stand: 25.02.2019

1 LANDESAMT FÜR UMWELT- UND ARBEITSSCHUTZ Don-Bosco-Straße 1 66119 Saarbrücken <u>Schreiben vom 01.02.2019</u> „ich bitte um Fristverlängerung zur Abgabe unserer TÖB-Stellungnahme zum o.a. B-Plan bis zum 08.02.2019“		
<u>Schreiben vom 05.02.2019</u> <u>AZ: 01/1311/1238/Wil</u> „zu der Aufstellung des o. g. vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Mittelstadt Völklingen nehmen wir aus der fachtechnischen Sicht unseres Hauses wie folgt Stellung und bitten, die aufgeführten Hinweise und Anmerkungen zu berücksichtigen:		<u>Stellungnahme der Stadt</u>
Naturschutz Schutzgebiete und Schutzobjekte nach Naturschutzrecht sind nicht betroffen, ebenso keine gemäß § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders geschützten Biotope. Aufgrund der realen Gegebenheiten sind Verbotstatbestände gem. den §§ 19 und 44 BNatSchG nicht zu erwarten. Bezüglich erforderlicher Rodungs- bzw. Baumfällarbeiten sind die Regelungen des § 39 Abs. 5 BNatSchG sowie die Baumschutzsatzung der Stadt Völklingen zu beachten.		Naturschutz Der Hinweis auf die Rodungsfrist gem. § 39 Abs. 5 BNatSchG war bereits im vorgelegten Bebauungsplanentwurf enthalten. Die Baumschutzsatzung gilt unabhängig vom vorliegenden Bebauungsplan.
Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz Der Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich in der Nähe der Saar, einem Gewässer erster Ordnung. Die Saar ist gem. § 73 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) als Gewässer mit signifikantem Hochwasserrisiko bewertet, für das gern. § 76 Abs. 2 WHG ein Überschwemmungsgebiet (ÜSG) für ein 100-jährliches Hochwasserereignis auszuweisen ist. Gemäß den vorliegenden Hochwassergefahrenkarten tangiert der Geltungsbereich das Überschwemmungsgebiet bei HQ100 im Randbereich, im Fall HQextrem wird es vollständig überschwemmt. Der Geltungsbereich befindet sich zudem innerhalb eines Vorranggebietes für Hochwasserschutz (HQ200). Nach der dem Bebauungsplan beigefügten gutachterliehen Stellungnahme tangiert die im Rahmen der Erweiterung geplante Stützwand das ÜSG bei HQ100 im Randbereich, der Retentionsraumverlust bleibt mit < 1 m^3 aber vernachlässigbar gering. Bei einem Ereignis HQ200 gehen ca. 3 m^3 Retentionsraum		Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz

verloren. Dies kommt aber lediglich im parallel zum Bebauungsplans-Verfahren durchzuführenden Zielabweichungsverfahren zum Vorranggebiet zum Tragen (Forderung Landesplanung). Ein negativer Einfluss auf Wasserstand und Abfluss im Hochwasserfall ist durch den geringfügigen Eingriff nicht zu erwarten.
Durch die Lage innerhalb eines HQextrem handelt es sich bei dem Bereich um ein Risikogebiet gem. § 78b WHG, für das die Vorgaben des § 78b Abs. 1 Nr. 1 zu beachten sind. Hiernach sind bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für nach § 30 Abs. 1 und 2 oder nach § 34 des BauGB zu beurteilende Gebiete insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 des BauGB zu berücksichtigen. Gemäß beigefügtem Gutachten liegt die OK FFB der geplanten Markterweiterung deutlich über HQ 200, nach Auskunft des Ingenieurbüros auf 187 m ü NN. Bei HQextrem stellt sich in diesem Bereich ein Wasserstand von 186,95 m ü NN ein, also noch unter OK FFB. Das Bauvorhaben wird damit hochwasserangepasst bis über HQextrem ausgeführt. Des Weiteren ist der Abstand zur Saar mit > 5 m ausreichend bemessen.

Altlasten
In der aktuellen uns vorgelegten Entwurfsfassung sind die Hinweise aus unserer Stellungnahme vom 08.05.2018 mit dem AZ: 01/1311/1251 nicht berücksichtigt worden. Die Altlastenproblematik wurde weder im Textteil noch - wie damals gefordert - in der Plankarte berücksichtigt.
Das Planvorhaben liegt auf der Altlastverdachtsfläche VK_6439. Nach derzeitigem Kenntnisstand wurden auf dem Gelände Schlacken aufbereitet und Schlackenstein, Kalk, Mörtel und/ oder gebrannter Gips hergestellt. Konkrete Informationen zu Boden- oder Grundwasserverunreinigungen, insbesondere Bodengutachten liegen nicht vor. Aufgrund der Vornutzung ist es möglich, dass bei Bauarbeiten verunreinigte Bodenmassen angetroffen werden.
Die Stadt Völklingen als Planungsbehörde hat dafür Sorge zu tragen, dass die Zulässigkeit der geplanten Nutzung auf der Altlastverdachtsfläche insoweit aufgeklärt wird, dass durch das Vorhaben die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung gewahrt bleiben. Der Bauleitplan darf keine Nutzung

Altlasten
Entgegen dem Einwand des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz war der Hinweis auf die Altlastverdachtsfläche VK_6439 bereits im Textteil des vorgelegten Bebauungsplanentwurfs als Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 BauGB enthalten. Aus der erfolgten Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 BauGB wird deutlich dass das gesamte Plangebiet auf der v.g. Altlastverdachtsfläche liegt. Dem Hinweis, dass die Altlastverdachtsfläche in die Begründung aufzunehmen ist wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes um einen Hinweis auf die Altlastverdachtsfläche, wie folgt zu ergänzen:
„Das Plangebiet liegt auf der Altlastverdachtsfläche VK_6439. Der Bauherr hat die Baumaßnahme von einem Sachverständigen gem. § 18 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Sachgebiete 2 bis 5 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen für den Bodenschutz und die Altlastenbehandlung im Saarland (VSU) in der derzeit gültigen Fassung begleiten zu lassen (Sachverständige s. www.resymesa.de).“

vorsehen, die mit der vermuteten Bodenbelastung auf Dauer unvereinbar wäre. Die Hinweise zum Altlastverdacht sind zumindest in die Begründung zum Bebauungsplan aufzunehmen und im Kartenteil darzustellen.“		
2 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT OBERSTE LANDESBAUBEHÖRDE OBB 1 REFERAT OBB 11, LANDESPLANUNG, BAULEITPLANUNG Halbergstraße 50 66121 Saarbrücken <u>Schreiben vom 07.02.2019</u> „mit o.a. Planung beabsichtigt die Mittelstadt Völklingen, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erweiterung des bestehenden Aldi-Marktes von derzeit ca. 950 qm auf dann max. 1.290 qm Verkaufsfläche zu schaffen. Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind die kommunalen Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Diese sind für das Saarland im Landesentwicklungsplan, Teilabschnitte „Umwelt“ und „Siedlung“ festgelegt. Der in Rede stehende Bereich liegt innerhalb eines Vorranggebietes für Hochwasserschutz (VH) gemäß LEP „Umwelt“. Aus Vorsorgegründen und aufgrund des gemeinsamen Kabinettsbeschlusses mit dem Land Rheinland-Pfalz wurde diesem ein HQ 200 zugrunde gelegt. Damit widerspricht die vorliegende Planung sowohl den Zielen der Raumordnung als auch § 1 Abs. 4 BauGB. Dabei ist es unerheblich, dass die Erweiterung nur geringfügig ist, da der LEP dazu keine Vorgaben macht. Grundsätzlich wollte der Plangeber Überschwemmungsgebiete erhalten und diese vor weiterer Bebauung schützen. Nur wenn aus überwiegenden Gründen des Wohls der Allgemeinheit in VH Flächen für bauliche Anlagen (z.B. Infrastruktureinrichtungen wie Straßen und Brücken) in Anspruch genommen werden müssen, ist das Retentionsvermögen und der schadlose Hochwasserabfluss durch kompensatorische Maßnahmen zu sichern. Hiervon kann vorliegend jedoch nicht ausgegangen werden. Um diesen Widerspruch aufzulösen, wurde von Seiten der Mittelstadt Völklingen mit Schreiben vom 18.12.2018, hier eingegangen am 03.01.2019, ein Antrag auf Einleitung und Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens		<u>Stellungnahme der Stadt</u> Parallel zur Beteiligung der Behörden und Träger sonstiger öffentlicher Belange wurde auf Antrag der Stadt ein Zielabweichungsverfahren vom Ministerium für Inneres, Bauen und Sport eingeleitet. Die Beteiligung hierzu läuft bis zum 20.02.2019. Auf telefonische Rückfrage an die zuständige Sachbearbeiterin wurde zugesichert, dass der Zielabweichungsbescheid bis zur Sitzung des Stadtrates als Tischvorlage vorliegen wird. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan ist nur nach Vorlage eines positiven Bescheides zum Zielabweichungsverfahren möglich. **Kein Beschluss erforderlich**

gestellt. Mit Schreiben vom 14. Januar 2019, Az.: OBB 11-1092-19/Ja, hat die Landesplanungsbehörde dieses Verfahren eingeleitet. Den am Verfahren Beteiligten wurde Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 20. Februar 2019 gegeben.
Im Hinblick darauf, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und damit zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Stellungnahme hinsichtlich der Übereinstimmung der Planung mit den Zielen der Raumordnung gemäß LEP „Umwelt“ erfolgen kann, wäre es aus hiesiger Sicht ratsam gewesen, die Beteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB nach (positiv) erfolgtem Abschluss des Zielabweichungsverfahrens einzuleiten.
Darüber hinaus sind die Ziele und Grundsätze hinsichtlich der Ansiedlung, Erweiterung und Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen zu beachten bzw. zu berücksichtigen.
Der in Rede stehende Bereich liegt nach hiesigem Informationsstand innerhalb des Bebauungsplans „Gewerbegebiet östlich der Karolingerstraße“ (Rechtskraft seit dem 26.06.1979) und ist als Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO festgesetzt. Auf welcher Rechtsgrundlage die bereits vorhandene Verkaufsfläche von 947 qm realisiert wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.
Im Übrigen erscheint die angegebene vorhandene Verkaufsflächengröße im Hinblick auf die Größe des bestehenden Gebäudes nicht korrekt.
Die Vermutungsregel des § 11 Abs. 3 Satz 3 BauNVO geht davon aus, dass die Verkaufsfläche erfahrungsgemäß in der Regel etwa zwei Drittel der Geschossfläche beträgt. Die Geschossfläche des Gebäudes beträgt ca. 1690 qm. In Anwendung der v.g. Zwei-Drittel-Regel kann davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Verkaufsfläche größer ist als die angegebenen 947 qm.
Mit vorliegender Planung soll die v.g. VK auf 1.290 qm (+ 36 %) erweitert werden.
Die vorgelegte Auswirkungsanalyse, die die Übereinstimmung dieser Erweiterung mit den Zielen der Raumordnung belegen soll, befasst sich nur sehr pauschal mit den Prüferfordernissen bzgl. Konzentrationsgebot, Kongruenzgebot und Beeinträchtigungsverbot.
Insbesondere ist die Tatsache im Hinblick auf das städtebauliche Integrationsgebot problematisch, dass es sich beim Vorhabenstandort um einen überwiegend autokundenorientierten Standort handelt, dem lediglich die räumliche Nähe zur Völklinger Innenstadt als zentraler Versorgungsbereich der Mittelstadt Völklingen bescheinigt wird (s. Auswirkungsanalyse S. 20). Im Hinblick darauf, dass der Rat der Mittelstadt Völklingen am

23.01.2019 den Beschluss gefasst hat, den Vorhabenstandort als solitären Ergänzungsstandort zum zentralen Versorgungsbereich festzulegen und damit auch einen funktionalen Zusammenhang zum zentralen Versorgungsbereich herzustellen, kann die gutachterliche Argumentation hinsichtlich der Übereinstimmung der Erweiterung des bestehenden Aldi-Marktes mit dem Integrationsgebot des LEP „Siedlung“ im vorliegenden Fall ausnahmsweise akzeptiert werden. Die mit dem Integrationsgebot verbundenen landesplanerischen Vorbehalte können insofern zurückgestellt werden.“		
3 AMPRION GMBH Rheinlanddamm 24 44139 Dortmund <u>Schreiben vom 18.01.2019</u> „mit Schreiben vom 05.04.2018 haben wir im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme zur o. g. Bauleitplanung abgegeben. Diese Stellungnahme behält auch für den nun eingereichten Verfahrensschritt weiterhin ihre Gültigkeit. Gegen einen Satzungsbeschluss zur o. g. Bauleitplanung in der jetzt vorliegenden Fassung bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.“		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
4 ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES Postfach 10 02 53 66002 Saarbrücken <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
5 BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN SPARTE VERWALTUNGSAUFGABEN Fontanestraße 4 40470 Düsseldorf <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**

6	**BUNDESNETZAGENTUR FÜR ELEKTRIZITÄT, GAS, TELEKOMMUNIKATION, POST UND EISENBAHNEN** Fehrbelliner Platz 3 10707 Berlin Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
7	**CREOS DEUTSCHLAND GMBH ZENTRALE PLANAUSKUNFT** Am Zunderbaum 9 66424 Homburg Schreiben vom 09.01.2019 „die Praxair Deutschland GmbH (Praxair) und die Zentralkokerei Saar GmbH (ZKS) haben uns mit der Betreuung ihrer Rohrfernleitungen im Netzbereich Saarland beauftragt, so dass wir im Zuge der Planauskunft prüfen, ob eigene Anlagen oder Anlagen der von uns betreuten Unternehmen betroffen sind. Zu Ihrer Anfrage vom 08.01.2019 teilen wir Ihnen mit, dass keine Anlagen der Creos, ZKS und Praxair von der o. g. Maßnahme betroffen sind. Diese Planauskunft umfasst nur Anlagen, die unter Wartung und Überwachung der Creos Deutschland GmbH stehen. Diese gilt nicht für Anlagen der Creos Deutschland Stromnetz GmbH. Die uns zur Prüfung übergebenen Unterlagen senden wir Ihnen mit einem entsprechenden Prüfvermerk zurück.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
8	**CREOS DEUTSCHLAND STROMNETZ GMBH PLANAUSKUNFT STROMNETZ** St. Johanner Straße 101-105 66115 Saarbrücken Schreiben vom 15.01.2019 „In dem von Ihnen angefragten Planbereich sind keine Versorgungsleitungen von uns vorhanden. – Zentrale Planauskunft für die Creos Deutschland Stromnetz GmbH. Diese Planauskunft umfasst nur Anlagen, die unter Wartung und Überwachung der Creos Deutschland Stromnetz GmbH stehen. Auskunft über Anlagen der Creos Deutschland GmbH (Gasleitungen) erfragen Sie bitte unter		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**

planauskunft-gasnetz@creos-net.de oder Tel. +49 (0) 6841 9886-160.“		
9 CSG GMBH Baseler Straße 27 60329 Frankfurt Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
10 DEUTSCHE BAHN AG **DB IMMOBILIEN, REGION SÜDWEST** Gutschstr. 6 76137 Karlsruhe Schreiben vom 14.01.2019 „die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren. Die von uns im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilten Belange wurden bei der Aufstellung des vorhabenbezogenen B-Planes berücksichtigt. Durch den Anbau an das Bestandsgebäude sind keine weiteren Ergänzungen zu unserer Stellungnahme mit Az.: TÖB-KAR-18-26338 vom 27.04.2018 erforderlich. Hinweis: Bei einer Kabel- und Leitungsanfrage ist zu berücksichtigen, dass sich die Adresse von DB Immobilien geändert hat, jetzt: Gutschstr. 6 Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
11 DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH **TINL SÜDWEST, PTI 11** Pirmasenser Straße 65 67655 Kaiserslautern Schreiben vom 15.01.2019 „die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus		Stellungnahme der Stadt Die Hinweise und Auflagen der Deutschen Telekom Technik GmbH werden an den Vorhabenträger weitergeleitet und als Hinweise in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen. **Beschlussvorschlag:** Der Gemeinderat beschließt, wie dargelegt, die Hinweise der Deutschen Telekom Technik GmbH, wie folgt in den Bebauungsplan aufzunehmen:

beigefügtem Plan ersichtlich ist. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Bei Konkretisierung Ihrer Planungen durch einen Bebauungsplan ist eine Planauskunft und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzufordern: Deutsche Telekom Technik GmbH Zentrale Planauskunft Südwest Chemnitzer Str. 2 67433 Neustadt a.d. Weinstr. E-Mail: planauskunft.suedwest@telekom.de Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bitten wir zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen rechtzeitig, sich mit uns in Verbindung zu setzen.“		„Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Bei Konkretisierung der Planungen ist eine Planauskunft und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzufordern. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bittet die Telekom zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen sich rechtzeitig in Verbindung zu setzen.“
12 DEUTSCHER WETTERDIENST **REFERAT LIEGENSCHAFTSMANAGEMENT** Frankfurter Straße 135 63067 Offenbach <u>Schreiben vom 18.02.2019</u> „im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich für die Beteiligung an der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "II/101-2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt im Betzen" in Mittelstadt Völklingen, Stadtteil Völklingen. Ihre Planung wurde anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen durch unsere Fachbereiche geprüft. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind. Ich möchte Sie allerdings darauf hinweisen, dass aus Sicht des Deutschen Wetterdienstes die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Klima zu berücksichtigen sind. Das Vorhaben ist so zu gestalten, dass erhebliche ungünstige Auswirkungen auf das Klima und das Lokalklima vermieden werden. Zusätzlich ist bei dem Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches den Aspekten des		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**

Klimaschutzes und denen der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen.“		
13 EISENBAHN-BUNDESAMT AUßENSTELLE FRANKFURT/SAARBRÜCKEN Untermainkai 23-25 60329 Frankfurt Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
14 ENERGIS-NETZGESELLSCHAFT MBH Postfach 102811 66028 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
15 EVS ENTSORGUNGSVERBAND SAAR ABFALLWIRTSCHAFT Untertürkheimer Straße 21 66117 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
16 EVS ENTSORGUNGSVERBAND SAAR ABWASSERWIRTSCHAFT Mainzer Straße 261 66121 Saarbrücken Schreiben vom 30.01.2019 „In dem von Ihnen angegebenen Planungsgebiet befinden sich keine Abwasseranlagen des EVS. Über mögliche Leitungsverläufe Anderer oder der Kommune liegen uns keine Informationen vor. Wir weisen darauf hin, dass sich diese Auskunft ausschließlich auf den Verlauf der Sammler bezieht. Soweit weitergehende Informationen, z.B. zu Eigentums- oder Nutzungsangelegenheiten von oder an Grundstücken erforderlich sind, sind diese von den jeweils zuständigen Stellen beim EVS oder anderer betroffenen Stellen, wie z.B. Gemeinde, Grundbuchamt oder Eigentümer einzuholen. Zur Beantwortung evtl. weiterer Fragen stehen wir gerne zur Verfügung und verbleiben“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**

17 HANDWERKSKAMMER DES SAARLANDES Hohenzollernstr. 47-49 66117 Saarbrücken <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
18 IHK SAARLAND Franz-Josef-Röder-Str. 9 66119 Saarbrücken <u>Schreiben vom 11.01.2019</u> „im Rahmen der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.2 BauGB wurden wir mit Schreiben vom 28.03.2018 bereits am Verfahren beteiligt und haben mit Schreiben vom 09.04.2018 unsere Stellungnahme zum geplanten Vorhaben abgegeben. Nach Durchsicht der überarbeiteten Auswirkungsanalyse seitens der GMA ergeben sich für uns keine neuen Erkenntnisse. Vielmehr hat sich durch die zwischenzeitliche Schließung des Nahversorgers Wasgau im September 2018 die Grundversorgung im Stadtteil Heidstock verschlechtert. Die Entwicklung zeigt auf, wie stark ausgeprägt der Verdrängungswettbewerb im Bereich Lebensmittel am Standort ist, so dass jeder Verkaufsflächenerweiterung kritisch zu hinterfragen ist. In der alten Fassung der Auswirkungsanalyse vom 25.01.2018 war in der Prognose und Bewertung des Gutachters noch die Rede davon, dass für den Wasgau-Markt im Stadtteil Heidstock kaum mit Umsatzumverteilungseffekten zu rechnen ist und dieser die Nahversorgung auf Stadtteilebene sichert. Kritisch hinterfragen möchten wir an dieser Stelle noch die zur Berechnung herangezogenen Werte der Flächenproduktivität. Zwar wurde der Wert gegenüber der alten Fassung von 6.125 €/m^2 auf 6.670,- €/m^2 angehoben. In der Realität dürfte dieser auch im Rahmen einer Worst Case Betrachtung deutlich höher liegen. Die aktuelle Flächenproduktivität von Aldi Süd Märkten liegt laut Statista für 2017 bei 10.350,- €/m^2. Unter Verwendung dieses Wertes würde sich demnach auch der Umsatzumverteilungseffekt deutlich erhöhen. Fazit: Aus Sicht der IHK ergeben sich auch nach		<u>Stellungnahme der Stadt</u> Die Hinweise und Bedenken seitens der IHK Saarland werden zur Kenntnis genommen und zurückgewiesen. An der Planung wird festgehalten. Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport kommt mit Schreiben vom 07.02.2019 hinsichtlich der vorliegenden Planung zu folgendem Ergebnis: „Im Hinblick darauf, dass der Rat der Mittelstadt Völklingen am 23.01.2019 den Beschluss gefasst hat, den Vorhabenstandort als solitären Ergänzungsstandort zum zentralen Versorgungsbereich festzulegen und damit auch einen funktionalen Zusammenhang zum zentralen Versorgungsbereich herzustellen, kann die gutachterliche Argumentation hinsichtlich der Übereinstimmung der Erweiterung des bestehenden Aldi-Marktes mit dem Integrationsgebot des LEP „Siedlung“ im vorliegenden Fall ausnahmsweise akzeptiert werden. Die mit dem Integrationsgebot verbundenen landesplanerischen Vorbehalte können insofern zurückgestellt werden.“ Die GMA nimmt zu dem Schreiben der IHK vom 11.01.2019, wie folgt Stellung: „Die Schließung des Wasgau-Marktes im Stadtteil Heidstock lässt sich in erster Linie auf die schlechten Rahmenbedingungen sowie die fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten am Standort zurückzuführen. Der Wasgau-Supermarkt erfüllte zuletzt nicht mehr die Anforderungen an einen modernen Lebensmittelmarkt; immobilienseitige Defizite, eine nicht mehr zeitgemäße Ladengestaltung, die unterdurchschnittliche Dimensionierung

Überarbeitung der Auswirkungsanalyse keine neuen Erkenntnisse. Vielmehr sehen wir uns in unserer Auffassung bestärkt und verweisen daher auf unsere Stellung vom 09.04.2018 (siehe Anlage)."		von rd. 650 m² VK sowie das begrenzte Stellplatzangebot haben letztlich dazu geführt, dass der Markt nicht mehr wettbewerbsfähig war und geschlossen wurde. Eine Modernisierung und Erweiterung des Betriebes am alten Standort war mangels Fläche nicht möglich. Ein Versuch zur Verlagerung des Standortes innerhalb des Stadtteils konnte nicht umgesetzt werden. Die Entwicklung im Heidstock zeigt exemplarisch, dass eine Anpassung der Betriebe an aktuelle Kunden- und Betreibererfordernisse erforderlich ist, um langfristig am Markt bestehen zu können. Anderenfalls weichen die Kunden an attraktivere Standorte aus. Zur Berechnung der voraussichtlichen Umsatzerwartung des erweiterten Aldi-Marktes wurde das Marktanteilkonzept verwendet. Das in der Handelswissenschaft anerkannte Modell bestimmt das zu erwartende Umsatzvolumen eines Einzelhandelsbetriebes anhand der erzielbaren Marktanteile mit Kunden in den einzelnen Zonen des Einzugsgebietes. In die Ermittlung der Marktanteile fließen zahlreiche Faktoren ein. U. a. sind dies die Rahmenbedingungen am Vorhabenstandort, die verkehrliche Erreichbarkeit, die Wettbewerbssituation im selben Marktsegment. Die Verwendung durchschnittlicher Flächenproduktivitäten, wie von der IHK gefordert, ist nicht zielführend, vielmehr bedarf es immer einer standortspezifischen Umsatzprognose. Für die Umsatzprognose am Standort Völklingen sind auch die unterdurchschnittliche Kaufkraft (85,5) sowie die besondere Wettbewerbssituation (v. a. SB-Warenhaus GLOBUS im nahen Umfeld des Aldi-Marktes) zu berücksichtigen. Die durchschnittliche Flächenproduktivität von Aldi Süd Märkten (10.350 € / m² VK vgl. Hahn Retail Real Estate Report 2018/2019) bezieht sich auf eine durchschnittliche Verkaufsfläche von 850 m². Bei der geplanten Dimensionierung von ca. 1.290 m² ist von einer deutlich geringeren Flächenleistung auszugehen. In der Handelswissenschaft ist unbestritten, dass mit steigender Verkaufsfläche von sinkenden Flächenleistungen auszugehen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der zusätzlichen Verkaufsfläche dem Komfort der Kunden (breitere Gänge, bessere Übersichtlichkeit) sowie den betrieblichen Abläufen (v. a. Regalbestückung) zugutekommt. Auf der Erweiterungsfläche wird demnach regelmäßig eine geringere Flächenleistung erzielt. Aus den vorliegenden

		Durchschnittsdaten zu Aldi Süd (Flächenproduktivität, Verkaufsfläche) lässt sich eine durchschnittliche Umsatzleistung einer Aldi Süd Filiale von 8,8 Mio. € ableiten. Im Rahmen des Marktanteilkonzeptes hat GMA eine zu erwartende Umsatzleistung für die erweiterte Aldi-Filiale am Betzen in Höhe von 8,6 Mio. € ermittelt, die trotz intensiver Wettbewerbssituation und unterdurchschnittlicher Kaufkraft in Völklingen nur leicht unter dem Durchschnittsumsatz von Aldi Süd liegt. Die ist die gutachterlich ermittelte Flächenproduktivität von 6.670 € / m² VK für den erweiterten Aldi-Markt mit 1.290 m² VK ist bereits als „realitätsnahes worst-case-Szenario“ im Sinne möglicher Auswirkungen zu betrachten.“ **Beschlussvorschlag** Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, die Hinweise und Bedenken der IHK Saarland zur Kenntnis zu nehmen, zurückzuweisen und die Planung unverändert fortzuführen.
19 LANDESAMT FÜR BAU UND LIEGENSCHAFTEN Hardenbergstr. 6 66119 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
20 LANDESAMT FÜR VERMESSUNG, GEOINFORMATION UND LANDENTWICKLUNG Von der Heydt 22 66115 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
21 LANDESBETRIEB FÜR STRAßENBAU Peter-Neuber-Allee 1 66538 Neunkirchen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
22 LANDESDENKMALAMT Am Bergwerk Reden 11 66578 Schiffweiler Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt

		Kein Beschluss erforderlich
23 LANDESPOLIZEIPRÄSIDIUM LPP 125- KAMPFMITTELBESEITIGUNGSDIENST Mainzer Straße 134-136 66121 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
24 LANDWIRTSCHAFTSKAMMER FÜR DAS SAARLAND In der Kolling 310 66450 Bexbach Schreiben vom 30.01.2019 „gegen den vorliegenden Bebauungsplan werden keine Bedenken vorgebracht.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
25 MINISTERIUM DER JUSTIZ Zähringer Straße 12 66119 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
26 MINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUR Trierer Straße 33 66111 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
27 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT REFERAT OBB24 Halbergstraße 50 66121 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
28 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT REFERAT B 4 ZMZ Mainzer Straße 136 66121 Saarbrücken		

Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
29 MINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ, ABT. B LANDWIRTSCHAFT, ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RAUM Keplerstraße 18 66117 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
30 MINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ, ABT. D REFERAT D 5 FORSTBEHÖRDE Keplerstraße 18 66117 Saarbrücken Schreiben vom 22.01.2019 „im Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplanes befindet sich kein Wald im Sinne des Landeswaldgesetzes. Insofern sind die Belange der Forstbehörde nicht betroffen.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
31 MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT, ENERGIE UND VERKEHR REFERAT E/1 Postfach 10 24 63 66024 Saarbrücken Schreiben vom 31.01.2019 „die Oberste Straßenbaubehörde des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Verkehr nimmt wie folgt Stellung: Der Landesbetrieb für Straßenbau ist als Straßenbaulastträger der L.I.O. 136 im Rahmen des Verfahrens zu beteiligen. Soweit noch nicht geschehen, bitte ich im weiteren Verfahren das Oberbergamt für das Saarland zu beteiligen.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
32 OBERBERGAMT DES SAARLANDES Am Bergwerk Reden 10 66578 Schiffweiler Schreiben vom 16.01.2019 „wie wir Ihnen bereits in unserem oben genannten Schreiben mitgeteilt hatten, befindet sich die genannte Maßnahme im Bereich einer ehemaligen Eisenerzkonzession befindet. Aus		Stellungnahme der Stadt Der Hinweis auf die Lage im Bereich einer ehemaligen Eisenerzkonzession war bereits im vorgelegten Bebauungsplanentwurf enthalten.

unseren Unterlagen geht jedoch nicht hervor, ob diesbezüglich unter dem genannten Gebiet Bergbau umgegangen ist. Wir empfehlen daher, diesbezüglich bei Ausschachtungsarbeiten auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und uns dies ggf. mitzuteilen. Ansonsten bestehen aus bergbaulicher Sicht keine weiteren Bedenken gegen das o. g. Vorhaben. Dies gilt auch weiterhin“		**Kein Beschluss erforderlich**
33 ORN GMBH **NIEDERLASSUNG SAARLAND** Bahnhofstraße 56 66663 Merzig Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
34 PFALZWERKE NETZ AG **REGIONALNETZ (RN) EXTERNE PLANUNGEN/KREUZUNGEN** Kurfürstenstraße 29 67061 Ludwigshafen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
35 RAG MONTAN IMMOBILIEN GMBH **HERRN JÜRGEN MAURER** Provinzialstraße 1 66806 Ensdorf Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlic**h
36 SAARFORST LANDESBETRIEB **GESCHÄFTSBEREICH 3** Im Klingelfloß 66571 Eppelborn Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
37 SAARLÄNDISCHER RUNDFUNK **FUNKHAUS HALBERG** 66100 Saarbrücken Schreiben vom 25.01.2019 „auf Ihr Schreiben vom 08.01.2019 nehmen wir Bezug und teilen Ihnen mit, dass die Belange des Saarländischen Rundfunks nicht betroffen		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**

sind.“		
38 STEAG NEW ENERGIES GMBH PT-P/ZENTRALE PLANAUSKUNFT St. Johanner Straße 101-105 66115 Saarbrücken Schreiben vom 23.01.2019 „in dem von Ihnen gekennzeichneten Planbereich sind keine Versorgungsleitungen unserer Zuständigkeit vorhanden. Zentrale Planauskunft für die Fernwärme-Verbund Saar GmbH und die STEAG New Energies GmbH. Bei Fragen zum Handling „Zentrale Planauskunft“ wird Ihnen Frau Burger gerne unter der Telefon-Nummer: (0681) 94 94-91 12 behilflich sein.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
39 VODAFONE KABEL DEUTSCHLAND GMBH NETZINFRASTRUKTUR Zurmaiener Straße 175 54292 Trier Schreiben vom 30.01.2019 „wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 08.01.2019. Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung: Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg Neubaugebiete.de@vodafone.com Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
40 VSE NET GMBH Nell-Breuning-Allee 6 66115 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**

41 VSE VERTEILNETZ GMBH Heinrich-Böcking-Str. 10-14 66121 Saarbrücken Schreiben vom 16.01.2019 „gegen die Aufstellung bzw. 2. Änderung des o. g. Bebauungsplanes bestehen unsererseits keine Einwände, da sich innerhalb des Planungsbereiches keine von uns betriebenen Versorgungsanlagen befinden.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
42 WASSER - UND SCHIFFFAHRTSAMT SAARBRÜCKEN Bismarckstr. 133 66121 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
43 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 3 BÜRGERDIENSTE, FACHDIENST 31 RECHTSABTEILUNG Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
44 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 3 BÜRGERDIENSTE, FACHDIENST 32 ÖFFENTL. ORDNUNG UND VERKEHR Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
45 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 3 BÜRGERDIENSTE, FACHDIENST 35 UNTERE BAUAUFSICHTSBEHÖRDE Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
46 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 4 TECHNISCHE DIENSTE,		

FACHDIENST 48 STRAßEN- BRÜCKEN- UND KANALBAU Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
47 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 4 TECHNISCHE DIENSTE, FACHDIENST 47 VERMESSUNG UND GEO-INFORMATION Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
48 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 4 TECHNISCHE DIENSTE, FACHDIENST 41 VERWALTUNG ÖFFENTL. EINRICHTUNGEN Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
49 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 4 FACHBEREICH 2, WIRTSCHAFT, KULTUR UND SOZIALES, FD 25 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
50 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 4 TECHNISCHE DIENSTE, FACHDIENST 45 BAUVERWALTUNG Postfach 10 20 40 66310 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
51 MITTELSTADT VÖLKLINGEN FACHBEREICH 4 TECHNISCHE DIENSTE, FACHDIENST 45 BAUVERWALTUNG / GEBÄUDE- UND FLÄCHENMANAGEMENT		

Postfach 10 20 40 66310 Völklingen <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
52 ORTSBEAUFTRAGTER FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE HERR ERIC DUVAL Spessartstraße 34 66333 Völklingen <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
53 ORTSBEAUFTRAGTER FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE HERR FRIEDRICH DUCHENE Franz-Lehar-Weg 11 66333 Völklingen <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
54 ORTSBEAUFTRAGTER FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE HERR HORST HECK Im Waldwinkel 13 66333 Völklingen <u>Schreiben vom 28.01.2019</u> „anlässlich einer Besprechung der Ortsbeauftragten haben wir auch über die obige Markterweiterung gesprochen. Da der überlassene Plan wenig aussagekräftig war habe ich mit Herrn Andes von Ihrem Büro Verbindung aufgenommen und weitere Planungsunterlagen erhalten. Danach ist unsere Meinung, dass die Erweiterung sicher gegenüber einem Neubau, evtl. noch auf einer freien Wiese, vorzuziehen ist. Wenn die östliche Ecke, die über die Böschung hinausragt, statt mit einer Stützmauer mit einer Pfahlgründung abgefangen würde, brauchte es nicht zu einem Verlust an Retentionsfläche kommen, da sie im Baustellenbereich ausgeglichen werden könnte.“		<u>Stellungnahme der Stadt</u> Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen. Das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz hat mit Schreiben vom 05.02.2019 wie folgt zur Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz Stellung genommen: „Nach der dem Bebauungsplan beigefügten gutachterliehen Stellungnahme tangiert die im Rahmen der Erweiterung geplante Stützwand das ÜSG bei HQ100 im Randbereich, der Retentionsraumverlust bleibt mit < 1 m^3 aber vernachlässigbar gering. Bei einem Ereignis HQ200 gehen ca. 3 m^3 Retentionsraum verloren. Dies kommt aber lediglich im parallel zum Bebauungsplans-Verfahren durchzuführenden Zielabweichungsverfahren

		zum Vorranggebiet zum Tragen (Forderung Landesplanung). Ein negativer Einfluss auf Wasserstand und Abfluss im Hochwasserfall ist durch den geringfügigen Eingriff nicht zu erwarten. Durch die Lage innerhalb eines HQextrem handelt es sich bei dem Bereich um ein Risikogebiet gem. § 78b WHG, für das die Vorgaben des § 78b Abs. 1 Nr. 1 zu beachten sind. Hiernach sind bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für nach § 30 Abs. 1 und 2 oder nach § 34 des BauGB zu beurteilende Gebiete insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 des BauGB zu berücksichtigen. Gemäß beigefügtem Gutachten liegt die OK FFB der geplanten Markterweiterung deutlich über HQ 200, nach Auskunft des Ingenieurbüros auf 187 m ü NN. Bei HQextrem stellt sich in diesem Bereich ein Wasserstand von 186,95 m ü NN ein, also noch unter OK FFB. Das Bauvorhaben wird damit hochwasserangepasst bis über HQextrem ausgeführt. Des Weiteren ist der Abstand zur Saar mit > 5 m ausreichend bemessen.“ **Beschlussvorschlag** Der Stadtrat beschließt, wie dargelegt, den Hinweis zur Kenntnis zu nehmen und die Planung fortzuführen.
55 ORTSBEAUFTRAGTER FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE HERR KLAUS UDENHORST Schloßstraße 31 66333 Völklingen <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
56 ORTSBEAUFTRAGTER FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE HERR LOTHAR HAYO Völklinger Straße 2d 66333 Völklingen <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u> **Kein Beschluss erforderlich**
57 POLIZEIINSPEKTION VÖLKLINGEN Cloosstraße 14-16 66333 Völklingen		

Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
58 STADTWERKE VÖLKLINGEN NETZ GMBH Hohenzollernstraße 10 66333 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
59 ENTSORGUNGSZWECKVERBAND VÖLKLINGEN Postfach 10 17 40 66307 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
60 VÖLKLINGER VERKEHRSBETRIEBE Hohenzollernstraße 10 66333 Völklingen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
61 REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN UNTERE BAUAUFSICHTSBEHÖRDE Postfach 10 30 55 66030 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
62 REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN FACHBEREICH 3 FD 60 REGIONALENTWICKLUNG UND PLANUNG Schloßplatz 3-5 66119 Saarbrücken Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
63 REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN GESUNDHEITSAMT Stengelstraße 10-12 66117 Saarbrücken		

Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
64 LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN Rathausplatz 1 66111 Saarbrücken Schreiben vom 29.01.2019 „vielen Dank für die Beteiligung gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan "Erweiterung Aldi-Markt im Betzen". Hierzu haben wir im Rahmen der öffentlichen Auslegung bereits mit Schreiben vom 08.05.2018 Stellung genommen. Auch nach der Anpassung der Auswirkungsanalyse halten wir an unserer damaligen Stellungnahme fest. Das vorgelegte Gutachten ist noch immer nicht zur Ermittlung und Einschätzung marktabsatzwirtschaftlicher und städtebaulicher Auswirkungen geeignet, da die Auswirkungsanalyse leider nicht den in der Rechtsprechung verlangten Anforderungen an eine Auswirkungsanalyse entspricht. So sind die Berechnungen der Umsatzumverteilungen nicht nachvollzierbar und transparent. Darüber hinaus wurde für das Vorhaben kein Worst-case-Ansatz dargestellt und geprüft (Flächenproduktivität und Einzugsbereich; die angesetzte Flächenproduktivität von 6.670 Euro pro qm stellt für eine Aldi-Filiale an einem solchen Standort keinen Worst-Case-Ansatz dar). Die Flächenproduktivität wurde zwar im Vergleich zur ersten Auswirkungsanalyse um 545 Euro pro qm hochgesetzt, entspricht jedoch noch immer nicht der reellen Flächenproduktivität einer Aldi-Filiale von 8.000 bis hin zu 10.000 Euro pro qm an verkehrsgünstig gelegenen Standorten. Innerhalb des Worst-Case-Ansatzes bleibt auch das geplante Vorhaben in Fürstenhausen bisher ohne Berücksichtigung. Für einen geplanten Lebensmittelmarkt mit einer Verkaufsfläche von 1.000 qm sowie einen Drogeriemarkt mit 700 qm Verkaufsfläche steht die Ausweisung eines Nebenzentrums im Raum. Auch unter Zugrundelegung der in der aktuell vorgelegten Auswirkungsanalyse nun richtig berechneten Kaufkraft (diese lag aufgrund falscher Berechnung des Gutachtern in der letzten Fassung um knapp 30% zu niedrig) wird das geplante Vorhaben in Füstenhausen Auswirkungen auf die Einzugsbereiche und somit auf die Berechnung der Umsatzumverteilungseffekte haben. Da die mit dem Vorhaben verbundene Zunahme der Verkaufsfläche um über 35% über einen "aktiven Bestandschutz" wohl deutlich hinausgeht, bitten wir um eine		Stellungnahme der Stadt Die GMA nimmt zu dem Schreiben der Landeshauptstadt Saarbrücken vom 29.01.2019, wie folgt Stellung: „Zur Berechnung der voraussichtlichen Umsatzerwartung des erweiterten Aldi-Marktes wurde das Marktanteilkonzept verwendet. Das in der Handelswissenschaft anerkannte Modell bestimmt das zu erwartende Umsatzvolumen eines Einzelhandelsbetriebes anhand der erzielbaren Marktanteile mit Kunden in den einzelnen Zonen des Einzugsgebietes. In die Ermittlung der Marktanteile fließen zahlreiche Faktoren ein. U. a. sind dies die Rahmenbedingungen am Vorhabenstandort, die verkehrliche Erreichbarkeit, die Wettbewerbssituation im selben Marktsegment. Die Verwendung durchschnittlicher Flächenproduktivitäten ist nicht zielführend, vielmehr bedarf es immer einer standortspezifischen Umsatzprognose. Für die Umsatzprognose am Standort Völklingen sind auch die unterdurchschnittliche Kaufkraft (85,5) sowie die besondere Wettbewerbssituation (v. a. SB-Warenhaus GLOBUS im nahen Umfeld des Aldi-Marktes) zu berücksichtigen. Die durchschnittliche Flächenproduktivität von Aldi Süd Märkten (10.350 € / m² VK vgl. Hahn Retail Real Estate Report 2018/2019) bezieht sich auf eine durchschnittliche Verkaufsfläche von 850 m². Bei der geplanten Dimensionierung von ca. 1.290 m² ist von einer deutlich geringeren Flächenleistung auszugehen. In der Handelswissenschaft ist unbestritten, dass mit steigender Verkaufsfläche von sinkenden Flächenleistungen auszugehen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der zusätzlichen Verkaufsfläche dem Komfort der Kunden (breitere Gänge, bessere Übersichtlichkeit) sowie den betrieblichen Abläufen (v. a. Regalbestückung) zugutekommt. Auf der Erweiterungsfläche wird demnach regelmäßig eine geringere Flächenleistung erzielt. Aus den vorliegenden Durchschnittsdaten zu Aldi Süd

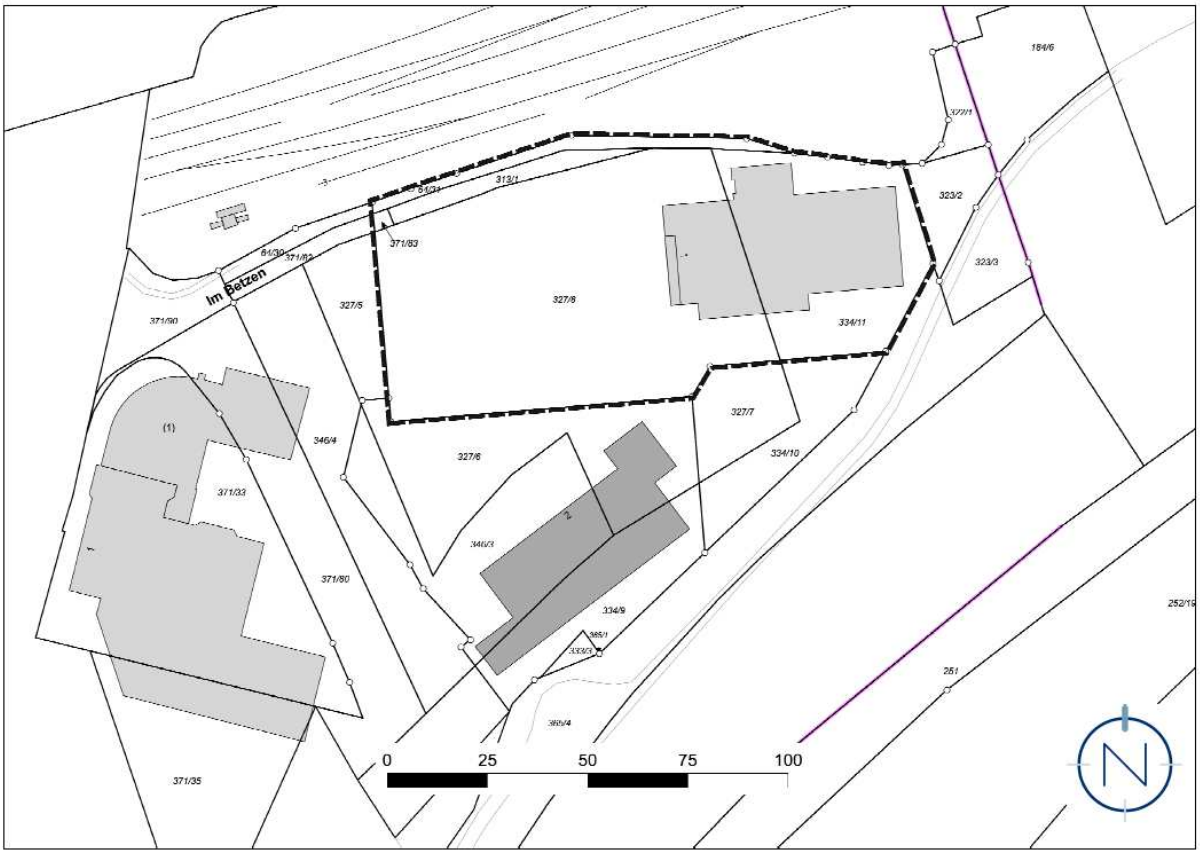
Überarbeitung der Berechnung der Umsatzumverteilung unter Berücksichtigung der genannten Aspekte. Die Landeshauptstadt Saarbrücken sieht sich zwar durch das Vorhaben nicht direkt in ihren Belangen berührt, jedoch regen wir zur zukünftig besseren Abstimmung die gemeinsame Erarbeitung von Qualitätskriterien für Auswirkungsanalysen an. Wir bitten um weitere Beteiligung.“		(Flächenproduktivität, Verkaufsfläche) lässt sich eine durchschnittliche Umsatzleistung einer Aldi Süd Filiale von 8,8 Mio. € ableiten. Im Rahmen des Marktanteilkonzeptes hat GMA eine zu erwartende Umsatzleistung für die erweiterte Aldi-Filiale am Betzen in Höhe von 8,6 Mio. € ermittelt, die trotz intensiver Wettbewerbssituation und unterdurchschnittlicher Kaufkraft in Völklingen nur leicht unter dem Durchschnittsumsatz von Aldi Süd liegt. Die ist die gutachterlich ermittelte Flächenproduktivität von 6.670 € / m² VK für den erweiterten Aldi-Markt mit 1.290 m² VK ist bereits als „**realitätsnahes worst-case-Szenario“** im Sinne möglicher Auswirkungen zu betrachten. Aus fachgutachterlicher Sicht ist es weder notwendig noch von der Rechtsprechung gefordert im Sinne eines „worst-case-Ansatzes“ eine möglichst hohe und nachteilige Flächenleistung für das Vorhaben einzustellen. Vielmehr ist eine realistische worst case Betrachtung und Bewertung von Vorhaben gefordert, die„[...] die realistischerweise zu erwartenden Entwicklungen in den Blick nimmt“. vgl. BVerwG, 4 CN 6.11 (Urteil vom 27. März 2013). Im Stadtteil Fürstenhausen ist im Rahmen der Entwicklung der „Neuen Mitte“ die Errichtung eines Seniorenwohnheims geplant. Im Erdgeschoss soll Einzelhandel (Drogeriemarkt, Nahversorger ggf. Netto) zur Verbesserung der innerörtlichen Nahversorgung untergebracht werden. Zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung war das Vorhaben in Fürstenhausen noch nicht näher konkretisiert. Mit der Umsetzung des Vorhabens wird sich die Nahversorgung im bisher unterversorgten Stadtteil Fürstenhausen deutlich verbessern. Es ist davon auszugehen, dass sich die Zuflüsse an den Standort von Aldi hierdurch verringern werden, d.h bei einer Ausweitung der Angebotssituation in Fürstenhausen wird sich die Umsatzerwartung am Planstandort Im Betzen spürbar verringern. Auch vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Auswirkungsanalyse von Dezember 2019 eine worst case Betrachtung durchgeführt.“ **Kein Beschluss erforderlich**
65 STADT PÜTTLINGEN **HERRN BÜRGERMEISTER** Rathausplatz 1 66346 Püttlingen <u>Schreiben vom 17.01.2019</u>		<u>Stellungnahme der Stadt</u>

„zu o.a. Bezug teile ich Ihnen mit, dass seitens der Stadt Püttlingen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes keine Bedenken bestehen, da öffentliche Belange der Stadt Püttlingen nicht berührt werden.“		**Kein Beschluss erforderlich**
66 GEMEINDE GROßROSSELN **HERRN BÜRGERMEISTER** Klosterplatz 2-3 66352 Großrosseln Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
67 GEMEINDE WADGASSEN **HERRN BÜRGERMEISTER** Lindenstraße 114 66787 Wadgassen Keine Stellungnahme abgegeben		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**
68 GEMEINDE BOUS **HERRN BÜRGERMEISTER** Saarbrücker Straße 120 66359 Bous Schreiben vom 01.02.2019 „Bezug nehmend auf das o.g. Planverfahren teile ich Ihnen mit, dass der Rat der Gemeinde Bous in seiner Sitzung am 31.01.2019 einstimmig beschlossen hat: "Das Einvernehmen zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes II/101 - 2. Änderung, Erweiterung ALDI-Markt im Betzen bei der Stadt Völklingen wird hergestellt. Einwände werden nicht geltend gemacht." Für eventuelle Rückfragen steht Ihnen mein Bauamt, Herr Dipl.-Ing. Stefan Wagner, gerne zur Verfügung.“		Stellungnahme der Stadt **Kein Beschluss erforderlich**

Anlage zu Punkt:____

Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes II/101 - 2. Änderung, "Erweiterung ALDI - Markt Im Betzen" in Völklingen

Lageplan ohne Maßstab



Quelle: LVGL; Bearbeitung Kern Plan

2019/678
Beschlussvorlage
öffentlich

Bebauungsplan VIII/52 "Ehemaliges Kraftwerksgelände" in Völklingen-Wehrden hier: 1. Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens 2. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.v.m § 13a BauGB 3. Beauftragung der Verwaltung die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 13a BauGB durchzuführen 4. Beauftragung der Verwaltung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit i.S.d. des § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Stadtplanung und -entwicklung	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Ortsrat Völklingen (Anhörung)	Ö
Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

1. Dem Antrag der Fa. Goodman Germany GmbH auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens wird zugestimmt.
2. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans VIII/52 "Ehemaliges Kraftwerksgelände" wird eingeleitet (§ 2 Abs. 1 BauGB). Die Aufstellung erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13a BauGB durchzuführen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit i.S.d. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen.

Sachverhalt

Die Fa. Goodman Germany GmbH, Peter-Müller-Straße 10, 40468 Düsseldorf, hat mit Schreiben vom 26.02.2019 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplans (mit Übersichtsplan) in Völklingen Wehrden beantragt (Anlage 1) Der Projektentwickler und Investor beabsichtigt auf dem brachliegenden ehemaligen Kraftwerksgelände die Neuansiedlung eines Logistik-/Verteilzentrums. Dies

beinhaltet die Errichtung einer Halle mit einer Grundfläche von ca. 7.800m² sowie Stellplatzanlagen für die betriebseigenen Lieferwagen und für die Pkws der Mitarbeiter. Die Erschließung des Plangebietes ist durch zwei Zu- und Abfahrten über die Kurt-Nagel-Straße zur Bundesautobahn A 620 geplant.
Die zu überplanende Fläche ist derzeit noch im Eigentum der Kraftwerk Wehrden GmbH. Die seitens der Gesellschaft beanspruchte Sicherung des Geländes als Kraftwerksstandort wird jedoch nicht mehr verfolgt.
Ein Vorhaben dieser Größe an diesem Standort erfordert zur Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung die Aufstellung eines Bebauungsplans als planungsrechtliche Grundlage zur Erteilung von Baugenehmigungen.
Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung VIII/52 "Ehemaliges Kraftwerksgelände" (Anlage 2). Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 5,3 ha zwischen der Bundesautobahn A 620 und der daran angrenzenden Bahntrasse im Westen, zwei Gewerbebetrieben an der Kurt-Nagel-Straße im Norden und Nordosten sowie dem Gewerbegebiet "Handwerker Park" im Süden. Die genauen Grenzen des Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind dem in der Begründung (Anlage 3) beigefügten Lageplan zu entnehmen.
Ziel der Aufstellung des Bebauungsplans ist die Revitalisierung einer brachliegenden Fläche für eine mit der umliegenden Bebauung verträglichen gewerblichen Nutzung.
Der Antragsteller erklärt sich in seinem Antrag bereit alle mit der Planung entstehenden Kosten komplett zu übernehmen. Eine verbindliche Regelung hierzu wird in einem noch zu schließenden Städtebaulichen Vertrag getroffen. Hierbei soll auch die Grundstücksfläche des Spiel- und Aktionsfeldes in der Hostenbacher Straße (südlicher Teil des Flurstückes 1/12) der Stadt Völklingen weiterhin (unentgeltlich) zur Verfügung gestellt werden.
Mit der Planung beauftragt wurde die Kernplan Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH, Kirchenstraße 12, 66557 Illingen.

Verfahren

Der aufzustellende Bebauungsplan, der ein Gewerbegebiet gem. § 8 BauNVO festsetzen soll, soll im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung (Wiedernutzbarmachung einer gewerblichen Brachfläche) gem. § 13a BauGB i.V.m. § 13 BauGB aufgestellt werden. Da die für dieses Verfahren vorgegebenen Schwellenwerte überschritten werden, ist die Durchführung einer sogenannten Vorprüfung für den Einzelfall erforderlich. Gem. § 13a Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde dementsprechend zur Abschätzung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen diese überschlägige Prüfung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Im Verfahren werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden können an der Vorprüfung des Einzelfalls beteiligt und um Stellungnahme gebeten.
Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt im Sinne des § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung.
Der Bebauungsplanentwurf wird danach den politischen Gremien zur Zustimmung vorgelegt, damit dieser dann anschließend zur förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt werden kann.

Im wirksamen Flächennutzungsplan des Regionalverbandes Saarbrücken ist der Geltungsbereich des Bebauungsplans als Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen sowie eine kleine Teilfläche als gewerbliche Baufläche dargestellt. Gem. § 13a Abs.2 Nr. 2 BauGB kann ein Bebauungsplan der Innenentwicklung auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

Der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes wird mit dem Hinweis öffentlich bekannt gemacht, dass er gem. § 13a BauGB i.V.m. § 13 BauGB im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt werden soll.

Weitere Erläuterungen können in der Sitzung erfolgen.

Anlage/n

- Antrag auf Einleitung eines BPlanverfahrens mit Übersichtsplan (öffentlich)
- BPlan Planzeichnung DIN A 3 (öffentlich)
- BPlan Texteil DIN A 4 (öffentlich)
- Begründung (mit Lageplan) (öffentlich)

Goodman Germany GmbH · Postfach 300241 · 40402 Düsseldorf

Mittelstadt Völklingen
Frau Oberbürgermeisterin
Christiane Blatt
Rathausplatz
66333 Völklingen

Goodman Germany GmbH
Peter-Müller-Straße 10
40468 Dusseldorf

Fon: 0049 211 49 98 0
Fax: 0049 211 49 98 222

info-eu@goodman.com
http://www.goodman.com

26.02.2019

BEBAUUNGSPLAN „GEWERBEGEBIET AM KRAFTWERK WEHRDEN“ IN DER MITTELSTADT VÖLKLINGEN, STADTTEIL WEHRDEN - ANTRAG AUF EINLEITUNG EINES SATZUNGSVERFAHRENS

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Antragsteller, die Firma Goodman Germany GmbH, Peter-Müller-Straße 10, 40468 Düsseldorf, plant im Stadtteil Wehrden Flächen des ehemaligen Kraftwerkes durch sich selbst oder eine mit der Firmengruppe Goodman verbundene Projektgesellschaft einer gewerblichen Nutzung zuzuführen. Aufgrund der Lage in der Nähe zur Autobahn ist die Ansiedlung eines Unternehmens aus der Logistikbranche geplant. Hierzu soll ein Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Aufgrund der Nachbarschaft zur Wohnnutzung spielt die verkehrliche Anbindung eine wichtige Rolle (der Verkehr soll nicht über die Ortslage, sondern in Richtung Autobahn abgewickelt werden). Ein Lärmgutachten soll im Verfahren die Voraussetzungen zur Ausweisung einer gewerblichen Baufläche klären.

Für die Fläche existiert kein Bebauungsplan. Darüber hinaus ist das Vorhaben derzeit nicht nach § 34 BauGB genehmigungsfähig. Deshalb bedarf es der Aufstellung eines Bebauungsplanes.

Die zu überplanende Fläche hat eine Größe von ca. 5,3 ha. Der Antragsteller beabsichtigt, über einen notariellen Kaufvertragsabschluss über folgende Parzellen verfügungsberechtigt zu werden: Gemarkung Wehrden, Flur 3, Flurstück 1/19, 125/17, 125/29, 125/31, 125/40 und 125/41 sowie einen noch zu vermessenden Teil des Flurstücks 1/12. Die genauen Grenzen der zu überplanenden Fläche können dem beigefügten Lageplan entnommen werden.

Da es sich bei der Maßnahme um eine Wiedernutzbarmachung einer ehemals gewerblich genutzten Fläche handelt, könnte der Bebauungsplan als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt werden.

Hiermit beantragt der Antragsteller die Aufstellung eines solchen Bebauungsplanes und damit die Einleitung des entsprechenden Verfahrens nach § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 3 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Änderungen.

Der Antragsteller ist bereit, die Kosten der Planung durch sich selbst oder eine mit der Firmengruppe Goodman verbundene Projektgesellschaft zu übernehmen. Diese umfassen neben dem Honorar des Planungsbüros Kernplan auch die Kosten der im Rahmen der Bauleitplanung zu erstellenden Gutachten. Eine verbindliche Regelung der Kostenübernahme soll im noch zu schließenden Städtebaulichen Vertrag getroffen werden.

Hierbei soll die Grundstücksfläche des Spiel- und Aktionsfeldes (südlicher Teil des Flurstücks 1/12) der Stadt weiterhin (unentgeltlich) zur Verfügung gestellt werden. Die Firma Goodman wird sich zeitnah mit der Stadt Völklingen hierüber abstimmen.

Für weitere Rückfragen steht der Unterzeichner Ihnen und dem zuständigen Ausschuss gerne zur Verfügung.

Über eine kurzfristige, positive Antwort würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Christof Prange

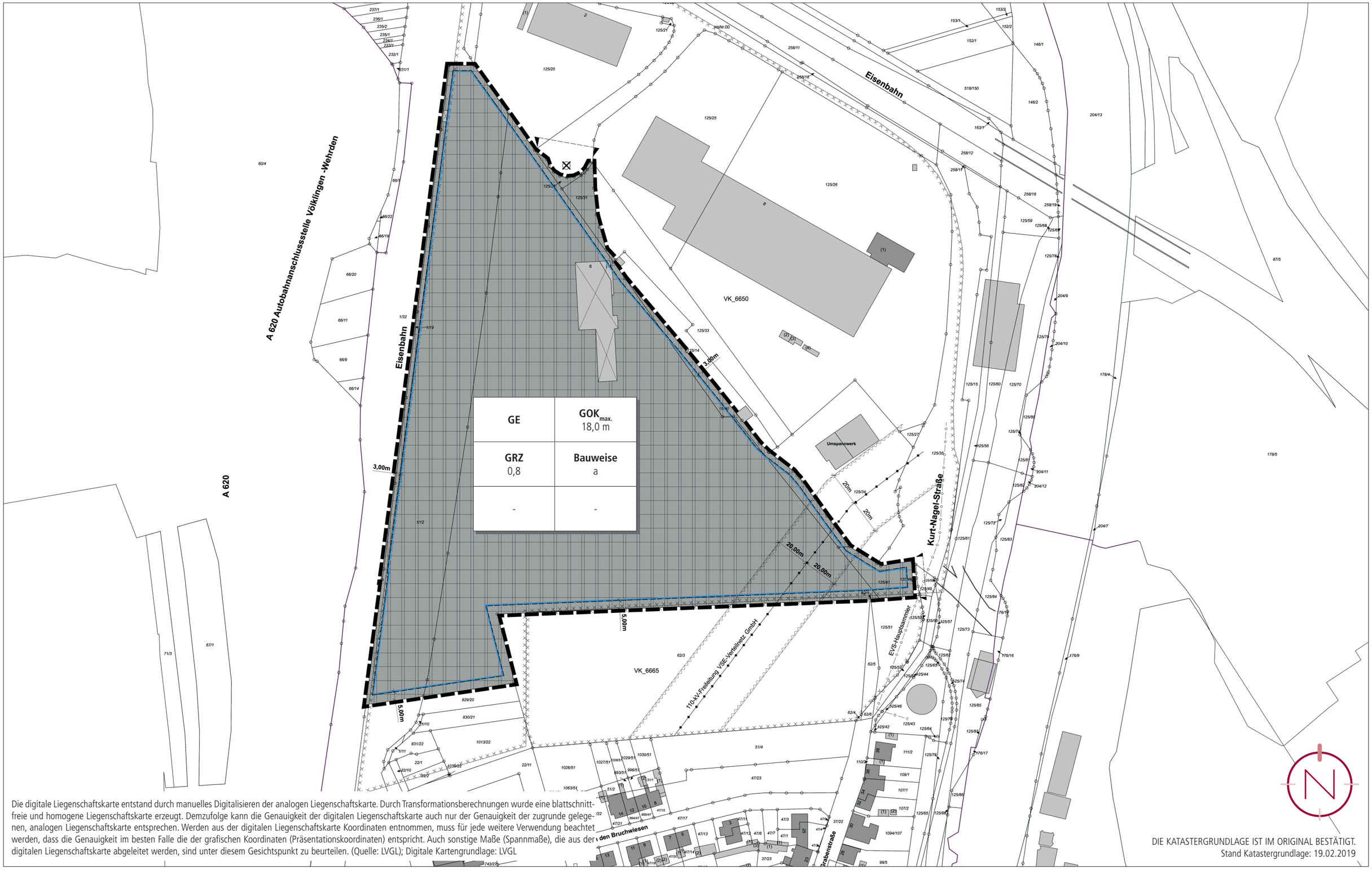
Lageplan

Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet am Kraftwerk Wehrden“, Mittelstadt Völklingen, Stadtteil Wehrden



Quelle: LVGL; Bearbeitung: Kernplan

TEIL A: PLANZEICHNUNG



Die digitale Liegenschaftskarte entstand durch manuelles Digitalisieren der analogen Liegenschaftskarte. Durch Transformationsberechnungen wurde eine blattschnittfreie und homogene Liegenschaftskarte erzeugt. Demzufolge kann die Genauigkeit der digitalen Liegenschaftskarte auch nur der Genauigkeit der zugrunde gelegenen, analogen Liegenschaftskarte entsprechen. Werden aus der digitalen Liegenschaftskarte Koordinaten entnommen, muss für jede weitere Verwendung beachtet werden, dass die Genauigkeit im besten Falle die der grafischen Koordinaten (Präsentationskoordinaten) entspricht. Auch sonstige Maße (Spannmaße), die aus der digitalen Liegenschaftskarte abgeleitet werden, sind unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen. (Quelle: LVGL); Digitale Kartengrundlage: LVGL

DIE KATASTERGRUNDLAGE IST IM ORIGINAL BESTÄTIGT.
Stand Katastergrundlage: 19.02.2019

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

GELTUNGSBEREICH
(§ 9 ABS. 7 BAUGB)

GEWERBEGEBIET (GE)
(§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 8 BAUNVO)

GOK$_{max.}$
18,0 m

HÖHE BAULICHER ANLAGEN ALS HÖCHSTMASS; HIER: MAXIMAL ZULÄSSIGE GEBÄUDEOBERKANTE
(§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO)

GRZ
0,8

GRUNDFLÄCHENZAHL
(§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO)

a

ABWEICHENDE BAUWEISE
(§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB UND § 22 ABS. 4 BAUNVO)

BAUGRENZE
(§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB UND § 23 ABS. 3 BAUNVO)

ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTBEREICHE
(§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)

UNTERIRDISCHE HAUPTABWASSERLEITUNGEN; HIER: EVS-HAUPTSAMMLER
(§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)

OBERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNGEN, HIER: 110-KV-FREILEITUNG
(§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)

VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE BZW. NUR EINGESCHRÄNKT NUTZBARE SCHUTZFLÄCHEN
(§ 9 ABS. 1 NR. 24 BAUGB)

FLÄCHEN, DEREN BÖDEN ERBLICH MIT UMWELTGEFÄHRDENDEN STOFFEN BELASTET SIND; HIER: ALTLASTENVERDACHTSFLÄCHE „VK_6665“ / ALTLAST „VK_6650“
(§ 9 ABS. 5 NR. 3 UND ABS. 6 BAUGB)

BEZUGSPUNKT

Baugebiet	Höhe baulicher Anlagen
Grundflächen-zahl	Bauweise
-	-

ERLÄUTERUNG DER NUTZUNGSSCHABLONE

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (§ 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M.
§ 8 BAUNVO

Siehe Plan.

1.1 GEWERBEGEBIET (GE)

Siehe Plan.
Gem. § 8 BauNVO

zulässig sind:

Gem. § 8 Abs. 2 BauNVO

1. Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe,
2. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude.

nicht zulässig sind:

Gem. § 8 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO

1. Anlagen für sportliche Zwecke,
2. Tankstellen (vom Ausschluss ausgenommen sind betriebseigene unselbstständige Tankstellen).

Gem. § 8 Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO

1. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind,
2. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,
3. Vergnügungsstätten.

Gem. § 8 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO
Läden mit Geschäfts- und Verkaufsflächen für Sexartikel (Sexshops und Videotheken) und sonstige Gewerbebetriebe, in denen sexuelle Tätigkeiten gewerblich ausgeübt oder angeboten werden (Bordelle bzw. bordellähnliche Betriebe einschließlich Wohnungsprostitution).

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB
I.V.M. §§ 16-21A BAUNVO

2.1 HÖHE BAULICHER ANLAGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB
I.V.M. § 18 BAUNVO

Siehe Plan.
Die maximal zulässige Höhe der baulichen Anlagen wird auf 18,0 m festgesetzt.

Maßgebender oberer Bezugspunkt für die maximale Höhe der baulichen und sonstigen Anlagen ist die Gebäudeoberkante (GOK). Die Gebäudeoberkante wird definiert durch den höchstgelegenen Abschluss einer Außenwand oder den Schnittpunkt zwischen Außenwand und Dachhaut (Wandhöhe) oder der Schnittpunkt zweier geneigter Dachflächen (Firsthöhe)

Unterer Bezugspunkt für die maximale Höhe baulicher und sonstiger Anlagen ist die Oberkante der angrenzenden Verkehrsfläche der Kurt-Nagel-Straße (siehe Planzeichnung).

Die zulässige Gebäudeoberkante kann durch untergeordnete Bauteile (techn. Aufbauten etc.) auf max. 10 % der Grundfläche bis zu einer Höhe von max. 1,5 m überschritten werden.

Durch Photovoltaikmodule / Solarmodule inkl. der zum Betrieb erforderlichen Anlagen und Bauteile kann die zulässige Gebäudeoberkante weiter überschritten werden.

2.2 GRUNDFLÄCHENZAHL
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB
I.V.M. § 19 BAUNVO

Siehe Plan.
Die Grundflächenzahl (GRZ) wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 1 und 4 BauNVO auf 0,8 festgesetzt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von

1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14,
3. bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen.

3. BAUWEISE
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB
I.V.M. § 22 BAUNVO

Siehe Plan.
Als Bauweise wird gem. § 22 Abs. 4 BauNVO eine abweichende Bauweise (a) festgesetzt. Demnach sind auch Gebäude mit einer Länge von über 50 m zulässig. Die seitlichen Grenzabstände können unterschritten werden.

4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 23 BAUNVO	Siehe Plan. Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen Gebäude und Gebäudeteile die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden. Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind Stellplätze, Elektrotankstellen, untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebietes selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen. Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend. Das gleiche gilt für bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können.
5. ANSCHLUSS AN VERKEHRSFLÄCHEN; HIER: EIN- UND AUSFAHRTBEREICHE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB	Siehe Plan. Ein- und Ausfahrten sind ausschließlich in den dafür vorgesehenen Bereichen zulässig.
6. UNTERIRDISCHE HAUPTABWASSERLEITUNG HIER: EVS-HAUPTSAMMLER GEM. § 9 ABS.1 NR. 13 BAUGB	Siehe Plan. Der Verlauf des EVS- Hauptsammlers wird gem. seiner Lage als unterirdische Entsorgungsleitung in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.
7. OBERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNG; HIER: 110-KV-FREILEITUNG GEM. § 9 ABS.1 NR. 13 BAUGB	Siehe Plan. Der Verlauf der 110-kV-Freileitung der VSE Verteilnetz GmbH wird gem. ihrer Lage als oberirdische Versorgungsleitung in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.
8. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB	wird im weiteren Verfahren ergänzt

9. VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE BZW. NUR EINGESCHRÄNKT NUTZBARE SCHUTZFLÄCHEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 24 BAUGB I.V.M § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB

Siehe Plan.
Die deckungsgleich mit dem Schutzstreifen, 20 m beidseits, entlang der 110-kV-Freileitung liegende Flächen sind mit Leitungsrechten zugunsten der VSE Verteilnetz GmbH als Versorgungsträger zu belasten.

Wesentliche Veränderungen des bestehenden Geländeniveaus, insbesondere Aufschüttungen zur Herstellung eines Planums, bedürfen innerhalb des Schutzstreifens der Zustimmung der VSE-Verteilnetz GmbH.
Im Bereich des Leitungsschutzstreifens ist die maximale Bauhöhe mit dem Leitungsträger abzustimmen.

Bei der Gestaltung der Grünflächen ist darauf zu achten, dass nur Bäume und Sträucher zur Bepflanzung vorgesehen werden dürfen, die den Bestand der Leitungen nicht gefährden. Notwendige Rückschnitte an oder die Entfernung von leitungsgefährdenden Gehölzen sind in jedem Fall durch den Eigentümer zu vertreten.

10. VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDES-IMMISSIONS-SCHUTZGESETZES
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 24 BAUGB

wird im weiteren Verfahren ergänzt

11. ANPFLANZUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 A BAUGB

Stellplätze für Mitarbeiter sind durch Laubbäume im Umfang von je 20 Stellplätze ein standortgerechter mittel- bis großkroniger Laubbaumhochstamm (Sortierung 3 mal verpflanzt, Stammumfang 16 - 18 cm) zu begrünen. Die Bäume sind dauerhaft zu sichern und Ausfälle durch gleichartige Bäume zu ersetzen.

Bei der Baumarten bzw. -sortenauswahl für den Stellplatzbereich ist die folgende Pflanzliste (Vorschlagsliste) zu verwenden:

- Ahorn (Acer platanoides/campestre),
- Stiel-/Trauben-Eiche (Quercus robur/petraea),
- Buche (Fagus sylvatica),
- Vogelkirsche (Prunus avium),
- Vogelbeere (Sorbus aucuparia),
- Sommerlinde (Tilia platyphyllos),
- Hainbuche (Carpinus betulus),

Die Verwendung klein- oder schmalkroniger Arten/ Sorten ist nur in begründeten Ausnahmefällen erlaubt. Auf die aktuelle Straßenbaumliste der GALK e.V. wird verwiesen.

12. KOMPENSATIONSMASSNAHMEN GEM. § 9 ABS. 1A BAUGB	wird im weiteren Verfahren ergänzt
13. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB	Siehe Plan.

FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. LBO UND SWG)

Abwasserbeseitigung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit §§ 49-54 Landeswassergesetz)

- Das Plangebiet ist im Trennsystem zu entwässern.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 85 Abs. 4 LBO)

- Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig, Fremdwerbung ist unzulässig. Ausgenommen hiervon sind gemeinsame Hinweisschilder oder -tafeln mehrerer Betriebe (Sammel-Hinweisschilder). Innerhalb des Plangebietes ist nur ein solches Hinweisschild zulässig. Zusätzlich ist ein Pylon / Stele mit einer Höhe von 20,0 m, gemessen senkrecht zur Oberkante der angrenzenden Stellplatzfläche. Unzulässig sind Wechselbild-Werbeanlagen, blinkende Leuchtreklamen sowie zeitweise und sich ständig bewegende Werbeanlagen.

KENNZEICHNUNG GEM. § 9 ABS. 5 BAUGB

- Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Altlastfläche VK_6650 „Kraftwerk Wehrden" und nördlich der Altlastverdachtsfläche VK_6665 „ehemalige Schlackenaufbereitung". Flächendeckend stehen auf dem Gelände des ehemaligen Kraftwerkes Fremdmassen (Auffüllungen) aus Sanden und Kiesen mit hohen Bauschuttanteilen sowie Aschen, Schlacken, Schotter, Granulat und Braschen an. Nach Aushub von ca. 2400 m³ MKW- und BTEX- verunreinigter Erdmassen sind noch punktuelle Restbelastungen vorhanden, die allerdings bei einer Nutzung als Gewerbegebiet als unkritisch eingestuft wurden. Bei der Wiederverwertung von mineralischen Massen auf dem Gelände wurden am Standort Zuordnungswerte entsprechend Z2 der LAGA-Empfehlungen zugelassen.
- Der Standort verbleibt im Kataster, da bei Nutzungsänderung zu einer sensibleren Nutzung eine gutachterliche Neubewertung notwendig würde. Eingriffe in den Boden sind in jedem Fall durch einen zugelassenen Sachverständigen (§ 18 BBodSchG) zu begleiten.

HINWEISE

- Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt. Die Vorschriften des § 13 BauGB finden entsprechend Anwendung. Damit wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen.
- Der Bebauungsplan übernimmt innerhalb seines Geltungsbereiches für die kleinteilige Teilfläche im Bereich der Wendeanlage die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes VIII/51„Ehemalige Schlackenbrechanlage 1. Änderung" (2000) inhaltlich, soweit durch den vorliegenden Bebauungsplan die Festsetzungen keine Änderung erfahren haben.
- Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen.
- Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht von Bodenfunden und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 1 und 2 SDschG) wird hingewiesen.
- Hinsichtlich der klimatischen Veränderungen ist darauf zu achten, dass die Oberflächenabflüsse aufgrund von Starkregenereignissen einem kontrollierten Abfluss zugeführt werden. Den umliegenden Anliegern darf kein zusätzliches Risiko durch unkontrollierte Überflutungen entstehen. Hierfür sind bei der Oberflächenplanung vorsorglich entsprechende Maßnahmen vorzusehen.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634).
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434).
- Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 3 des Gesetzes vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465).
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254).
- § 12 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 840).
- Saarländische Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. I S. 632).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz - (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. I S. 790).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDschG) (Art. 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege) vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. 2018, S. 358).
- Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 3. Dezember 2013 (Amtsbl. I 2014 S. 2).
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl. S. 2393).
- Satzung über den Schutz der Bäume in der Mittelstadt Völklingen (Baumschutzsatzung) vom 23. Dezember 2008

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat am __.__._____ die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes einzuleiten, wurde am __.__._____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs.1 BauGB).
- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Gem. §13a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB wurde zur Abschätzung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen eine Vorprüfung des Einzelfalls durchgeführt. Die Vorprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Der Bebauungsplan VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" erfüllt die Vorgaben, um gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt zu werden.
- Der Bebauungsplan wird gem. § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Gem. § 13a Abs. 3 und 4 BauGB wird eine Umweltprüfung nicht durchgeführt.
- Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Sinne des § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt.
- Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat in seiner Sitzung am __.__._____ den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" beschlossen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom __.__._____ bis einschließlich __.__._____ öffentlich ausgelegen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch per Mail abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am __.__._____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom __.__._____ an der Planung beteiligt und von der Auslegung benachrichtigt (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum __.__._____ zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am __.__._____. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).
- Der Stadtrat hat am __.__._____ den Bebauungsplan VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Der Bebauungsplan VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

  Völklingen, den __.__._____

  Die Oberbürgermeisterin

- Der Satzungsbeschluss wurde am __.__._____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB). In dieser Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme, die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen der §§ 214, 215 BauGB, ferner auf Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche gem. § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und auf die Rechtsfolgen des § 12 Abs. 6 KSVG hingewiesen worden.

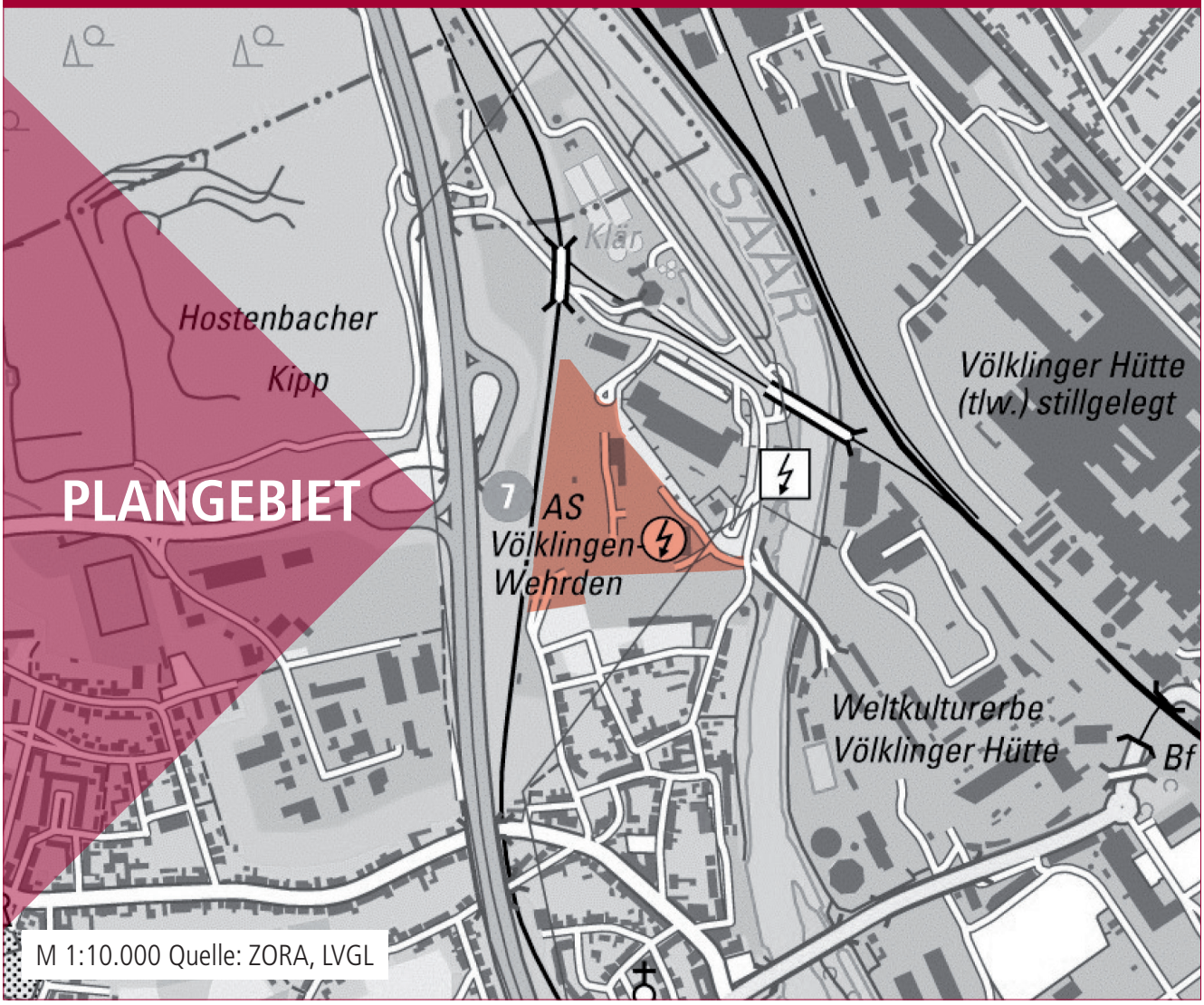
  Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

  Völklingen, den __.__._____

  Die Oberbürgermeisterin

Bebauungsplan VIII/52
„Ehemaliges Kraftwerksgelände“

Bebauungsplan in der Mittelstadt Völklingen, Stadtteil Wehrden



Bearbeitet im Auftrag der
Goodman Germany GmbH
Peter-Müller-Straße10
40468 Düsseldorf

Stand der Planung: 06.03.2019
ENTWURF

Gesellschaft für Städtebau und
Kommunikation mbH

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70
email: info@kernplan.de

Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End

Maßstab 1:1000 im Original
Verkleinerung ohne Maßstab

0 10 50 100

KERN PLAN

Bebauungsplan VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände“

in der Mittelstadt Völklingen, Stadtteil Wehrden
Allgemeine Informationen über die Ziele und Zwecke der Planung / Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB

ENTWURF



06.03.2019

KERN PLAN

Bebauungsplan VIII/52
„Ehemaliges Kraftwerksgelände“

IMPRESSUM

Im Auftrag der:

Goodman Germany GmbH
Peter-Müller-Straße 10
40468 Düsseldorf

Bebauungsplan in der Mittelstadt Völklingen:

Mittelstadt Völklingen
Rathausplatz
66333 Völklingen

Inhalt:

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung 3
Grundlagen und Rahmenbedingungen 4
Anlage Vorprüfung nach § 13a BauGB 12

Verantwortlich:

Geschäftsführende Gesellschafter
Dipl.-Ing. Hugo Kern, Raum- und Umweltplaner
Dipl.-Ing. Sarah End, Stadtplanerin AKS

Projektleitung:

Daniel Steffes, M.A. Geograph

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel. 0 68 25 - 4 04 10 70
Fax 0 68 25 - 4 04 10 79
www.kernplan.de · info@kernplan.de

KERN PLAN

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung

Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen plant die Mittelstadt Völklingen im Stadtteil Wehrden Flächen des ehemaligen Kraftwerkes einer gewerblichen Nutzung zuzuführen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" ist somit auch die Revitalisierung der brachliegenden Kraftwerksfläche verbunden, die sich zwischen der Bundesautobahn A620 und daran angrenzender Bahntrasse im Westen sowie der Kurt-Nagel-Straße im Osten erstreckt.

Das Plangebiet zeichnet sich insbesondere durch seine verkehrsgünstige Lage in kurzer Entfernung zur Autobahnanschlussstelle Völklingen-Wehrden der BAB 620 aus, sodass die Abwicklung des Verkehrs über die Ortslage nicht erforderlich ist.

Die Erschließung des Plangebietes ist durch Zu- und Abfahrten über die Kurt-Nagel-Straße geplant.

Die verkehrsgünstige Lage ermöglicht den ansiedelnden Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben zum einen eine sehr gute Erreichbarkeit für Kunden- und Anlieferungsverkehr, zum anderen einen schnellen Zugang zum überörtlichen Verkehrsnetz und somit zum Kunden. Insbesondere für die Logistikbranche ist der Standort hervorragend geeignet. Von dieser Branche besteht auch konkretes Ansiedlungsinteresse.

Nach aktueller rechtlicher Grundlage ist die Nutzung als Gewerbegebiet nicht realisierungsfähig. Daher bedarf es der Aufstellung des Bebauungsplanes VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände".

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind dem beigefügten Lageplan zu entnehmen. Er umfasst eine Fläche von ca. 5,3 ha.

Der Bebauungsplan übernimmt innerhalb seines Geltungsbereiches für die kleinteilige Teilfläche im Bereich der Wendeanlage die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes VIII/51 „Ehemalige Schlackenbrechanlage 1. Änderung" (2000) inhaltlich, soweit durch den vorliegenden Bebauungsplan die Festsetzungen keine Änderung erfahren haben.

Mit der Erstellung des Bebauungsplanes und der Durchführung des Verfahrens ist die Kernplan Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH, Kirchenstraße 12, 66557 Illingen, beauftragt worden.

Verfahrensart

Das Verfahren wird nach § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt. Es handelt sich bei der Planung um eine Maßnahme der Innenentwicklung (Wiedernutzbarmachung einer gewerblichen Brachfläche). Außerdem soll mit dem beschleunigten Verfahren dem Bedarf an Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen Rechnung getragen werden. Dem trägt der vorliegende Bebauungsplan in vollem Umfang Rechnung.

Insgesamt hat der Geltungsbereich des Bebauungsplanes VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" eine Größe von ca. 5,3 ha. Eine überschlägige Flächenbilanzierung (GRZ 0,8) zeigt, dass der maßgebende Schwellenwert von 20.000 qm durch diesen Bebauungsplan deutlich überschritten wird. Aus diesem Grund wurde eine Vorprüfung des Einzelfalls gem. der in Anlage 2 BauGB genannten Kriterien durchgeführt. Die Vorprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind (siehe Tabelle im Anhang). Der Bebauungsplan VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" erfüllt somit die Vorgaben, um gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt zu werden. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden können, werden an der Vorprüfung des Einzelfalls beteiligt und aufgefordert hierzu Stellung zu nehmen.

Eine Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, wird mit dem Bebauungsplan nicht begründet.

Weitere Voraussetzung der Anwendung des § 13a BauGB ist, dass keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Umweltbelange vorliegen. Eine Untersuchung der naturschutzrechtlichen Belange kam zu dem Ergebnis, dass keine Anhaltspunkte für derartige Beeinträchtigungen bestehen.

Der an § 50 BImSchG anknüpfende Ausschlussgrund in § 13a BauGB betrifft die von Störfallbereichen ausgehenden möglichen Auswirkungen bei einem schweren Unfall. Dieser ist hier nicht gegeben.

Die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB gelten entsprechend Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB und § 13a Abs. 2 und 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen wird.

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan des Regionalverbandes Saarbrücken stellt für den Großteil des Plangebietes eine Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen sowie für eine kleine Teilfläche eine gewerbliche Baufläche dar. Gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB kann ein Bebauungsplan, der von Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

Grundlagen und Rahmenbedingungen

Lage und Begrenzung des räumlichen Geltungsbereiches

Das Plangebiet liegt nördlich des Stadtteils Wehrden, im Bereich des ehemaligen Kraftwerkes, im rückwärtigen Bereich der Kurt-Nagel-Straße, die in nordwestlicher Richtung zur BAB 620 führt.

Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

- im Norden und Nordosten durch zwei entlang der Kurt-Nagel-Straße angesiedelte gewerbliche Betriebe,
- im Osten durch die Kurt-Nagel-Straße und einen daran angesiedelten gewerblichen Betrieb,
- im Süden durch den Geltungsbereich des Bebauungsplanes VIII/54 „Gewerbegebiet Handwerker Park",
- im Westen durch eine Bahntrasse.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen.

Nutzung des Plangebietes, Umgebungsnutzung und Eigentumsverhältnisse

Das Plangebiet stellt sich aktuell als gewerbliche Brachfläche des ehemaligen Kraftwerks Wehrden dar, die vorübergehend als Abstellfläche der Fa. Mosolf SE & Co. KG genutzt wird. Ziel des Planvorhabens ist die nachhaltige Revitalisierung und Wiedernutzbarmachung der Fläche.

Die nördliche und östliche Umgebung des Plangebietes ist bereits durch zwei gewerbliche Betriebe (MWM, Nagel SE GmbH & Co. KG) geprägt. Südlich schließt eine derzeit noch unbebaute, planungsrechtlich jedoch als Gewerbegebiet ausgewiesene, Brachfläche an das Plangebiet an. Im weiteren Verlauf folgt südlich der Siedlungskörper des Stadtteils Wehrden, der durch gemischte Nutzungen und Wohnen geprägt ist.

Die westliche Umgebung des Plangebietes ist durch die von Norden nach Süden ver-



Orthofoto mit Geltungsbereich; ohne Maßstab; Quelle: LVGL; Bearbeitung: Kernplan

laufende Bahntrasse sowie die in kurzer Entfernung befindliche Bundesautobahn A 620 geprägt.

Die zu überplanende Fläche befindet vollständig im Eigentum von Dritten, die jedoch bereit sind die Gesamtfläche zu veräußern. Somit ist von einer zügigen Realisierung des Planvorhabens auszugehen.

Topografie des Plangebietes

Das Plangebiet ist gem. seiner vorangegangenen Nutzung als Kraftwerksgelände weitestgehend eben. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Topografie in besonderer Weise auf die Festsetzungen (insbesondere Festsetzung der überbaubaren Grundstücksfläche und Höhe der baulichen Anlagen) auswirken wird.

Verkehrsanbindung

Das Plangebiet verfügt bereits über zwei Anbindungen, die das Gebiet an das örtliche (Kurt-Nagel-Straße) und überörtliche Verkehrsnetz (BAB 620 Anschlussstelle Völklingen-Wehrden) anbindet. Das derzeit noch größtenteils unbebaute Gebiet kann über einen direkten Anschluss an die Kurt-Nagel-Straße erschlossen werden.

Weiterer öffentlicher Erschließungsanlagen bedarf es zur Realisierung der Planung nicht. Die übrige Erschließung ist intern zu organisieren.

Ver- und Entsorgung

Die für eine gewerbliche Nutzung erforderliche Versorgungsinfrastruktur ist in der angrenzenden Kurt-Nagel-Straße bereits grundsätzlich vorhanden und weist noch ausreichende Kapazitäten auf.

Die Entwässerung des Plangebiets soll im Trennsystem erfolgen.

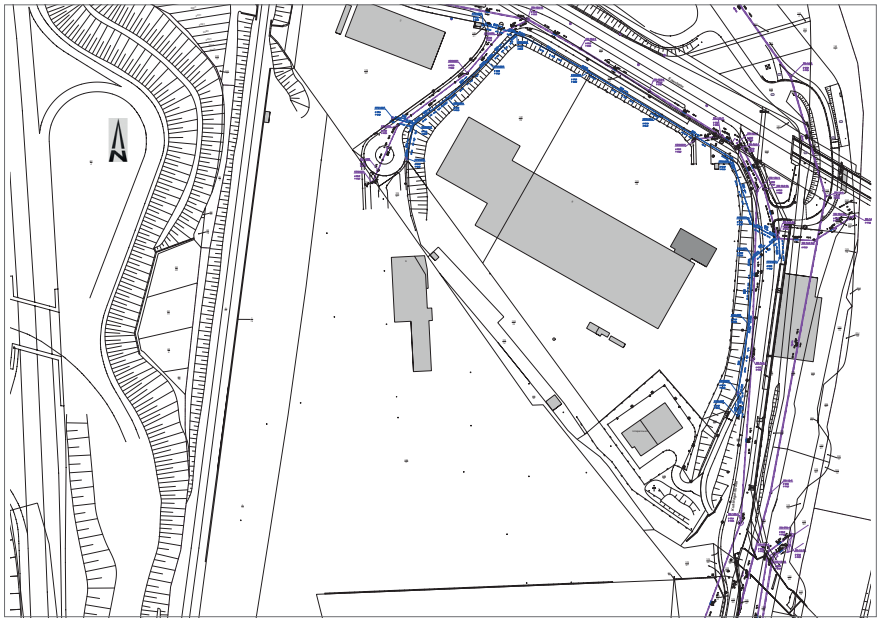
Die nach § 49a SWG geltenden Vorgaben zur Beseitigung des Niederschlagswassers (Nutzung, Versickerung, Verrieselung, Einleitung des Niederschlagswassers in ein oberirdisches Gewässer) sind damit erfüllt.

Berücksichtigung von Standortalternativen

Zentrales Ziel des vorliegenden Bebauungsplanes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur nachhaltigen Wiedernutzbarmachung / Revitalisierung einer gewerblichen Brachfläche innerhalb des Plangebietes.



Blick von Osten über das bestehende Gewerbegebiet mit dem Plangebiet im Hintergrund



Ausschnitt aus dem Kanalplan; Quelle: Mittelstadt Völklingen

Folgende Argumente sprechen für die Umsetzung des Planvorhabens am gewählten Standort:

- das Plangebiet ist bereits gewerblich vorbelastet (hoher Anteil an vollversiegelten Flächen),
- die Umgebungsnutzung im Norden, Osten und Süden dient ebenfalls dem Gewerbe. Weder vom Plangebiet auf die Umgebungsnutzung noch von der Umgebung auf das Plangebiet gehen nachteilige Auswirkungen aus,
- das Plangebiet verfügt über eine sehr gute Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz durch die Autobahnanschlussstelle Völklingen-Wehrden (A 620),
- das Plangebiet stellt sich aufgrund der Vornutzung (Kraftwerk Wehrden) als sehr ebene Fläche dar,
- das Plangebiet weist aufgrund seiner Lage (Bahntrasse, A 620) eine hohe Lärmvorbelastung auf,
- Die Eigentumsverhältnisse gewährleisten eine kurzfristige Verfügbarkeit der Flächen.

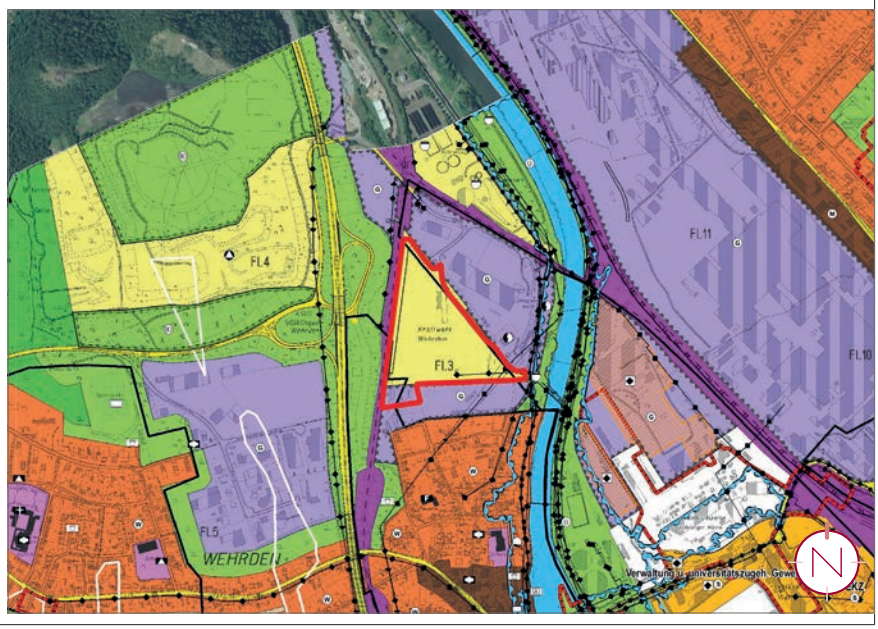
Insofern wurden keine Standortalternativen in Betracht gezogen und auf ihre Eignung hin geprüft.

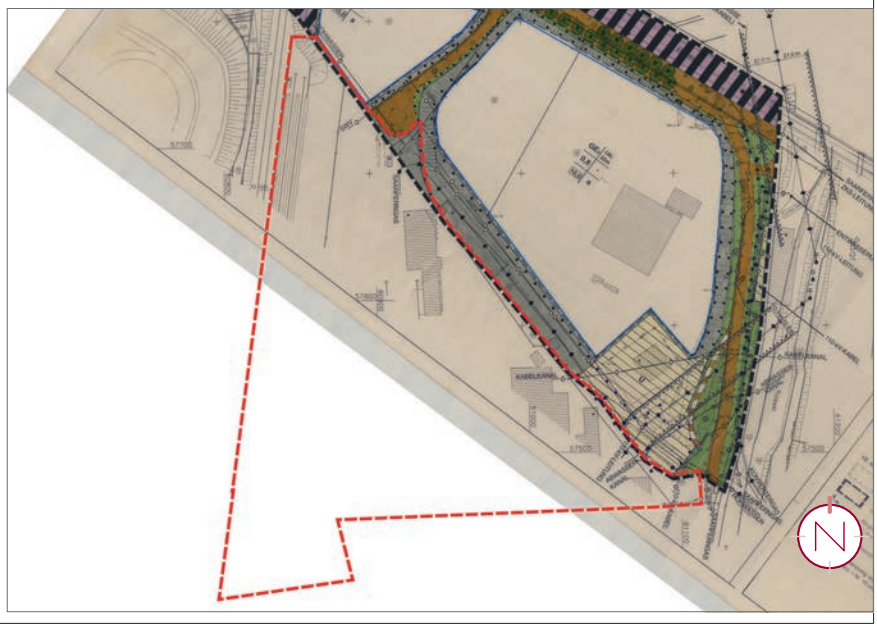
Übergeordnete Planungsvorgaben der Raumordnung und Landesplanung; naturschutzrechtliche Belange; geltendes Planungsrecht

Kriterium	Beschreibung
Landesentwicklungsplan (Siedlung und Umwelt)	
zentralörtliche Funktion	Mittelzentrum Völklingen, Lage an Siedlungsachse 1. Ordnung
Vorranggebiete	nicht direkt betroffen; unmittelbar östlich der angrenzenden Kurt-Nagel-Straße grenzt ein Vorranggebiet für Hochwasserschutz (VH) an das Plangebiet heran
zu beachtende Ziele und Grundsätze	• (Z 17) Nutzung der im Siedlungsbestand vorhandenen Potenziale: erfüllt • (G 27) Mittel- und Grundzentren sollen u.a. als Wirtschaftsschwerpunkte gestärkt und weiterentwickelt werden: erfüllt • keine Restriktionen für das Vorhaben
Landschaftsprogramm	• keine speziellen Entwicklungsziele oder Funktionszuweisungen nach aktuellem Landschaftsprogramm des Saarlandes (Juni 2009)
Übergeordnete naturschutzrechtliche Belange	
Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung	nicht betroffen
Regionalpark	Lage im Regionalpark Saar, aber nicht innerhalb eines der Projekträume; Regionalparks sind rein informelle Instrumente ohne restriktive Wirkungen
Sonstige Schutzgebiete: Naturschutz-, Landschaftsschutz-, Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Naturparks, Nationalparks, Biosphärenreservate	nicht direkt betroffen; ca. 270 m nordöstlich befindet sich ein festgelegtes Überschwemmungsgebiet der Saar
Denkmäler / Naturdenkmäler / archäologisch bedeutende Landschaften nach § 6 SDSchG oder in amtlichen Karten verzeichnete Gebiete	nicht betroffen
Geschützter unzerschnittener Raum nach § 6 Abs. 1 SNG	nicht betroffen
Informelle Fachplanungen	Auf der Grundlage der vorliegenden Geofachdaten (Quelle: Geoportal Saarland) bestehen keine Hinweise auf das Vorkommen wertgebender Biotoptypen bzw. von Arten innerhalb des Geltungsbereiches: • keine Fundorte gem. ABDS (Arten- und Biotopschutzdaten 2013 Saarland, Stand Februar 2019) • keine Arten oder Flächen des Arten- und Biotopschutzprogramms (ABSP) betroffen; auch keine Nachweise synanthroper streng geschützter Arten im Umfeld • keine n. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotope im Umfeld • keine Lebensraumtypen n. Anh. 1, FFH-Richtlinie betroffen; nächstgelegene Flächen ca. 500m südlich in den Grünländern des Galgenberges; Beeinträchtigung durch das Vorhaben ist auszuschließen
Baumschutzsatzung der Stadt Völklingen	• das Plangebiet ist praktisch gehölzfrei; lediglich im südwestlichen und entlang der westlich den Geltungsbereich begrenzenden ehemaligen Bahnlinie haben sich kleinflächige Pioniergehölzbestände entwickelt • unter diesen befinden sich augenscheinlich keine Bäume mit einem Stammumfang > 80 cm, die unter die Baumschutzsatzung der Stadt Völklingen fallen würden; entlang der Bahnlinie ist dies im Zuge des weiteren Verfahrens noch zu verifizieren

Kriterium	Beschreibung
Allgemeiner Artenschutz	
Allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen (§ 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG)	Im Rahmen der Planung sind im Randbereich Gehölzstrukturen betroffen. Zum Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen ist die gesetzliche Rodungszeit vom 01. Oktober bis 28. Februar einzuhalten.
Besonderer Artenschutz (§§ 19 und 44 des BNatSchG)	
Störung oder Schädigung besonders geschützter Arten bzw. natürlicher Lebensräume nach USchadG, Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG Zu den artenschutzrechtlich relevanten Arten zählen alle gemeinschaftsrechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten d. h. alle streng geschützten Arten inklusive der FFH-Anhang-IV-Arten sowie alle europäischen Vogelarten. „Allerweltsarten" mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit (d. h. bei diesen Arten sind keine populationsrelevanten Störungen und keine Beeinträchtigungen der ökologischen Funktion ihrer Lebensstätten, insbesondere der Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erwarten) werden nicht einzeln geprüft	Biotop-/Habitatausstattung des Geltungsbereiches: • der Geltungsbereich umfasst das Gelände des ehemaligen Kraftwerkes Wehrden (Stilllegung 1989); alle Anlagen und Gebäude sind - bis auf das ehemalige Verwaltungsgebäude - komplett zurückgebaut; die Fläche wird aktuell als Abstellfläche für PKW der Fa. Mosolf genutzt; im Zentrum ist die asphaltierte Zufahrt noch vorhanden • aufgrund der aktuellen Nutzung stellt sich das gesamte Gelände als weitgehend vegetationslose Schotterfläche dar • der gesamte Planungsbereich ist praktisch Gehölz-frei, lediglich am südwestlichen Rand nördlich des Spielplatzes und auf der Böschung der angrenzenden stillgelegten Bahnlinie befinden sich kleinflächige und teilweise stark vermüllte Pioniergehölzflächen, überwiegend aus Robinien • das noch vorhandene ehemalige Verwaltungsgebäude wird offenbar aktuell noch genutzt bzw. unterhalten, Quartierpotenziale für Fledermäuse (z.B. in Form eines zugänglichen Dachstuhls oder hinterlüfteter Gebäudefassaden oder -verblendungen) bzw. Nistmöglichkeiten für Vögel (Gebäudenischen etc.) sind augenscheinlich nicht vorhanden Bestehende Vorbelastungen: • ehemals gewerblich genutzte Rückbaufläche mit Schotterplanum und zentraler asphaltierter Zufahrt • aktuell als Stellfläche für PKW genutzt, Verbrachung, resp. Verstaudung/Verbuschung wird somit weitgehend unterbunden • Lage im Verdichtungsbereich zwischen BAB 620, Umspannwerk, Weltkulturerbe Völklinger Hütte (gegenüber Saar), dem Siedlungsbereich von Wehrden und weiteren gewerblich genutzten Flächen • daher insgesamt sehr hohe Lärm- und Stördisposition • am Südostrand wird Geltungsbereich durch Freileitung tangiert Bedeutung als Lebensraum für abwägungs- oder artenschutzrechtlich relevante Tier- und Pflanzenarten: • weder ABSP-Artenpool noch ABDS führen im unmittelbaren Umfeld planungsrelevante Tier- und Pflanzenarten auf • Fläche wird fast vollständig von vegetationsarmen bis -freien Schotterflächen eingenommen • lediglich die ebenfalls in den Geltungsbereich eingeschlossene Bahnböschung und eine kleine Brachfläche nördlich des Spielplatzes ist mit Pioniergehölzen (überwiegend aus Robine) bestanden und damit potenzieller Brutstandort für Gehölzbrüter unter den Vögeln • aufgrund der Vorbelastung sind hier jedoch in erster Linie störungstolerante Arten zu erwarten; eine Brutraumnutzung der offenen Kernfläche durch den zunehmend expansiven Orpheusspötter als typische Art der ruderalen, d.h. Hochstauden- bzw. Gebüsch-reichen Industriebrachen kann aufgrund der aktuellen Nutzung und des fehlenden Bewuchses ausgeschlossen werden • relevante Stammstärken oder Totholzanteile, die Brutstandorte für Höhlen- und Halbhöhlenbrüter bieten, sind unter den überwiegend sehr jungen Gehölzen nicht vorhanden • aufgrund des geringen Gehölzalters sind Fledermaus-Quartiere in Form von Spalten und Ritzen an der Borke der Bäume sehr unwahrscheinlich; definitiv auszuschließen sind Winterquartiere oder Wochenstuben in Form von Baumhöhlenquartieren

Kriterium	Beschreibung
	• das bestehende Gebäude bietet weder Gebäudebrütern unter den Vögeln noch Quartier-nehmenden Fledermausarten diesbezüglich Möglichkeiten • die stukturlose und weitgehend vegetationsfreie Kernfläche besitzt grundsätzlich nur eine sehr eingeschränkte Habitatqualität für die meisten Arten/-Artengruppen, auch für Arten der urban-industriellen Brache-Standorte; lediglich die kleinflächigen Sukzessionsflächen im Süden und entlang der ehemaligen Bahnlinie weisen entsprechende Habitatrequisiten (Pioniergehölze, Versteckstrukturen) auf • an diesen Stellen ist insbesondere mit einer Präsenz der Mauereidechse zu rechnen, die im Bereich des Saartals eine Verbreitungsschwerpunkt besitzt und sich insbesondere entlang des Schienennetzes zunehmend ausbreitet; auch wenn die strukturlose Kernfläche aufgrund der starken Bodenverdichtung und der aktuellen Nutzung weder als Fortpflanzungs- noch als Ruhestätte (Überwinterung) in Frage kommt, besteht die Gefahr, dass juvenile oder adulte Tiere in ihrer aktiven Zeit aus den benachbarten Bahngleisen in den Geltungsbereich vordringen, wodurch die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 betroffen sein könnten Artenschutzrechtliche Beurteilung: • Avifauna: aufgrund der Lage und der sehr starken verkehrs- und nutzungsbedingten Störwirkung ist davon auszugehen, dass die Fläche lediglich von Arten genutzt wird, die geringe Fluchtdistanzen aufweisen; i.d.R. sind dies euryöke/ ubiquitäre Arten, die landesweit mehr oder weniger häufig und verbreitet sind bzw. aufgrund ihres weiten Lebensraumspektrums in der Lage sind, vergleichsweise einfach andere Standorte zu besiedeln oder auf diese auszuweichen; damit ist im Regelfall die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang (das Schädigungsverbot nach Nr. 3 des § 44 Abs. 1 BNatSchG betreffend) weiterhin erfüllt bzw. der Erhaltungszustand der lokalen Population (das Störungsverbot unter Nr. 2 des § 44 Abs. 1 BNatSchG betreffend) weiterhin gewahrt; insofern kommen die Schädigungs-/Störungstatbestände nicht zum Tragen; tradierte Niststandorte, deren Entfernung den Verbotstatbestand n. § 44, Abs. 1 Nr. 3, BNatSchG auslösen, sind nicht vorhanden. • in Bezug auf das Tötungsverbot n. § 44, Abs. 1 Nr. 1, BNatSchG aller (auch der häufigen und ungefährdeten) europäischen Vogelarten stellen die gesetzlichen Rodungsfristen n. § 39, Abs. 5 BNatSchG eine hinreichende Vermeidungsmaßnahme dar (=aktuell besetzte Niststandorte) • somit sind Verstöße gegen § 44 BNatSchG in Bezug auf die Avifauna nicht zu erwarten • Fledermäuse: der lediglich kleinflächige Gehölzbestand entlang der ehemaligen Bahnlinie und zwischen Spielplatz und Kernfläche besitzt lediglich eine geringe Maturität, so dass mit Baum-gebundenen Quartieren auf der Fläche nicht zu rechnen ist • in Bezug auf das Tötungsverbot gilt auch für eventuell im Gehölzbestand übertagende Fledermäuse, dass dieses durch Einhaltung der gesetzlichen Rodungsfristen vermieden werden kann, da die Tiere sich dann i.d.R. in ihren frostsicheren Winterquartieren befinden • durch das sichere Fehlen von Wochenstuben oder Winterquartieren innerhalb des Planungsbereiches sind auch der Störungstatbestand und eine Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, die eine populationsspezifische Relevanz hätten, auszuschließen • das bestehende Gebäude weist augenscheinlich keine Quartiermöglichkeiten für Fledermäuse auf, weder in Form hinterlüfteter Fassaden oder Verblendungen noch eines frei zugänglichen Dachstuhls • im Fall der Präsenz der Mauereidechse entlang der Bahnlinie (aufgrund der bekannten Verbreitung darf damit gerechnet werden) kann ein Vordringen von Individuen in den Geltungsbereich nicht ausgeschlossen werden, so dass dann geeignete Maßnahmen zur Vermeidung des Tötungstatbestandes festzulegen wären • das Fehlen grabbarer Substrate und geeigneter Versteckmöglichkeiten in Form von Erdhöhlen, Klüften usw. schließt eine Reproduktion oder Überwinterung von Tieren auf der Planungsfläche aus, im südlichen Gehölz-bestandenen Teil des Planungsraumes nördlich des Spielplatzes wäre dies zu überprüfen

Kriterium	Beschreibung
	• eine Nutzung der Fläche als Landlebensraum kann aufgrund des verdichteten Schotterbelages auch für die xerotopen Amphibien (Wechsel- und Geburtshelferkröte) ausgeschlossen werden, zumal die gesamte Fläche und das nähere Umfeld frei von Gewässern ist und auch temporäre Kleinstgewässer auf der Fläche nicht zu erwarten sind • weitere planungsrelevante Arten sind aufgrund fehlender essentieller Habitatstrukturen und spezifischer Nahrungs- bzw. Wirtspflanzen (z.B. Schmetterlinge) nicht zu erwarten Auswirkungen im Sinne des Umweltschadensgesetzes: • Lebensraumtypen n. Anh. 1 der FFH-Richtlinie sind nicht betroffen • da den Flächen innerhalb des Geltungsbereiches keine essentielle Bedeutung als Lebensraum i.S.d. § 19, Abs. 3 Nr. 1, BNatSchG zugewiesen werden kann, entsprechende Arten hier nicht vorkommen oder im Falle der hier potenziell vorkommenden Arten(gruppen) eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes nicht prognostiziert werden kann, sind Schäden n. § 19 BNatSchG i.V. mit dem Umweltschadensgesetz nicht zu erwarten; für die evtl. hier vorkommende Mauereidechse sind jedoch ggfs. entsprechende Vermeidungsmaßnahmen angezeigt • eine Freistellung von der Umwelthaftung ist im Zuge des Bauleitplanverfahrens möglich Weiterer Untersuchungsbedarf: • zum Ausschluss des Verbotstatbestandes n. § 44 Abs. 1 Nr. 1 ist zunächst das Vorkommen der Mauereidechse auf der angrenzenden Bahntrasse und innerhalb des Geltungsbereiches zu überprüfen • je nach Ergebnis der Untersuchungen sind Maßnahmen festzulegen, die ein bauzeitliches Eindringen in den Planungsbereich verhindern (z.B. Reptilienschutzzäune)
Geltendes Planungsrecht	
Flächennutzungsplan	Darstellung: Großteil als Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen sowie für eine Teilfläche als gewerbliche Baufläche (Quelle: Regionalverband Saarbrücken). Gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB kann ein Bebauungsplan, der von Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen. 

Kriterium	Beschreibung
Bebauungsplan VIII/51 „Ehemalige Schlackenbrechanlage 1. Änderung“	Der Bebauungsplan übernimmt innerhalb seines Geltungsbereiches für die kleinteilige Teilfläche im Bereich der Wendeanlage die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes VIII/51 „Ehemalige Schlackenbrechanlage 1. Änderung“ (2000) inhaltlich, soweit durch den vorliegenden Bebauungsplan die Festsetzungen keine Änderung erfahren haben. 

Vorprüfung des Einzelfalls nach § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB

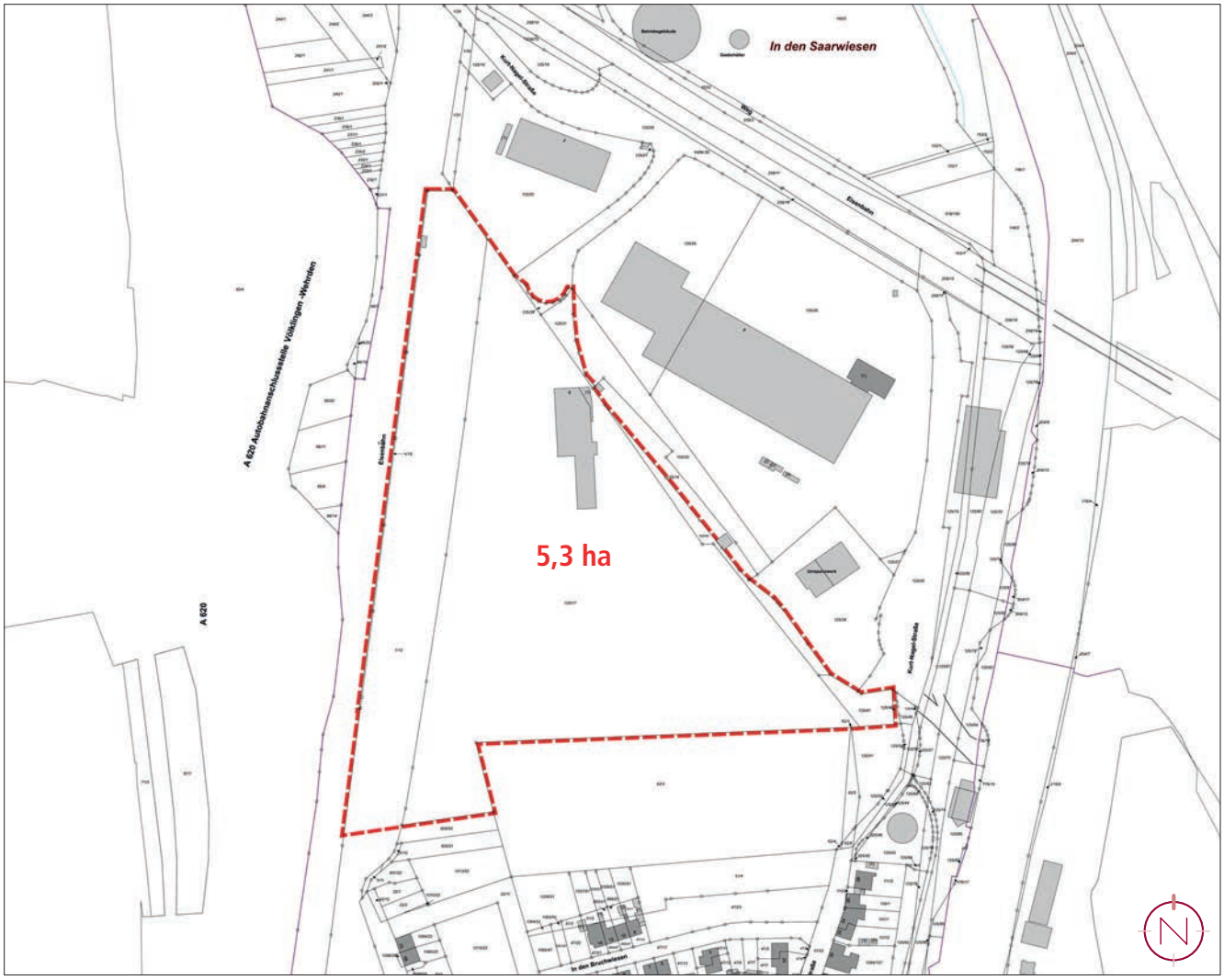
Insgesamt hat der Geltungsbereich des Bebauungsplanes VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände" eine Größe von ca. 5,3 ha. Eine überschlägige Flächenbilanzierung (GRZ 0,8) zeigt, dass der maßgebende Schwellenwert von 20.000 qm durch diesen Bebauungsplan deutlich überschritten wird. Aus diesem Grund wurde eine Vorprüfung des Einzelfalls gem. der in Anlage 2 BauGB genannten Kriterien durchgeführt.

Nr.	Erfordernis/Kriterium	Auswirkungen/Prüfergebnis	Voraussichtliche Erheblichkeit
1.	**Merkmale des Bebauungsplans, insbesondere in Bezug auf**		
1.1	das Ausmaß, in dem der Bebauungsplan einen Rahmen im Sinne des § 35 Abs. 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung setzt;	• keine UVP-Pflicht des Bebauungsplanes (Revitalisierung einer heute brachliegenden Fläche durch die Entwicklung eines Gewerbegebietes, Ansiedlung von gewerblichen Betrieben auf einer vorbelasteten Fläche; Nutzung einer im Siedlungsbestand vorhandenen Potenzialfläche)	nein
1.2	das Ausmaß, in dem der Bebauungsplan andere Pläne und Programme beeinflusst;	• keine Auswirkungen auf die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gem. dem aktuellen Landesentwicklungsplan „Siedlung" und „Umwelt" zu erwarten; keine Vorranggebiete direkt betroffen • Flächennutzungsplan: Großteil des Plangebietes ist als Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen dargestellt; Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB nicht erfüllt; der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen • Inhaltliche Übernahme der Festsetzungen des Bebauungsplanes VIII/51 „Ehemalige Schlackenbrechanlage 1. Änderung" (2000); keine Auswirkungen auf andere Bebauungspläne zu erwarten • kein Einfluss auf andere Pläne und Programme	nein
1.3	die Bedeutung des Bebauungsplans für die Einbeziehung umweltbezogener, einschließlich gesundheitsbezogener Erwägungen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung der nachhaltigen Entwicklung;	siehe 1.4 und 2.3	nein
1.4	die für den Bebauungsplan relevanten umweltbezogenen, einschließlich gesundheitsbezogener Probleme;	• Eine Berücksichtigung der Umweltbelange ist im üblichen Umfang erforderlich • Lebensraumtypen n. Anh. 1 der FFH-Richtlinie sind nicht betroffen	nein

Nr.	Erfordernis/Kriterium	Auswirkungen/Prüfergebnis	Voraussichtliche Erheblichkeit
		• da den Flächen innerhalb des Geltungsbereiches keine essentielle Bedeutung als Lebensraum i.S.d. § 19, Abs. 3 Nr. 1, BNatSchG zugewiesen werden kann, entsprechende Arten hier nicht vorkommen oder im Falle der hier potenziell vorkommenden Arten(gruppen) eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes nicht prognostiziert werden kann, sind Schäden n. § 19 BNatSchG i.V. mit dem Umweltschadensgesetz nicht zu erwarten; für die evtl. hier vorkommende Mauereidechse sind jedoch ggfs. entsprechende Vermeidungsmaßnahmen angezeigt • erhebliche nachteilige Beeinträchtigungen von artenschutzrechtlich relevanten Arten sind bei Beachtung der Rodungszeit außerhalb der Fortpflanzungszeit der Vögel vom 1. März bis zum 30. September nach derzeitigem Kenntnisstand insgesamt nicht zu erwarten • zum Ausschluss des Verbotstatbestandes n. § 44 Abs. 1 Nr. 1 ist zunächst das Vorkommen der Mauereidechse auf der angrenzenden Bahntrasse und innerhalb des Geltungsbereiches zu überprüfen; je nach Ergebnis der Untersuchungen sind Maßnahmen festzulegen, die ein bauzeitliches Eindringen in den Planungsbereich verhindern (z.B. Reptilienschutzzäune) • aufgrund der räumlichen Nähe zu den Wohnnutzungen im Bereich der Grabenstraße, der Hostenbacher Straße und Straße „In den Bruchwiesen" wird im weiteren Verfahren ein schalltechnisches Gutachten erstellt, welches ggfs. Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes formuliert, die in den Bebauungsplan einfließen werden • das Plangebiet befindet sich innerhalb der Altlastfläche VK_6650 „Kraftwerk Wehrden" und nördlich der Altlastverdachtsfläche VK_6665 „ehemalige Schlackenaufbereitung". Es sind noch punktuelle Restbelastungen vorhanden, die allerdings bei einer Nutzung als Gewerbegebiet als unkritisch eingestuft wurden • das Plangebiet befindet sich außerhalb des Achtungsabstandes gem. SEVESO-III-Richtlinie zur Störfallanlage SAG Medienversorgungs GmbH	nein
1.5	die Bedeutung des Bebauungsplans für die Durchführung nationaler und europäischer Umweltvorschriften;	keine Auswirkungen absehbar, siehe oben	nein

Nr.	Erfordernis/Kriterium	Auswirkungen/Prüfergebnis	Voraussichtliche Erheblichkeit
2.	**Merkmale der möglichen Auswirkungen und der voraussichtlich betroffenen Gebiete, insbes. in Bezug auf**		
2.1	die Wahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen;	• bisher hoher Störgrad: kompletter Bereich deutlich durch die Vornutzung als Kraftwerksgelände, Versiegelungen sowie Bewegungsunruhe und Lärm vorbelastet • es erfolgt die Revitalisierung / Nachnutzung einer Brachfläche, teilweise Abriss nicht mehr benötigter Gebäude; Errichtung von Gewerbebauten samt zugehöriger Stellplätze und Lagerflächen • die zulässige Nutzungsart orientiert sich sehr stark am nördlich und östlich angrenzenden gewerblichen Bestand und der planungsrechtlich festgesetzten Nutzung der südlich angrenzenden Fläche (Geltungsbereich des Bebauungsplanes VIII/54 „Gewerbegebiet Handwerker Park“) • die menschliche Gesundheit wird durch den Bebauungsplan nicht negativ beeinträchtigt, wenn nach der noch zu erfolgenden immissionsschutzrechtlichen Prüfung die ggfs. notwendigen Schutzvorkehrungen eingehalten werden (siehe 1.4, Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes) • erhöhtes Verkehrsaufkommen; davon sind aber keine nachteiligen Auswirkungen zu erwarten, da der Verkehr nicht über die Ortslage sondern in Richtung BAB 620abgewicklet wird • die Tier- und Pflanzenwelt ist durch den Bebauungsplan nicht betroffen, wenn die entsprechenden Schutzvorkehrungen eingehalten werden (siehe 1.4, Rodungsfrist, ggfs. Vermeidungsmaßnahmen Mauereidechse) • Eingriffe in natürliche Böden (sofern überhaupt noch vorhanden), das Grundwasser sowie in Natur und Landschaft erfolgen nur in geringfügigem Umfang (siehe 1.4)	nein
2.2	den kumulativen und grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen;	• keine erheblichen Umweltauswirkungen durch den Bebauungsplan VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände“ zu erwarten (siehe 1.4) • keine grenzüberschreitenden Auswirkungen	nein
2.3	die Risiken für die Umwelt, einschließlich der menschlichen Gesundheit (zum Beispiel bei Unfällen);	• gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse können durch entsprechende Festsetzungen gewährleistet werden, sowohl innergebietlich als auch gegenüber der angrenzenden Bebauung • das Plangebiet liegt außerhalb des festgelegten Überschwemmungsgebietes der Saar	nein

Nr.	Erfordernis/Kriterium	Auswirkungen/Prüfergebnis	Voraussichtliche Erheblichkeit
		• keine nachteiligen Auswirkungen auf die Belange des Naturschutzes durch Beachtung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG, Rodungsfrist, ggfs. Vermeidungsmaßnahmen Mauereidechse	
2.4	den Umfang und die räumliche Ausdehnung der Auswirkungen;	• Nachhaltige Revitalisierung / Nachnutzung einer Brachfläche; Erweiterung eines Gewerbegebietes durch Schaffung und Sicherung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ansiedlung weiterer gewerblicher Betriebe (die vorhandenen Potenziale werden genutzt, die Inanspruchnahme weiterer Flächen im Außenbereich wird vermieden) • keine negativen Auswirkungen auf das Umfeld (siehe 2.3)	nein
2.5	die Bedeutung und die Sensibilität des voraussichtlich betroffenen Gebiets auf Grund der besonderen natürlichen Merkmale, des kulturellen Erbes, der Intensität der Bodennutzung des Gebiets jeweils unter Berücksichtigung der Überschreitung von Umweltqualitätsnormen und Grenzwerten;	• keine Bedeutung des Plangebietes, da dieses bereits teilweise versiegelt, geschottert und gewerblich vorgeprägt ist; kein kulturelles Erbe betroffen (siehe 2.6.9); eine Überschreitung von Umweltqualitätsnormen ist nicht zu erwarten	nein
2.6	folgende Gebiete:		
2.6.1	Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes,	nicht betroffen	nein
2.6.2	Naturschutzgebiete gemäß § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.6.1 erfasst,	nicht betroffen	nein
2.6.3	Nationalparke gemäß § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.6.1 erfasst,	nicht betroffen	nein
2.6.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes,	nicht betroffen	nein
2.6.5	gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes,	nicht betroffen	nein
2.6.6	Wasserschutzgebiete gemäß § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete gemäß § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes,	nicht direkt betroffen; ca. 270 m nordöstlich befindet sich das nächst gelegene festgelegte Überschwemmungsgebiet der Saar	nein
2.6.7	Gebiete, in denen die in Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind,	nicht betroffen	nein
2.6.8	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Raumordnungsgesetzes,	nicht betroffen	nein
2.6.9	in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.	nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen	nein



Geltungsbereich des Bebauungsplanes VIII/52 „Ehemaliges Kraftwerksgelände"; Quelle: LVGL; Bearbeitung: Kernplan, Stand: 19.01.2019

Fazit

Die Vorprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.



KERN PLAN

Herausgeber/Impressum: Kernplan GmbH · Dipl.-Ing. Hugo Kern · Dipl.-Ing. Sarah End
Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen · Tel. 0 68 25 - 4 04 10 70 · www.kernplan.de · info@kernplan.de
Ansprechpartner: Mittelstadt Völklingen · Rathausplatz · 66633 Völklingen
Bildnachweis: Kernplan GmbH, Mittelstadt Völklingen
Rechte: Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Zustimmung der Kernplan GmbH

2019/680
Beschlussvorlage
nichtöffentlich

Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel hier: Erweiterung der Grundschulstandorte Innenstadt für das Schuljahr 2019/2020

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Bauverwaltung, Städtebauförderung	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	N

Beschlussentwurf

Es wird beschlossen, für die dringend notwendigen Erweiterungen der Grundschulstandorte in der Innenstadt die folgenden Mittel außerplanmäßig bereitzustellen:
a) Grundschule Röchlinghöhe: 81.000,00 €
b) Waldschule Fürstenhausen 250.000,00 € und
c) Grundschule Haydnstraße 135.000,00 €.
Die Finanzierung erfolgt durch Einsparung der Haushaltsmittel bei dem Untersachkonto 21104.95000 - Ausbau und Erweiterung der Grundschule Haydnstraße - in gleicher Höhe.

Sachverhalt

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen im Innenstadtbereich zeigt, dass eine Erhöhung der Schülerzahlen zu erwarten ist. Aufgrund dieses Umstandes müssen in den Schulstandorten Innenstadt zusätzliche Klassenräume für das kommende Schuljahr 2019/2020 geschaffen werden. Diese sollen zum Teil durch Reaktivierung vorhandener Räume bzw. durch Umbaumaßnahmen erfolgen. In gemeinsamen Terminen mit den betroffenen Schulleiterinnen, dem FD 55 und dem FD 24 wurden entsprechende Lösungen erabeitet und dem KJS vorgelegt. Der KJS hat in seiner Sitzung am 07.02.2019 den folgenden Lösungen zugestimmt:

GS Bergstr./Röchlinghöhe (Klassenteiler 25)

In der GS Röchlinghöhe werden für das kommende Schuljahr zwei zusätzliche Klassenräume benötigt.

Ein früherer Klassenraum im Erdgeschoss wurde 2008 in drei Räume (Küche, Schlafen und Förderraum) für die katholische Kita umgebaut. Diese Räume sollen wieder in ihren Ursprung zurückgebaut werden. Ziel der Planung ist es, diese drei Räume wieder als Klassenraum zu nutzen. Außerdem soll im 1. Obergeschoss der

Raum, der ehemals für die freiwillige Ganztagsbetreuung genutzt wurde, geteilt werden und somit einer neuer Klassenraum entstehen.

Für die Herrichtung der zwei Räume werden Mittel von ca. 81.000,00 € benötigt.

Die Finanzierung erfolgt durch Einsparung der Haushaltsmittel bei dem Untersachkonto 21104.95000 - Ausbau und Erweiterung der Grundschule Haydnstraße - in gleicher Höhe.

GS Fürstenhausen (Klassenteiler 25)

Für das kommende Schuljahr wird ein zusätzlicher Klassenraum benötigt.

Ziel der Planung ist es, den Musikraum, der sich im Erdgeschoss der Turnhalle befindet, zu einem Klassenraum umzufunktionieren. Der Musikraum soll dann in den Bereich des Mehrzweckraums im Untergeschoss integriert werden.

Für die Herrichtung der Räume und die Ertüchtigung des Brandschutzes werden ca. 250.000,00 € benötigt.

Die Finanzierung erfolgt durch Einsparung der Haushaltsmittel bei dem Untersachkonto 21104.95000 - Ausbau und Erweiterung der Grundschule Haydnstraße - in gleicher Höhe.

GS Haydnstraße (Klassenteiler 29)

Für das kommende Schuljahr ist nach Angaben der Schulleitung die Schaffung eines zusätzlichen Klassenraumes notwendig.

Ein früherer Klassenraum im Nordtrakt wird zurzeit für die freiwillige Ganztagsschule als Essensraum genutzt. Ziel der Planung ist es, diesen Essensraum wieder als Klassenraum zu nutzen. Hierzu wird das Foyer des Nordtraktes umgebaut, um eine Küche und einen Essensraum zu schaffen.

Für die Herrichtung des neuen Essensraums mit Essensausgabe sowie der Herrichtung des Klassenraums in seiner Funktion werden Mittel von ca. 135.000,00 € benötigt.

Die Finanzierung erfolgt durch Einsparung der Haushaltsmittel bei dem Untersachkonto 21104.95000 - Ausbau und Erweiterung der Grundschule Haydnstraße - in gleicher Höhe.

Dem Bauausschuss werden die Pläne für die Erweiterungen am 26.03.2019 zur Entscheidung vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen

s.o.

Anlage/n

Keine

2019/685
Beschlussvorlage
öffentlich

Bestellung eines besonderen Vertreters

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Steuerungsunterstützung	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf
Der Bestellung von Herrn Bürgermeister Sellen als besonderer Vertreter im Aufsichtsrat der Vereinigten Feuerbestattung Saar GmbH gem. § 114 KSVG wird zugestimmt.

Sachverhalt
Gemäß Gesellschaftsvertrag der Vereinigten Feuerbestattung Saar GmbH (VFS) ist Frau Oberbürgermeisterin Blatt kraft Amtes Mitglied des Aufsichtsrates. In diesem Aufsichtsrat soll Herr Bürgermeister Sellen die Vertretung der Stadt Völklingen wahrnehmen. Diese Möglichkeit ist gem. § 114 KSVG gegeben, wonach Frau Oberbürgermeisterin Blatt Herrn Bürgermeister Sellen mit Zustimmung des Stadt-rates als besonderen Vertreter bestellen kann.

Von dieser Möglichkeit hat auch die Landeshauptstadt Saarbrücken als weiterer Gesellschafter der VFS Gebrauch gemacht. Dort vertritt auch ein Beigeordneter die Stadt Saarbrücken.

Anlage/n
Keine

2019/670
Beschlussvorlage
öffentlich

Wirtschaftsplan 2019 des Sondervermögens "Abwasserbeseitigung"

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

Der Wirtschaftsplan 2019 für das Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" wird, wie aus der Anlage ersichtlich, beschlossen.

Sachverhalt

siehe Anlage

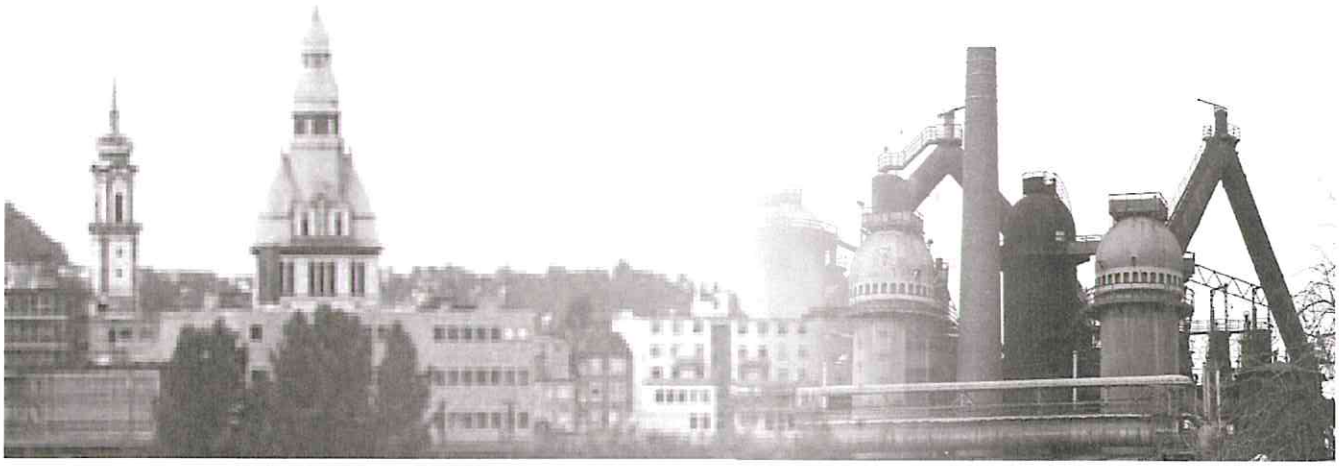
Finanzielle Auswirkungen

siehe Entwurf Wirtschaftplan

Anlage/n

- Wirtschaftsplan 2019 SVA (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2019



Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"

WIRTSCHAFTSPLAN 2019

für das
Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"
der
Stadt Völklingen

1	Inhaltsverzeichnis	1 - 2
2	Satzungsrechtliche Grundlagen	3
3	Stadtratsbeschluss über den Wirtschaftsplan 2019	4
4	Erfolgsplan 2019	5 - 5 d
4.1	Erläuterungen zur Aufwandsseite des Erfolgsplanes	6 - 10
4.2	Erläuterungen zur Ertragsseite des Erfolgsplanes	11 - 15
5	Vermögensplan 2019	
5.1	Einnahmen des Vermögensplanes	16
5.1.0	Erläuterungen zu den Einnahmen des Vermögensplanes	17
5.2	Ausgaben des Vermögensplanes	18
5.2.0	Erläuterungen zu den Ausgaben des Vermögensplanes	19
6	Einzelmaßnahmen des Vermögensplanes	20 - 20 j
7	Aufstellung der Kredite für Investitionen	21 - 21 b
8	Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, die sich auf den Haushalt der Stadt auswirken	22

9	Finanzplanung	23
9.1	Finanzplan 2018 - 2022	24 - 24 c
9.2	Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes	
	- Einnahmen -	25
	- Ausgaben -	25 a
9.3	Einzelmaßnahmen des Vermögensplanes 2019 Investitionsprogramm 2018 - 2022	26 - 26 k
9.4	Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Stadt auswirken	27
9.5	Grafische Darstellungen	28
9.5.1	Erfolgsplan 2019 - Aufwand -	29
9.5.2	Erfolgsplan 2019 - Ertrag -	30
9.5.3	Übersicht über die Entwicklung der Kanalgebühren 1990 - 2019	31
9.5.4	Vermögensplan 2019 - Ausgaben -	32
9.5.5	Vermögensplan 2019 - Einnahmen -	33
9.5.6	Kreditaufnahmen bzw. -ermächtigungen 1990 - 2019	34
9.5.7	Gegenüberstellung Frischwasserverbrauch - AVS/EVS-Beitrag 1990 - 2019	35
10	Stellenübersicht	36
10.1	Stellenübersicht Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"	37

2 Satzungsrechtliche Grundlagen

Ab dem 02.06.2016 gelten folgende Satzungen:

1. **Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage vom 28.10.1975, in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 23. Februar 2000.**

2. **Satzung über die Erhebung von Beiträgen sowie Festsetzung von Kostenerstattungen für Abwasseranlagen vom 10.01.1985, in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 12. September 2001.**

3. **Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage vom 08.12.1980, in der Fassung der 25. Änderungssatzung vom 2. Juni 2016.**

4. **Satzung der Mittelstadt Völklingen über die Umlage der Kleineinleiterabgabe und Erhebung einer Gebühr vom 24.11.1993, in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 25. November 1998.**

3 Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Abwasserbeseitigung" der Mittelstadt Völklingen für das Wirtschaftsjahr 2019

Der Rat der Mittelstadt Völklingen hat in seiner Sitzung am folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Erfolgsplan wird festgesetzt

in den Erträgen auf	10.015.108 €
in den Aufwendungen auf	10.578.160 €

Der Vermögensplan wird festgesetzt

in den Einnahmen auf	9.212.810 €
in den Ausgaben auf	9.212.810 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird festgesetzt auf 4.506.951 €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 8.770.000 €

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf 500.000 €

Völklingen, den

Die Oberbürgermeisterin

D.S.

gez. Christiane Blatt

Christiane Blatt

4. ERFOLGSPLAN 2019

1.	Umsatzerlöse			9.540.019 €	
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			0 €	
3.	andere aktivierte Eigenleistungen			0 €	
4.	sonstige betriebliche Erträge			474.014 €	10.014.033 €
	davon Auflösungen von Sonderposten mit Rücklagenanteil	0 €			
5.	Materialaufwand:				
	(a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		0 €		
	(b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-5.594.200 €	-5.594.200 €	
6.	Personalaufwand:				
	(a) Löhne und Gehälter		0 €		
	soziale Abgaben und Aufwendungen für				
	(b) Altersversorgung und für Unterstützung		0 €		
	davon für Altersversorgung	0 €		0 €	
7.	Abschreibungen:				
	(a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-1.850.000 €		
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0 €			
	(b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten		0 €	-1.850.000 €	
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0 €			
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen			-795.888 €	-8.240.088 €
	davon Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklagenanteil	0 €			
9.	Erträge aus Beteiligungen			0 €	
	davon aus verbundenen Unternehmen				
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			0 €	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0 €			
11.	sonstige Zinsen und Erträge			1.075 €	1.075 €
	davon aus verbundenen Unternehmen	0 €			
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens			0 €	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-2.338.072 €	-2.338.072 €
	an Stadt nach § 6 Abs. 2 KAG (nachrichtlich)	0 €			
	aus verbundenen Unternehmen	0 €			
14.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				-563.052 €
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen			0 €	
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme			0 €	0 €
17.	außerordentliche Erträge			0 €	
18.	außerordentliche Aufwendungen			0 €	
19.	außerordentliches Ergebnis			0 €	0 €
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0 €	
21.	Sonstige Steuern			0 €	0 €
22.	**Jahresgewinn/Jahresverlust**				-563.052 €

Nachrichtlich:

Verwendung des Jahresgewinnes		oder	Behandlung des Jahresverlustes	
a)	zur Tilgung des Verlustvortrages 0 €		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	0 €
b)	zur Einstellung in Rücklagen 0 €		b) durch Abbuchung von den Rücklagen auszugleichen	0 €
c)	zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde 0 €		c) aus dem Haushalt der Gemeinde auszugleichen	0 €
d)	auf neue Rechnung vorzutragen 0 €		d) auf neue Rechnung vorzutragen	0 €

- 5 a -

4. ERFOLGSPLAN 2019

lfd. Nr.	Bezeichnung	BU-Stelle USK		Ansatz 2019	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Ansatz 2016
				EUR			
4.1	**BETRIEBSAUFWAND**	7000000.					
1	Einheitlicher Verbandsbeitrag an den Entsorgungsverband Saar		71350	5.080.000	5.092.000	5.080.000	5.115.542
2	Abwasserabgabe		64000	200	200	200	275
	Zwischensumme aus Ziffer 1 bis 2:			5.080.200	5.092.200	5.080.200	5.115.817
3	Bezug von Fremden						
	Unterhaltung der Kanäle	7000000.	51200	454.000	463.000	450.000	430.000
	Unterhaltung der Hausanschlüsse		51210	10.000	10.000	10.000	10.000
	Herstellung von Kanalhausanschlüssen						
	- Erstanschluss -		60010	20.000	20.000	50.000	100.000
	- Zweitanschluss -		60000	30.000	40.000	100.000	35.000
4	Abschreibungen Kanäle	7000000.	68000	1.772.193	1.692.193	1.770.000	1.770.000
	Abschreibungen SoPo- Kanäle			77.807	77.807	-	-
	Abschreibungen gesamt:			1.850.000	1.770.000	1.770.000	1.770.000
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
1	Zinsen für Darlehen vom Kreditmarkt - Fremddarlehen -		80800	2.337.572	2.426.060	2.377.678	2.466.660
2	Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung		80830	500	500	1.150	1.150
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen						
1	Anerkennungsgebühren		53000	250	300	300	300
2	Bekanntmachungskosten	7000000.	65300	50	50	100	100
3	Prüfungs- und Beratungskosten		65500	200	220	500	500
4	Unterhaltung der Datenverarbeitungsanlage		52100	3.000	6.500	8.500	8.500
5	Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern		56200	100	200	300	300
6	Fahrt- und Reisekosten		65400	2.500	2.500	3.000	3.000
7	Vermischte Ausgaben		66200	50	50	130	130
	Zwischensumme aus Ziffer 3 bis 6:			4.708.222	4.739.380	4.771.658	4.825.640

lfd. Nr.	Bezeichnung	BU-Stelle USK		Ansatz 2019	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Ansatz 2016
					EUR		
	Übertrag:						
	Zwischensumme aus Ziffer 1 bis 2:			5.080.200	5.092.200	5.080.200	5.115.817
	Zwischensumme aus Ziffer 3 bis 6:			4.708.222	4.739.380	4.771.658	4.825.640
7	Kostenerstattung an den städtischen Haushalt	7000000.					
1	Personal- und Sachkosten -zeitanteilig		67990	572.188	422.231	419.218	395.837
2	Verwaltungskostenerstattung an den städtischen Haushalt		67950	64.450	60.861	54.677	54.135
8	Sonstiger sächlicher Aufwand						
1	Kostenmiete an den Eigenbetrieb "Grundstücks- und Gebäudemanagement" - für die Büroräume, die vom Sondervermögen genutzt werden - ab 01.01.2017:		53100	43.000	43.000	43.000	43.000
	Kostenmiete an die Stadt - für die Büroräume, die vom Sondervermögen genutzt werden -						
2	Leistungen der FD 42 u. FD 43 - Betrieb öffentl. Einrichtungen - - Öffentl. Grün und Friedhöfe -	7000000.	67900	50	50	50	50
3	Haftpflichtversicherung		64540	1.500	1.600	1.600	1.600
4	Verwaltungskostenerstattung an die Stadtwerke Völklingen GmbH		67300	49.500	49.500	47.500	45.500
5	Verwaltungskostenerstattung an den Wasserzweckverband Warndt		67500	22.500	25.000	25.000	25.000
6	Büroeinrichtung, Maschinen, Wartung, Fachliteratur		65000	500	1.200	1.800	1.800
7	Gerichts- und Prozesskosten		65510	50	50	2.000	50
8	Erstattung von Kanalgebühren		67700	35.000	35.000	35.000	32.000
9	Erstattung von Kleineinleiterabgabe		67750	0	0	0	0
10	Entleerung von Hauskläranlagen		67800	1.000	1.000	1.000	2.000
	BETRIEBSAUFWAND:			10.578.160	10.471.072	10.482.703	10.542.429
	SUMME - BETRIEBSAUFWAND -			10.578.160	10.471.072	10.482.703	10.542.429

lfd. Nr.	Bezeichnung	BU-Stelle USK	Ansatz 2019	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Ansatz 2016
			EUR			
4.2	**BETRIEBSERTRÄGE:**					
	Kanalgebühren					
	vom Wasserzweckverband Warndt	7000 11030	1.524.500	1.572.882	1.535.500	1.532.077
	von den Stadtwerken Völklingen GmbH	7000 11050	6.475.058	6.541.400	6.449.168	6.404.523
	von Sonstigen	7000. 11070	25.000	30.000	25.000	27.772
	Summe Abwassergebühren/Kanalgebühren		8.024.558	8.144.282	8.009.668	7.964.372
2	Abwasserabgabe (Kleineinleiter)	11010	0	0	0	0
2.1	Abwasserabgabe - Überzahlung Vorjahre -	7000 11011	0	0	0	0
	Kleineinleiterabgabe vom Wasserzweckverband Warndt	7000. 11130	0	0	0	0
	Kleineinleiterabgabe von den Stadtwerken Völklingen GmbH	11150	0	0	0	0
	Kleineinleiterabgabe von Sonstigen	11170	0	0	0	0
	Summe Abwasserabgabe/Kleineinleiterabgabe		0	0	0	0
3	Stadtanteil für Straßenentwässerung	70000. 16980	1.515.461	1.506.805	1.509.639	1.519.267
	Zu übertragen/Summe 1 -3:		9.540.019	9.651.087	9.519.307	9.483.639

- 5 d -

lfd. Nr.	Bezeichnung	BU-Stelle USK	Ansatz 2019	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Ansatz 2016
			EUR			
	Übertrag der Summe 1 - 3:		9.540.019	9.651.087	9.519.307	9.483.639
4	Sonstige betriebliche Erträge					
	Erstattung von Hausanschlusskosten					
1	- Erstanschluss -	15720	40.000	20.000	40.000	40.000
2	- Zweitanschluss -	15700	67.500	40.000	50.000	10.000
3	Kostenerstattung für die Unterhaltung von Hausanschlüssen	15770	1.150	500	3.000	3.000
4	Kostenersatz für die Beseitigung von Schäden	15710	0	0	0	0
5	Kostenerstattung für die Unterhaltung und die Reinigung der Kanäle	70000. 16200	0	0	0	0
6	Kostenerstattung von Verwaltungs- und Betriebsausgaben	70000. 16500	0	0	0	0
7.1	Auflösung der Ertragszuschüsse	16900	285.000	285.000	280.000	280.000
7.2	Auflösung Sonderposten Kanäle	16901	77.807	77.807	77.807	77.807
8	Zinserträge aus Geldanlagen - Zinsausgleich zwischen der Stadt und dem Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" -	20200	1.075	600	1.000	1.000
9	Mahn- und Pfändungsgebühren	26100	1.000	750	1.000	1.000
10	Stundungs- und Aussetzungszinsen	26150	1.500	1.000	1.100	1.100
11	Vermischte Einnahmen	15750	57	50	75	75
	SUMME - BETRIEBSERTRÄGE -:		10.015.108	10.076.794	9.973.289	9.897.621
	SUMME - BETRIEBSAUFWAND -:		10.578.160	10.471.072	10.482.703	10.542.429
5	BETRIEBSERGEBNIS		-563.052	-394.278	-509.414	-644.808
6	Finanzerträge (+)		--	--	--	--
7	Außerordentliches Ergebnis (-)		--	--	--	--
8	Unternehmensergebnis (+ = Jahresgewinn/ - = Jahresverlust)		-563.052	-394.278	-509.414	-644.808

4.1 Erläuterungen zur Aufwandsseite des Erfolgsplanes

4.1.1 Einheitlicher Verbandsbeitrag an den Entsorgungsverband Saar (EVS)

Unter Zugrundelegung der an den EVS gemeldeten Frischwasserverbrauchsmenge in Höhe von ~ 1.641.015 m³ sind für den im Jahr 2019 zu leistenden einheitlichen Verbandsbeitrag

5.080.000 EUR bereitzustellen

4.1.2 Abwasserabgabe

Für das Wirtschaftsjahr 2019 werden die Vorauszahlungen an das Land auf 200 EUR geschätzt.

4.1.3 **Bezug von Fremden**

Kanalunterhaltung und Reinigung	454.000 EUR
Unterhaltung von Hausanschlüssen	10.000 EUR

Herstellung von Hausanschlüssen

Erstanschluss	20.000 EUR
Zweitanschluss	30.000 EUR

Die Arbeiten werden von Privatunternehmen ausgeführt, die Kostenerstattung erfolgt, teilweise zeitversetzt, von den Hauseigentümern.

4.1.4 **Abschreibungen**

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben dürfen die Abschreibungen ab dem 01.01.2000 nicht mehr auf der Basis der Wiederbeschaffungszeitwerte, sondern nur noch auf der Basis der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ermittelt und im Wirtschaftsplan veranschlagt werden.

Zur Ermittlung der Abschreibungen für das Wirtschaftsjahr 2019 wurden die Veränderungen der Jahre 1990 - 2017 durch Zu- und Abgänge berücksichtigt (teilweise Plandaten).

Für das Geschäftsjahr 2019 werden Abschreibungen

in Höhe von 1.850.000 EUR zugrunde gelegt.

4.1.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

4.1.5.1 Fremddarlehen

Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem zu leistenden Zinsaufwand in Höhe von

2.337.572 EUR gerechnet.

4.1.5.2 Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung

Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem zu leistenden Zinsaufwand in Höhe von

500 EUR gerechnet.

4.1.6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
4.1.6.1	Anerkennungsgebühren	250 EUR
4.1.6.2	Bekanntmachungskosten	50 EUR
4.1.6.3	Prüfungs- und Beratungskosten	200 EUR
4.1.6.4	Unterhaltung der Datenverarbeitungsanlage	3.000 EUR
4.1.6.5	Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern	100 EUR
4.1.6.6	Fahrt- und Reisekosten	2.500 EUR
4.1.6.7	Vermischte Ausgaben	50 EUR
4.1.7	Kostenerstattung an städtischen Haushalt	
4.1.7.1	Personalkosten - zeitanteilig -	572.188 EUR

Das Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" hat kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden innerhalb der Verwaltungsorganisation erledigt; die hierfür anfallenden Kosten werden dem Sondervermögen von der Stadt in Rechnung gestellt.

Die Erstattung für das Jahr 2019 wurde auf Basis des Rechnungsergebnisses 2017 geschätzt.

4.1.7.2	Verwaltungskostenerstattung an den städt. Haushalt	64.450 EUR

Für das Jahr 2019 wurden die Leistungen der Querschnittsämter auf Basis der Rechnungsergebnisse 2016 und 2017 geschätzt.

4.1.8	**Sonstiger sächlicher Aufwand**	
4.1.8.1	**Miete und Nebenkosten für die Nutzung der Büroräume** Hier handelt es sich um die Kostenmiete an den städtischen Haushalt für die Büroräume, die durch das Sondervermögen genutzt werden.	43.000 EUR
4.1.8.2	**Leistungen der FD 42 u. FD 43** - Betrieb öffentl. Einrichtungen - - Öffentl. Grün und Friedhöfe -	50 EUR
4.1.8.3	**Haftpflichtversicherung**	1.500 EUR
4.1.8.4	**Verwaltungskostenerstattung an die Stadtwerke Völklingen Holding GmbH** Es handelt sich um die Kosten für die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr (3,08 EUR/Zähler zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer).	49.500 EUR
4.1.8.5	**Verwaltungskostenerstattung an Wasserzweckverband** Es handelt sich um die Kosten für die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr.	22.500 EUR
4.1.8.6	**Büroeinrichtung, Maschinen, Wartung, Fachliteratur**	500 EUR
4.1.8.7	**Gerichts- und Prozesskosten**	50 EUR
4.1.8.8	**Erstattung von Kanalgebühren**	35.000 EUR
4.1.8.9	**Erstattung von Kleineinleiterabgabe**	0 EUR
4.1.8.10	**Entleerung von Hauskläranlagen**	1.000 EUR

4.2 Erläuterungen zur Ertragsseite des Erfolgsplanes

4.2.0 Entwicklung der Gebühren

4.2.1 Entwicklung der Abwassergebühr 2019

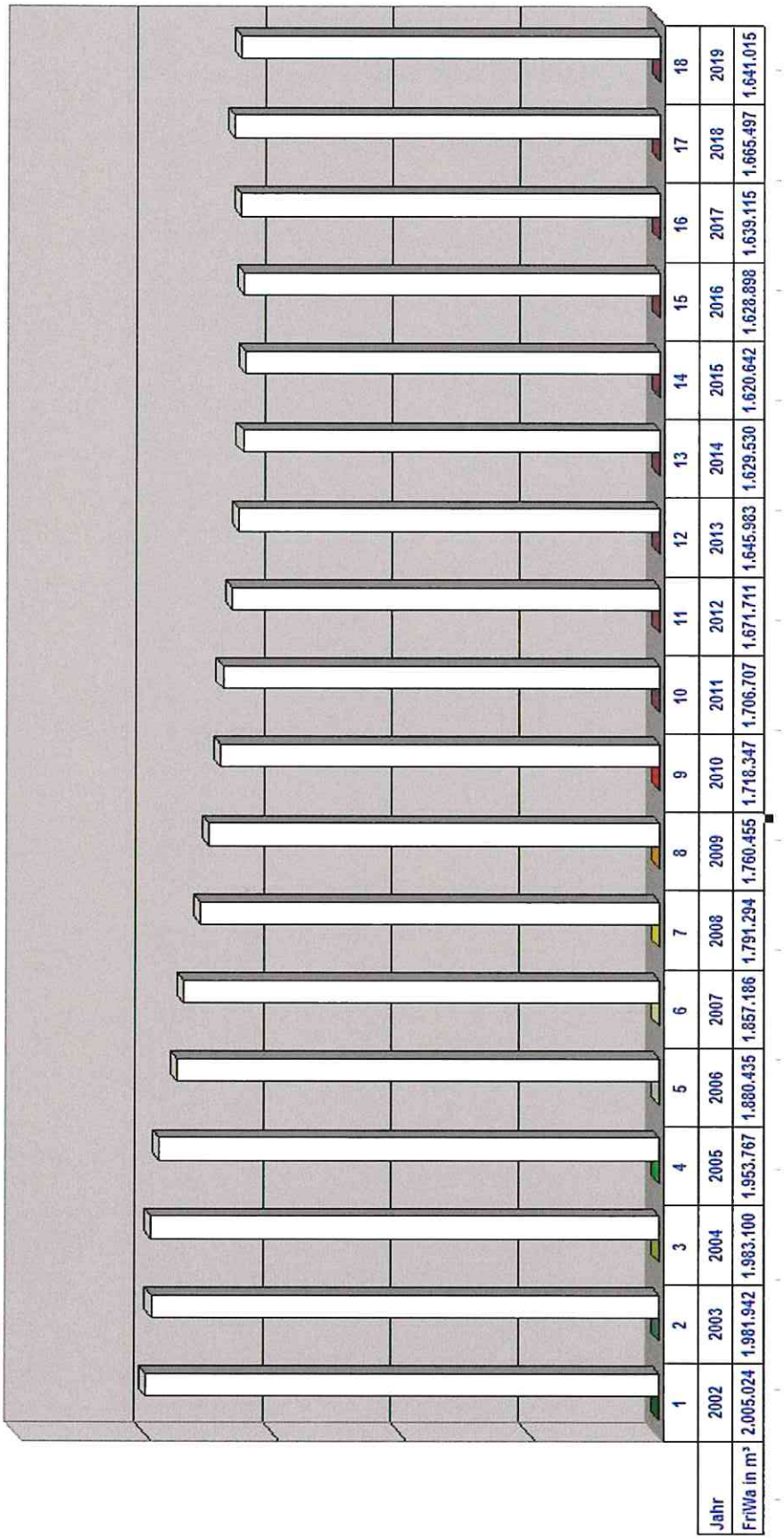
Soweit die planmäßig für 2019 ausgebrachten Erträge und Aufwendungen nicht errechenbar waren, wurden diese sorgfältig geschätzt.

Die für die Berechnung des einheitlichen Verbandsbeitrages zugrundezulegende Frischwassermenge hat sich im Zeitraum 2002 - 2014 jährlich im Durchschnitt um rd. 32.000 m³ verringert. Im Jahr 2015 hat sich der Rückgang der Frischwassermenge auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Ab dem Jahr 2016 konnte ein leichter Anstieg, für 2019 wieder ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen.

Der Erfolgsplan 2019 weist Gesamtaufwendungen in Höhe von 10.578.160 EUR aus.

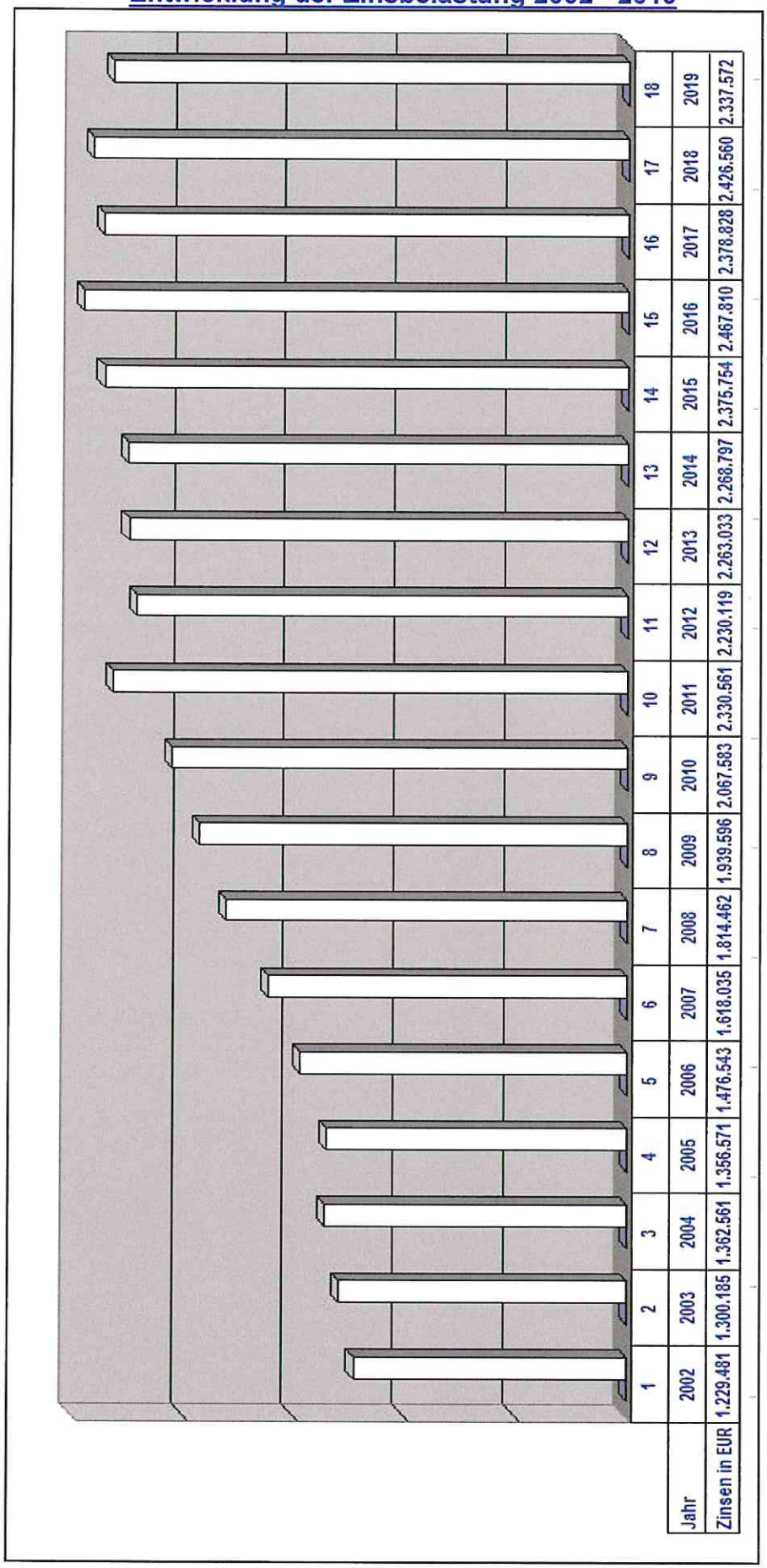
Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge (474.014 EUR), der Zinserträge (1.075 EUR) sowie des von der Stadt Völklingen zu entrichtenden Anteiles an der Straßenentwässerung (1.515.461 EUR) sowie dem Überhang aus dem Wirtschaftsjahr/Wirtschaftsplan 2016/vorläufiges Ergebnis 2016 i.H.v. -563.052 EUR muss im Jahr 2019 den Einwohnern der Stadt Völklingen ein Betrag in Höhe von 8.024.558 EUR als Abwassergebühr auferlegt werden.

Entwicklung der Frischwasserverbrauchsmengen 2002 - 2019



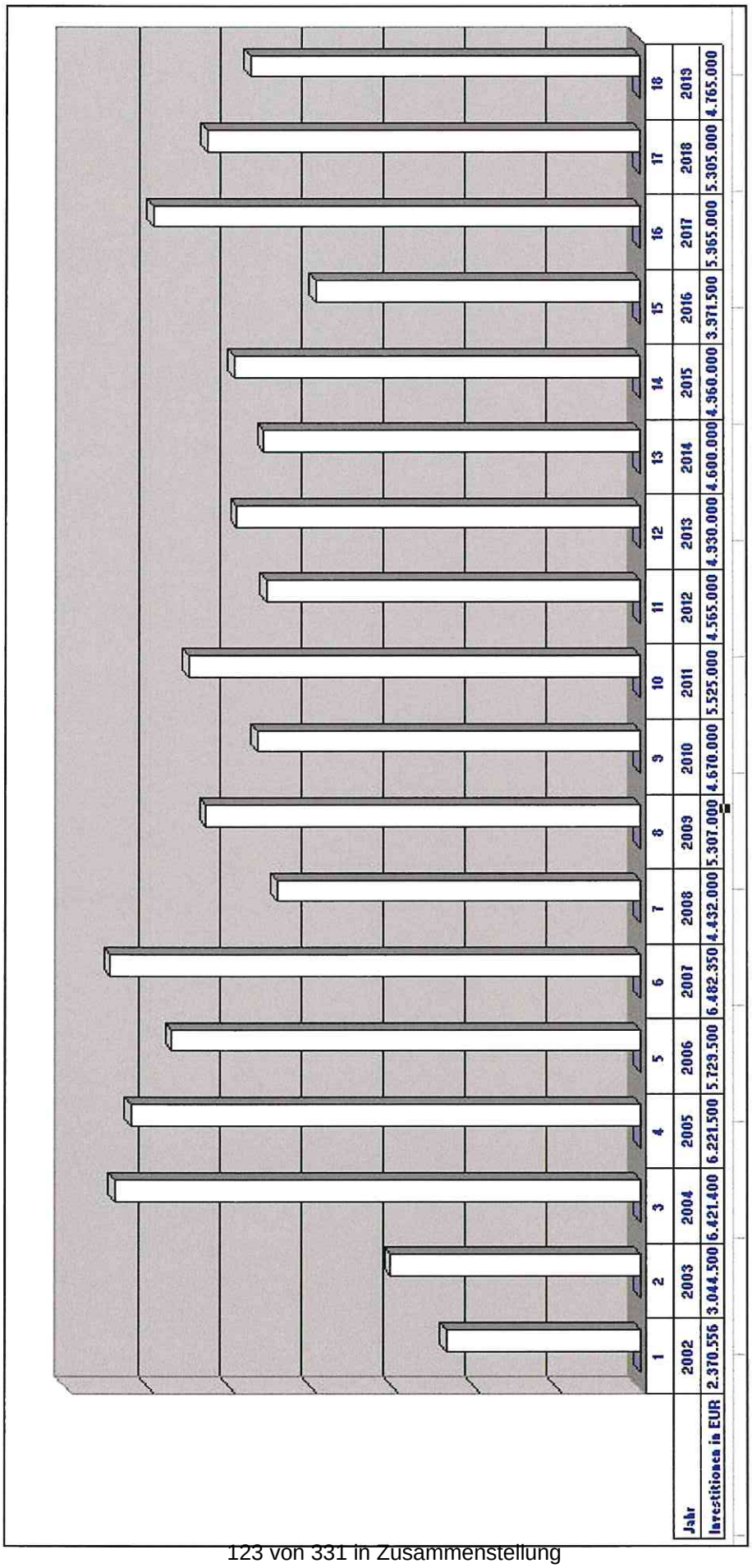
Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
FriWa in m³	2.005.024	1.981.942	1.983.100	1.953.767	1.880.435	1.857.186	1.791.294	1.760.455	1.718.347	1.706.707	1.671.711	1.645.983	1.629.530	1.620.642	1.628.898	1.639.115	1.665.497	1.641.015
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

Entwicklung der Zinsbelastung 2002 - 2019



Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Zinsen in EUR	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	1.229.481	1.300.185	1.362.561	1.356.571	1.476.543	1.618.035	1.814.462	1.939.596	2.067.583	2.330.561	2.230.119	2.263.033	2.268.797	2.375.754	2.467.810	2.378.828	2.426.560	2.337.572

Entwicklung der Investitionen 2002 - 2019



Jahr		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Investitionen in EUR		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
		2.370.556	3.044.500	6.421.400	6.221.500	5.729.500	6.482.350	4.432.000	5.307.000	4.670.000	5.525.000	4.565.000	4.930.000	4.600.000	4.960.000	3.971.500	5.965.000	5.305.000	4.765.000

4.2.2 Entwicklung der Kleineinleiterabgabe 2019

In den letzten Jahren sind in Völklingen eine Vielzahl von Kleineinleitern an die Abwasseranlage angeschlossen worden. Die Reduzierung der Gesamtzahl der Kleineinleiter hat das Landesamt für Umweltschutz erstmals bei der mit Bescheid vom 17.08.1998 festgesetzten endgültigen Kleineinleiterabgabe für das Jahr 1996 abgabenmindernd berücksichtigt.

Im Nachhinein ergibt sich für das Veranlagungsjahr 1994 bis 2016 ein Gebührenüberschuss, der den Bürgern in den Jahren 1999 bis voraussichtlich 2019 zurückgegeben wird und somit zur Reduzierung der vom Bürger zu erhebenden Kleineinleiterabgabe auf 0,00 EUR führt.

4.2.3 Stadtanteil für Straßenentwässerung

Der Anteil der Stadt an den Kosten der Straßenentwässerung ist das gebührenrelevante Äquivalent für die Tatsache, dass auch von den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen Niederschlagswasser in die Kanalisation gelangt und hierfür, aus Gründen der Gebührengerechtigkeit, Kanalbenutzungsgebühren in angemessener Höhe entrichtet werden müssen.

Als Berechnungsgrundlage dient die Summe der Aufwendungen, vermindert um alle Erträge/Erlöse, die keine Gebühren darstellen:

Summe der Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2019	**10.578.160 EUR**
abzgl. alle Erträge, die keine Gebühren darstellen:	
Erstattung von Hausanschlusskosten (Erst- u. Zweitanschluss)	-107.500 EUR
Kostenerstattung für die Unterhaltung von Hausanschlüssen	-1.150 EUR
Kostenersatz für die Beseitigung von Schäden	0 EUR
Kostenerstattung f. d. Unterhaltung und Reinigung der Kanäle	0 EUR
Kostenerstattung von Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	0 EUR
Vermischte Einnahmen	-57 EUR
Ertragszuschüsse/SoPo Kanäle	-362.807 EUR
Zinserträge aus Geldanlagen - Zinsausgleich zwischen der Stadt und dem Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" -	-1.075 EUR
Mahn- und Pfändungsgebühren	-1.000 EUR
Stundungs- und Aussetzungszinsen	-1.500 EUR
Berechnungssumme:	**10.103.071 EUR**
davon 15 %:	**1.515.460,65 EUR**
somit Anteil der Stadt an der Straßenentwässerung: ~	**1.515.461 EUR**

4.2.4 Sonstige betriebliche Erträge

Im Erfolgsplan 2019 sind folgende Positionen erfasst:

4.2.4.1	Erstattung von Hausanschlusskosten (Erstanschluss)	40.000 EUR
4.2.4.2	Erstattung von Hausanschlusskosten (Zweitanschluss)	67.500 EUR
4.2.4.3	Kostenerstattung für die Unterhaltung von Hausanschlüssen	1.150 EUR
4.2.4.4	Kostenersatz für die Beseitigung von Schäden	0 EUR
4.2.4.5	Kostenerstattung für die Unterhaltung und Reinigung der Kanäle	0 EUR
4.2.4.6	Kostenerstattung von Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	0 EUR
4.2.4.7	Auflösung Ertragszuschüsse Auflösung Sonderposten Kanäle	285.000 EUR 77.807 EUR
4.2.4.8	Zinserträge aus Geldanlagen - Zinsausgleich zwischen der Stadt und dem Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" -	1.075 EUR
4.2.4.9	Mahn- und Pfändungsgebühren	1.000 EUR
4.2.4.10	Stundungs- und Aussetzungszinsen	1.500 EUR
4.2.4.11	Vermischte Einnahmen	57 EUR

5 Vermögensplan

5.1 Einnahmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz Einnahmen 2019	Einnahmen 2018	Einnahmen 2017
			EUR	
1	2	3		4
1	Zuführung von Stammkapital	--		-
2	Zuführung zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	--		-
3	Zuführung zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	--		-
4	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzüglich Entnahmen	--		-
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge Kanäle	1.772.193	1.692.193	1.770.000
	Abschreibungen SoPo Kanäle	77.807	77.807	-
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse			-
7.1.	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Position B der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	-285.000	-285.000	-207.400
	Nachrichtlich:			
	Zuschüsse Nutzungsberechtigter etc. 0 EUR			
	Auflösung der Ertragszuschüsse -285.000 EUR			
	Mittelansatz für Wirtschaftsjahr 2019 -285.000 EUR			
7.2	Auflösung SoPo Kanäle	-77.807	-77.807	77.807
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	--	--	-
9	Kredite			
9.1	langfristige Kredite für Investitionen			
	a) von der Gemeinde	--	--	-
	b) von Dritten	4.506.951	4.442.230	6.761.207
9.2.	kurzfristige Kredite			
	Kredite zur Liquiditätssicherung	--	--	--
10.	Verringerung der Umlaufmittel Abdeckung des ausgewiesenen, planmäßigen Jahresverlustes aus der laufenden Liquidität	563.052	394.278	544.956
11.	Veringerrung der Umlaufmittel Verringerung der Kreditaufnahme für Investitionen durch Entnahme aus der laufenden Liquidität	2.655.614	2.155.614	
	Summe	9.212.810	8.399.315	8.946.570

5.1.0 Erläuterungen zu den Einnahmen des Vermögensplanes

5.1.5 Abschreibungen

Es handelt sich um die Abschreibungen für 2019 in Höhe von 1.850.000 EUR

5.1.7.1 Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Position B der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"

Der Betrag von - 285.000 EUR resultiert aus der Auflösung der Ertragszuschüsse in Höhe von 285.000 EUR, die im Erfolgsplan unter der Position 4.2.4.7.1 ausgewiesen wird.

5.1.7.2 Auflösung des Sonderposten "geschenkte Kanäle"

Hier handelt es sich um Abwasseranlagen die, von Dritten gebaut, dem Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" unentgeltlich übertragen wurden. Die Abschreibungen für diese Kanäle werden durch die Bildung des SoPo Kanäle passiviert. Der Auflösebetrag für das Jahr 2019 beläuft sich auf 77.807,-- EUR.

5.1.9.1 langfristige Kredite für Investitionen

Zur Spitzenfinanzierung der Maßnahmen des Vermögensplanes für das Planungsjahr 2019 ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 4.506.951 EUR erforderlich.

5.1.10 Veringerung der Umlaufmittel

Abdeckung des ausgewiesenen, planmäßigen Jahresverlustes aus der laufenden Liquidität

Durch den ausgewiesenen, planmäßigen Jahresverlust i. H. v. - 563.052 EUR können die Abschreibungen für 2019 nicht in voller Höhe erwirtschaftet werden.
Der Ausgleich erfolgt aus den Umlaufmitteln/Ausgleich aus der laufenden Liquidität. 563.052 EUR

5.1.11 Veringerung der Umlaufmittel

Verringerung der Kreditaufnahme für Investitionen durch Entnahme aus der laufenden Liquidität 2.655.614 EUR

5 Vermögensplan

5.2 Ausgaben

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen: Verpflichtungs-ermächtigungen	Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt
					EUR		
1	2				6	7	8
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte						
1.1	Investitionen						
1.1.1	Abwassersammlungsanlagen						
1.1.1.1	Ersterstellung von Kanälen	1.300.000	--	1.500.000	0	10.882.000	4.791.844
1.1.1.2	Erneuerung von Kanälen	3.665.000	3.340.000	3.690.000	7.620.000	66.227.000	29.108.295
1.1.1.3	Erweiterung von Kanälen	200.000	750.000	100.000	0	6.510.000	4.570.306
1.1.1.3.1	Kanalumbau Fürstenhausen	550.000	1.090.000	0	800.000	20.085.000	8.591.408
1.1.1.4	Ingenieurleistungen	250.000	125.000	475.000	350.000	2.950.000	1.742.088
1.1.2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	--	0	0	--	86.167	82.493
2.	Finanzanlagen -	--			--	--	--
3.	Tilgung von Krediten für Investitionen						
a)	an Dritte - Bu-Stelle 70000.97800 -	2.436.614	2.700.037	2.884.758	--	--	--
							--
4.	Rückzahlung von Stammkapital				--	--	--
5.	ausgewiesener Jahresverlust 2018 -	544.956	394.278	563.052			
	Summe	8.946.570	8.399.315	9.212.810	8.770.000	106.740.167	48.886.436

5.2.0 Erläuterungen zu den Ausgaben des Vermögensplanes

5.2.1.1 Investitionen

Im Vermögensplan 2019 sind folgende Investitionsmaßnahmen vorgesehen:

Ersterstellung/Neubau	1.500.000 EUR
Erneuerung/Sanierung/Relining	3.690.000 EUR
Erweiterung von Kanälen	100.000 EUR
Kanalumbau Fürstenhausen	0 EUR
Ingenieurleistungen	475.000 EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	--
	5.765.000 EUR

5.2.3 Tilgung von Krediten für Investitionen

Position a)

Tilgung im Geschäftsjahr 2019 für Darlehensaufnahmen aus den Wirtschaftsplänen 1990 - 2018

2.884.758 EUR

5.2.5 ausgewiesener Jahresverlust 2019 — 563.052 EUR

Der ausgewiesene, planmäßige Jahresverlust in Höhe von 563.052 EUR wird aus den Umlaufmitteln/aus der laufenden Liquidität ausgeglichen

6 Einzelmaßnahmen des Vermögensplanes 2019

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2	3	4	7			8	9	10
1		**Ersterstellungen/Neubau**							
07		Erschließung neue Sportplätze Fürstenhausen	94320	--	--	--	--	500.000	--
07		Entwässerung ehemaliges Raffineriegelände (SLR II)	7 95011	800.000	--	500.000	--	3.600.000	317.260,42
00		Maßnahmen zur Regenwasserbehandlung nach Beitragssatzung des Entsorgungsverbandes Saar	0 95300	500.000	--	1.000.000	--	5.500.000	3.268.955,14
09		Erschließung Neubaugebiet Hirzeckberg	0 95405	--	--	--	--	1.210.000	1.205.628,81
11		Erschließung verlängerte Remsinger Straße	0 --	--	--	--	--	45.000	--
11		Erschließung "Stichstraßen " zur Remsinger Straße	--	--	--	--	--	27.000	--
		Summe 1 - Ersterstellungen/Neubau		1.300.000	--	1.500.000	0	10.882.000	4.791.844,37

lfd. Nr.	Stadtteil		Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2		3	4	7			8	9	10
								EUR		
2			**Erneuerung/Sanierung/Relining**							
	11		"Am Weinbrunnen"	94105	--	--	100.000	--	600.000	72.163,99
			"Am Denkmalplatz"	94108	50.000	300.000	--	--	400.000	7.406,93
		K	"Lauterbacher Straße" ehemalige Jugendherberge	94109	50.000	350.000	--	--	400.000	131.605,17
	01	a	"B 51 - Penny-Markt -"	94700	--	--	--	--	355.000	216.799,17
		n	"Im Ehrengrund"	94711	50.000	--	--	--	800.000	45.000,00
		a	"Margarethenweg"	94717	--	125.000	--	--	125.000	--
	03	l	"Rheinstraße" von Mosel- bis Gerhardstraße	94718	--	--	--	--	310.000	2.860,42
	02	e	"Richard-Wagner-Straße	7 94719	--	--	--	--	100.000	--
		r	"Auf Kleinscheid" Hs.-Nr. 9 - 36	94722	--	35.000	--	--	35.000	--
		n	"Burgstraße"	0 94724	--	100.000	--	--	400.000	--
	06/07	e	"Saarbrücker Straße, Bahnhof -, u. Kokereistraße - Stangenmühle" (DSK/RAG)	0 95100	--	400.000	--	--	1.300.000	462.723,09
	01	u	"Moltkestraße"	95103	100.000	--	300.000	1.100.000	1.500.000	134.473,36
	01		"Karl-Janssen-Straße - Hallenbad"	0 95105	--	230.000	--	--	390.000	92.354,17
	03	e	"Mainstraße" Relining	95107	--	--	--	--	200.000	131.443,80
		r	"Finkenhain"	0 95110	50.000	100.000	--	--	350.000	52.036,64
	10	u	"Schulstraße"	95112	--		--	--	520.000	133.617,80
	05	n	"Str. des 13. Januar" von Hs.-Nr. 243 - 267	95113	--	--	--	--	400.000	373.216,09
	06	g	"Hausenstraße" hinter den Häusern	95120	--	--	--	--	270.000	16.691,89
	02		"Heinestraße"	95126	--	--	--	--	950.000	946.794,91
	03		"Stählingenstraße"	95130	--	--	--	--	195.000	2.032,41
			Zu übertragen:		300.000	1.640.000	400.000	1.100.000	9.600.000	2.821.219,84

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2	3	4	7			8	9	10
		Übertrag:		**300.000**	**1.640.000**	**400.000**	**1.100.000**	**9.600.000**	**2.821.219,84**
08		"Burötherstraße"	95132	--	--	--	--	1.145.000	1.144.204,66
04	K	"Merziger Straße" Sulzbacher- bis Saarburger- u. Neunkircher- bis Losheimer Straße	95133	--	--	--	--	135.000	--
06	a	"Fenner Straße - Stangenmühle (DSK)"	95137	--	--	--	--	1.145.000	--
10		"Werbelnerstraße"	95139	65.000	--	--	--	1.910.000	1.904.048,91
02	n	"Haydnstraße" von Haus-Nr. 37 bis "Püttlinger Straße"	95140	--	--	--	--	210.000	--
08	a	"Zur Turnhalle"	95141	--	--	--	--	130.000	127.207,30
10	l	"Karlsbrunnerstraße 1 + 2. BA"	95142	--	--	--	600.000	1.210.000	71.691,53
09		"Hohlweg"	95145	--	300.000	250.000	750.000	1.500.000	154.365,43
11	e	"Kreuzwaldstraße"	95146	--	--	--	350.000	1.300.000	114.839,60
10	r	"Brahmsstraße"	95147	--	--	--	--	550.000	43.000,00
01	n	"Karlstraße"	95148	450.000	--	--	--	700.000	41.323,18
08		"Im Gerstengarten"	95149	200.000	--	--	--	200.000	17.500,00
08	e	"Schwalbenstraße"	95150	650.000	--	150.000	--	800.000	222.755,44
10	u	"Zum Heidenhübel"	95151	50.000	100.000	-	--	150.000	23.317,01
01		"Pasteurstraße" Beethoven - Robert-Koch-Straße"	95152	250.000	--	450.000	650.000	1.350.000	167.189,72
09	r	"Eberbachstraße"	95153	50.000	--	50.000	--	500.000	--
02		"Bergstraße" mit "Hinter der Poststraße"	95155	--	--	100.000	--	630.000	37.601,63
08	u	"Zum Rauenhübel"	95156	--	100.000	200.000	400.000	1.300.000	--
08	n	"Fasanenweg"	95157	--	50.000	--	600.000	650.000	--
10	g	"Goethestraße"	95158	--	200.000	--	1.000.000	1.900.000	--
08		"Kleine Bergstraße"	95159	--	--	200.000	720.000	920.000	39.565,60
02		"Püttlinger Straße" Hs.-Nr. 39 - Kühlweinstraße	95166	--	--	90.000	--	500.000	--
		Zu übertragen:		**2.015.000**	**2.390.000**	**1.890.000**	**6.170.000**	**28.435.000**	**6.929.829,85**

lfd. Nr.	Stadtteil		Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2		3	4	7			8	9	10
			Übertrag:		2.015.000	2.390.000	1.890.000	6.170.000	28.435.000	6.929.829,85
02			"Rotenberg"	95190	--	--	--	--	770.000	541.691,09
03			"Pfählerstraße" Rudolf- bis Rheinstraße, Hs.-Nr. 12 - 34	95200	--	--	--	--	205.000	48.596,17
02			"Eupener Straße"	95210	--	--	--	--	135.000	38.157,34
08			"Kettelerstraße"	95231	--	--	--	--	883.000	882.685,96
03			"Ahornstraße"	95232	--	--	--	--	250.000	82.022,99
03			"Am Dickenberg"	95233	--	--	--	--	670.000	270.540,84
05			"In der Acht" hinter den Häusern	95234	--	--	--	--	250.000	7.401,88
08			"Schaffhauser Straße" von Kirchberg- bis Burötherstraße; Hs.-Nr. 50 - 146	95310	--	--	--	--	900.000	823.506,99
08			"Schaffhauserstraße" zw. Kleine Bergstraße u. Gehlenbrunnenstraße	95312	--	--	150.000	150.000	550.000	234.102,23
01			"Hochstraße" Kreuzung Kühlweinstraße - Kreuzung Poststraße	95450	50.000	--	--	250.000	650.000	390.442,12
03			"Rudolfstraße" von Gerhard- bis Moselstraße	95470	--	--	--	--	260.000	99.829,34
08			"Pfarrwiesstraße"	95510	800.000	--	--	--	1.600.000	1.582.949,08
08			"Gehlenbrunnenstraße"	95530	--	--	--	--	750.000	749.382,10
			"Homburger Straße" von Trierer Straße - Hs. Nr. 45	95540	--	250.000	250.000	250.000	800.000	57.591,61
05			"hinter der Str. d. 13. Jan." mit EVS-Sammler von Haus Nr. 116 - 194 und Haus Nr. 310- 332	95550	--	--	--	--	2.070.000	1.682.103,28
06			"Lindenstraße"	95570	--	--	--	--	1.500.000	1.073.448,22
06			"Lindenstraße" ehemalige Glashütte	95571	100.000	--	--	--	400.000	63.877,17
08			"Lorenzstraße"	95600	--	--	200.000	--	400.000	52.507,54
08			"Hostenbacher- und Saarstraße"	95610	--	--	--	--	205.000	9.800,00
06			"Klarenthaler- u. Saarbrücker Straße"	95620	--	--	--	--	700.000	602.187,36
			Zu übertragen:		2.965.000	2.640.000	2.490.000	6.820.000	42.383.000	16.222.653,16

Kanalerneuerung

lfd. Nr.	Stadtteil		Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2		3	4	7			8	9	10
			Übertrag:		2.965.000	2.640.000	2.490.000	6.820.000	42.383.000	16.222.653,16
08		Kanal-erneuerung	"Am Geller" von Haus Nr. 1 - 11	95702	--	--	--	0	620.000	19.124,88
01			"Hofstattstraße" von Post- bis Brunnenstraße	95708	--	--	--	0	790.000	330.561,45
00	Beseitigung von Kanalschäden im Stadtgebiet			95720	400.000	400.000	400.000	--	7.700.000	6.273.252,31
00	Sanierung/Relining von Kanälen im Stadtgebiet - Sammeltitel: Mitteilung der durchgeführten Maßnahmen am Ende des Wirtschaftsjahres durch Fachdienst 48 -			95725	300.000	300.000	300.000	--	4.000.000	3.005.466,95
				7						
04			"Tilsiter Straße"	95803	--	--	--	--	100.000	--
04		Kanalerneuerung	"Forbacher Straße"	0 95804	--	--	--	--	30.000	--
04			"Mainzer Straße" Koblenzer- bis Darmstädter Straße	95805	--	--	--	--	55.000	--
02			"Schiller-, Lessing-, Fontane-, Kleiststr." Kleist- bis Schillerstraße	0 95806	--	--	200.000	300.000	700.000	--
01			"Kreppstraße" Hs. Nr. 19 - Poststraße	0 95807	--	--	--	--	200.000	--
01			"Siemensstraße" Kreuzung Nordring, Röntgen- bis Hofstattstraße	0 95808	--	--	--	--	100.000	--
03			"Klausenerstraße" Rhein- bis Neckarstraße, Hs.-Nr. 5 - 29	95809	--	--	--	0	675.000	4.627,66
08			"In den Bruchwiesen"	95811	--	--	--	--	230.000	--
10			"Am Deutschen Bann"	95812	--	--	--	--	200.000	--
02			"Schumannstraße"	95819	--	--	300.000	500.000	200.000	--
			Zu übertragen:		3.665.000	3.340.000	3.690.000	7.620.000	57.983.000	25.855.686,41

lfd. Nr.	Stadtteil		Bezeichnung		Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2		3		4	7			8	9	10
			Übertrag:			**3.665.000**	**3.340.000**	**3.690.000**	**7.620.000**	**57.983.000**	**25.855.686,41**
02		Erneuerung	Regenüberlaufbecken 501 - "Karolinger Straße" (Autohaus Dechent) -		95830	--	--	--	--	506.000	452.395,48
02		Erneuerung	Regenüberlaufbecken 504 - "Hohenzollernstraße" (Rathaus)		95831	--	--	--	--	1.020.000	76.013,40
10			"Werbelner Straße und Hahnenkopf" 1. und 2. BA	7	95985	--	--	--	--	940.000	681.429,10
05			"Althansstraße" von Altenkesseler- bis Rotstaystraße	0	95987	--	--	--	--	540.000	205.000,00
01			"Louis-Röchling-Straße" Kreuzung Pasteurstraße, Kreuzung Heinestraße		95988	--	--	--	--	165.000	--
08			"Feldstraße"	0		--	--	--	--		
08			"St. Josefstraße"		95900	--	--	--	--	400.000	367.851,18
08			"Kirchbergstraße"	0		--	--	--	--		
10			"Hahnenkopf" hinter den Häusern		95902	--	--	--	--	450.000	107.672,35
01			"in der Verbindungstraße zur A620; III. u. IV BA" - Neubau des Kanals Gasgebläsehalle - Rathausstraße - Kreisel -	0	95910	--	--	--	--	820.000	259.064,04
08			"RÜ-Rittersbach" Ingenieurleistungen		95992	--	--	--	--	480.000	23.750,47
05			Frommersbach-Sammler und "Altenkesseler Straße"		95993	--	--	--	--	1.850.000	17.836,90
05			"Bahnhofstraße"		95997	--	--	--	--	550.000	541.930,82
08			"Rotheckstraße"		95998	--	--	--	--	60.000	57.588,16
10			"Käsbergstraße"		96524	--	--	--	--	463.000	462.076,54
			Summe 2 - Erneuerung/Sanierung/Relining			**3.665.000**	**3.340.000**	**3.690.000**	**7.620.000**	**66.227.000**	**29.108.294,85**

Kanalerneuerung

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	Bu.Stelle		Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
								EUR		
1	2	3	4		7			8	9	10
3		**Erweiterung**								
	04	Sanierung RÜ an der B 51	7	95237	200.000	200.000	100.000	--	810.000	4.652,90
	04	Verbesserung der Vorflutverhältnisse zw. der Röchling-Höhe u. dem Regenrückhaltebecken an der B 51	0 0	96520	--	50.000	--	--	4.050.000	3.995.617,53
	04	Relining Kanal Röchling Höhe-Eisweiher	0	96521	--	500.000	--	--	500.000	63.000,00
	01	Relining Kanal Rathausstraße v. Karl-Janssen-Straße bis Poststraße	0	96522	--	--	--	--	550.000	114.734,94
	11	Angleichungsarbeiten beim Sammlerbau Lauterbach, II. BA		96920	--	--	--	--	600.000	392.300,85
		Summe 3 - Erweiterung			200.000	750.000	100.000	0	6.510.000	4.570.306,22

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2	3	4	7			8	9	10
3.1		**Kanalumbau Fürstenhausen**							
		Kanal "Am Hasseleich"	94104	--	310.000	--	--	610.000	98.697,62
		"Langwiesstraße"	94715	--	--	--	--	450.000	29.624,21
		Umbau Kanal "Helenenstraße"	94721	--	100.000	--	--	700.000	--
		Kanal "Saarbrücker Straße" (Bereich "Getränke Müller")	95122	--	--	--	--	210.000	98.590,30
		"Uttersbergstraße" (RAG-Beteiligung)	95135	--	--	--	--	520.000	495.409,53
		Kanal "Scharnhorststraße"	95136			--	--	280.000	263.671,94
		"Bergmannstraße	7 95160	--	30.000	--	150.000	180.000	--
		Kanal "Treppenstraße"	95236	--	--	--	--	335.000	351.935,37
		Kanäle "Marienstraße", "Dünkelacker", "Am Pferchfeld"	0 95903	--	--	--	--	200.000	--
		Kanal "Ecke Kaiserstraße - Kurt-Schumacher-Straße"	95904	--	--	--	--	130.000	--
		Kanal "Viktoria-/, Saarbrücker-/, Zechen-/ u. Kurt-Schumacher-Straße"	0 95960	--	--	--	--	1.500.000	1.452.095,14
		Kanal "Kurt-Schumacher-Straße zw. Kaiser- und Vereinshausstraße"	95961	--	--	--	--	860.000	336.603,30
		Kanäle "In der Olk", "Fürstenstraße" und "Freiherr-vom-Stein-Straße"	0 95962	100.000	--	--	--	1.100.000	88.282,42
		Umbau/Kanalerneuerung "In der Humes"	95963	--	50.000	--	--	350.000	--
		Kanal "Obere Kaiserstraße"	0 95964	--	--	--	--	450.000	146.431,65
		Kanal "Kurt-Schumacher-Straße" (TERRAG-Gelände)	95965	--	--	--	--	2.750.000	1.548.797,25
		Kanal "Saarbrücker Straße zw. Karolinger-/ u. Kaiserstraße" sowie Stichstraßen zum Sportplatz u. Pressung	. 95970	450.000	600.000	--	650.000	3.500.000	717.863,51
		Kanal Vereinshausstraße (obere Kaiserstraße)	95980	--	--	--	--	1.200.000	175.157,56
		Kanal "Sofienstraße"	95981	--	--	--	--	1.000.000	73.564,67
		Kanal Straße "Am Holzplatz" im Zuge EVS-Sammler	95983	--	--	--	--	2.500.000	2.456.564,91
		Kanal in der Saarbrücker Straße - "Am Holzplatz" (DSK/RAG)	95984	--	--	--	--	1.260.000	258.119,01
		Summe 3.1 - Kanalumbau Fürstenhausen		550.000	1.090.000	0	800.000	20.085.000	8.591.408,39

Sanierung, Umbau und Erneuerung

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2	3	4	7			8	9	10
4		**Ingenieurleistungen**							
	00	Neubewertung Kanalnetz - Verfilmung und Einspielung der Daten -	93540	--	--	300.000	100.000	1.850.000	1.077.780,69
	00	RÜ im gesamten Stadtgebiet	70 93550	--	--	--	--	60.000	42.251,88
	00	INDIKAT - Erstellung eines Indirekteinleiterkatasters	000 93560	--	--	50.000	--	240.000	252.110,65
	00	Externe Planungskosten für Zukunftsinvestitionen	0. 94010	--	--	--	--	300.000	283.477,06
	00	Einführung der gesplitteten Abwassergebühr (GAG)	93570	250.000	125.000	125.000	250.000	500.000	86.468,20
		Summe 4 - Ingenieurleistungen		250.000	125.000	475.000	350.000	2.950.000	1.742.088,48
		Zusammenfassung der Summen 1 - 4							
		Summe 1 - Ersterstellungen/Neubau		1.300.000	--	1.500.000	0	10.882.000	4.791.844,37
		Summe 2 - Erneuerung/Sanierung/Relining		3.665.000	3.340.000	3.690.000	7.620.000	66.227.000	29.108.294,85
		Summe 3 - Erweiterung		200.000	750.000	100.000	0	6.510.000	4.570.306,22
		Summe 3.1 - Kanalumbau Fürstenhausen		550.000	1.090.000	0	800.000	20.085.000	8.591.408,39
		Summe 4 - Ingenieurleistungen		250.000	125.000	475.000	350.000	2.950.000	1.742.088,48
		Summe 1 - 4		5.965.000	5.305.000	5.765.000	8.770.000	106.654.000	48.803.942,31

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	Bu.Stelle	Ausgaben 2017	Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt/ verausgabt
1	2	3	4	7			8	9	10
5		**Sonstiges**							
5.1		Betriebs- und Geschäftsausstattung							
	00	5.1.1 Software für graphisches Datenverarbeitungssystem	7000	--	--	--	--	56.167	56.165,45
	00	5.1.2 Ausbau graphisches Datenverarbeitungssystem	7000	--	--	--	--		
	00	5.1.3 Ersatzbeschaffung Betriebs- u. Geschäftsausstattung	93520	--	--	--	--	30.000	26.328,04
		Summe 5		0	0	0	0	86.167	82.493,49

Zusammenfassung

Summe 1 - 4	5.965.000	5.305.000	5.765.000	8.770.000	106.654.000	48.803.942,31
Summe 5	0	0	0	0	86.167	82.493,49
Gesamtsumme aller Maßnahmen	5.965.000	5.305.000	5.765.000	8.770.000	106.740.167	48.886.435,80

140 von 331 in Zusammenstellung

TOP 6

Nr. Stadtteil	Bezeichnung
00	Allgemein oder k e i n bestimmter Stadtteil
01	Völklingen-West
02	Völklingen-Ost
03	Heidstock
04	Röchling-Höhe
05	Luisenthal
06	Fenne
07	Fürstenhausen
08	Wehrden
09	Geislautern
10	Ludweiler
11	Lauterbach

7. Aufstellung der Kredite für Investitionen

Darlehensgeber	DA-Nr.	Aufnahmejahr	Ursprungs-schuld	Darlehensstand zum 01.01.2019	Darlehens-neu-aufnahme	Zinsen	Tilgung	Darlehensstand zum 31.12.2019	Erläuterungen
					EUR				
Darlehen von Kreditinstituten									
SaarLB Landesbank Saar	DA 02/3	1990	1.022.583,76	284.101,99	--	9.879,05	45.205,23	238.896,76	DA-Ermächtigung 1990, 1. Teil
Stadtsparkasse Völklingen	DA 03	1991	1.094.940,77	380.513,78	--	14.928,97	46.229,03	334.284,75	DA-Ermächtigung 1990, 2. Teil
Landesbank Hessen-Thüringen	DA 04	1992	2.486.141,94	685.951,51	--	40.423,78	142.193,62	543.757,89	DA-Aufnahme 1991
NRW.Bank	DA 05	1994	845.692,62	235.147,22	--	10.527,71	47.063,95	188.083,27	DA-Aufnahme 1992
Bremer Landesbank - Kreditanstalt Oldenburg	DA 06/2	1994	1.478.124,38	690.346,20	--	30.604,86	56.616,43	633.729,77	DA-Aufnahme 1993
NRW.Bank	DA 07	1995	2.045.167,52	878.505,75	--	34.127,63	80.589,19	797.916,56	DA-Aufnahme 1994, 1.Teil
Dexia Kommunalbank Deutschland AG	DA 08	1995	1.961.362,70	983.403,59	--	34.407,23	66.043,17	917.360,42	DA-Aufnahme 1994, 2. Teil
Stadtsparkasse Völklingen	DA 09	1996	1.022.583,76	466.901,97	--	14.912,73	38.132,75	428.769,22	DA- Aufnahme 1995, 1. Teil
SaarLB Landesbank Saar	DA 10	1996	1.533.875,64	853.615,87	--	26.837,70	49.626,66	803.989,21	DA- Aufnahme 1995, 2. Teil
HSH Nordbank	DA 11	1997	1.138.667,98	686.712,93	--	18.993,17	33.776,43	652.936,50	DA-Aufnahme 1996
Eurohypo AG	DA 12	1998	2.186.782,59	767.180,93	--	34.470,43	111.169,29	656.011,64	DA-Aufnahme 1997
Dt. Genossenschafts-Hypothekenbank	DA 13	1999	1.396.611,67	807.533,18	--	45.852,53	52.189,60	755.343,58	DA-Aufnahme 1998
HSH Nordbank	DA 14	2000	1.456.538,14	554.042,94	--	30.901,03	82.563,29	471.479,65	DA-Aufnahme 1999
Dexia Kommunalbank Deutschland AG	DA 15	2001	1.995.487,85	952.813,87	--	45.802,43	92.385,12	860.428,75	DA-Aufnahme 2000
Landesbank Baden-Württemberg	DA 16	2002	1.958.247,90	1.012.510,29	--	49.887,51	87.875,23	924.635,06	DA-Aufnahme 2001
NRW.Bank	DA 17	2003	2.231.347,00	1.257.170,54	--	60.836,55	93.795,79	1.163.374,75	DA-Aufnahme 2002
NRW.Bank	DA 18	2004	2.378.874,00	1.484.581,71	--	61.458,49	86.031,69	1.398.550,02	DA-Aufnahme 2003
zu übertragen:			28.233.030,22	12.981.034,27	--	564.851,80	1.211.486,47	11.769.547,80	

142 von 331 in Zusammenstellung

Darlehensgeber	DA-Nr.	Aufnahmejahr	Ursprungs-schuld	Darlehensstand zum 01.01.2018	Darlehens-neu-aufnahme	Zinsen	Tilgung	Darlehensstand zum 31.12.2018	Erläuterungen
				EUR					
Übertrag:			28.233.030,22	12.981.034,27	--	564.851,80	1.211.486,47	11.769.547,80	
Dexia Kommunalbank Deutschland AG	DA 19	2005	4.294.706,86	2.821.369,03	--	99.486,83	139.728,35	2.681.640,68	DA-Aufnahme 2004
NRW.Bank	DA 20	2006	5.849.316,31	3.938.469,45	--	167.522,74	201.452,14	3.737.017,31	DA-Aufnahme 2005
NRW.Bank	DA 21	2007	5.408.901,18	3.777.433,58	--	177.742,86	188.115,22	3.589.318,36	DA-Aufnahme 2006
Deutsche Postbank AG	DA 22	2008	4.628.200,00	3.482.145,89	--	150.954,76	144.324,41	3.337.821,48	DA-Aufnahme 2007
NRW.Bank	DA 23	2009	3.584.731,00	3.198.898,50	--	131.261,66	52.276,56	3.146.621,94	DA-Aufnahme 2008
NRW.Bank	DA 24	2010	2.544.323,00	2.294.597,67	--	80.811,15	34.573,89	2.260.023,78	DA-Aufnahme 2009; 1. Teil
NRW.Bank	DA 25	2010	2.544.323,00	2.310.034,42	--	84.925,81	34.402,93	2.275.631,49	DA-Aufnahme 2009; 2. Teil;
SaarLB Landesbank Saar	DA 26	2011	4.583.264,00	3.875.620,88	--	127.330,70	116.040,62	3.759.580,26	DA-Aufnahme 2010
Bremer Landesbank - Kreditanstalt Oldenburg	DA 27	2012	5.222.982,00	4.467.525,26	--	126.577,49	136.921,95	4.330.603,31	DA-Aufnahme 2011
Dt. Genossenschafts-Hypothekenbank	DA 28	2013	4.167.151,00	3.714.079,69	-	136.126,47	100.984,43	3.613.095,26	DA-Aufnahme 2012
HSH Nordbank AG	DA 29	2014	4.340.075,00	3.979.266,91	-	86.627,44	95.221,70	3.884.045,21	DA-Aufnahme 2013
Zusatzversorgungskasse für das Dachdeckerhandwerk VVaG	DA 30	2015	4.000.000,00	3.756.547,95	-	87.151,91	85.648,09	3.670.899,86	DA-Aufnahme 2014
Zentrales Versorgungswerk des Dachdeckerhandwerk VVaG	Da 31	2015	754.436,00	708.518,74		16.437,63	16.154,01	692.364,73	
zu übertragen:			80.155.439,57	55.305.542,24	--	2.037.809,25	2.557.330,77	52.748.211,47	

Darlehensgeber	DA-Nr.	Aufnahmejahr	Ursprungs-schuld	Darlehensstand zum 01.01.2019	Darlehens-neu-aufnahme	Zinsen	Tilgung	Darlehensstand zum 31.12.2019	Erläuterungen
				EUR					
Übertrag:			80.155.439,57	55.305.542,24	--	2.037.809,25	2.557.330,77	52.748.211,47	
Landesbank Saar SaarLB	DA 32	2016	5.450.903,00	5.169.162,50	-	97.528,98	144.916,84	5.024.245,66	DA-Aufnahme 2015
Landesbank Hessen-Thüringen	DA 33	-	4.401.197,00	4.289.337,27	-	77.976,08	113.916,12	4.175.421,15	DA-Aufnahme 2016
n.N.	DA 34	-	--	--	6.761.207,00	171.112,18	68.594,54	6.692.612,46	DA-Aufnahme 2017
n.N.	DA 35	-	--	--	4.442.230	3.146,00	0,00	4.442.230,00	Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschafts-planes 2019 wird davon ausgegangen, dass die Darlehensaufnahme aus dem WiPl 2018 zum Ende des Wirtschaftsjahres 2019 erfolgt!
n.N.	DA 36	-	--	--	--	--	--	--	Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschafts-planes 2019 wird davon ausgegangen, dass die Darlehensaufnahme aus dem WiPl 2019 nicht im Jahre 2019 erfolgt!
Summe Darlehen von Kreditinstituten:			90.007.539,57	64.764.042,01	11.203.437,00	2.387.572,49	2.884.758,27	73.082.720,74	

8 Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, die sich auf den Haushalt der Stadt auswirken

lfd. Nr.	Bezeichnung	Einnahmen/Ausgaben 2019	2018	2017
			EUR	
1	2	3	4	5
1	**Einnahmen für die Stadt Ausgaben für das Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"**			
1.1	Gewinnabführungen	--		--
1.2	Konzessionsabgaben	--		--
1.3	Kostenerstattungen an Stadt			
1.3.1	Personalkosten - zeitanteilig -	572.188	422.231	419.218
1.3.2	Verwaltungskostenerstattung an städtischen Haushalt	64.450	60.861	54.677
1.4	Eigenkapitalrückzahlungen	--	--	--
1.5	Tilgung von Darlehen	--	--	--
1.6	Zinsen für Darlehen	--	--	--
1.7	Zinsen für Kassenkredite	500	500	1.150
1.8	Zinsen nach § 6 Abs. 2 KAG	--	--	--
	Summe:	**637.138**	**483.592**	**475.045**
2	**Ausgaben für die Stadt Einnahmen für das Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"**			
2.1	Zuweisung für Verlustausgleich	--	--	--
2.2	Verwaltungskostenerstattungen	--	--	--
2.3	Eigenkapitalaufstockungen	--	--	--
2.4	Darlehensgewährung	--	--	--
2.5	Anteil der Stadt für Straßenentwässerung	1.515.461	1.506.805	1.509.639
2.6	Interner Zinsausgleich	1.075	600	1.000
	Summe:	**1.516.536**	**1.507.405**	**1.510.639**
	Einnahmen Stadt Summe	**637.138**	**483.592**	**475.045**
	Ausgaben Stadt	**-1.516.536**	**-1.507.405**	**-1.510.639**
	Einnahmen Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" Summe	**1.516.536**	**1.507.405**	**1.510.639**
	Ausgaben Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"	**-637.138**	**-483.592**	**-475.045**
	Summe Netto-Einnahme Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"	**879.398**	**1.023.813**	**1.035.594**
	Summe Netto-Einnahme Stadt	**0**	**0**	**0**

9 Finanzplanung 2018 - 2022

Im Planungszeitraum 2018 - 2022 müssen nach heutigem Kenntnisstand im Bereich der Abwasserbeseitigung zumindest Investitionen in Höhe von rd. 40,977 Mio EUR getätigt werden. Hierbei entfallen ca. 4,532 Mio EUR auf den Neubau von Kanälen und 5,750 Mio EUR auf den Kanalumbau Fürstenhausen (Bergschäden). Die übrige Erneuerung, Sanierung, Relining und Erweiterung von Kanälen im Planungszeitraum wird einschließlich der externen Ingenieurleistungen für die Neubewertung des Kanalnetzes, der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr sowie der Beschaffung von Hardware voraussichtlich Kosten in Höhe von rd. 30,695 Mio EUR verursachen.

Die im Planungszeitraum zu erwirtschaftenden Abschreibungen werden voraussichtlich

von 1.770.000 EUR in 2018

auf 1.950.000 EUR in 2022

ansteigen.

Die Differenz zwischen den Abschreibungen und der für die Sanierung, Neuerstellung, Erweiterung und Umbau des städtischen Abwassernetzes notwendigen Finanzmittel muss durch entsprechende Darlehensaufnahmen kompensiert werden. Der Gesamtdarlehenstand des Sondervermögens "Abwasserbeseitigung" wird sich daher am Ende des Wirtschaftsjahres 2019 auf rd. 73 Mio EUR belaufen.

Insoweit wird die Zinsbelastung durch die für zukünftige Investivmaßnahmen aufzunehmenden Fremddarlehen im Planungszeitraum, selbst unter Berücksichtigung der zur Zeit noch günstigen Konditionen, voraussichtlich

von 2.426.060 EUR in 2018

auf 2.621.006 EUR in 2022

ansteigen.

9.1 Finanzplanung

lfd. Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022
				EUR		
4.1	**BETRIEBSAUFWAND**					
1	Einheitlicher Verbandsbeitrag Entsorgungsverband Saar	5.092.000	5.080.000	5.092.000	5.092.000	5.092.000
2	Abwasserabgabe	200	200	100	100	100
	Zwischensumme aus Ziffer 1 bis 2:	5.092.200	5.080.200	5.092.100	5.092.100	5.092.100
3	Bezug von Fremden					
	Unterhaltung der Kanäle	463.000	454.000	480.000	480.000	480.000
	Unterhaltung der Hausanschlüsse	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	Herstellung v. Kanalhausanschlüssen					
	- Erstanschluss -	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	- Zweitanschluss -	40.000	30.000	40.000	40.000	40.000
	Abschreibungen	1.692.193	1.772.193	1.792.193	1.822.193	1.872.193
4	Abschreibungen SoPo- Kanäle	77.807	77.807	77.807	77.807	77.807
	Abschreibungen gesamt:	1.770.000	1.850.000	1.870.000	1.900.000	1.950.000
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
1	Zinsen für Darlehen vom Kreditmarkt - Fremddarlehen -	2.426.060	2.337.572	2.348.618	2.373.316	2.621.006
2	Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung	500	500	500	500	500
3	Zinsen an den EVS aus übernommenen Darlehen	0	0	0	0	0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen					
1	Anerkennungsgebühren	300	250	300	300	300
2	Bekanntmachungskosten	50	50	50	50	50
3	Prüfungs- und Beratungskosten	220	200	500	500	500
4	Unterhaltung der Datenverarbeitungsanlage	6.500	3.000	3.000	3.000	3.000
5	Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern	200	100	300	300	300
6	Fahrt- und Reisekosten	2.500	2.500	3.000	3.000	3.000
7	Vermischte Ausgaben	50	50	30	30	30
	Zwischensumme aus Ziffer 3 bis 6:	4.739.380	4.708.222	4.776.298	4.830.996	5.128.686

lfd. Nr.		Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020 EUR	Ansatz 2021	Ansatz 2022
		Übertrag:					
		Zwischensumme aus Ziffer 1 bis 2:	5.092.200	5.080.200	5.092.100	5.092.100	5.092.100
		Zwischensumme aus Ziffer 3 bis 6:	4.739.380	4.708.222	4.776.298	4.830.996	5.128.686
7		Kostenerstattung an städt. Haushalt					
	1	Personal- u. Sachkosten -zeitanteilig	422.231	572.188	575.000	579.000	585.000
	2	Verwaltungskostenerstattung an städt. Haushalt	60.861	64.450	65.000	67.500	70.000
8		Sonstiger sächlicher Aufwand					
	1	Kostenmiete an den Eigenbetrieb "Grundstücks- und Gebäudemanagement" - für die Büroräume, die vom Sondervermögen genutzt werden - ab 01.01.2017:	43.000	43.000	43.000	43.000	43.000
	2	Kostenmiete an die Stadt - für die Büroräume, die vom Sondervermögen genutzt werden - Leistungen der FD 42 u. FD 43 - Betrieb öffentl. Einrichtungen - - Öffentl. Grün und Friedhöfe -	50	50	50	50	50
	3	Haftpflichtversicherung	1.600	1.500	1.900	1.900	1.900
	4	Verwaltungskostenerstattung an Stadtwerke	49.500	49.500	50.500	51.000	51.500
	5	Verwaltungskostenerstattung an WZV Warndt	25.000	22.500	23.000	23.500	24.000
	6	Büroeinrichtung, Maschinen, Wartung, Fachliteratur	1.200	500	550	600	700
	7	Gerichts- und Prozesskosten	50	50	2.000	2.000	2.000
	8	Erstattung von Kanalgebühren	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
	9	Erstattung von Kleineinleiterabgabe	0	0	0	0	0
	10	Entleerung von Hauskläranlagen	1.000	1.000	500	250	250
		BETRIEBSAUFWAND:	10.471.072	10.578.160	10.664.898	10.726.896	11.034.186
		SUMME - BETRIEBSAUFWAND -	10.471.072	10.578.160	10.664.898	10.726.896	11.034.186

- 24 b -

lfd. Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020 EUR	Ansatz 2021	Ansatz 2022
4.2	**BETRIEBSERTRÄGE:**					
	Kanalgebühren					
	vom Wasserzweckverband Warndt	1.572.882	1.524.500	1.558.805	1.572.658	1.614.659
	von den Stadtwerken Völklingen	6.541.400	6.475.058	7.116.007	7.180.353	7.399.548
	von Sonstigen	30.000	25.000	20.000	20.000	20.000
	Summe Abwassergebühren/Kanalgebühren	8.144.282	8.024.558	8.694.812	8.773.011	9.034.207
2	Abwasserabgabe (Kleineinleiter)	0	0	0	0	0
2.1	Abwasserabgabe - Überzahlung Vorjahre -	0	0	0	0	0
	Kleineinleiterabgabe v. Wasserzweckverband Warndt	0	0	0	0	0
	Kleineinleiterabgabe v. den Stadtwerken Völklingen	0	0	0	0	0
	Kleineinleiterabgabe von Sonstigen	0	0	0	0	0
	Summe Abwasserabgabe/Kleineinleiterabgabe	0	0	0	0	0
3	Stadtanteil für Straßenentwässerung	1.506.805	1.515.461	1.534.379	1.548.178	1.594.272
	Zu übertragen/Summe 1 -3:	9.651.087	9.540.019	10.229.191	10.321.189	10.628.479

- 24 c -

lfd. Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020 EUR	Ansatz 2021	Ansatz 2022
	Übertrag der Summe 1 - 3:	9.651.087	9.540.019	10.229.191	10.321.189	10.628.479
4	Sonstige betriebliche Erträge					
1	Erstattung von Hausanschlusskosten (Erstanschluss)	20.000	40.000	20.000	10.000	10.000
2	Erstattung v. Hausanschlusskosten (Zweitanschluss)	40.000	67.500	50.000	30.000	30.000
3	Kostenerstattung für die Unterhaltung von Hausanschlüssen	500	1.150	500	500	500
4	Kostenersatz für die Beseitigung von Schäden	0	0	0	0	0
5	Kostenerstattung für die Unterhaltung und die Reinigung der Kanäle	0	0	0	0	0
6	Kostenerstattung von Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	0	0	0	0	0
7.1	Auflösung Ertragszuschüsse	285.000	285.000	285.000	285.000	285.000
7.2	Auflösung Sonderposten Kanäle	77.807	77.807	77.807	77.807	77.807
8	Zinserträge aus Geldanlagen	600	1.075	600	600	600
9	Mahn- und Pfändungsgebühren	750	1.000	750	750	750
10	Stundungs- und Aussetzungszinsen	1.000	1.500	1.000	1.000	1.000
11	Vermischte Einnahmen	50	57	50	50	50
	SUMME - BETRIEBSERTRÄGE -:	10.076.794	10.015.108	10.664.898	10.726.896	11.034.186
	SUMME - BETRIEBSAUFWAND -:	10.471.072	10.578.160	10.664.898	10.726.896	11.034.186
	BETRIEBSERGEBNIS	-394.278	-563.052	0	0	0
	Finanzerträge (+)	--	--	--		
	Außerordentliches Ergebnis (-)	--	--	--		
	Unternehmensergebnis (+ = Jahresgewinn/ - = Jahresverlust)	-394.278	-563.052	0	0	0

9. Finanzplan

9.2. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes

Einnahmen

lfd. Nr.	Bezeichnung	2018	2019	Einnahmen 2020	2021	2022
				EUR		
1	2	4	5	6	7	
1	Zuführung von Stammkapital	--	--	--		
2	Zuführung zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	--	--	--		
3	Zuführung zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	--	--	--		
4	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzüglich Entnahmen	--	--	--		
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge	1.692.193	1.772.193	1.792.193	1.822.193	1.842.193
	Abschreibung SoPo Kanäle	77.807	77.807	77.807	77.807	77.807
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	--	--	--		
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Position B der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	-285.000	-285.000	-285.000	-285.000	-285.000
	Nachrichtlich:					
	Kanalbaubeiträge BU-Stelle 70000/35000 0					
	Auflösung der Ertragszuschüsse -285.000					
	Mittelansatz für Wirtschaftsjahr 2015 -285.000					
	Auflösung SoPo Kanäle	-77.807	-77.807	-77.807	-77.807	-77.807
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	--	--			
9	Kredite					
9.1	langfristige Kredite für Investitionen					
	a) von der Gemeinde	--	--			
	b) von Dritten	4.442.230	4.506.951	15.701.243	14.676.824	4.695.375
9.2	kurzfristige Kredite					
	Kredite zur Liquiditätssicherung	--	--	--	--	--
10	Verringerung der Umlaufmittel	394.278	563.052	--	--	--
	Abdeckung des ausgewiesenen, planmäßigen Jahresverlustes aus der laufenden Liquidität	2.155.614	2.655.614	--	--	--
	Summe Einnahmen	8.399.315	9.212.810	17.208.436	16.214.017	6.252.568

9. Finanzplan

9.2. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes

Ausgaben

lfd. Nr.	Bezeichnung	2018	2019	Ausgaben 2020 EUR	2021	2022
1	2	5	6	7		
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte					
1.1	Investitionen					
1.1.1	Abwassersammlungsanlagen					
1.1.1.1	Ersterstellung von Kanälen	--	1.500.000	1.500.000	1.532.000	--
1.1.1.2	Erneuerung von Kanälen	3.340.000	3.690.000	9.715.000	8.900.000	2.750.000
1.1.1.3	Erweiterung von Kanälen	750.000	100.000	100.000	400.000	0
1.1.1.3	Kanalumbau Fürstenhausen	1.090.000	0	2.500.000	2.160.000	0
1.1.1.4	Ingenieurleistungen	125.000	475.000	350.000	0	0
1.1.2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	--	--	--	--	
2.	Finanzanlagen	--	--	--	--	--
3.	Tilgung von Krediten für Investitionen					
a)	an die Gemeinde	--	--			
b)	an Dritte	2.700.037	2.884.758	3.043.436	3.222.017	3.502.568
c)	an EVS	--	--			
4.	Rückzahlung von Stammkapital	--	--	--	--	
5.	ausgewiesener Jahresverlust 2017	394.278	563.052	--	--	
	Summe Ausgaben	8.399.315	9.212.810	17.208.436	16.214.017	6.252.568
	Summe Einnahmen	8.399.315	9.212.810	17.208.436	16.214.017	6.252.568

9.3 Einzelmaßnahmen des Vermögensplanes 2019

- Investitionsprogramm 2018 - 2022 -

lfd. Nr. Stadtteil	Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
					EUR					
1 2	3	4	8	9				10	11	12
1 Ersterstellungen/Neubau										
07	Erschließung neue Sportplätze Fürstenhausen	94320	--	--	--	--	--	--	500.000	--
07	Entwässer. ehem. Raffineriegelände (SLR II äußere Erschl.)	95011	--	500.000	1.500.000	1.282.000	--	--	3.600.000	317.260,42
10	Maßnahmen zur Regenwasserbehandlung nach Beitragssatzung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS)	95300	--	1.000.000	--	250.000	--	--	5.500.000	3.269.495,14
										--
09	Erschließung Neubaugebiet Hirzeckberg, 1. u. 2. BA	95405	--	--	--	--	--	--	1.210.000	1.205.628,81
11	Erschließung verlängerte Remsinger Straße	9.....	--	--	--	--	--	--	45.000	--
11	Erschließung "Stichstraßen " zur Remsinger Straße	9.....	--	--	--	--	--	--	27.000	--
	Summe 1 - Ersterstellungen/Neubau		--	1.500.000	1.500.000	1.532.000	0	0	10.882.000	4.792.384,37

153 von 331 in Zusammenstellung

lfd. Nr. Stadtteil		Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
						EUR					
2		3	4	8	9				10	11	12
2 Erneuerung/Sanierung/Relining											
11		"Am Weinbrunnen"	94105	--	100.000	400.000	--	--	--	600.000	72.163,99
08		"Denkmalplatz"	94108	300.000	--	--	--	--	--	400.000	7.406,93
10	K	"Lauterbacher Straße" ehem. Jugendherberge	94109	350.000	--	--	--	--	--	400.000	131.605,17
11	a	"B 51 - Penny-Markt	94700	--	--	--	--	--	--	355.000	216.799,17
08	n	"Im Ehrengrund"	94711	--	--	--	750.000	--	--	800.000	45.000,00
09	a	"Eisenbahnstraße"	94716	--	--	--	--	--	--	155.000	--
08	l	"Margarethenweg"	94717	125.000	--	--	--	--	--	125.000	--
03		"Rheinstraße"	94718	--	--	--	210.000	--	--	310.000	2.860,42
02	e	"Richard-Wagner-Straße"	94719	--	--	--	100.000	--	--	100.000	--
02	r	"Auf Kleinscheid" Hs.-Nr. 9 - 36	94722	35.000	--	--	--	--	--	35.000	--
02	n	"Verbindungskanal Am Kirschenwäldchen bis Rotenberg"	94723	--	--	--	--	--	--	75.000	--
02	e	"Burgstraße" von Hs.-Nr. 13 - 35	94724	100.000	--	--	300.000	--	--	400.000	--
04	u	"Dillinger Straße" Hs.-Nr. 4 - Mettlacher Straße	94725	--	--	--	--	--	--	30.000	--
06/07	e	"Saarbrücker Straße, Bahnhof- u. Kokereistraße - Stangenmühle" DSK/RAG	95100	400.000	--	--	--	--	--	1.300.000	462.723,09
01	r	"Moltkestraße"	95103	--	300.000	1.100.000	--	--	1.100.000	1.500.000	134.473,36
01	u	"Karl-Janssen-Straße" am Hallenbad	95105	230.000	--	--	--	--	--	390.000	92.354,17
03	n	"Mainstraße" - Relining -	95107	--	--	--	--	--	--	200.000	131.443,80
10	g	"Finkenhain"	95110	100.000	--	--	--	--	--	350.000	52.036,84
10		"Schulstraße"	95112	--	--	--	--	--	--	520.000	133.617,80
		Zu übertragen:		1.640.000	400.000	1.500.000	1.360.000	0	1.100.000	8.045.000	1.482.484,74

lfd. Nr. Stadtteil		Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
				EUR							
2		3	4	8	9				10	11	12
		Übertrag:		1.640.000	400.000	1.500.000	1.360.000	0	1.100.000	8.045.000	1.482.484,74
05		"Str. des 13. Januar" von Hs.-Nr. 243 - 267	95113	--	--	--	--	--	--	400.000	373.216,09
09		"Kloppwaldstraße"	95114	--	--	--	350.000	--	--	400.000	--
06	K	"Hausenstraße" hinter den Häusern	95120	--	--	--	--	--	--	270.000	16.691,88
02	a	"St. Michaelstraße"	95125	--	--	--	245.000	--	--	490.000	244.941,38
02	n	"Heinestraße"	95126	--	--	--	--	--	--	950.000	946.794,91
03	a	"Stählingenstraße"	95130	--	--	--	--	--	--	195.000	2.032,41
08	l	"Burötherstraße"	95132	--	--	--	--	--	--	1.145.000	1.144.204,66
04	e	"Merziger Straße" Sulzbacher Straße bis Saarburger Straße, Neunkircher Straße bis Losheimer Straße	95133	--	--	--	--	--	--	135.000	--
06	r	"Fenner Straße - Stangenmühle (DSK)"	95137	--	--	--	600.000	--	--	1.145.000	--
10	n	"Werbelnerstraße"	95139	--	--	--	--	--	--	1.910.000	1.904.048,91
02	e	"Haydnstraße" Hs.-Nr. 37 bis Püttlinger Straße	95140	--	--	--	210.000	--	--	210.000	--
08	u	"Zur Turnhalle"	95141	--	--	--	--	--	--	130.000	127.207,30
10	e	"Karlsbrunnerstraße 1. + 2. BA"	95142	--	--	600.000	600.000	--	600.000	1.210.000	71.691,53
09		"Hohlweg"	95145	300.000	250.000	750.000	--	--	750.000	1.500.000	154.365,43
11	r	"Kreuzwaldstraße"	95146	--	--	350.000	500.000	--	350.000	1.300.000	114.839,60
10	u	"Brahmsstraße"	95147	--	--	--	550.000	--	--	550.000	43.000,00
01	n	"Karlstraße"	95148	--	--	--	--	--	--	700.000	41.323,18
08	g	"Im Gerstengarten"	95149	--	--	--	--	--	--	200.000	17.500,00
08		"Schwalbenstraße"	95150	--	150.000	--	--	--	--	800.000	222.755,44
10		"Zum Heidenhübel"	95151	100.000	--	--	--	--	--	150.000	23.317,01
01		"Pasteurstraße" von Beethoven- bis Robert-Koch-Straße	95152	--	450.000	650.000	--	--	650.000	1.350.000	167.189,72
		Zu übertragen:		2.040.000	1.250.000	3.850.000	4.415.000	0	3.450.000	23.185.000	7.097.604,19

lfd. Nr. Stadtteil		Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
						EUR					
1	2	3	4	8	9				10	11	12
		Übertrag:		2.040.000	1.250.000	3.850.000	4.415.000	0	3.450.000	23.185.000	7.097.604,19
09		"Eberbachstraße"	95153	--	50.000	200.000	200.000	--	--	500.000	--
02		Bergstraße mit "Hinter der Poststraße"	95155	--	100.000	530.000	--	--	--	630.000	37.601,63
08		Zum Rauenhübel	95156	100.000	200.000	400.000	--	--	400.000	1.300.000	--
08		Fasanenweg	95157	50.000	--	600.000	--	--	600.000	650.000	--
10		Goethestraße	95158	200.000	--	1.000.000	--	--	1.000.000	1.900.000	--
		Kleine Bergstraße	95159	--	200.000	720.000	--	--	720.000	920.000	39.565,60
		"Püttlinger Straße" Hs.-Nr. 39 - Kühlweinstraße	95166	--	90.000	--	--	--	--	500.000	--
00	Kanalerneuerung	"Rotenberg"	95190	--	--	--	--	--	--	770.000	541.691,09
03		"Pfählerstraße" Rudolf - bis Rheinstraße, Hs.-Nr. 12 - 34	95200	--	--	155.000	--	--	--	205.000	48.596,17
02		"Eupener Straße"	95210	--	--	--	--	--	--	135.000	38.157,34
08		"Kettelerstraße"	95231	--	--	--	--	--	--	883.000	882.685,96
03		"Ahornstraße"	95232	--	--	--	--	--	--	250.000	82.022,99
03		"Am Dickenberg"	95233	--	--	--	--	--	--	670.000	270.540,84
05		"In der Acht" hinter den Häusern	95234	--	--	--	--	--	--	250.000	7.401,88
05		"Albertstraße"	95235	--	--	60.000	--	--	--	121.000	59.572,90
08		"Schaffhauser Straße" von Kirchberg- bis Burötherstraße; Hs.-Nr. 50 - 146	95310	--	--	--	--	--	--	900.000	823.506,99
08	Kanal-sanierung	"Schaffhauserstraße" zw. Kleine Bergstraße und Gehlenbrunnenstraße	95312	--	150.000	150.000	--	--	150.000	550.000	234.102,23
02		"Hochstraße" Kreuzung Kühlweinstraße - Kreuzung Poststraße	95450	--	--	250.000	30.000	--	250.000	650.000	390.442,12
03		"Rudolfstraße" von Gerhard- bis Moselstraße	95470	--	--	--	110.000	--	--	260.000	99.829,34
08	Kanalerneuerung	"Pfarrwiesstraße"	95510	--	--	--	--	--	--	1.600.000	1.582.949,08
08		"Gehlenbrunnenstraße"	95530	--	--	--	--	--	--	750.000	749.382,10
04		Homburger Straße von Trierer Straße - Hs. Nr. 45	95540	250.000	250.000	250.000	--	--	250.000	800.000	57.591,61
05		"hinter der Str. des 13. Januar" Hs.-Nr. 116 - 194, Hs.-Nr. 310 - 332	95550	--	--	--	--	--	--	2.070.000	1.682.103,28
		Zu übertragen:		2.640.000	2.290.000	8.165.000	4.755.000	0	6.820.000	40.449.000	14.725.347,34

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
				EUR							
2		3	4	8	9				10	11	12
		Übertrag:		2.640.000	2.290.000	8.165.000	4.755.000	0	6.820.000	40.449.000	14.725.347,34
06		"Lindenstraße"	95570	--	--	--			--	1.500.000	1.073.448,22
06		"Lindenstraße" (ehem. Glashütte) ehemalige Glashütte	95571	--	--	50.000	--	250.000	--	400.000	63.877,17
08	Kanal-erneuerung	"Lorenzstraße"	95600	--	200.000	--	--	--	--	400.000	52.507,54
08		"Hostenbacher- und Saarstraße"	95610	--	--	--	--	--	--	205.000	9.800,00
06		"Klarenthaler- u. Saarbrücker Straße"	95620	--	--	--	--	--	--	700.000	602.189,36
08		"Am Geller"	95702	--	--	--	600.000	--	--	620.000	19.124,88
01		"Hofstattstraße" von Post- bis Brunnenstraße	95708	--	--	--	300.000	--	--	790.000	330.561,45
00		**Beseitigung von Kanalschäden im Stadtgebiet**	95720	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	--	7.700.000	6.273.252,31
00		**Sanierung/Relining von Kanälen im Stadtgebiet** **Sammeltitel:** **Mittellung der durchgeführten Maßnahmen am Ende des Wirtschaftsjahres durch Fachdienst 48 -**	95725	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	--	4.000.000	3.005.466,95
04		"Tilsiter Straße"	95803	--	--	--	--	--	--	100.000	--
04		"Forbacher Straße" Hs.-Nr. 4 - 8	95804	--	--	--	--	--	--	30.000	--
04		"Mainzer Straße" Koblenzer- bis Darmstädter Straße	95805	--	--	--	--	--	--	55.000	--
02	Kanalerneuerung	"Schiller-, Lessing-, Fontane-, Kleiststraße" Kleist- bis Schillerstraße	95806	--	200.000	300.000	--	--	300.000	700.000	--
02		"Kreppstraße" Hs.-Nr. 19 - Poststraße	95807	--	--	--	150.000	--	--	200.000	--
01		"Siemensstraße" Kreuzung Nordring, Röntgen- bis Hofstattstraße	95808	--	--	--	--	--	--	100.000	--
03		"Klausenerstraße" Rhein- bis Neckarstraße, Hs.-Nr. 5 - 29	95809	--	--	--	510.000	--	--	675.000	4.627,66
08		"In den Bruchwiesen"	95811	--	--	--	230.000	--	--	230.000	--
		Zu übertragen:		3.340.000	3.390.000	9.215.000	7.245.000	950.000	7.120.000	58.854.000	26.160.202,88

lfd. Nr. Stadtteil		Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
							EUR				
1	2	3	4	8	9				10	11	12
		Übertrag:		3.340.000	3.390.000	9.215.000	7.245.000	950.000	7.120.000	58.854.000	26.160.202,88
10		"Am Deutschen Bann"	95812	--	--	--	200.000	--	--	200.000	--
02	K	"Schubertstraße"	95813	--	--	--	145.000	145.000	--	290.000	--
01	a	"Hirtenstraße" von Haus Nr. 5 - Haus Nr. 19	95814	--	--	--	45.000	--	--	45.000	--
02	n	"Am Volksgarten" Hs.-Nr. 6 bis Gerhardstraße	95815	--	--	--	155.000	--	--	160.000	1.657,88
07	a	"Fürstenstraße"	95817	--	--	--	--	--	--	300.000	--
03	l	"Forststraße" Hs.-Nr. 8 - 20	95818	--	--	--	130.000	--	--	135.000	1.867,85
02	e	"Schumannstraße"	95819	--	300.000	500.000	--	--	500.000	800.000	--
08	r	"Ehrengrundstraße"	95820	--	--	--	105.000	--	--	105.000	--
04	n	"Darmstädter Straße" Trierer- bis Tilsiter Straße	95821	--	--	--	105.000	--	--	105.000	--
04	e	"Königsberger Straße"	95822	--	--	--	105.000	--	--	105.000	--
04	u	"Stettiner Straße"	95823	--	--	--	--	155.000	--	155.000	--
04	e	"Bernkasteler Straße"	95824	--	--	--	--	130.000	--	130.000	--
04	r	"Wormser Straße" Merziger- bis Forbacher Straße	95825	--	--	--	--	80.000	--	80.000	--
03	u	"Auf dem Heidstock" Hs.-Nr. 1 - 15, Hs.-Nr. 24 - 34	95826	--	--	--	--	130.000	--	130.000	--
04	n g	"Koblenzer Straße" Darmstädter Straße bis Mainzer Straße und bis Koblenzer Straße über Verbindungsweg	95827	--	--	--	--	230.000	--	230.000	--
04		"Mettlacher Straße" Trierer- bis Merziger Straße; Hs.-Nr. 18 - 24	95828	--	--	--	--	80.000	--	80.000	--
02	Erneuerung	"Regenüberlaufbecken 501 - "Karolinger Straße" (Autohaus Dechent)	95830	--	--	--	--	--	--	506.000	452.395,48
		Zu übertragen:		3.340.000	3.690.000	9.715.000	8.235.000	1.900.000	7.620.000	62.410.000	26.616.124,09

lfd. Nr. Stadtteil		Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
				EUR							
2		3	4	8	9				10	11	12
		Übertrag:		3.340.000	3.690.000	9.715.000	8.235.000	1.900.000	7.620.000	62.410.000	26.616.124,09
02	Erneuerung	"Regenüberlaufbecken 504 - Hohenzollernstraße" (Rathaus)	95831	--	--	--	500.000	400.000	--	1.020.000	76.013,40
10		"Werbelner Straße u. Hahnenkopf" 1. u. 2. BA	95985	--	--	--	--	--	--	940.000	681.429,10
09	K	"Hubertusstraße"	95986	--	--	--	--	--	--	90.000	85.237,04
05	a	"Althansstraße" von Altenkesseler- bis Rotstaystraße	95987	--	--	--	--	--	--	540.000	205.000,00
01	n	"Louis-Röchling-Straße" Kreuzung Pasteurstraße, Kreuzung Hofstattstraße	95988	--	--	--	165.000	--	--	165.000	--
08	a	"Feldstraße"									
08	l	"St. Josefstraße"	95900	--	--	--	--	--	--	400.000	367.851,18
08	e	"Kirchbergstraße"									
10	r	"Hahnenkopf" hinter den Häusern	95902	--	--	--	--	450.000	--	450.000	107.672,35
01	n	"i.d. Verbindungsstr. z. A620, III. u. IV BA" - Neubau des Kanals Gasgebläsehalle-Rathausstraße-Kreisel -	95910	--	--	--	--	--	--	820.000	259.064,04
08	e	"Regenüberlaufbauwerk Rittersbach"	95992	--	--	--	--	--	--	480.000	23.750,47
05	u	"Frommersbach-Sammler" und Altenkesseler Straße	95993	--	--	--	--	--	--	1.850.000	17.836,90
05	e	"Bahnhofstraße"	95997	--	--	--	--	--	--	550.000	541.930,82
08	r	"Rotheckstraße"	95998	--	--	--	--	--	--	60.000	57.588,16
09	u	"Forsthausstraße"	95999	--	--	--	--	--	--	450.000	114.524,99
10	n	"Käsbergstraße"	96524	--	--	--	--	--	--	463.000	462.076,54
01		"Blumenstraße"	9.....	--	--	--	--	--	--	65.000	--
01	g	"Püttlinger Straße" Hs.-Nr. 39 bis Kühlweinstraße u. Hs.-Nr. 78 - 90	9.....	--	--	--	--	--	--	590.000	--
		Summe 2 - Erneuerung/Sanierung/Relining		3.340.000	3.690.000	9.715.000	8.900.000	2.750.000	7.620.000	71.343.000	29.616.099,08

lfd. Nr. Stadtteil	Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
			EUR							
1 2	3	4	7	8	9			10	11	12
3 Erweiterung										
04	**Sanierung RÜ an der B 51**	95237	200.000	100.000	100.000	100.000	--	--	810.000	4.652,90
04	**Verbesserung der Vorflutverhältnisse zwischen Ortsteil Röchling-Höhe und Regenrückhaltebecken B 51**	96520	50.000	--	--	--	--	--	4.050.000	3.995.617,53
04	**Relining Kanal Röchlinghöhe-Eisweiher**	96521	500.000	--	--	--	--	--	500.000	63.000,00
01	**Relining Kanal Rathausstraße** von der Karl-Janssen-Straße bis zur Poststraße	96522	--	--	--	200.000	--	--	550.000	114.734,94
11	**Angleichungsarbeiten beim Sammlerbau Lauterbach, II. BA**	96920	--	--	--	100.000	--	--	600.000	392.300,85
	Summe 3 - Erweiterung		750.000	100.000	100.000	400.000		--	6.510.000	4.570.306,22

lfd. Nr. Stadtteil	Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
						EUR				
2	3	4	7	8	9			10	11	12
3.1	**Kanalumbau Fürstenhausen**									
07	Kanalerneuerung "Am Hasseleich"	94104	310.000	--	--	--	--	--	610.000	98.697,62
07	Kanalerneuerung "Langwiesstraße"	94715	--	--	--	100.000	--	--	450.000	29.624,21
07	Umbau Kanal "Helenenstraße"	94721	100.000	--	--	600.000	--	--	700.000	--
07	Kanalerneuerung "Saarbrücker Straße" "Bereich Getränke Müller"	95122	--	--	--	--	--	--	210.000	98.590,30
07	Kanalerneuerung "Uttersbergstraße" RAG-Beteiligung	95135	--	--	--	--	--	--	520.000	495.409,53
07	Kanalerneuerung "Scharnhorststraße"	95136	--	--	--	--	--	--	280.000	263.671,94
07	Kanalerneuerung "Bergmannstraße"	95160	30.000	--	150.000	--	--	150.000	180.000	0,00
07	Kanalerneuerung "Treppenstraße"	95236	--	--	--	--	--	--	335.000	351.935,37
07	Umbau der Kanäle "Marienstraße", "Dünkelacker", "Am Pferchfeld"	95903	--	--	--	--	--	--	200.000	--
07	Umbau Kanal "Ecke Kaiserstraße - Kurt-Schumacher-Straße"	95904	--	--	--	--	--	--	130.000	--
07	Umbau Kanal "Viktoria-/, Saarbrücker-/, Zechen-/ u. Kurt-Schumacher-Straße"	95960	--	--	--	--	--	--	1.500.000	1.452.095,14
07	Umbau "Kurt-Schumacher-Straße zw. Kaiser- und Vereinshausstraße"	95961	--	--	--	--	--	--	860.000	336.603,30
07	Umbau/Kanalerneuerung " In der Olk", "Fürstenstraße", "Freiherr-vom-Stein-Straße"	95962	--	--	450.000	450.000	--	--	1.100.000	88.282,42
07	Umbau/Kanalerneuerung "In der Humes"	95963	50.000	--	250.000	50.000	--	--	350.000	--
07	Kanalerneuerung "Obere Kaiserstraße"	95964	--	--	--		--	--	450.000	146.431,65
07	Kanalerneuerung "Kurt-Schumacher-Straße" (TERRAG-Gelände)	95965	--	--	--	--	--	--	2.750.000	1.548.797,25
07	Umbau Kanal "Saarbrücker Straße zw. Karolinger-/ u. Kaiserstraße"	95970	600.000	--	650.000	450.000	--	650.000	3.500.000	717.863,51
07	Umbau Kanal "Vereinshausstraße"	95980	--	--	--	--	--	--	1.200.000	175.157,56
07	Umbau Kanal "Sofienstraße"	95981	--	--	500.000	250.000	--	--	1.000.000	73.564,67
07	Umbau Kanal Straße "Am Holzplatz" im Zuge EVS-Sammler	95983	--	--	--	--	--	--	2.500.000	2.456.564,91
07	Sanierung/Umbau Kanal in der Saarbrücker Straße - "Am Holzplatz" (DSK/RAG)	95984	--	--	500.000	260.000	--	--	1.260.000	258.119,01
	Summe 3.1 - Kanalumbau Fürstenhausen		1.090.000	0	2.500.000	2.160.000		800.000	20.085.000	8.591.408,39

161 von 331 in Zusammenstellung

lfd. Nr.	Stadtteil	Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
				EUR							
1	2	3	4	8	9				10	11	12
4 Ingenieurleistungen											
00		Neubewertung Kanalnetz - Softplan (Ingrada) - Neubewertung Kanalnetz - Verfilmung und Einspielung der Daten -	93540	--	300.000	100.000	--	--	100.000	1.850.000	1.077.780,69
00		Rü´s im gesamten Stadtgebiet	93550	--	--	--	--	--	--	60.000	42.251,88
00		INDIKAT	93560	--	50.000	--	--	--	--	240.000	252.110,65
00		Externe Planungskosten für Zukunftsinvestitionen	94010	--	--	--	--	--	--	300.000	283.477,06
00		Einführung der gesplitteten Abwassergebühr (GAG)	93570	125.000	125.000	250.000	--	--	250.000	500.000	86.468,20
		Summe 4 - Ingenieurleistungen		125.000	475.000	350.000	0	0	350.000	2.950.000	1.742.088,48
		Zusammenfassung der Summen 1 - 4									
		Summe 1 - Ersterstellungen/Neubau		--	1.500.000	1.500.000	1.532.000	0	0	10.882.000	4.792.384,37
		Summe 2 - Erneuerung/Sanierung/Relining		3.340.000	3.690.000	9.715.000	8.900.000	2.750.000	7.620.000	71.343.000	29.616.099,08
		Summe 3 - Erweiterung		750.000	100.000	100.000	400.000	0	--	6.510.000	4.570.306,22
		Summe 3.1 - Kanalumbau Fürstenhausen		1.090.000	0	2.500.000	2.160.000	0	800.000	20.085.000	8.591.408,39
		Summe 4 - Ingenieurleistungen		125.000	475.000	350.000	0	0	350.000	2.950.000	1.742.088,48
		Summe 1 - 4		5.305.000	5.765.000	14.165.000	12.992.000	2.750.000	8.770.000	111.770.000	49.312.286,54

162 von 331 in Zusammenstellung

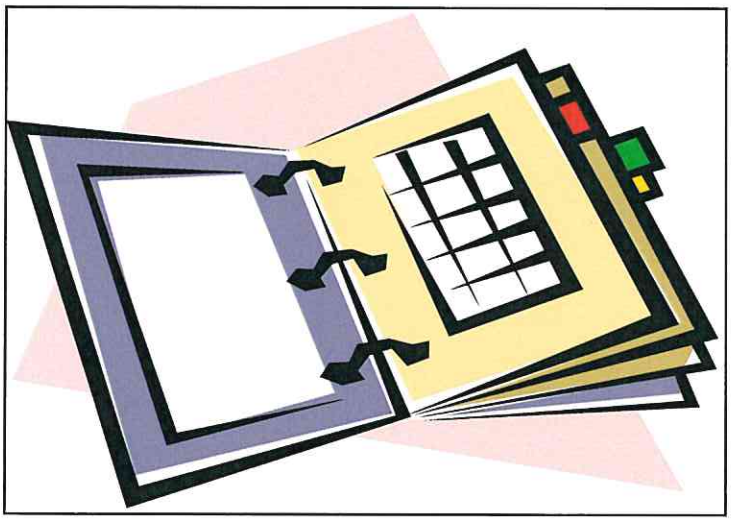
lfd. Nr. Stadtteil	Bezeichnung	BU.-Stelle 70000	Planansatz Ausgaben 2018	Ausgaben 2019	Ausgaben 2020	Ausgaben 2021	Ausgaben 2022	Verpflichtungs-ermächtigungen	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereitgestellt - verausgabt -
			EUR							
1	2 3	4	8	9				10	11	12
5 Sonstiges										
5.1	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**									
00	5.1.1 Software für graphisches Datenverarbeitungssystem	-	--	--	--	--	--	--		
00	5.1.2 Ausbau graphisches Datenverarbeitungssystem	-	--	--	--	--	--	--	56.167	56.165,45
00	5.1.3 Ersatzbeschaffung Betriebs- u. Geschäftsausstattung	93520	--	--	--	--	--	--	30.000	26.328,04
	Summe 5 - Sonstiges		0	0	0	0	0	0	86.167	82.493,49
	Zusammenfassung									
	Summe 1 - 4		5.305.000	5.765.000	14.165.000	12.992.000	2.750.000	8.770.000	111.770.000	49.312.286,54
	Summe 5 - Sonstiges		0	0	0	0	0	0	86.167	82.493,49
	Gesamtsumme aller Maßnahmen		5.305.000	5.765.000	14.165.000	12.992.000	2.750.000	8.770.000	111.856.167	49.394.780,03

Nr.	Stadtteil
00	Allgemein oder k e i n bestimmter Stadtteil
01	Völklingen-West
02	Völklingen-Ost
03	Heidstock
04	Röchling-Höhe
05	Luisenthal
06	Fenne
07	Fürstenhausen
08	Wehrden
09	Geislautern
10	Ludweiler
11	Lauterbach

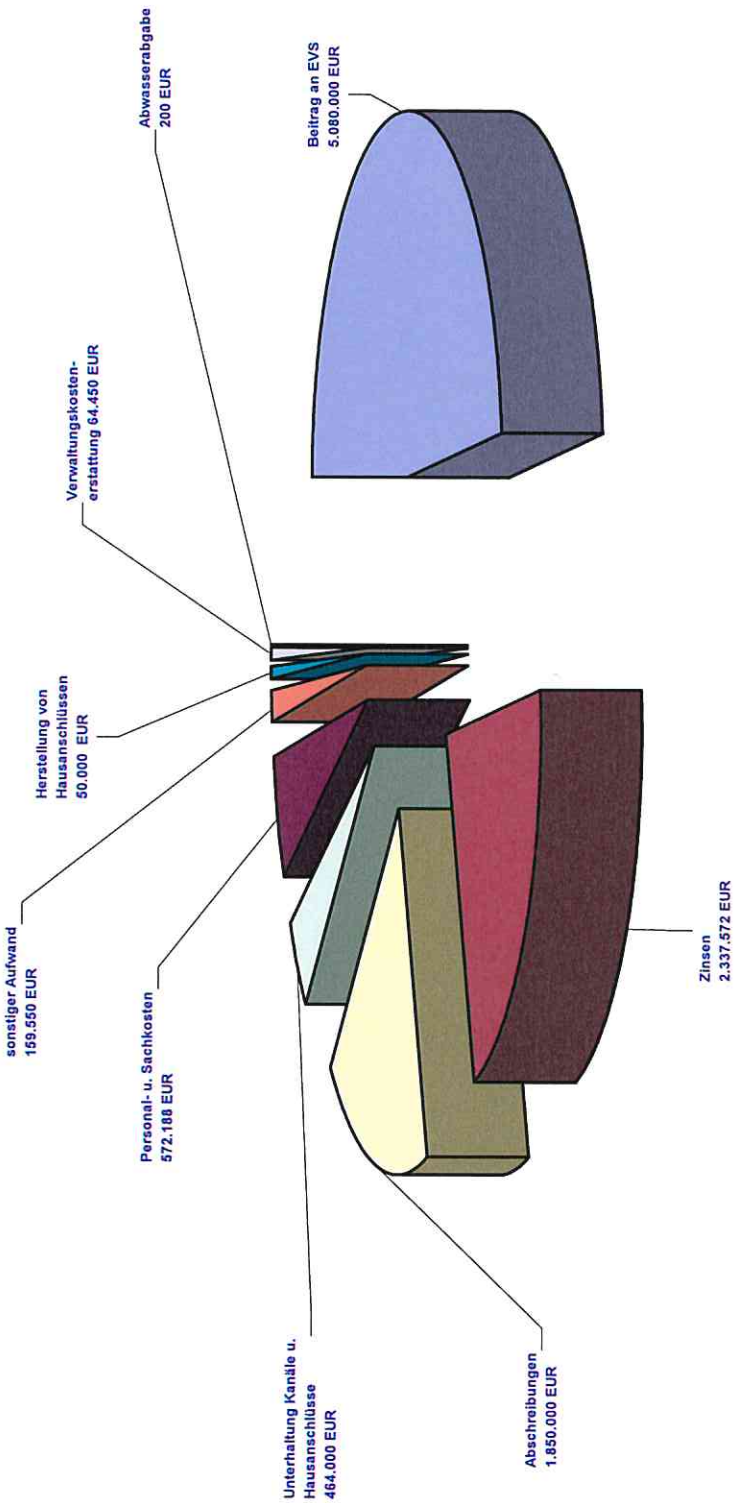
9.4 Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, die sich auf den Haushalt der Stadt auswirken

lfd. Nr.	Bezeichnung	2018	2019	2020	2021	2022
				EUR		
1	2	4	5	6	7	
1	**Einnahmen für die Stadt Ausgaben für das Sondervermögen**					
1.1	Gewinnabführungen	--	--	--	--	--
1.2	Konzessionsabgaben	--	--	--	--	--
1.3	Kostenerstattungen an Stadt					
1.3.1	Personalkosten - zeitanteilig -	422.231	572.188	575.000	579.000	585.000
1.3.2	Verwaltungskostenerstattung an städtischen Haushalt	60.861	64.450	65.000	67.500	70.000
1.4	Eigenkapitalrückzahlungen	--	--	--	--	--
1.5	Tilgung von Darlehen	--	--	--	--	--
1.6	Zinsen für Darlehen	--	--	--	--	--
1.7	Zinsen für Kassenkredite	500	500	500	500	500
1.8	Zinsen nach § 6 Abs. 2 KAG	--	--	--	--	--
	Summe:	**483.592**	**637.138**	**640.500**	**647.000**	**655.500**
2	**Ausgaben für die Stadt Einnahmen für das Sondervermögen**					
2.1	Zuweisung für Verlustausgleich	--	--	--	--	--
2.2	Verwaltungskostenerstattungen	--	--	--	--	--
2.3	Eigenkapitalaufstockungen	--	--	--	--	--
2.4	Darlehensgewährung	--	--	--	--	--
2.5	Anteil der Stadt an der Straßenentwässerung	1.506.805	1.515.461	1.534.379	1.548.178	1.594.272
2.6	Interner Zinsausgleich	600	1.075	600	600	600
	Summe:	**1.507.405**	**1.516.536**	**1.534.979**	**1.548.778**	**1.594.872**
	Einnahmen Stadt	**483.592**	**637.138**	**640.500**	**647.000**	**655.500**
	Summen					
	Ausgaben Stadt	**-1.507.405**	**-1.516.536**	**-1.534.979**	**-1.548.778**	**-1.594.872**
	Einnahmen Sondervermögen	**1.507.405**	**1.516.536**	**1.534.979**	**1.548.778**	**1.594.872**
Summen	**Ausgaben Sondervermögen**	**-483.592**	**-637.138**	**-640.500**	**-647.000**	**-655.500**
	Summe Netto-Einnahme Sondervermögen "Abwasserbeseitigung"	**1.023.813**	**879.398**	**894.479**	**901.778**	**939.372**
	Summe Netto-Einnahme Stadt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

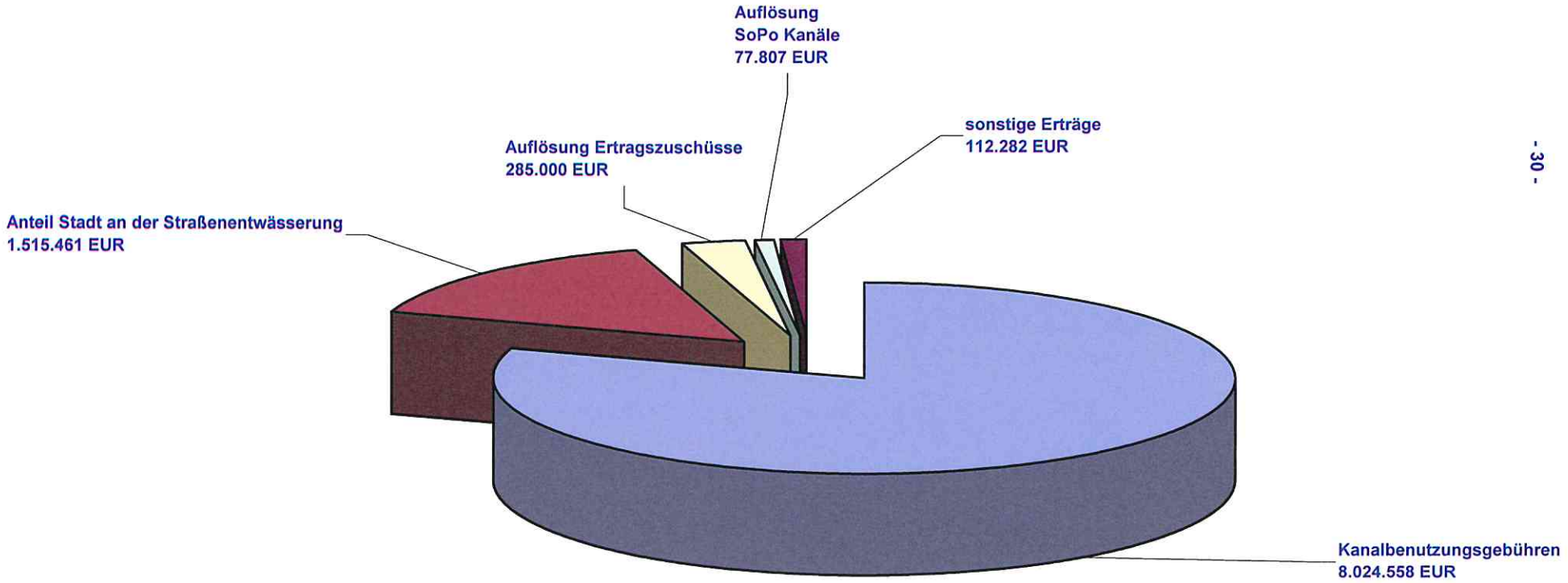
9.5 Grafische Darstellungen

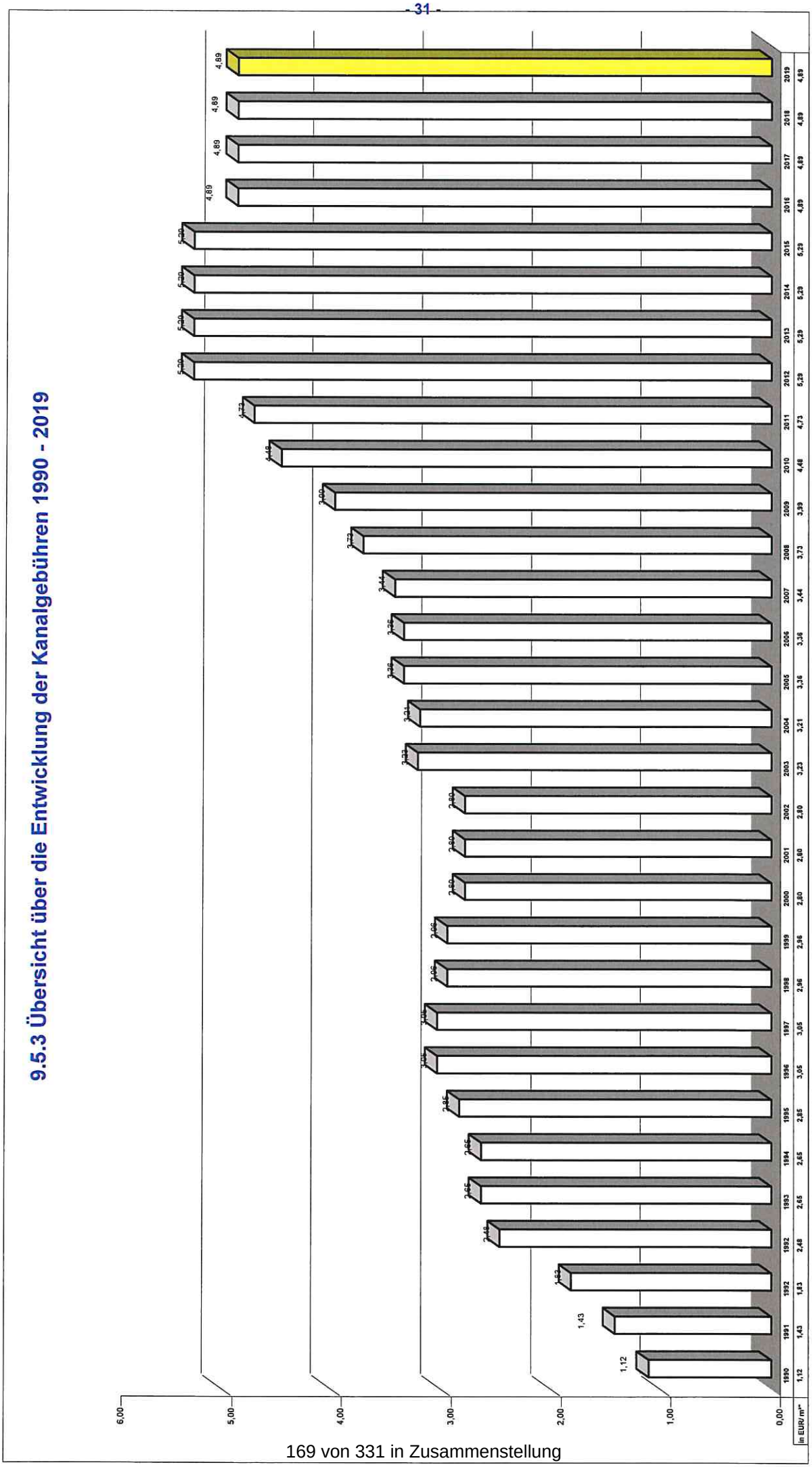


9.5.1 Erfolgsplan 2019
- Aufwand -

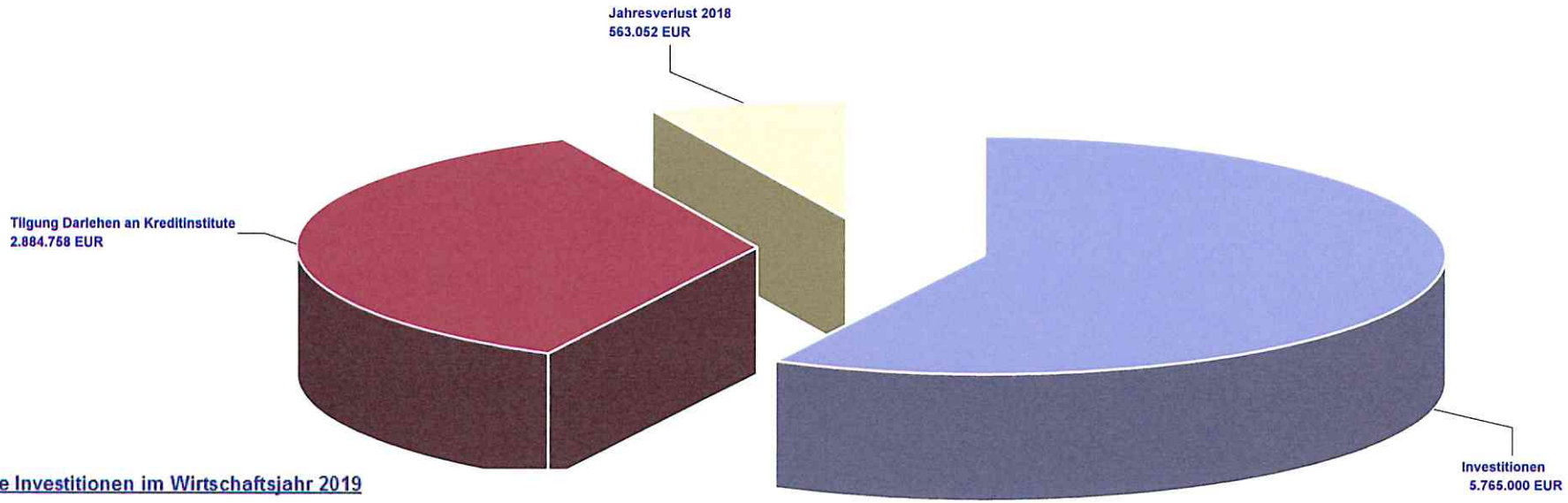


9.5.2 Erfolgsplan 2019
- Ertrag -




9.5.3 Übersicht über die Entwicklung der Kanalgebühren 1990 - 2019
6,00
5,00
4,00
3,00
2,00
1,00
0,00
in EUR/ m³
1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019
1,12 1,43 1,83 2,48 2,65 2,85 3,05 3,05 2,96 2,96 2,80 2,80 2,80 3,23 3,21 3,36 3,36 3,44 3,73 3,99 4,48 4,73 5,29 5,29 5,29 5,29 4,89 4,89 4,89 4,89

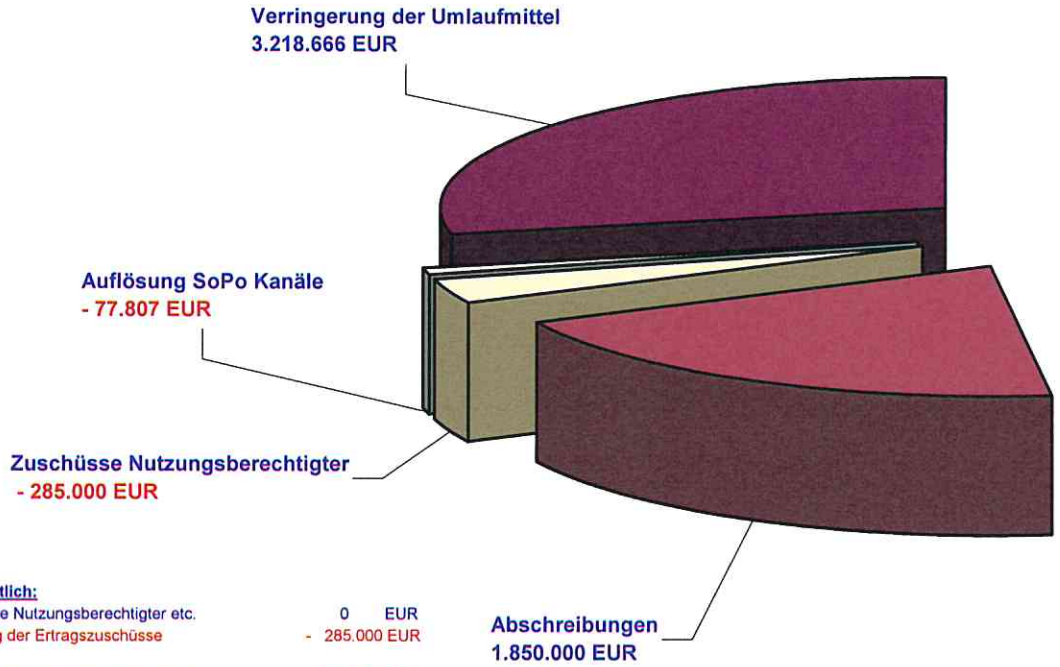
9.5.4 Vermögensplan 2019
- Ausgaben -



geplante Investitionen im Wirtschaftsjahr 2019

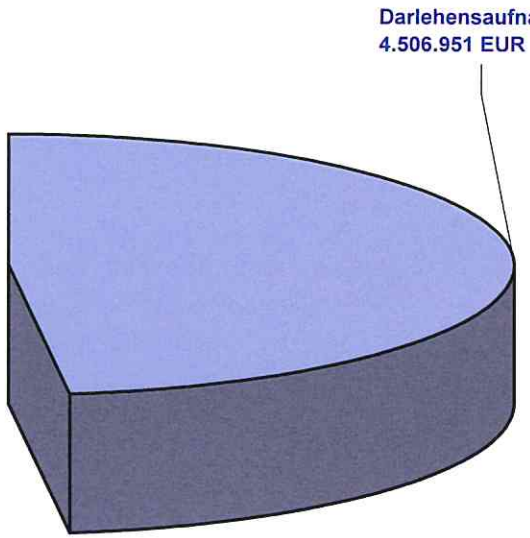
Ersterstellung/Neubau	500.000 EUR
Erneuerung/Sanierung/Relining	3.690.000 EUR
Erweiterung	100.000 EUR
Kanalumbau Fürstenhausen	0 EUR
Ingenieurleistungen	475.000 EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0 EUR
Summe	5.765.000 EUR

9.5.5 Vermögensplan 2019
- Einnahme -



Nachrichtlich:

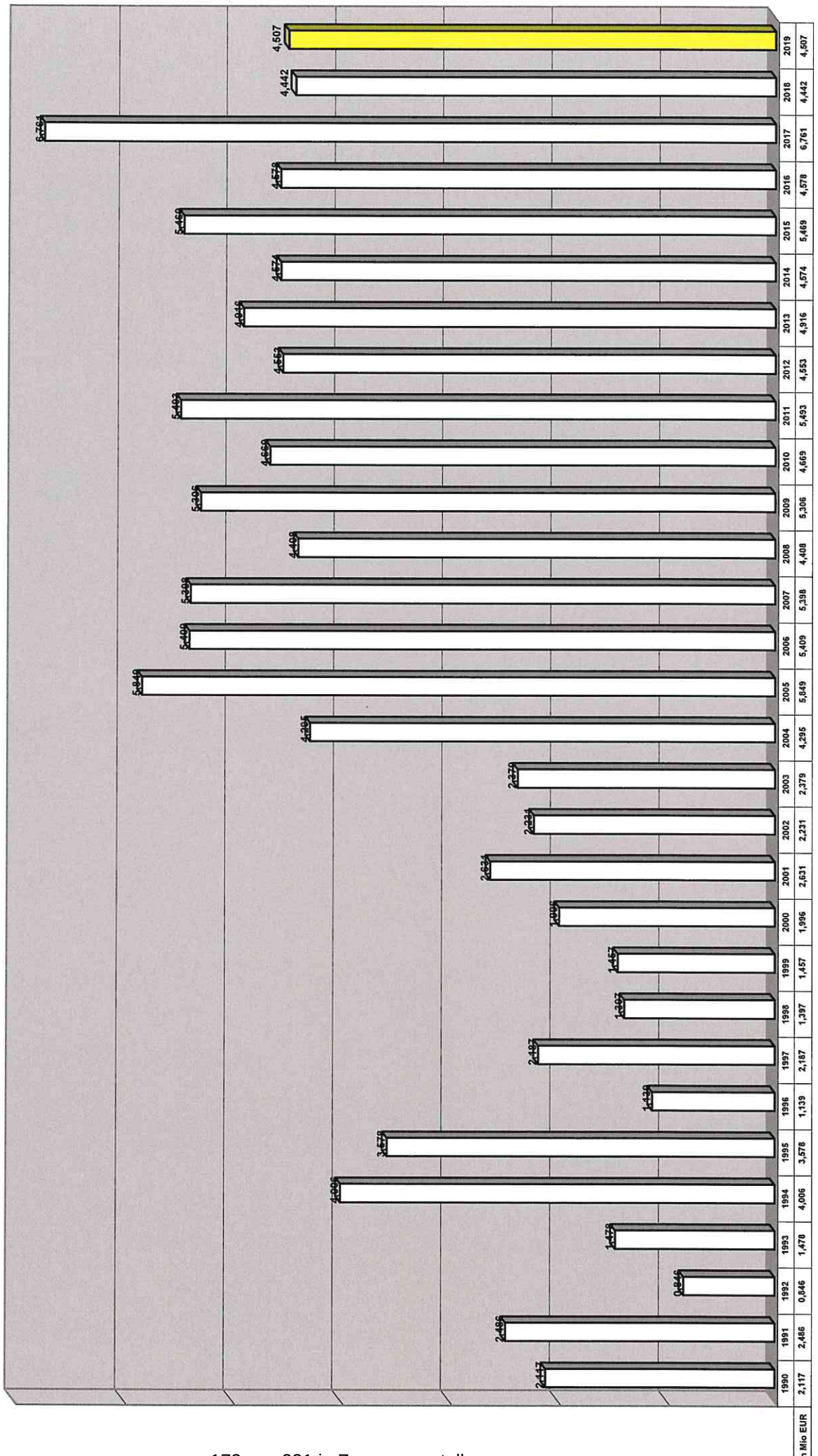
Zuschüsse Nutzungsberechtigter etc.	0 EUR
Auflösung der Ertragszuschüsse	- 285.000 EUR
Mittelansatz für Wirtschaftsjahr 2019	- 285.000 EUR



Nachrichtlich:
Verringerung der Umlaufmittel

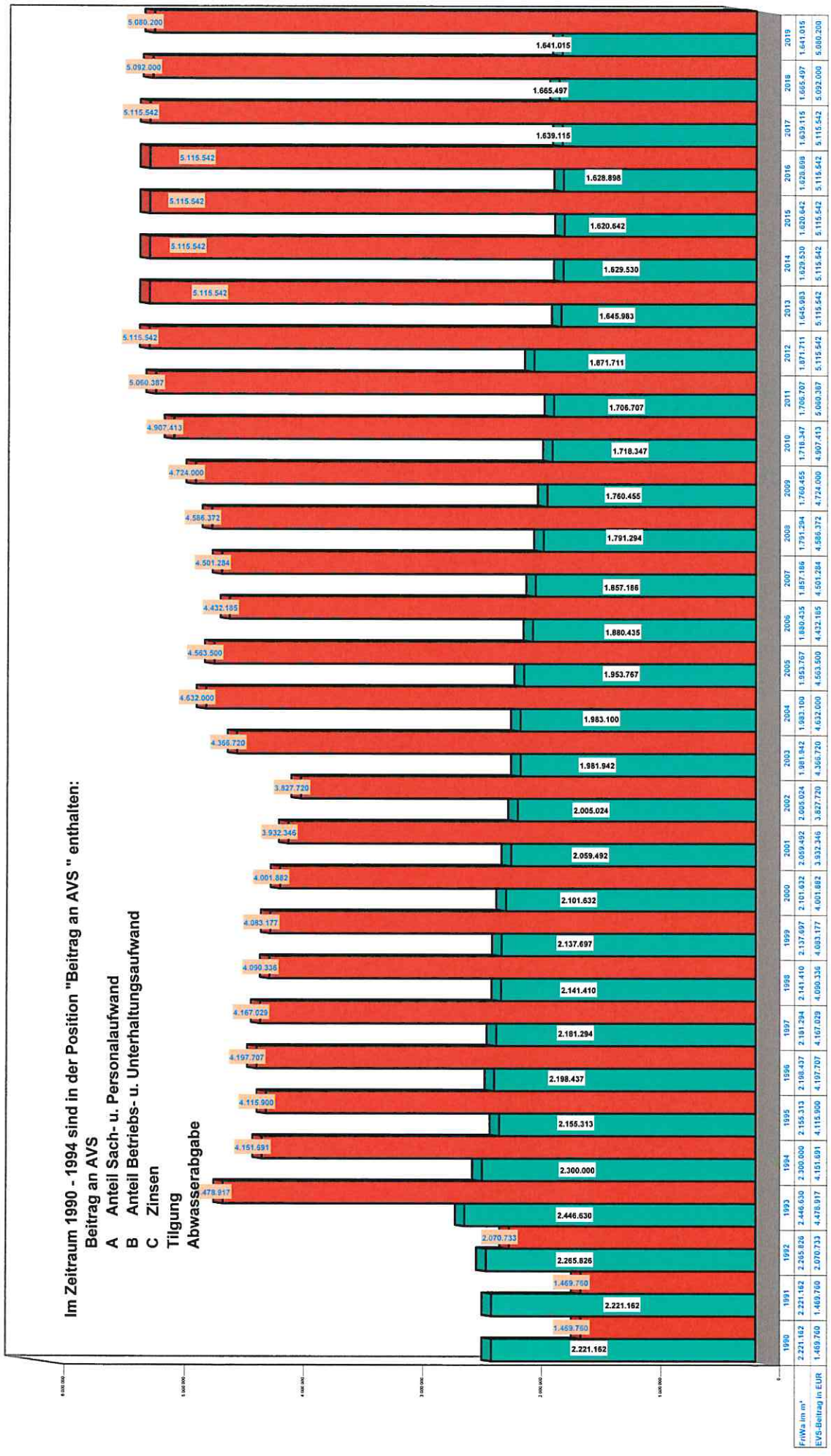
Abdeckung des ausgewiesenen, planmäßigen Jahresverlustes aus der lfd. Liquidität	563.052 EUR
Verringerung der Kreditaufnahme für Investitionen durch Entnahme aus der lfd. Liquidität	2.655.614 EUR
	3.218.666 EUR

9.5.6 Darlehensaufnahmen- bzw. ermächtigungen 1990 - 2019



in Mio EUR	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	2,117	2,486	0,846	1,478	4,006	3,578	1,139	2,187	1,397	1,457	1,996	2,631	2,231	2,379	4,295	5,849	5,409	5,398	4,408	5,306	4,669	5,493	4,553	4,916	4,574	5,469	4,578	6,761	4,442	4,507

9.5.7 Gegenüberstellung Frischwasserverbrauch - AVS/EVS-Beitrag 1990 - 2019



10. Stellenübersicht



10. Stellenübersicht

10.1 Stellenübersicht Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" im Wirtschaftsjahr 2019

Das Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" beschäftigt kein eigenes Personal.

Die anfallenden Arbeiten werden innerhalb der städtischen Verwaltungsorganisation erledigt.

Die hierfür anfallenden Kosten werden dem Sondervermögen "Abwasserbeseitigung" von der Stadt in Rechnung gestellt.

2019/684
Personalvorlage
nichtöffentlich

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019/2020

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Personalmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	

Beschlussentwurf

Die Änderung des Stellenplans für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 wird wie in der Anlage 1 - Beschlussentwurf Stellenplan 2019/2020 - ersichtlich beschlossen.

Anlage/n

- Beschlussentwurf Stellenplan 2019-2020 (öffentlich)
- Erläuterungen (nichtöffentlich)
- Stellenplanentwurf 2019 und 2020 namentlich (nichtöffentlich)
- Stellenplanentwurf 2019 und 2020 numerisch (öffentlich)

Beschlussentwurf

Änderung des Stellenplanes für die Haushaltsjahre 2019 und 2020.

1. Beamte:

1.1 Neuschaffungen:

- 1 S. A 14, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement, Nr. 44.

➢ 1 Stellenneuschaffung insgesamt

1.2 Streichungen:

- 1 S. A 10, Finanzmanagement, Nr. 34/18
- 1 S. A 10, Finanzmanagement, Nr. 35/18.
- 1 S. A 11, Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement, Nr. 47/18.

➢ 3 Stellenstreichungen insgesamt

1.3 Anhebungen:

- 1 S. A 9 nach A 10, Verwaltungsmanagement, Nr. 13 und 14.
- 1 S. A 9 nach A 10, Kindertagesstätten und Grundschulen, Nr. 40 und 41.
- 1 S. A 7 nach A 8, Bürgerbüro, Nr. 58.

➢ 3 Stellenanhebungen insgesamt

1.4 Abwertungen:

- 1 S. B 6 nach B 5, Verwaltungsleitung, Nr. 1.
- 1 S. B 4 nach B 3, Verwaltungsleitung, Nr. 2.
- 1 S. A 12 nach A 11, RPA, Nr. 6.
- 1 S. A 11 nach A 10, Bauverwaltung, Städtebauförderung, Nr. 68.
- 1 S. A 11 nach A 10, Bauverwaltung, Städtebauförderung, Nr. 69.

➢ 5 Stellenabwertungen insgesamt

1.5 Neue "k.u."-Vermerke:

➢ Keine

1.6 Neue "k.w."-Vermerke:

- 1 S. A 13 S, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement, Nr. 45.

➢ 1 neuer k. w.-Vermerke insgesamt

1.7 Streichung von "k.u."-Vermerken:

➢ Keine

1.8 Streichung von "k.w."-Vermerken:

➢ Keine

1.9 Verlagerungen aus organisatorischen Gründen:

- 1 S. A 10, Verwaltungsmanagement, Nr. 13 und14, verlagert von Beamtinnen/ Beamte ohne feste Zuweisung, Nr. 25/18.
- 1 S. A 10, Kita und Grundschulen, Nr. 40 und 41, verlagert von Beamtinnen/ Beamte ohne feste Zuweisung, Nr. 27/18.
- 1 S. A 9 S, Jugend-, Senioren-, Frauen- und Integrationsarbeit, Nr. 48, verlagert von Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement, Nr. 48/18.
- 1 S. A 8, Bürgerbüro, Nr. 58, verlagert von Zahlungsmanagement, Nr. 41/18.

➢ 4 Stellenverlagerungen insgesamt

1.10 Sonstiges:

➢ Keine

2. Beschäftigte:

2.1 Neuschaffungen:

- 1 S. EG 8, ITP, Nr. 35.
- 2 S. EG 9c, Finanzmanagement, Nr. 43 und 44.
- 1 S. EG 9a, Finanzmanagement, Nr. 46.
- 0,08 S. EG S8a, Kindertagesstätten und Grundschulen/Kita Röntgenstraße, Nr. 119.
- 0,18 S. EG S 8a, Kindertagesstätten und Grundschulen/Kita Röntgenstraße, Nr. 126.
- 1 S. EG 9c, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement, Nr. 203.
- 0,07 S. EG 8, Bürgerbüro, Nr. 243.
- 2 S. EG 5, Öffentliches Grün und Friedhöfe, Nr. 340 und 341.
- 2 S. EG 3, Öffentliches Grün und Friedhöfe, Nr. 358 und 359.
- 1 S. EG 5, Forstwirtschaft, Nr. 374..

➢ 10,33 Stellenneuschaffungen insgesamt

2.2 Streichungen:

- 1 S. EG 6, Arbeitnehmer/innen ohne feste Zuweisung, Nr. 23/18.
- 1 S. EG 6, Arbeitnehmer/innen ohne feste Zuweisung, Nr. 24/18.
- 0,5 S. EG 5, Arbeitnehmer/innen ohne feste Zuweisung, Nr. 25/18.
- 0,90 S. EG 10, VHS, Kultur, Sport, Archiv, Bibliothek, Nr. 59/18.
- 0,26 S. EG S 8a, Kindertagesstätten und Grundschulen/Kita Röntgenstraße, Nr. 121.
- 0,23 S. EG S 8a, Kindertagesstätten und Grundschulen/Kita Lauterbach, Nr. 162.
- 0,11 S. EG 8, Bürgerbüro, Nr. 246
- 1 S. EG 3, Betrieb öffentliche Einrichtungen, Nr. 309/18.

➢ 5 Stellenstreichungen insgesamt

2.3 Anhebungen:

- 1 S. EG S 15 nach EG S 16, Kita Kunterbunt, Nr. 83.
- 1 S. EG 9a nach EG 9c, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement, Nr. 202.
- 1 S. EG 5 nach EG 8, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement, Nr. 204.

- 1 S. EG 10 nach EG 11, Untere Bauaufsichtsbehörde, Nr. 265.

➢ 4 Stellenanhebungen insgesamt

2.4 Abwertungen:

- 1 S. EG 8 nach EG 7, Zahlungsmanagement, Nr. 53.

➢ 1 Stellenabwertung insgesamt

2.5 Neue "k.u."-Vermerke:

- 1 S. EG 15, k.u. nach EG 14, VHS, Kultur, Sport, Archiv, Stadtbibliothek, Nr. 57.

➢ 1 neuer k. u.-Vermerk insgesamt

2.6 Neue "k.w."-Vermerke:

- 0,64 S. EG 6, ITP, Nr. 36.
- 1 S. EG 5, Forstwirtschaft, Nr. 368.

➢ 2 neue k.w.-Vermerke insgesamt

2.7 Streichung von "k.u."-Vermerken:

➢ Keine

2.8 Streichung von "k.w."-Vermerken:

- 0,67 S. EG 9b, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Nr. 8.
- 0,71 S. EG 8, Zahlungsmanagement, Nr. 52.

➢ 2 neue Streichungen von k.w.-Vermerken insgesamt

2.9 Verlagerungen aus organisatorischen Gründen:

- 1 S. EG 7, Zahlungsmanagement, Nr. 53 verlagert von Bürgerbüro, Nr. 249/18.
- 0,5 S. EG 5, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsmanagement Nr. 206, verlagert von Arbeitnehmer/innen ohne feste Zuweisung, Nr. 25/18

➢ 1,5 Stellenverlagerungen insgesamt

2.10 Sonstiges:

➢ Keine

Damit ist der gesamte Stellenplan für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 beschlossen.

Stellenplan 2019/2020

Teil A: Beamte

Stellenplan

Teil A: Beamtinnen und Beamte

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Besoldungsgruppe 2019/2020		Besoldungsgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			BG	VZÄ	BG	VZÄ	BG	VZÄ	
Verwaltungsleitung											
Verwaltungsleitung	1	1	Oberbürgermeister/in	11	B 5	1,00	B 6	1,00	B 4	1,00	Abwertung 2019
	2	2	Bürgermeister/in	11	B 3	1,00	B 4	1,00	B 2	1,00	Abwertung 2019
	3	3	Pers.Ref. OB	11	A 12	1,00	A 12	1,00	A 11	1,00	
	4	4	Büroleiter/in BM	11	A 9 S "Z"	1,00	A 9 S "Z"	1,00	A 9 S "Z"	1,00	Amtszulage
						4,00		4,00		4,00	
Rechnungsprüfungsamt	5	5	Leiter/in RPA	11	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	
	6	6	Sachbearbeiter/in	11	A 11	1,00	A 12	1,00	-	-	Abwertung 2019; Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	7	7	Sachbearbeiter/in	11	A 11	1,00	A 11	1,00	A 10	1,00	
						3,00		3,00		2,00	
Zentrale Vergabestelle	8	8	Leiter/in Vergabestelle	11	A 12	1,00	A 12	1,00	-	0,00	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt
Fachbereich 1 - Zentrale Dienste											
Verwaltungsmanagement	9	9	Fachbereichsleiter/in 1	11	A 16	1,00	A 16	1,00	A 16	1,00	
	10	10	Fachdienstleiter/in 11	11	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	
	11	11	Sachbearbeiter/in	11	A 11	0,95	A 11	0,85	A 11	0,70	TZ 75 % befristet bis 31.07.19 und
	12	12	Sachbearbeiter/in	12	A 11	0,05	A 11	0,15	A 11	0,05	Aufteilung auf Produktbereiche 11 und 12
	13	-	Sachbearbeiter/in	11	A 10	0,90	-	-	-	-	Verlagert von (25/18) Beamtinnen/Beamte ohne feste Zuweisung und Aufteilung auf
	14	-	Sachbearbeiter/in	12	A 10	0,10	-	-	-	-	Produktbereiche 11 und 12
	15	13	Sachbearbeiter/in	11	A 8	1,00	A 8	1,00	A 8	0,75	TZ 75 % befristet bis 30.04.23
						5,00		4,00		3,50	
Steuerungsunterstützung	16	14	Fachdienstleiter/in 12	11	A 12	1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	

HHJ = Haushaltsjahr, VJ = Vorjahr, BG = Besoldungsgruppe, VZÄ = Vollzeitäquivalent

Stellenplan

Teil A: Beamtinnen und Beamte

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Besoldungsgruppe 2019/2020		Besoldungsgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			BG	VZÄ	BG	VZÄ	BG	VZÄ	
Personalmanagement	17	15	Fachdienstleiter/in 13	11	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	A 13 S	0,88	TZ 88 % befristet bis 31.12.19
	18	16	Sachbearbeiter/in	11	A 12	1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	
	19	17	Sachbearbeiter/in	11	A 10	1,00	A 10	1,00	A 10	1,00	
	20	18	Sachbearbeiter/in	11	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	
	21	19	Sachbearbeiter/in	11	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	
	22	20	Sachbearbeiter/in	11	A 8	1,00	A 8	1,00	A 8	1,00	
	23	21	Sachbearbeiter/in	11	A 8	1,00	A 8	1,00	A 8	0,50	TZ 50 % befristet bis 31.12.19
	24	22	Sachbearbeiter/in	11	A 8	1,00	A 8	1,00	A 6	1,00	
						8,00		8,00		7,38	
- Beamtinnen/Beamte ohne											
feste Zuweisung											
	25	23	Sachbearbeiter/in	11	A 9	1,00	A 9	1,00	-	-	Für Übernahme Beamtenanwärter/innen
	26	24	Sachbearbeiter/in	11	A 9	1,00	A 9	1,00	A 9	1,00	Frei seit 01.08.2018, für Übernahme Beamtenanwärter/innen
	-	25	Sachbearbeiter/in	11	-	-	A 9	1,00	A 9	1,00	Verlagert n. Verwaltungsm. (13 u. 14) u. Aufteil. auf Produktbereiche 11 u. 12 u. Anhebung 2019
	27	26	Sachbearbeiter/in	11	A 9	1,00	A 9	1,00	A 9	1,00	
	-	27	Sachbearbeiter/in	11	-	-	A 9	1,00	A 9	1,00	Verlagert n. Kita u. Grundschulen (40 u. 41), Auf-teilung auf Produktber. 21 u. 36 u. Anhebung 2019
	28	28	Sachbearbeiter/in	11	A 9	1,00	A 9	1,00	-	-	Für Übernahme Beamtenanwärter/innen
	29	29	Sachbearbeiter/in	11	A 9	1,00	A 9	1,00	-	-	Für Übernahme Beamtenanwärter/innen
	30	30	Sachbearbeiter/in	11	A 9	1,00	A 9	1,00	-	-	Für Übernahme Beamtenanwärter/innen
						6,00		8,00		4,00	
ITP	31	31	Fachdienstleiter/in 14	11	A 14	1,00	A 14	1,00	A 14	1,00	
Finanzmanagement	32	32	Fachdienstleiter/in 15	11	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	
	33	33	Sachbearbeiter/in	11	A 11	1,00	A 11	1,00	A 11	1,00	
	-	34	Sachbearbeiter/in	11	-	-	A 10	1,00	A 9	1,00	Streichung 2019
	-	35	Sachbearbeiter/in	11	-	-	A 10	1,00	A 10	1,00	Streichung 2019
						2,00		4,00		4,00	

Stellenplan

Teil A: Beamtinnen und Beamte

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Besoldungsgruppe 2019/2020		Besoldungsgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			BG	VZÄ	BG	VZÄ	BG	VZÄ	
Zahlungsmanagement	34	36	Fachdienstleiter/in 16	11	A 12	1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	
	35	37	Sachbearbeiter/in	11	A 10	1,00	A 10	1,00	A 10	0,75	TZ 75 % befristet bis 30.04.21
	36	38	Sachbearbeiter/in	11	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	
	37	39	Sachbearbeiter/in	11	A 8	1,00	A 8	1,00	A 8	0,78	TZ 78 % befristet bis 31.08.19
	38	40	Sachbearbeiter/in	11	A 8	1,00	A 8	1,00	A 8	1,00	
	-	41	Sachbearbeiter/in	11	-	-	A 7	1,00	A 6	1,00	Verlagert nach Bürgerbüro (58) und Anhebung 2019
						5,00		6,00		5,53	
Fachbereich 2 - Wirtschaft, Kultur und Soziales											
VHA, Kultur, Sport, Archiv und Stadtbibliothek	39	42	Sachbearbeiter/in	25	A 6	1,00	A 6	1,00	A 6	1,00	k. w.
Kindertagestätten und Grundschulen	40	-	Sachbearbeiter/in	21	A 10	0,50	-	-	-	-	Verlagert von (27/18) Beamtinnen/Beamte ohne
	41	-	Sachbearbeiter/in	36	A 10	0,50	-	-	-	-	feste Zuweisung und Auft. auf Produktb. 21 u. 36
	42	43	Sachbearbeiter/in	21	A 6	0,50	A 6	0,50	A 6	0,50	Aufteilung auf die Produktbereiche
	43	44	Sachbearbeiter/in	36	A 6	0,50	A 6	0,50	A 6	0,50	21 u. 36
						2,00		1,00		1,00	
Wirtschaftsförderung,	44	-	Fachbereichsleiter/in 2	57	A 14	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
Stadtmarketing, Tourismus	45	45	Fachbereichsleiter/in 2	57	A 13 S	1,00	A 13 A	1,00	A 13 S	1,00	Neuschaffung k. w. -Vermerk 2019
Veranstaltungsmanagement	46	46	Fachdienstleiter/in 25	57	A 12	1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	
	-	47	Sachbearbeiter/in	57	-	-	A 11	1,00	-	-	Streichung 2019
	-	48	Sachbearbeiter/in	57	-	-	A 9 S "Z"	1,00	A 9 S "Z"	1,00	Amtszulage, verlagert nach Jugend-, Senioren-, Frauen- und Integrationsarbeit (48)
						3,00		4,00		3,00	
Jugend-, Senioren-, Frauen-	47	49	Fachdienstleiter/in 26	36	A 11	1,00	A 11	1,00	A 11	1,00	
und Integrationsarbeit	48	-	Sachbearbeiter/in	57	A 9 S	1,00	-	-	-	-	Verlagert von Stadtmarketing, Tourismus, Veranstaltungsmanagement (48/18)
						2,00		1,00		1,00	
Fachbereich 3 - Bürgerdienste											
Recht und Versicherungen	49	50	Fachbereichsleiter/in 3	11	A 14	1,00	A 14	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	50	51	Sachbearbeiter/in	11	A 10	1,00	A 10	1,00	A 10	0,75	TZ 75 % befristet bis 31.12.2020
						2,00		2,00		0,75	

Stellenplan

Teil A: Beamtinnen und Beamte

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Besoldungsgruppe 2019/2020		Besoldungsgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			BG	VZÄ	BG	VZÄ	BG	VZÄ	
Öffentliche Ordnung,	51	52	Fachdienstleiter/in 32	12	A 12	1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	Ausgenommen gem. § 3 Abs. 1
Verkehr											Nr. 1 a StOberGrVO
	52	53	Sachbearbeiter/in	12	A 11	1,00	A 11	1,00	A 9	1,00	
	53	54	Sachbearbeiter/in	12	A 10	1,00	A 10	1,00	A 10	1,00	
	54	55	Sachbearbeiter/in	12	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	
	55	56	Sachbearbeiter/in	12	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	
	56	57	Sachbearbeiter/in	12	A 8	1,00	A 8	1,00	A 8	0,75	TZ 75 % befristet bis 18.03.20
	57	58	Sachbearbeiter/in	12	A 8	1,00	A 8	1,00	A 6	1,00	
						7,00		7,00		6,75	
Bürgerbüro	58	-	Sachbearbeiter/in	12	A 8	1,00	-	-	-	-	Verlagert von Zahlungsmanagement (41/18)
Standesamt	59	60	Sachbearbeiter/in	12	A 11	1,00	A 11	1,00	-	-	
	60	59	Sachbearbeiter/in	12	A 10	1,00	A 10	1,00	A10	0,63	TZ 63 % befristet bis 31.12.19
	61	61	Sachbearbeiterin	12	A 10	1,00	A 10	1,00	-	-	
	62	62	Sachbearbeiter/in	12	A 10	1,00	A 10	1,00	-	-	
	63	63	Sachbearbeiter/in	12	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	
						5,00		5,00		1,63	
Untere Bauaufsichtsbehörde	64	64	Fachdienstleiter/in 35	52	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	A 13 S	1,00	
Fachbereich 4 - Öffentliche	65	65	Fachbereichsleiter/in 4	57	A 13 S	1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	ausgenommen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 StOberGrVO
Einrichtungen	66	66	Sachbearbeiter/in	57	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	A 9 S	1,00	
Verwaltung öffentliche						2,00		2,00		2,00	
Einrichtungen											
Forstwirtschaft	67	67	Fachdienstleiter/in 44	55	A 11	1,00	A 11	1,00	A 10	1,00	
Fachbereich 5 -	68	68	Sachbearbeiter/in	51	A 10	1,00	A 11	1,00	A 11	1,00	Abwertung 2019
Technische Dienste	69	69	Sachbearbeiter/in	51	A 10	1,00	A 11	1,00	A 11	1,00	Abwertung 2019
Bauverwaltung, Städte-	70	70	Sachbearbeiter/in	51	A 10	1,00	A 10	1,00	A 9	1,00	
bauförderung	71	71	Sachbearbeiter/in	51	A 9 S "Z"	1,00	A 9 S "Z"	1,00	A 9 S "Z"	1,00	Amtszulage
	72	72	Sachbearbeiter/in	51	A 8	1,00	A 8	1,00	A 8	0,75	TZ 75 % befristet bis 27.05.21
						5,00		5,00		4,75	
Vermessung und Geo-	73	73	Fachdiensteiter/in 53	51	A 12	1,00	A 12	1,00	A 12	1,00	
Information											

Körperschaft: Stadt Völklingen

Einwohnerzahl am 31.12. d. vorvergangenen Jahres: 39.376

Name des Sachbearbeiters: Herr Wagner/ Frau Haselmann

Besoldungsgruppe	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	Stellen insges. h.D.	g.D.	m.D
I. Gesamtzahl der Stellen	**1**	**0**	**3**	**0**	**7**	**8**	**8**	**12**	**6**	**10**	**10**	**0**	**2**	**4**	**41**	**22**
II. Auszunehmende Stellen																
1. Beamte, die n. § 20 BeamtStG zugewiesen sind § 3 Abs. 1 Nr. 1 d StellobVO																
2. Beamte Ver- /Entsorgungs- u. Verkehrsbetrieben § 3 Abs. 1 Nr. 1 b StellobVO																
3. Beamte bei Feuerwehren § 3 Abs.1 Nr.1 a StellobVO						**1**									**1**	
4. Fachbeamte u. Verw.-Leiter im Friedhofsdienst, Gartenbau, Forstdienst § 3 Abs.1 Nr. 2 StellobVO					**1**										**1**	
5. Fachbeamte u. Verw.-Leiter in besond. Einrichtungen § 3 Abs. 1 Nr. 3 StellobVO													**1**			**1**
6. Beamte in Einrichtungen für mehrere Gemeinden, GV § 3 Abs. 1 Nr. 1 c StellobVO																

III. Verbleibender Anteil für den Stellenschlüssel gemäß StellobVO

	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	h.D	g.D.	m.D
a) zulässige Stellen	**0**	**2**			**6**	**10**								**4**	**39**	**21**
b) vorhandene Stellen	**1**	**0**	**3**	**0**	**6**	**7**	**8**	**12**	**6**	**10**	**10**	**0**	**1**			
c) Überhang	**1**															

Teil B: Beschäftigte

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
Verwaltungsleitung	1	1	Sachbearbeiter/in	11	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
Verwaltungsleitung	2	2	Sachbearbeiter/in	11	9	1,00	9	1,00	-	-	
	3	3	Vorzimmer OB	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	4	4	Vorzimmer BM	11	6	1,00	6	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
						4,00		4,00		2,00	
Personalrat	5	5	Personalratsvorsitzende/r	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	6	6	Bürokraft Personalrat	11	3	0,50	3	0,50	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
						1,50		1,50		1,00	
Presse- und Öffentlichkeit	7	7	Pressereferent/in	11	12	1,00	12	1,00	12	1,00	
arbeit	8	8	Sachbearbeiter/in	11	9b	0,67	9b	0,67	9b	0,67	Streichung k. w.-Vermerk 2019
						1,67		1,67		1,67	
Gleichstellung von Mann	9	9	Frauenbeauftragte	11	9a	0,50	9a	0,50	9a	0,50	
und Frau											
Rechnungsprüfungsamt	10	10	Sachbearbeiter/in	11	10	1,00	10	1,00	10	1,00	
	11	11	Sachbearbeiter/in	11	10	1,00	10	1,00	10	1,00	
						2,00		2,00		2,00	
Fachbereich 1 - Zentrale	12	12	Sachbearbeiter/in	11	10	1,00	10	1,00	10	1,00	
Dienste	13	13	Sachbearbeiter/in	11	9a	0,25	9a	0,25	9a	0,25	
Verwaltungsmanagement	14	14	Sachbearbeiter/in	11	5	0,76	5	0,76	5	0,63	
	15	15	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	5	0,50	TZ 50 % befristet bis 31.03.23
	16	16	Sachbearbeiter/in	11	5	0,69	5	0,69	5	0,69	
						3,70		3,70		3,07	

HHJ = Haushaltsjahr, VJ = Vorjahr, EG = Entgeltgruppe, VZÄ =Vollzeitäquivalent

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
Steuerungsunterstützung	17	17	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	18	18	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	-	-	
						2,00		2,00		1,00	
Personalmanagement	19	19	Sachbearbeiter/in	11	9c	1,00	9c	1,00	9c	0,64	TZ 64 % befristet bis 31.12.20
	20	20	Sachbearbeiter/in	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
						2,00		2,00		1,64	
Arbeitnehmer/innen ohne	21	21	Sachbearbeiter/in	11	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	Rente auf Zeit
feste Zuweisung	22	22	Sachbearbeiter/in	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	Rente auf Zeit
	-	23	Sachbearbeiter/in	11	-	-	6	1,00	-	-	Streichung 2019
	-	24	Sachbearbeiter/in	11	-	-	6	1,00	-	-	Streichung 2019
	-	25	Sachbearbeiter/in	11	-	-	5	1,00	5	1,00	Streichung 0,5 Stelle 2019 u. 0,5 Stelle verlagert n. Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsmanagement (206)
	23	26	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	-	-	Für Übernahme Auszubildende
	24	27	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	-	-	Für Übernahme Auszubildende
	25	28	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	-	-	Für Übernahme Auszubildende
	26	29	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	-	-	Für Übernahme Auszubildende
						6,00		9,00		3,00	
ITP	27	30	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	28	31	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	-	-	Die Stelle wird zum 01.04.2019 besetzt.
	29	32	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	30	33	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	31	34	Sachbearbeiter/in	11	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	32	35	Sachbearbeiter/in	11	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	33	36	Sachbearbeiter/in	11	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	34	37	Sachbearbeiter/in	11	8	1,00	8	1,00	-	-	
	35	-	Sachbearbeiter/in	11	8	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	36	38	Sachbearbeiter/in	11	6	0,64	6	0,64	6	0,64	Neuschaffung k. w.-Vermerk 2019
	37	39	Sachbearbeiter/in	11	5	0,51	5	0,51	5	0,51	
	38	40	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	5	0,90	
	39	41	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
						12,15		11,15		8,05	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
Finanzmanagement	40	42	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	0,75	
	41	43	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	42	44	Sachbearbeiter/in	11	9c	1,00	9c	1,00	9c	1,00	
	43	-	Sachbearbeiter/in	11	9c	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	44	-	Sachbearbeiter/in	11	9c	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	45	45	Sachbearbeiter/in	11	9b	1,00	9b	1,00	9b	1,00	k.w.
	46	-	Sachbearbeiter/in	11	9a	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	47	46	Sachbearbeiter/in	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	48	47	Sachbearbeiter/in	11	8	0,77	8	0,77	8	0,77	
	49	48	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	50	49	Sachbearbeiter/in	11	5	0,90	5	0,90	5	0,90	
						10,67		7,67		7,42	
Zahlungsmanagement	51	50	Sachbearbeiter/in	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	52	51	Sachbearbeiter/in	11	8	0,71	8	0,71	8	0,71	Streichung k.w.-Vermerk 2019
	53	-	Sachbearbeiter/in	11	7	1,00	-	-	-	-	Verlagert von Bürgerbüro (249/18)
	54	52	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	55	53	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	56	54	Sachbearbeiter/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
						5,71		4,71		4,71	
Fachbereich 2 - Wirtschaft	57	55	Fachdienstleiter/in 21	25	15	1,00	15	1,00	15	1,00	Neuschaffung k. u.-Vermerk n. E 14 2020
Kultur und Soziales	58	56	Sachbearbeiter/in	25	13	0,95	13	0,95	13	0,95	Aufteilung auf die Produktbereiche
VHS, Kultur, Sport, Archiv	59	57	Sachbearbeiter/in	42	13	0,05	13	0,05	13	0,05	25 und 42 (ATZ)
Stadtbibliothek	60	58	Sachbearbeiter/in	25	10	0,67	10	0,67	10	0,67	
	-	59	Fachdienstleiter/in	25	-	-	10	0,90	10	0,90	Streichung 2019, Vollzug k. w.-Vermerk
	61	60	Sachbearbeiter/in	25	9c	1,00	9c	1,00	9c	1,00	
	62	61	Sachbearbeiter/in	25	9b	0,66	9b	0,66	9b	0,66	
	63	62	Sachbearbeiter/in	25	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	64	63	Sachbearbeiter/in	25	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	65	64	Sachbearbeiter/in	25	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	66	65	Sachbearbeiter/in	25	5	0,50	5	0,50	5	0,50	
	67	66	Sachbearbeiter/in	25	5	0,50	5	0,50	5	0,50	
	68	67	Sachbearbeiter/in	25	3	0,50	3	0,50	3	0,50	
						8,83		9,73		9,73	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
Kindertagesstätten und	69	68	Fachdienstleiter/in 24	21	11	0,50	11	0,50	11	0,50	Aufteilung auf die Produktbereiche
Grundschulen	70	69	Fachdienstleiter/in 24	36	11	0,50	11	0,50	11	0,50	21 und 36
	71	70	Sachbearbeiter/in	21	6	0,32	6	0,32	6	0,32	Aufteilung auf die Produktbereiche
	72	71	Sachbearbeiter/in	36	6	0,31	6	0,31	6	0,31	21 und 36
	73	72	Sachbearbeiter/in	21	5	0,38	5	0,38	5	0,38	Aufteilung auf die Produktbereiche
	74	73	Sachbearbeiter/in	36	5	0,38	5	0,38	5	0,38	21 und 36
	75	74	Erzieher/in	36	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	
	76	75	Erzieher/in	36	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	
	77	76	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	78	77	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	79	78	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	80	79	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	81	80	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	82	81	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	-	-	
- Kita Kunterbunt	83	82	Kita-Leiter/in	36	S 16	1,00	S 15	1,00	S 15	0,95	Anhebung 2019; TZ 95 % befristet bis 14.10.19
	84	83	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	85	84	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	86	85	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	87	86	Erzieher/in	36	S 8 a	0,68	S 8 a	0,68	S 8 a	0,73	TZ 68 % auf TZ 73 % befristet erhöht bis 14.10.19
	88	87	Erzieher/in	36	S 8 a	0,62	S 8 a	0,62	S 8 a	0,62	
	89	88	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	
	90	89	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	-	-	
	91	90	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	92	91	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,82	S 3	0,82	S 3	0,82	
	93	92	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,78	S 3	0,78	S 3	0,78	
	94	93	Hauswirtschaftskraft	36	1	0,51	1	0,51	1	0,51	
- Kita Schubertstraße	95	94	Kita-Leiter/in	36	S 16	1,00	S 16	1,00	S 16	1,00	
	96	95	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	
	97	96	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	98	97	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	99	98	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	100	99	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	101	100	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	
	102	101	Erzieher/in	36	S 8 a	0,83	S 8 a	0,83	S 8 a	0,83	
	103	102	Erzieher/in	36	S 8 a	0,94	S 8 a	0,94	S 8 a	0,94	
	104	103	Erzieher/in	36	S 8 a	0,64	S 8 a	0,64	S 8 a	0,74	TZ 64 % auf TZ 74 % befristet erhöht bis 31.07.19
	105	104	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	
	106	105	Erzieher/in	36	S 8a	1,00	S 8 a	1,00	-	-	
	107	106	Erzieher/in	36	S 8a	0,94	S 8 a	0,94	-	-	
	108	107	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,50	S 8 a	0,50	-	-	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
	110	109	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,62	S 3	0,62	S 3	0,62	
	111	110	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	112	111	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,75	S 3	0,75	S 3	0,75	
	113	112	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	114	113	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,60	S 3	0,60	S 3	0,60	
	115	114	Hauswirtschaftskraft	36	1	0,77	1	0,77	1	0,77	
- Kita Röntgenstraße	116	115	Kita- Leiter/in	36	S 16	1,00	S 16	1,00	S 16	1,00	
	117	116	Erzieher/in	36	S 8 a	0,64	S 8 a	0,64	S 8 a	0,64	
	118	117	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	
	119	118	Erzieher/in	36	S 8 a	0,90	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	Neuschaffung 0,08 Stelle 2019
	120	119	Erzieher/in	36	S 8 a	0,62	S 8 a	0,62	S 8 a	0,62	
	121	120	Erzieher/in	36	S 8 a	0,51	S 8 a	0,77	S 8 a	0,77	Streichung 0,26 Stelle 2019
	122	121	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	123	122	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	124	123	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	125	124	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	126	125	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	Neuschaffung 0,18 Stelle 2019
	127	126	Erzieher/in	36	S 8 a	0,70	S 8 a	0,70	-	-	
	128	127	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	-	-	
	129	128	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,51	S 3	0,51	S 3	0,51	
	130	129	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	131	130	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,83	S 3	0,83	S 3	0,83	
	132	131	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	133	132	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,82	S 3	0,82	S 3	0,82	
	134	133	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,72	S 3	0,72	S 3	0,82	TZ 72 % auf TZ 82 % befristet erhöht bis 31.07.19
	135	134	Hauswirtschaftskraft	36	1	0,77	1	0,77	1	0,77	
- Kita Ludweiler	136	135	Kita-Leiter/in	36	S 16	1,00	S 16	1,00	S 16	1,00	
	137	136	Erzieher/in	36	S 8 a	0,74	S 8 a	0,74	S 8 a	0,84	TZ 74 % auf TZ 84 % befristet erhöht bis 31.07.19
	138	137	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	
	139	138	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	140	139	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	141	140	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	142	141	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	143	142	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	144	143	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	145	144	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	146	145	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	147	146	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	-	-	
	148	147	Kinderpfleger/in	36	S 4	1,00	S 4	1,00	S 4	1,00	
	149	148	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,77	S 3	0,77	S 3	0,77	
	150	149	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,77	S 3	0,77	S 3	0,77	
	151	150	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,65	S 3	0,65	S 3	0,65	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
	152	151	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,67	S 3	0,67	S 3	0,67	
	153	152	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,66	S 3	0,66	S 3	0,66	
	154	153	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,83	S 3	0,83	-	-	
	155	154	Hauswirtschaftskraft	36	1	0,77	1	0,77	1	0,77	
- Kita Lauterbach	156	155	Kita-Leiter/in	36	S 15	1,00	S 15	1,00	S 15	1,00	
	157	156	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	158	157	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	159	158	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	
	160	159	Erzieher/in	36	S 8 a	0,62	S 8 a	0,62	S 8 a	0,72	TZ 62 % auf TZ 72 % befristet erhöht bis 31.07.19
	161	160	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	162	161	Erzieher/in	36	S 8 a	0,77	S 8 a	1,00	S 8 a	0,77	Streichung 0,23 Stelle 2019
	163	162	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	164	163	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8a	1,00	-	-	
	165	164	Kinderpfleger/in	36	S 4	0,91	S 4	0,91	S 4	0,91	
	166	165	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	0,82	
	167	166	Kinderpfleger/in	36	S 4	0,74	S 4	0,74	S 4	0,73	
	168	167	Kinderpfleger/in	36	S 3	0,64	S 3	0,64	S 3	0,64	
	169	168	Hauswirtschaftskraft	36	1	0,51	1	0,51	1	0,51	
- Kita Haydnstraße	170	169	Kita-Leiter/in	36	S 16	1,00	S 16	1,00	S 16	1,00	
	171	170	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	172	171	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	173	172	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	174	173	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	175	174	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	176	175	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	
	177	176	Erzieher/in	36	S 8 a	0,82	S 8 a	0,82	S 8 a	0,92	TZ 82 % auf TZ 92 % befristet erhöht bis 31.07.18 und ab 01.08.18 auf TZ 97 % befristet bis 17.03.19
	178	177	Erzieher/in	36	S 8 a	0,72	S 8 a	0,72	S 8 a	0,72	
	179	178	Erzieher/in	36	S 8 a	0,72	S 8 a	0,72	S 8 a	0,72	
	180	179	Erzieher/in	36	S 8 a	0,56	S 8 a	0,56	-	-	
	181	180	Erzieher/in	36	S 8 a	1,00	S 8 a	1,00	-	-	
	182	181	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	183	182	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	184	183	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	185	184	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	186	185	Kinderpfleger/in	36	S 3	1,00	S 3	1,00	S 3	1,00	
	187	186	Hauswirtschaftskraft	36	1	0,77	1	0,77	1	0,77	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
- Gebundene	188	187	Leiter/in	21	S 11 b	1,00	S 11 b	1,00	S 11 b	1,00	
Ganztagsschule Heidstock	189	188	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	S 4	0,77	TZ 50 %, befr. erhöht auf TZ 77 % bis 16.07.21
	190	189	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	-	-	
	191	190	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	-	-	
	192	191	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	-	-	
	193	192	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	-	-	
	194	193	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	-	-	
	195	194	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	-	-	
	196	195	Erzieher/in	21	S 8 a	0,50	S 8 a	0,50	-	-	
	197	196	Schulsekretär/in	21	3	0,50	3	0,50	3	0,50	
	198	197	Hauswirtschaftskraft	21	1	0,50	1	0,50	1	0,50	
	199	198	Hauswirtschaftskraft	21	1	0,77	1	0,77	-	-	
	200	199	Hauswirtschaftskraft	21	1	0,77	1	0,77	-	-	
						108,21		108,44		92,22	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
Wirtschaftsförderung,	201	200	Fachbereichsleiter 2	57	15	1,00	15	1,00	-	-	
Stadtmarketing, Tourismus,	202	201	Sachbearbeiter/in	57	9c	1,00	9a	1,00	9a	1,00	Anhebung 2019
Veranstaltungsmanagement	203	-	Sachbearbeiter/in	57	9c	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	204	202	Sachbearbeiter/in	57	8	1,00	5	1,00	5	1,00	Anhebung 2019
	205	203	Sachbearbeiter/in	57	5	0,77	5	0,77	5	0,77	
	206	-	Sachbearbeiter/in	57	5	0,50	-	-	-	-	Verlagert von Arbeitnehmer/innen ohne feste Zuweisung (25/18)
						5,27		3,77		2,77	
Jugend-, Frauen-, Seniore	207	204	Integrationsbeauftragte/r	11	9c	1,00	9c	1,00	9c	1,00	
und Integrationsarbeit	208	205	Sachbearbeiter/in	36	5	0,50	5	0,50	5	0,50	
	209	206	Sachbearbeiter/in	36	5	0,50	5	0,50	5	0,50	
						2,00		2,00		2,00	
Fachbereich 3 - Bürgerdienste											
Recht und	210	207	Sachbearbeiter/in	11	5	0,65	5	0,65	5	0,65	
Versicherungen											
Öffentliche Ordnung,	211	209	Sachbearbeiter/in	12	9c	1,00	9c	1,00	9c	0,78	TZ 78 % befristet bis 16.03.20
Verkehr	212	210	Sachbearbeiter/in	12	9c	0,64	9c	0,64	9c	0,64	
	213	211	Sachbearbeiter/in	12	9c	1,00	9c	1,00	9c	1,00	
	214	212	Sachbearbeiter/in	12	9a	1,00	9a	1,00	9a	0,75	TZ 75 % befristet bis 31.03.23
	215	208	Sachbearbeiter/in	12	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	216	213	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	217	214	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	218	215	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	219	216	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	220	217	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	221	218	Sachbearbeiter/in	12	6	0,77	6	0,77	6	0,77	
	222	219	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	223	220	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	224	221	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	225	222	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	226	223	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	227	224	Sachbearbeiter/in	12	5	0,78	5	0,78	-	-	
	228	225	Sachbearbeiter/in	12	5	0,50	5	0,50	5	0,50	
	229	226	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	230	227	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	231	228	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	232	229	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	233	230	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	234	231	Hauswart	12	2Ü	0,12	2Ü	0,12	2Ü	0,12	Geringfügige Beschäftigung
	235	232	Reinigungskraft	12	1	0,07	1	0,07	1	0,07	Geringfügige Beschäftigung

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
	236	233	Reinigungskraft	12	1	0,05	1	0,05	1	0,05	Geringfügige Beschäftigung
	237	234	Reinigungskraft	12	1	0,10	1	0,10	1	0,04	Geringfügige Beschäftigung
	238	235	Reinigungskraft	12	1	0,07	1	0,07	1	0,07	Geringfügige Beschäftigung
	239	236	Reinigungskraft	12	1	0,11	1	0,11	1	0,11	Geringfügige Beschäftigung
	240	237	Reinigungskraft	12	1	0,07	1	0,07	1	0,07	Geringfügige Beschäftigung
	241	238	Reinigungskraft	12	1	0,18	1	0,18	1	0,18	Geringfügige Beschäftigung
						22,46		22,46		21,15	
Bürgerbüro	242	239	Fachdienstleiter/in 33	12	10	1,00	10	1,00	8	1,00	
	243	240	Sachbearbeiter/in	12	8	0,71	8	0,64	8	0,51	Neuschaffung 0,07 Stelle 2019, TZ 51 % befr. bis 21.10.18 TZ 64 % befristet ab 22.10.18
	244	241	Sachbearbeiter/in	12	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	245	242	Sachbearbeiter/in	12	8	1,00	8	1,00	8	0,77	TZ 77% befr. bis 31.12.18
	246	243	Sachbearbeiter/in	12	8	0,64	8	0,75	8	0,75	0,11 Stelle Streichung 2019
	247	244	Sachbearbeiter/in	12	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	248	245	Sachbearbeiter/in	12	8	0,82	8	0,82	8	0,82	
	249	246	Sachbearbeiter/in	12	8	0,50	8	0,50	8	0,50	
	250	247	Sachbearbeiter/in	12	8	1,00	8	1,00	6	1,00	
	251	248	Sachbearbeiter/in	12	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	-	249	Sachbearbeiter/in	12	-	-	8	1,00	8	1,00	Abwertung 2019 und verlagert nach Zahlungsmanagement (53)
	252	250	Sachbearbeiter/in	12	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	253	251	Sachbearbeiter/in	12	8	1,00	8	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	254	252	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	255	253	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	256	254	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	257	255	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	0,77	TZ 77 % befristet bis 01.11.20
	258	256	Sachbearbeiter/in	12	5	1,00	5	1,00	5	0,64	TZ 64,10 % befristet bis 31.07.20, TZ 50% befristet vom 01.08.20 bis 08.11.21
						15,67		16,71		14,76	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
Standesamt	259	257	Fachdienstleiter/in 34	12	11	1,00	11	1,00	11	1,00	k. w.
	260	258	Sachbearbeiter/in	12	9b	1,00	9b	1,00	9b	1,00	k. w.
	261	259	Sachbearbeiter/in	12	6	1,00	6	1,00	6	1,00	k. w.
	262	260	Sachbearbeiter/in	12	6	0,12	6	0,12	6	0,12	Aufteilung auf die Produktbereiche
	263	261	Sachbearbeiter/in	35	6	0,38	6	0,38	6	0,38	12 und 35
						3,50		3,50		3,50	
Untere Bauaufsichtsbehör	264	262	Sachbearbeiter/in	52	11	1,00	11	1,00	11	0,90	TZ 90 % befr.bis 30.09.18, TZ 92 % vom 01.10.18-30.09.19
	265	263	Sachbearbeiter/in	52	11	1,00	10	1,00	10	1,00	Anhebung 2019
	266	264	Sachbearbeiter/in	52	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	267	265	Sachbearbeiter/in	52	5	0,75	5	0,75	-	-	
						3,75		3,75		2,90	
Fachbereich 4 - Öffentliche											
Einrichtungen											
Verwaltung öffentliche	268	266	Sachbearbeiter/in	57	8	0,78	8	0,78	8	0,78	
Einrichtungen	269	267	Sachbearbeiter/in	57	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	270	268	Sachbearbeiter/in	57	5	0,78	5	0,78	5	0,78	
						2,56		2,56		2,56	
Betrieb öffentliche	271	269	Fachdienstleiter/in 42	54	9b	1,00	9b	1,00	9b	1,00	
Einrichtungen	272	270	Leiter/in Werkstätten	54	9a	1,00	9a	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	273	271	Kfz.-Handwerker/in	54	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	274	272	Schlosser/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	275	273	Kfz.-Handwerker/in	54	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	276	274	Kfz.-Handwerker/in	54	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	277	275	Kfz.-Handwerker/in	54	7	1,00	7	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	278	276	Kfz.-Handwerker/in	54	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	279	277	Kfz.-Handwerker/in	54	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	280	278	Sachgebietsleiter/in	54	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	281	279	Schlosser/in	54	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	282	280	Kraftfahrer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	283	281	Kraftfahrer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	284	282	Kraftfahrer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	285	283	Kraftfahrer/in	54	5	1,00	5	1,00	3	1,00	
	286	284	Kraftfahrer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	287	285	Kraftfahrer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	288	286	Kraftfahrer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	289	287	Schlosser/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	290	288	Maler/in, Lackierer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	291	289	Maler/in, Lackierer/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	292	290	Schlosser/in	54	5	1,00	5	1,00	5	1,00	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
	293	291	Schlosser/in	54	5	1,00	5	1,00	-	-	Die Stelle ist ausgeschrieben.
	294	292	Lagerverwalter/in	54	4	1,00	4	1,00	5	1,00	Besitzstand
	295	293	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	296	294	Wächter/in	54	3	1,00	3	1,00	5	1,00	Besitzstand
	297	295	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	298	296	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	299	297	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	300	298	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	301	299	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	302	300	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	303	301	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	304	302	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	K.w.
	305	303	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	306	304	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	307	305	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	308	306	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	309	307	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	310	308	Bauhofarbeiter/in	54	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	-	309	Bauhofarbeiter/in	54	-	-	3	1,00	2 Ü	1,00	Streichung 2020
	311	310	Wächter/in	54	3	1,00	3	1,00	5	1,00	Besitzstand
						41,00		42,00		39,00	
Öffentliches Grün und	312	311	Fachdienstleiter/in 43	55	12	1,00	12	1,00	12	1,00	
Friedhöfe	313	312	Gärtnermeister/in	55	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	314	313	Gärtner/in	55	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	315	314	Gärtnermeister/in	55	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	316	315	Baumkontrolleur/in	55	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	317	316	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	318	317	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	319	318	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	320	319	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	321	320	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	322	321	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	323	322	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	324	323	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	325	324	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	326	325	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	327	326	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	328	327	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	329	328	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	330	329	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	331	330	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	332	331	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
	333	332	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	334	333	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	335	334	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	336	335	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	337	336	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	338	337	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	339	338	Gärtner/in	55	5	1,00	5	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt
	340	-	Gärtner/in	55	5	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	341	-	Gärtner/in	55	5	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	342	339	Friedhofswärter/in	55	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	343	340	Friedhofswärter/in	55	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	344	341	Friedhofswärter/in	55	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	345	342	Friedhofswärter/in	55	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	346	343	Baggerfahrer/in	55	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	347	344	Maschinenbediener/in	53	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	348	345	Friedhofswärter/in	55	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	349	346	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	350	347	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	351	348	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	352	349	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	353	350	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	354	351	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	355	352	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	356	353	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	357	354	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	358	-	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	359	-	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	-	-	-	-	Neuschaffung 2019
	360	355	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft
	361	356	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft
	362	357	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft
	363	358	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft
	364	359	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
	365	360	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft
	366	361	Gartenarbeiter/in	55	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft
						55,00		51,00		50,00	
Forstwirtschaft	367	362	Forstwirtschaftsmeister/in	55	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	368	363	Forstwirt/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	Neuschaffung k. w.-Vermerk 2019
	369	364	Forstwirt/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	370	365	Forstwirt/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	371	366	Forstwirt/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	372	367	Forstwirt/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	373	368	Forstwirt/in	55	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	374	-	Forstwirt/in	55	5	1,00	-	-	-	-	Neuschafffung 2019
	375	369	Waldarbeiter/in	55	2 Ü	1,00	2 Ü	1,00	2 Ü	1,00	
						9,00		8,00		8,00	
Fachbereich 5 -	376	370	Fachbereichsleiter/in 5	51	15	1,00	15	1,00	15	1,00	
Technische Dienste	377	371	Fachdienstleiter/in 51	51	15	1,00	15	1,00	15	1,00	
Bauverwaltung, Städte-	378	372	Sachbearbeiter/in	51	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
bauförderung	379	373	Sachbearbeiter/in	51	9c	1,00	9c	1,00	9c	1,00	
	380	374	Sachbearbeiter/in	51	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	381	375	Sachbearbeiter/in	51	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	382	376	Sachbearbeiter/in	51	6	0,50	6	0,50	6	0,50	
	383	377	Sachbearbeiter/in	51	6	1,00	6	1,00	6	0,90	TZ 90 % befristet bis 31.12.19
	384	378	Sachbearbeiter/in	51	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	385	379	Sachbearbeiter/in	51	5	1,00	5	1,00	5	0,64	TZ 64 % befristet bis 30.12.18; ab 04.01.2019 befristet auf TZ 51,28 % bis 03.01.2021
						9,50		9,50		9,04	
Stadtplanung und -ent-	386	380	Fachdienstleiter/in 52	51	13	1,00	13	1,00	13	1,00	
wicklung	387	381	Sachbearbeiter/in	51	13	1,00	13	1,00	13	1,00	
	388	382	Sachbearbeiter/in	51	12	1,00	12	1,00	12	1,00	
	389	383	Sachbearbeiter/in	51	12	1,00	12	1,00	12	1,00	
	390	384	Sachbearbeiter/in	51	10	1,00	10	1,00	10	1,00	
	391	385	Sachbearbeiter/in	51	6	0,50	6	0,50	6	0,50	
	392	386	Sachbearbeiter/in	51	6	0,50	6	0,50	6	0,50	
	393	387	Sachbearbeiter/in	51	5	0,78	5	0,78	5	0,78	
						6,78		6,78		6,78	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
Vermessung und	394	388	Sachbearbeiter/in	51	10	1,00	10	1,00	10	1,00	
und Geo-Information	395	389	Sachbearbeiter/in	51	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	396	390	Sachbearbeiter/in	51	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	397	391	Sachbearbeiter/in	51	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
						4,00		4,00		4,00	
Straßen-, Brücken- und	398	392	Sachbearbeiter/in	54	12	0,95	12	0,95	12	0,95	Aufteilung auf die Produktbereiche
Kanalbau	399	393	Sachbearbeiter/in	55	12	0,05	12	0,05	12	0,05	54 und 55
	400	394	Kommisarischer Leiter	54	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	401	395	Sachbearbeiter/in	54	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	402	396	Sachbearbeiter/in	54	11	0,95	11	0,95	11	0,95	Aufteilung auf die Produktbereiche
	403	397	Sachbearbeiter/in	55	11	0,05	11	0,05	11	0,05	54 und 55
	404	398	Sachbearbeiter/in	54	11	1,00	11	1,00	11	1,00	Umsetzung Entgeltordnung: EG 10 nach EG 11
	405	399	Sachbearbeiter/in	54	11	1,00	11	1,00	-	-	
	406	400	Sachbearbeiter/in	54	11	1,00	11	1,00	-	-	
	407	401	Sachbearbeiter/in	54	9a	0,95	9a	0,95	9a	0,95	Aufteilung auf die Produktbereiche 54 und 55
	408	402	Sachbearbeiter/in	55	9a	0,05	9a	0,05	9a	0,05	
	409	403	Sachbearbeiter/in	54	9a	0,95	9a	0,95	9a	0,95	Aufteilung auf die Produktbereiche 54 und 55
	410	404	Sachbearbeiter/in	55	9a	0,05	9a	0,05	9a	0,05	
	411	405	Sachbearbeiter/in	54	9a	0,82	9a	0,82	9a	0,65	
	412	406	Sachbearbeiter/in	54	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
						10,82		10,82		8,65	
Technisches Gebäude- un	413	407	Fachdienstleiter/in 56	11	13	1,00	13	1,00	13	1,00	
Projektmanagement	414	408	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	415	409	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	416	411	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	0,71	TZ 71 % befristet bis16.03.20
	417	412	Sachbearbeiter/in	11	11	1,00	11	1,00	11	1,00	
	418	410	Sachbearbeiter/in	11	10	1,00	10	1,00	10	1,00	
	419	414	Leitender Hallenwart (m/w)	11	9b	1,00	9b	1,00	9b	1,00	
	420	413	Leiter/in HBT	11	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	421	415	Betriebsleiter/in Bäder	11	9a	1,00	9a	1,00	9a	1,00	
	422	416	Beschäftigte/r Bäder	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	423	417	Beschäftigte/r HBT	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	424	418	Beschäftigte/r HBT	11	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	425	419	Beschäftigte/r HBT	11	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	426	420	Beschäftigte/r HBT	11	7	1,00	7	1,00	7	1,00	
	427	421	Hallenwart (m/w)	11	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	428	422	Beschäftigte/r Bäder	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	429	423	Sachbearbeiter/in	11	6	1,00	6	1,00	6	1,00	
	430	424	Beschäftigte/r Bäder	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	431	425	Beschäftigte/r Bäder	11	5	1,00	5	1,00	4	1,00	

Stellenplan

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Lfd.-Nr. der Stelle		Funktion	Nummer Produktbereich	Entgeltgruppe 2019/2020		Entgeltgruppe 2018		tatsächliche Stellenbesetzung am 30. Juni 2018		Vermerke Erläuterungen
	HHJ	VJ			EG	VZÄ	EG	VZÄ	EG	VZÄ	
	432	426	Sportanlagen/Gärtner/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	433	427	Beschäftigte/r Bäder	11	8	1,00	8	1,00	8	1,00	
	434	428	Beschäftigte/r HBT	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	435	429	Beschäftigte/r HBT	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	436	430	Beschäftigte/r HBT	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	437	431	Schulhausmeister/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	438	432	Hallenwart (m/w)	11	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	439	433	Hallenwart (m/w)	11	4	1,00	4	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	440	434	Hallenwart (m/w)	11	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	441	435	Schulhausmeister/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	442	436	Schulhausmeister/in	11	5	1,00	5	1,00	5	1,00	
	443	437	Schulhausmeister/in	11	5	1,00	5	1,00	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	444	438	Schulhausmeister/in	11	4	1,00	4	1,00	4	1,00	
	445	439	Schulhausmeister/in	11	5	1,00	4	1,00	4	1,00	Umsetzung Entgeltordnung EG 4 nach EG 5
	446	440	Saisonkraft Bäder	11	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft - 01.04.-30.09.
	447	441	Saisonkraft Bäder	11	3	1,00	3	1,00	3	1,00	Saisonkraft - 01.04.-30-09.
	448	442	Beschäftigte/r Sportanlagen	11	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	449	443	Beschäftigte/r Sportanlagen	11	3	1,00	3	1,00	3	1,00	
	450	444	Hauswart (m/w)	11	2 Ü	1,00	2 Ü	1,00	2Ü	1,00	
	451	445	Hauswart (m/w)	11	2 Ü	0,64	2 Ü	0,64	-	-	Die Stelle ist zwischenzeitlich besetzt.
	452	446	Hauswart (m/w)	11	2 Ü	0,15	2 Ü	0,15	2 Ü	0,15	k.w.
	453	447	Reinigungskraft	11	2	0,64	2	0,64	2	0,64	k.w.
	454	448	Reinigungskraft	11	2	1,00	2	1,00	2	1,00	
	455	449	Kassierer/in	11	2	0,64	2	0,64	2	0,64	
	456	450	Kassierer/in	11	2	1,00	2	1,00	2	1,00	
	457	451	Kassierer/in	11	2	0,77	2	0,77	-	-	Die Stelle wird zwischenzeitlich besetzt.
						42,84		42,84		39,14	

Teil C: Gesamt

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Zahl der Stellen 2019/2020			Zahl der Stellen 2018			Zahl der am 30. Juni 2018 tatsächlich besetzten Stellen			Vermerke Erläute-rungen
	Beamtinnen / Beamte	Beschäftigte	insgesamt	Beamtinnen /Beamte	Beschäftigte	insgesamt	Beamtinnen /Beamte	Beschäftigte	insgesamt	
Verwaltungsleitung										
Verwaltungsleitung	4,00	4,00	8,00	4,00	4,00	8,00	4,00	2,00	6,00	
Personalrat	0,00	1,50	1,50	0,00	1,50	1,50	0,00	1,00	1,00	
Presse- und Öffentlich-keitsarbeit	0,00	1,67	1,67	0,00	1,67	1,67	0,00	1,67	1,67	
Gleichstellung von Mann und Frau	0,00	0,50	0,50	0,00	0,50	0,50	0,00	0,50	0,50	
Rechnungsprüfungsamt	3,00	2,00	5,00	3,00	2,00	5,00	2,00	2,00	4,00	
Zentrale Vergabestelle	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	
Zusammen	**8,00**	**9,67**	**17,67**	**8,00**	**9,67**	**17,67**	**6,00**	**7,17**	**13,17**	
Fachbereich 1 - Zentrale Dienste										
Verwaltungsmanage-ment	5,00	3,70	8,70	4,00	3,70	7,70	3,50	3,07	6,57	
Steuerungsunterstützung	1,00	2,00	3,00	1,00	2,00	3,00	1,00	1,00	2,00	
Personalmanagement	8,00	2,00	10,00	8,00	2,00	10,00	7,38	1,64	9,02	
- Personal ohne feste Zuweisung	6,00	6,00	12,00	8,00	9,00	17,00	4,00	3,00	7,00	
ITP	1,00	12,15	13,15	1,00	11,15	12,15	1,00	8,05	9,05	
Finanzmanagement	2,00	10,67	12,67	4,00	7,67	11,67	4,00	7,42	11,42	
Zahlungsmanagement	5,00	5,71	10,71	6,00	4,71	10,71	5,53	4,71	10,24	
Zusammen	**28,00**	**42,23**	**70,23**	**32,00**	**40,23**	**72,23**	**26,41**	**28,89**	**55,30**	

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Zahl der Stellen 2019/2020			Zahl der Stellen 2018			Zahl der am 30. Juni 2018 tatsächlich besetzten Stellen			Vermerke Erläute-rungen
	Beamtinnen / Beamte	Beschäftigte	insgesamt	Beamtinnen /Beamte	Beschäftigte	insgesamt	Beamtinnen /Beamte	Beschäftigte	insgesamt	
Fachbereich 2- Wirtschaft, Kultur und Soziales										
VHS, Kultur, Sport, Archiv und Stadtbibliothek	1,00	8,83	9,83	1,00	9,73	10,73	1,00	9,73	10,73	
Kindertagesstätten und Grundschulen	2,00	108,21	110,21	1,00	108,44	109,44	1,00	92,22	93,22	
Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Touris-mus und Veranstaltungs-management	3,00	5,27	8,27	4,00	3,77	7,77	3,00	2,77	5,77	
Jugend-, Senioren-, Frauen- und Integrations-arbeit	2,00	2,00	4,00	1,00	2,00	3,00	1,00	2,00	3,00	
Zusammen	**8,00**	**124,31**	**132,31**	**7,00**	**123,94**	**130,94**	**6,00**	**106,72**	**112,72**	
Fachbereich 3 - Bürgerdienste										
Recht u. Versicherungen	2,00	0,65	2,65	2,00	0,65	2,65	0,75	0,65	1,40	
Offentliche Ordnung, Verkehr	7,00	22,46	29,46	7,00	22,46	29,46	6,75	21,15	27,90	
Bürgerbüro	1,00	15,67	16,67	0,00	16,71	16,71	0,00	14,76	14,76	
Standesamt	5,00	3,50	8,50	5,00	3,50	8,50	1,63	3,50	5,13	
Untere Bauaufsichts-behörde	1,00	3,75	4,75	1,00	3,75	4,75	1,00	2,90	3,90	
Zusammen	**16,00**	**46,03**	**62,03**	**15,00**	**47,07**	**62,07**	**10,13**	**42,96**	**53,09**	

Bezeichnung des Teilhaushaltes	Zahl der Stellen 2019/2020			Zahl der Stellen 2018			Zahl der am 30. Juni 2018 tatsächlich besetzten Stellen			Vermerke Erläute-rungen
	Beamtinnen / Beamte	Beschäftigte	insgesamt	Beamtinnen /Beamte	Beschäftigte	insgesamt	Beamtinnen /Beamte	Beschäftigte	insgesamt	
Fachbereich 4 - Öffent-liche Einrichtungen										
Verwaltung öffentliche Einrichtungen	2,00	2,56	4,56	2,00	2,56	4,56	2,00	2,56	4,56	
Betrieb öffentliche Ein-richtungen	0,00	41,00	41,00	0,00	42,00	42,00	0,00	39,00	39,00	
Öffentliches Grün und Friedhöfe	0,00	55,00	55,00	0,00	51,00	51,00	0,00	50,00	50,00	
Forstwirtschaft	1,00	9,00	10,00	1,00	8,00	9,00	1,00	8,00	9,00	
Zusammen	**3,00**	**107,56**	**110,56**	**3,00**	**103,56**	**106,56**	**3,00**	**99,56**	**102,56**	
Fachbereich 5 - Technische Dienste										
Bauverwaltung, Städte-bauförderung	5,00	9,50	14,50	5,00	9,50	14,50	4,75	9,04	13,79	
Stadtplanung und -ent-wicklung	0,00	6,78	6,78	0,00	6,78	6,78	0,00	6,78	6,78	
Vermessung und Geo-Information	1,00	4,00	5,00	1,00	4,00	5,00	1,00	4,00	5,00	
Straßen-, Brücken- und Kanalbau	0,00	10,82	10,82	0,00	10,82	10,82	0,00	8,65	8,65	
Technisches Gebäude- und Projektmanagement	0,00	42,84	42,84	0,00	42,84	42,84	0,00	39,14	39,14	
Zusammen	**6,00**	**73,94**	**79,94**	**6,00**	**73,94**	**79,94**	**5,75**	**67,61**	**73,36**	
Insgesamt	**69,00**	**403,74**	**472,74**	**71,00**	**398,41**	**469,41**	**57,29**	**352,91**	**410,20**	

Auszubildende

Auszubildende
Stand: Februar 2019

A. Beamte

Stadtinspektoranwärter/innen

6

B. Beschäftigte

Verwaltungsfachangestellte

4

2019/671
Beschlussvorlage
öffentlich

Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020 hier: Fortsetzung der Haushaltsberatungen

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N

Beschlussentwurf

Sachverhalt

Der Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 wurde in der Hauptausschusssitzung am 11.12.2018 erstmals vorgestellt. Der damalige Entwurf basierte noch auf dem vom Stadtrat beschlossenen Haushaltssanierungsplan, der für 2019 eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes um 45 Prozentpunkte auf 650% und eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Prozentpunkte auf 470% vorgesehen hatte. Beide Erhöhungen standen auch in den Stadtratssitzungen am 29.11. und 13.12.2018 zur Beratung und Beschlussfassung an, wurden jedoch wieder von der Tagesordnung zurückgezogen. Stattdessen wurde die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der ohne eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer auskommt.

Wie in der Sitzung am 11.12.2018 ebenfalls ausgeführt, war zum damaligen Zeitpunkt die vom Fachdienst Personalmanagement durchgeführte Überprüfung hinsichtlich des von verschiedenen Fachdiensten angemeldeten Personalmehrbedarfs noch nicht abgeschlossen. Zwischenzeitlich ist dies geschehen.

Der nun vorliegende Haushaltsentwurf berücksichtigt sowohl die hieraus resultierenden Personalmehrkosten (2019: + 221.000 €; 2020: + 666.000 €) als auch die Mindereinnahmen aus den unterbliebenen Steuererhöhungen (ca. 650.000 €).

Um trotzdem das Ziel eines genehmigungsfähigen Haushaltes zu erreichen, mussten an anderer Stelle Ausgabeansätze gekürzt bzw. Einnahmenansätze erhöht werden. Im wesentlichen sind hier folgende Änderungen zu erwähnen:

1.) Ausgabenseite

1.1.)
Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)

2019: - 400.000 €

2020: - 1.000.000 €

Der ursprüngliche Ansatz bei den Kassenkreditzinsen belief sich in 2019 auf 1,7 Mio. € und in 2020 auf 1,8 Mio. €. Diese Summen basierten auf den maximal zulässigen Kassenkrediten von 112 Mio. € in 2019 und 122 Mio. € in 2020 (gem. Haushaltsplan). Aufgrund des hohen Gewerbesteueraufkommens in 2018 ist es jedoch realistischer, dass der Kassenkreditbedarf nicht steigen sondern eher sinken wird. Der derzeitige Kassenkreditstand beträgt 88 Mio. €. Zwei Kassenkredite über zusammen 10 Mio. € laufen am 30.06.2019 aus, so dass sich der Kassenkreditstand - sofern keine Neuaufnahme notwendig wird - auf 78 Mio. € verringert. Die tatsächlich zu zahlenden Kassenkreditzinsen werden daher in 2019 nur rd. 1 Mio. € betragen. Unter Hinzurechnung eines Sicherheitspuffers von 300.000 € für Eventualitäten ergibt sich ein Ansatz von 1,3 Mio. €.

Ab 2020 greift der Saarlandpakt. Nach bisherigem Kenntnisstand wird das Land die Hälfte der am 31.12.2017 vorhandenen kommunalen Kassenkredite, max. jedoch 1 Mrd. € übernehmen. Auf Völklingen bezogen sind dies rd. 47,4 Mio. €. Wenn man Ende 2019 von einem Kassenkreditstand von 78 Mio. € ausgeht, verbleiben nach Abzug der 47,4 Mio. € rd. 30,6 Mio. € Kassenkredite bei der Stadt. Die Zinsen hierfür belaufen sich je nach Berechnungsmethode auf ca. 500.000 €. Unter Hinzurechnung eines Sicherheitspuffers von 300.000 € für unvorhersehbare Eventualitäten ergibt sich ein Ansatz von 800.000 € (gegenüber vorher 1.800.000 EUR).

1.2.)
USK 63000.51200 (Sanierung von Brücken und Stützmauern)

2019: - 200.000 €

Der Ansatz für die Sanierung von Brücken und Stützmauern wird von 400.000 € auf 200.000 € reduziert, da aus 2018 noch übertragbare Reste in Höhe von rd. 500.000 € zur Verfügung stehen.

1.3.)
Energiekosten

2019: - 100.000 €
2020: - 100.000 €

Auf der Grundlage der Vorjahresergebnisse konnte bei verschiedenen städtischen Gebäuden der Ansatz bei den Energiekosten um insgesamt 100.000 € reduziert werden.

1.4.)
USK 42100.53000 (Miete Wohnraum Flüchtlinge u. Asylbewerber)

2019: - 40.000 €
2020: - 40.000 €

Auf der Grundlage der zu erwarteten Ausgaben konnte der Ansatz von 300.000 € auf 260.000 € reduziert werden.

1.5.)
USK 42100.55290 (Sonstige Aufwendungen Flüchtlinge u. Asylbewerber)

2019: - 20.000 €
2020: - 20.000 €

Auf der Grundlage der zu erwarteten Ausgaben konnte der Ansatz von 100.000 € auf 80.000 € reduziert werden.

1.6.)
USK 42100.67510 (Verwalterkosten GSW)

2019: - 40.000 €
2020: - 40.000 €

Die Verwalterkosten entfallen ab 2019.

2.) Einnahmenseite

2.1)
Änderung Berechnungsblatt für 2019 wegen Senkung Gewerbesteuerumlage

2019: + 190.000 €

Das Berechnungsblatt zur Ermittlung des zahlungsbezogenen Defizits für 2019 wurde vom Ministerium für Inneres, Bauen und Sport noch einmal geändert. Grund hierfür ist die auf 2019 vorgezogene Senkung der Gewerbesteuerumlage um 4,5 Prozentpunkte.
(Anmerkung: Es handelt sich hier nicht um eine echte Mehreinnahme; tatsächlich erhöht sich hier nur die sogenannte Normalentwicklung im Berechnungsblatt.)

2.2)
Ansatz Vergnügungssteuer

2019: + 100.000 €
2020: + 100.000 €

Bei der Vergnügungssteuer belief sich das Istaufkommen in 2018 auf 1,87 Mio. €. Trotzdem wurde der Ansatz im Hinblick auf evtl. anstehende Spielcasinoschließungen ursprünglich auf 1,6 Mio. € reduziert. Da bis heute nicht klar ist, wann die Schließungen tatsächlich kommen, wird der Ansatz wieder auf 1,7 Mio. € angehoben.

Mit den vorstehenden Änderungen wird das Ziel eines genehmigungsfähigen Doppelhaushaltes erreicht. Gleichzeitig werden damit die Voraussetzungen für den weiteren Erhalt von Mitteln aus dem kommunalen Entlastungsfonds (KELF-Mittel) erfüllt. Die entsprechenden Berechnungsblätter finden sich als Anlage im nachfolgenden TOP "Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis zum Jahr 2022".

Unklar ist derzeit, wie ab 2019 die Verteilung der Bundeserstattungen zu den Flüchtlingskosten an die Gemeinden erfolgen soll. Bisher erfolgte dies über einen gesonderten Zuschuss. Nun ist aber angedacht, diese Mittel über einen erhöhten Umsatzsteueranteil den Gemeinden zukommen zu lassen. Das Problem hierbei ist, dass die Einnahmen aus dem Umsatzsteueranteil bei der Feststellung der Erreichung des Sanierungszieles nach den Berechnungsblättern der Normalentwicklung unterliegen, d.h. Mehreinnahmen beim Umsatzsteueranteil bleiben bei der Berechnung des zahlungsbezogenen Defizits aktuell außen vor. Der bisher gezahlte gesonderte Zuschuss stellte dagegen eine Einzahlung dar, die direkt in die Berechnung des zahlungsbezogenen Defizits einging. So sind im aktuellen Haushaltsentwurf für 2019 300.000 € und in 2020 260.000 € als Einnahme veranschlagt. Ein Wegfall dieser Einnahmeposition würde daher das Defizit nach den Berechnungsblättern um den gleichen Betrag erhöhen.

Wie oben unter Punkt 1.1. ausgeführt, greift ab 2020 der Saarlandpakt, was auf der einen Seite bedeutet, dass das Land ca. die Hälfte der kommunalen Kassenkredite übernimmt. Auf der anderen Seite muss die Stadt aber auch ab 2020 die bei ihr verbliebenen Kassenkredite über 45 Jahre tilgen. Ausgehend von den oben genannten rd. 30,6 Mio. € Kassenkrediten ergibt sich eine jährliche Tilgungsrate von 680.946 €, die als zusätzliche Ausgabe hinzukommen. Wie dies jedoch genau ablaufen soll und ob z.B. die vorweggenommenen Rückzahlungen von Kassenkrediten in 2018 und 2019 hierauf angerechnet werden können, ist derzeit noch gänzlich ungeklärt.

Der nun vorliegende Ergebnisplan 2019 weist ein jahresbezogenes Defizit in Höhe von rd. 7 Mio. € aus.In 2020 steigt das Defizit im Ergebnisplan auf rd. 10,8 Mio. €. Der Gesamtergebnisplan ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Bezüglich des Investivhaushaltes findet am 11.03.2019 noch eine Besprechung beim Landesverwaltungsamt statt. Im Anschluss an diese Besprechung wird der Entwurf des Investitionsprogramms zur Sitzung nachgereicht.

Der Ortsrat des Gemeindebezirkes Lauterbach hat in seiner Sitzung am 30.01.2019 mehrere Anträge zum Haushalt 2019/2020 gestellt. Diese Anträge sowie die dazugehörigen Kostenermittlungen - soweit hier vorliegend - sind dieser Vorlage ebenfalls als Anlage beigefügt.

Weitere Erläuterungen können in der Sitzung gegeben werden.

Anlage/n

- Gesamtergebnisplan (öffentlich)
- Anträge OR Lauterbach zum Haushalt 2019/2020 (öffentlich)
- Kostenermittlungen zu den Anträgen des OR Lauterbach (öffentlich)

Mittelstadt Völklingen
Kernhaushalt

Ergebnishaushalt 2019 / 2020

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
		in EUR						
	Steuern und ähnliche Abgaben	45.063.946,44	43.797.000	49.075.000	49.957.500	50.847.500	51.807.500	52.007.500
	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	25.842.798,72	25.900.625	26.633.240	24.700.297	24.666.297	24.776.297	24.988.297
	sonstige Transfererträge	10.284,56	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300	10.300
	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.438.220,36	7.542.696	7.780.471	7.729.053	7.678.053	7.628.053	7.578.053
	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.343.789,80	1.345.570	1.312.670	1.258.670	1.228.670	1.229.670	1.229.670
	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.709.158,36	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140	1.657.245
	sonstige ordentliche Erträge	2.588.427,79	2.366.088	2.530.688	2.530.798	2.520.788	2.520.788	2.520.788
	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Summe der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	***83.996.626,03***	***82.281.359***	***89.046.411***	***87.820.615***	***88.598.019***	***89.636.748***	***89.991.853***
	Personalaufwendungen	23.285.338,22	25.776.245	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485	29.123.240
	Versorgungsaufwendungen	2.149.673,47	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426	2.561.219
	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.254.550,11	12.789.750	14.099.011	14.737.509	14.363.390	14.296.836	14.505.934
	bilanzielle Abschreibungen	0,00	9.185.874	9.561.492	9.734.599	9.734.599	9.734.869	9.734.869
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	35.350.587,80	34.696.364	35.599.350	36.403.517	37.192.517	37.887.517	38.602.517
	Soziale Sicherung	0,00	0	0	0	0	0	0
	sonstige ordentliche Aufwendungen	4.572.594,11	4.417.110	4.654.322	4.523.791	4.455.405	4.508.416	4.494.001
	Summe der Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	***77.612.743,71***	***89.215.531***	***92.127.621***	***94.988.621***	***96.017.484***	***97.397.549***	***99.021.780***
	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	**6.383.882,32**	**-6.934.172**	**-3.081.210**	**-7.168.006**	**-7.419.465**	**-7.760.801**	**-9.029.927**
	Finanzerträge	1.060.778,50	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700	225.700
	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.109.601,40	4.791.000	4.115.650	3.850.600	3.975.550	4.105.500	4.220.450
	Finanzergebnis	***-3.048.822,90***	***-4.519.000***	***-3.885.950***	***-3.621.900***	***-3.747.850***	***-3.878.800***	***-3.994.750***
	Jahresergebnis	**3.335.059,42**	**-11.453.172**	**-6.967.160**	**-10.789.906**	**-11.167.315**	**-11.639.601**	**-13.024.677**

Niederschriftsauszug

Sitzung des Ortsrates des Gemeindebezirkes Lauterbach vom 30.01.2019

Top 3 Beschlüsse über die Haushaltsanträge der Fraktionen

Beschluss

Es wird beschlossen, die in der Anlage beigefügten Anträge der Fraktionen des Ortsrates Lauterbach in den Haushalt 2019/2020 der Stadt Völklingen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	0

CDU **Fraktion im Ortsrat**
Gemeindebezirk Lauterbach
Fraktionssprecher
Thomas Rouget
Alter Kirchweg 5
66333 Völklingen
Tel.: 06802-673

Thomas Rouget . Alter Kirchweg 5 . 66333 Völklingen

Frau Oberbürgermeisterin
Christiane Blatt
Neues Rathaus

66333 Völklingen

mit der Bitte um Weitergabe an die im Rat vertretenen Fraktionen

Völklingen, den 19.12.2018

Anträge des CDU-Fraktion im Ortsrat des Gemeindebezirks Lauterbach für das Investitionsprogramm zum Haushalt 2019 – 2020

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Ortsrat des Gemeindebezirks Lauterbach beantragt, nachfolgende Punkte in das Investitionsprogramm zum Haushalt 2019-2020 aufzunehmen.

- Sanierung und Neugestaltung des Glashüttenplatzes.
- Weiterführung der Ausbaumaßnahme Paulinusplatz, nach bereits vorliegender Planung bis zur Hauptstraße, Schaffung einer Sichtachse von Hauptstraße zur Kirche.
- Fertigstellung und Weiterführung der Verkehrsberuhigung in der Kreuzwaldstraße.
- Bürgerfreundliche, barrierefreie Gestaltung des Friedhofs in Lauterbach, wie bereits mit Vertretern des Fachbereichs besprochen.
- Erhalt der Grünschnittsammelstelle Lauterbach über das Jahr 2019 hinaus.
- Regulierung des Oberflächenwassers, durch den Einbau geeigneter Auffangsysteme an den jeweiligen Enden der Fischbachstraße, Straße zum Flachstal und der Wiesenstraße.
- Anschaffung von mobil-stationären Geschwindigkeitsmessstationen für den Gemeindebereich Lauterbach.

- Übernahme der verbleibenden Renovierungskosten, über den von Seiten des Denkmalschutzes bewilligten Betrag, zur Sanierung des Bergarbeiterdenkmals, auf dem alten Friedhof der Kirche in Lauterbach.
- Übertragung des Geländes der GWS (Gemeinnützige-Städtische-Wohnungsbaugesellschaft mbh) gegenüber der Kirche, wie vom zuständigen Fachbereich vorgeschlagen an die Stadt Völklingen, um auf diesem Gelände geeignete Parkmöglichkeiten an der Kirche zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Rouget
Fraktionssprecher

Anlage zu TOP 8.

Stadt Völklingen
Gemeindebezirk Lauterbach
Der Ortsvorsteher
Dieter Peters
Hauptstr. 252
66333 Völklingen
Tel. 06802/1392
E-Mail ortsvorsteher@lauterbach-warndt.de

Dieter Peters · Hauptstr. 252 · 66333 Völklingen

Frau Oberbürgermeisterin
Christiane Blatt
Neues Rathaus

66333 Völklingen

Lauterbach, 17.12.2018

Antrag: Bürgersteigausbau und Verkehrsberuhigung in der Kreuzwaldstraße

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Auftrag des Ortsrates von Lauterbach beantrage ich das Anlegen eines Bürgersteiges in der Kreuzwaldstraße auf der rechten Seite zwischen Hirschbrunnenstraße und Felsenbrunnerstraße. Derzeit gibt es dort nur einen Parkstreifen. Im Bereich der Baumscheiben soll dieser Parkstreifen um die Bäume herumgeführt werden, so dass ein Bürgersteig entsteht wie oberhalb der Hirschbrunnenstraße. Damit wird gleichzeitig eine Verkehrsberuhigung erreicht.

Einbauten zur Verkehrsberuhigung (Steininseln) sollen in diesem Bereich aber auch, dort wo es möglich ist, auf der linken Seite erfolgen, da sich der rein einseitige Einbau von Verkehrsinseln nur eingeschränkt bewährt hat. Autofahrer, die aus Richtung Kreuzwald kommen reduzieren ihre Geschwindigkeit oft nicht, da sie kein Hindernis auf ihrer Seite haben.

Zur Verkehrsberuhigung und zur Klarheit für die Anwohner sollen aber auch Parkstreifen und Parkplätze markiert werden. Besonders bewährt hat sich der Einbau der Schwelle am Ortseingang, deshalb sollte der Einbau einer Schwelle zwischen Hirschbrunnenstraße und Felsenbrunnerstraße ebenfalls in Betracht gezogen werden.

Besonders betonen möchte ich aber noch einmal, dass die Herstellung eines gut begehbaren Bürgersteiges in der oberen Kreuzwaldstraße sehr wichtig ist besonders für die Sicherheit von Kindern und für Menschen, die in ihrer Bewegung eingeschränkt sind.

Ich bitte Sie Frau Oberbürgermeisterin, die dafür notwendigen Gelder in den nächsten Haushalt einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Peters
Ortsvorsteher

Stadt Völklingen
Gemeindebezirk Lauterbach
Der Ortsvorsteher
Dieter Peters
Hauptstr. 252
66333 Völklingen
Tel. 06802/1392
E-Mail ortsvorsteher@lauterbach-warndt.de

Dieter Peters · Hauptstr. 252 · 66333 Völklingen

Frau Oberbürgermeisterin
Christiane Blatt
Neues Rathaus
66333 Völklingen

Völklingen-Lauterbach, 19.12.18

Antrag: Teilsanierung des Schulhofes der Grundschule Lauterbach und die Schaffung neuer Spielmöglichkeiten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Januar hat der Ortsrat von Lauterbach mit Vertretern der zuständigen Fachbereiche und der Schulleitung den Schulhof der Grundschule Lauterbach besichtigt. Es wurde dabei festgestellt, dass ein Drittel des Schulhofes nicht mehr verkehrssicher ist. Die defekten Asphaltbeläge (Sturzgefahr) müssen entfernt werden. An der Stelle könnte ein Fallschutz aufgebracht werden. Kleinere Mängel wurden beseitigt und z.B. ein Sitzbereich gesichert.

Als neues Spielgerät wurde eine Kletterpyramide vorgeschlagen. Es könnten auch noch ein kleiner aus Seilen bestehender Kletterparcours eingerichtet werden. Eltern, Kinder, Lehrer und Erzieher sollten in die Planung mit einbezogen werden.

An der Finanzierung kann sich sicherlich der Förderverein der Schule beteiligen. Die Erweiterung der Spielmöglichkeiten könnte auch in das LEADER-Programm passen.

Ich bitte Sie Frau Oberbürgermeisterin, die benötigten Gelder dafür im nächsten Haushalt bereit zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Peters
Ortsvorsteher

Stadt Völklingen
Gemeindebezirk Lauterbach
Der Ortsvorsteher
Dieter Peters
Hauptstr. 252
66333 Völklingen
Tel. 06802/1392
E-Mail ortsvorsteher@lauterbach-warndt.de

Dieter Peters · Hauptstr. 252 · 66333 Völklingen

Frau Oberbürgermeisterin
Christiane Blatt
Neues Rathaus
66333 Völklingen

Völklingen-Lauterbach, 19.12.18

Antrag: Bau eines Pumtracks in Lauterbach

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

ich schlage vor, dass wir in Lauterbach einen Pumptrack bauen. Das Gelände dafür ist hinter der Lauterbachhalle vorhanden.

Was ist ein Pumptrack?
Ein Pumptrack ist ein geschlossener Rundkurs mit Wellen, Steilkurven und Sprüngen.
Beim Fahren auf einem Pumptrack wird Geschwindigkeit ausschließlich durch Gewichtsverlagerung und gezielte Zieh- und Drückbewegungen aufgebaut. Mit ein wenig Übung kann der Track ganz ohne Pedalumdrehung durchfahren werden.

Jeder, der Rad fahren kann, kann auch auf einem Pumptrack fahren.

Das gezielte Be- und Entlasten – das sogenannte „Pumping" – funktioniert auch mit anderen Sportgeräten. So kann ein Pumptrack auch mit Skateboard, Longboard, Inlineskates oder Scooter befahren werden. Selbst mit dem Laufrad können Kleinkinder ihre motorischen Fähigkeiten auf dem Pumptrack trainieren.

Langfristig interessant bleibt ein Pumptrack auch für versierte Fahrer, die ihr Können immer wieder von neuem unter Beweis stellen und immer ausgefeiltere Tricks präsentieren. Ein Pumptrack wird in der Regel in Intervallen zwischen einer und fünf Minuten am Stück befahren, gefolgt von einer Pause, um sich auf die nächste Fahrt vorzubereiten. Diese wird meist genutzt um sich auszutauschen und mit anderen ins Gespräch zu kommen. Es findet ein ungezwungener, generationsübergreifender Austausch statt.

Ein Pumptrack dient neben den sportlichen Aspekten als Treffpunkt und schafft vor allem durch die große Bandbreite hinsichtlich des Alters und der sportlichen Fähigkeiten der Nutzer ein positives soziales Umfeld. Durch seine Niederschwelligkeit ist ein Pumptrack auch für Familien mit Kindern ein attraktives Kurzausflugsziel (Informationen entnommen von der Internetseite pumptrack.de)

Der Bau einer solchen Anlage ist ein sehr gutes Projekt, das im Rahmen von LEADER gebaut werden kann. Es ist auch kein Projekt nur für Lauterbach, denn es ist zu erwarten, dass aus allen umliegenden Gemeinden der Pumptrack genutzt wird. Nach meiner Kenntnis wäre es in der Region zudem einmalig. Beachtenswert ist auch, dass es ein Projekt für Kinder und Jugendliche, junge Familien ist, so dass diese sich auch am Bau der Anlage beteiligen können, idealerweise sogar mit Vätern und Müttern gemeinsam.

Die Vorfinanzierung müsste allerdings durch die Stadt Völklingen erfolgen. Die Summe, die gebraucht wird, hängt wesentlich von der Größe und Beschaffenheit des Pumptracks ab (20 bis 100 000 EURO).

Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte sie dieses Projekt zu unterstützen. Zumindest aber sollten für dieses und andere Projekte, die im Rahmen der neuen Förderperiode von LEADER, geplant sind Im neuen Haushalt bereitgestellt werden.

Freundliche Grüße

Dieter Peters
Ortsvorsteher

Betreff: Antrag der SPD Fraktion Lauterbach Rundwanderweg
Von: Erik Roskothen <erik.roskothen@spd-voelklingen.de>
Datum: 16.01.2019, 18:52
An: ob@voelklingen.de, Ratsangelegenheiten <ratsangelegenheiten@voelklingen.de>, Dieter Peters <peters--dieter@web.de>

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

für den Doppelhaushalt 2019/20 der Stadt Völklingen beantragt die SPD Ortsratsfraktion folgende Maßnahme im Stadtteil Lauterbach

- Schaffung eines attraktiven Rundwanderwegs um Lauterbach
  - Hierzu sollen zunächst die Voraussetzungen ernsthaft geprüft werden und Lösungen für Probleme der Besitzverhältnisse und der Verkehrssicherungspflicht gesucht werden
  - Für die Finanzierungen sollen LEADER Mittel akquriert werden, eine ausreichende Vorfinanzierung muss gesichert sein.
  - Der Rundwanderweg soll in seiner Qualität ausreichend sein, um in saarländischen Wanderführern aufgenommen zu werden.
  - Anschlüsse an vorhandene Wege (Karlsbrunn) oder attraktive Ziele in Frankreich (z.b. Creutzwalder Weiher oder Carriere Barrois in L'Hopital) sind denkbar.
  - Das Waldgebiet um Lauterbach bietet auch selbst eine interessante Landschaft (Warndtweiher, Weinbrunn) die für die Schaffung eines solchen Weges geeignet ist.

Freundliche Grüße,

Erik Roskothen

--
SPD Lauterbach
Erik Roskothen
Fröbelstr. 7
66333 Völklingen

Tel. 06802/91045
Fax 06802/175 00 46
mob. 0173/6657745

Betreff: Antrag der SPD Fraktion Lauterbach
Von: Erik Roskothen <erik.roskothen@spd-voelklingen.de>
Datum: 16.01.2019, 18:34
An: ob@voelklingen.de, Ratsangelegenheiten <ratsangelegenheiten@voelklingen.de>, Dieter Peters <peters--dieter@web.de>

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

für den Doppelhaushalt 2019/20 der Stadt Völklingen beantragt die SPD Ortsratsfraktion folgende Maßnahme im Stadtteil Lauterbach

- Schutz der Sackgassen Wiesenstr./Fischbachstr./Flachstal/Spitteler Str. vor Starkregen wie in der Ortsratssitzung vor Ort besprochen

Freundliche Grüße,

Erik Roskothen

--
SPD Lauterbach
Erik Roskothen
Fröbelstr. 7
66333 Völklingen

Tel. 06802/91045
Fax 06802/175 00 46
mob. 0173/6657745

Betreff: Antrag der SPD Fraktion Lauterbach zur Attraktivierung des Ortskerns
Von: Erik Roskothen <erik.roskothen@spd-voelklingen.de>
Datum: 16.01.2019, 18:28
An: ob@voelklingen.de, Ratsangelegenheiten <ratsangelegenheiten@voelklingen.de>, Dieter Peters <peters--dieter@web.de>

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

für den Doppelhaushalt 2019/20 der Stadt Völklingen beantragt die SPD Ortsratsfraktion folgende Maßnahme im Stadtteil Lauterbach

Konzepterstellung "Lebendiges Lauterbach" zur Schaffung von Wohnraum im Ortskern.

Dieses Konzept soll Maßnahmen untersuchen wie:

- Kauf von maroden Häusern
- Abriss oder Kernsanierung
- Schaffung von Bauplätzen und Wohnungen
- Veräußerung der Immobilien und Grundstücke

Kerngebiet dieser Maßnahmen soll die Hauptstraße und die angrenzenden Nebenstraßen sein, außerhalb der Neubauabschnitte.

Ob die Realisierung durch die Stadt selbst oder eine Tochtergesellschaft durchgeführt wird soll ebenso in diesem Konzept untersucht werden.

Wir bitten im Haushalt zunächste Mittel für die Erstellung dieses Konzeptes einzustellen.

Freundliche Grüße,

Erik Roskothen

--
SPD Lauterbach
Erik Roskothen
Fröbelstr. 7
66333 Völklingen

Tel. 06802/91045
Fax 06802/175 00 46
mob. 0173/6657745

Betreff: Antrag der SPD Fraktion
Von: Erik Roskothen <erik.roskothen@spd-voelklingen.de>
Datum: 16.01.2019, 18:19
An: ob@voelklingen.de, Ratsangelegenheiten <ratsangelegenheiten@voelklingen.de>, Dieter Peters <peters--dieter@web.de>

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

für den Doppelhaushalt 2019/20 der Stadt Völklingen beantragt die SPD Ortsratsfraktion folgende Maßnahme im Stadtteil Lauterbach:

Sanierung und Umgestaltung des Schulhofes (wie bereits früher beantragt)

- Sanierung der Asphaltdecke und teilweise Entsiegelung
- Schaffung einer Regenpausenhalle (die ersatzlos gestrichen wurde)
- Neugestaltung der Verzaunung
- Umgestaltung der Lehrerparkplätze
- Sicherer Fußweg für Kinder

Wir bitten, ein Konzept im Ortsrat zur Diskussion zu stellen.

Freundliche Grüße,

Erik Roskothen

--
SPD Lauterbach
Erik Roskothen
Fröbelstr. 7
66333 Völklingen

Tel. 06802/91045
Fax 06802/175 00 46
mob. 0173/6657745

Betreff: Fwd: OR Lauterbach: Sanierung des Glashüttenplatzes
Von: Erik Roskothen <erik.roskothen@spd-voelklingen.de>
Datum: 16.01.2019, 18:15
An: Nicole Appel <nicole.appel@voelklingen.de>

Hallo Frau Appel,

diesen Antrag haben SIe nicht aufgenommen.

Ich formuliere noch zwei weitere Anträge schriftlich, die ich in der Sitzung vorgetragen hatte.

Gruß,

Erik Roskothen

-------- Weitergeleitete Nachricht --------
Betreff:OR Lauterbach: Sanierung des Glashüttenplatzes
Datum: Mon, 3 Dec 2018 10:47:28 +0100
Von: Erik Roskothen <erik.roskothen@spd-voelklingen.de>
Organisation:SPD Fraktion Völklingen
An: Dieter Peters <peters--dieter@web.de>, Ratsangelegenheiten <ratsangelegenheiten@voelklingen.de>
Kopie (CC): Dieter Peters <peters--dieter@web.de>, Gerhard Rouget <Gerhard.Rouget@web.de>, Marc Spengler <marc.spengler@web.de>, Joachim Zenner <klJole@web.de>, erwinspeth@gmx.de <erwinspeth@gmx.de>, Susanne Staehly <staehlysusanne@gmail.com>

Guten Tag Herr Peters,

die SPD Fraktion beantragt für das Haushaltsjahr 2019 die Sanierung des Glashüttenplatzes, wie sie bereits mehrfach besprochen und zugesagt wude. Dazu gehört insbesondere die Erneuerung der Oberfläche, so dass eine ebene Fläche ohne Wasserlöcher entsteht. Im an die Wohnbebauung angrenzenden Bereich wird aktuell regelmäßig Boule gespielt. Die Gestaltung soll dies berücksichtigen. Die Freifläche wird ausser bei der Kirmes als Parkplatz genutzt. An der Zerfurchung der Oberfläche kann man vermuten, dass Nachts mit Autos Wendemanöver durchgeführt werden. Zur Vermeidung und zur besseren Raumaufteilung könnte man sich Maßnahmen wie demontierbare Poller vorstellen.

Weiterhin sollen gestalterische Verbesserungen im Bereich der Wertstoffcontainer getroffen werden (Einebnung, Einhausung o.ä.).

In diesem Maßnahmenpaket sollen auch Überlegungen zur Weiterverwendung des Telekomverteilerhauses und zum Ersatz der Überseecontainer der Feuerwehr getroffen werden.

Wir bitten um Erarbeitung eines Konzeptes, Vorstellung und Diskussion im Ortsrat und Aufnahme in den Haushalt 2019. Wenn notwendig bitten wir um Aufnahme eines entsprechenden TOP in die nächste Ortsratssitzung und Beschlußfassung.

Kurzfristig bitten wir darum, die obsolete Durchfahrtsbegrenzung an der Einfahrt Köhlerstraße zurückzubauen und nur den Mast am Brunnen für die Solaranlage stehen zu lassen.

Freundliche Grüße,

Erik Roskothen

--
SPD Fraktion Lauterbach
Erik Roskothen
Fröbelstr. 7
66333 Völklingen

Tel. 06802/91045
Fax 06802/175 00 46
mob. 0173/6657745

Betreff: Antrag an den Haushalt: Lauterbachhalle
Von: Erik Roskothen <erik.roskothen@spd-voelklingen.de>
Datum: 15.01.2019, 17:11
An: ob@voelklingen.de
Kopie (CC): Ratsangelegenheiten <ratsangelegenheiten@voelklingen.de>, Dieter Peters <peters--dieter@web.de>, Gerhard Rouget <Gerhard.Rouget@web.de>, Marc Spengler <marc.spengler@web.de>, Joachim Zenner <klJole@web.de>, Monika Speth <erwinspeth@gmx.de>, Susanne Staehly <staehlysusanne@gmail.com>

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

für den Haushalt 2019/2020 beantragen wir für die SPD Fraktion einige Sanierungs- und Anschaffungsmaßnahmen für die Lauterbachhalle. Nach Rücksprache mit Vereinen und Schule ergaben sich folgende Maßnahmen:

- Installation einer Ton- und Musikanlage (die alte - funktionierende - wurde während der Sanierung ersatzlos abgebaut, div. Angebot lagen bereits vor)
- Einbau einer Sprossenwand in der südlichen Kopfwand (auch diese wurde abgebaut und entsorgt, ohne Ersatz)
- Sanierung der Basketballkörbe (diese lassen sich derzeit nicht mehr bewegen)
- Nutzbarmachung der Ringe und Seile
- Nutzbarmachung der Reckanlage inkl. Bodenhülsen
- Sanierung des Prallschutzes, der alten Geräteraumtore und der alten Türen
- Sanierung der Türen und Zargen zu Duschen/Umkleiden und Toiletten
- Überprüfung und ggf. Austausch der Großgeräte Barren, Stufenbarren, Kästen
- Anschaffung von Leichtmatten für Kinderturnen
- Anschaffung von zusätzlichen 4 Stehtischen zum Hallenmobiliar
- Anschaffung von zwei kleinen Langbänken (2m) für Gymnastikraum
- Verdunklungsmöglichkeiten für JuZ, Vereinsraum, Gastraum
- Edelstahlspritzschutz hinter Spüle in der Küche

Wir bitten, diese Liste zu bewerten und einen entsprechenden Titel in den HH 2019/20 einzusetzen.

Freundliche Grüße,

Erik Roskothen
SPD Fraktion Lauterbach

--
SPD Lauterbach
Erik Roskothen
Fröbelstr. 7
66333 Völklingen

Tel. 06802/91045
Fax 06802/175 00 46
mob. 0173/6657745

Kostenermittlungen zu den Anträgen des Ortsrates Lauterbach zum Haushalt 2019/2020

Lauterbachhalle:

- Installation einer Ton- und Musikanlage 15.000 €

- Einbau einer Sprossenwand
  1 Stück Sprossenwand 319,00 €
  1 Stück Prallschutz Sprossenwand 259,00 €

- Sanierung der Basketballkörbe
  2 Stück Basketball-Wandgerüst Ausladung 225 cm 1.598,00 €

- Nutzbarmachung der Ringe und Seile - Ist instandgesetzt

- Nutzbarmachung der Reckanlage inkl. Bodenhülsen - Ist instandgesetzt

- Sanierung des Prallschutzes 80.000 €

- Sanierung der Türen und Zargen in den Duschen/Umkleiden 22.500 €

- Barren, Stufenbarren und Kästen

  1 Stück Sprungkasten Basic 6-teilig 889,00 €
  1 Stück Männerbarren 4.999,00 €
  1 Stück Jugendbarren 2.799,00 €
  1 Stück Barren Einlegematte 3 teilig 799,00 €
  1 Stück Stufenbarren Club freistehend 4.409,00 €
  1 Stück Einlegematte für Stufenbarren 1.049,00 €
- Leichtmatten für Kinderturnen
  1 Stück Superleicht Turnmatte mal Anzahl x 169,00 €
- 4 Stehtische 800 €
- 2 kleine Langbänke

- 2 Stück Turnbank 2m 558,00 €

- Verdunklungsmöglichkeiten für JuZ, Vereinsraum und Gastraum 20.000 €

- Edelstahlspritzschutz hinter Spüle in Küche 1.000 €

Tiefbaumaßnahmen:

- Sanierung/Neugestaltung Glashüttenplatz 720.000 €

- Verkehrsberuhigung Kreuzwaldstraße 200.000 €

- Wiesenstraße 80.000 €

- Fischbachstraße	15.000 €
- Zum Flachstal	Schäden durch Starkregen sind hier nicht bekannt!
- Spitteler Straße	Schäden durch Starkregen sind hier nicht bekannt!

Grundsätzlich sind bei Starkregen die Straßenabläufe/Abwasserkanäle nicht für die anfallenden Oberflächenwässer ausgelegt. Hierdurch kann es im gesamten Stadtgebiet zu kurzfristigen Überlastungen der Entwässerungseinrichtungen kommen.

2019/671-001
Beschlussvorlage
öffentlich

Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020 hier: Fortsetzung der Haushaltsberatungen

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N

Beschlussentwurf

Sachverhalt

In der Vorlage Nr. 2019/671 wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Entwurf des Investitionsprogramms noch nachgereicht wird, was hiermit geschieht. Wie daraus ersichtlich ist, schließt der Investivhaushaltsentwurf für 2019 bei Investitionen in einer Größenordnung von rd. 17,85 Mio. € mit einer Deckungslücke von rd. 13,4 Mio. € und der Investivhaushaltsentwurf für 2020 bei Investitionen in einer Größenordnung von rd. 15,5 Mio. € mit einer Deckungslücke von rd. 8,7 Mio. € ab, die jeweils über Kreditaufnahmen in gleicher Höhe finanziert werden müssten.

Am 11.03.2019 wurde der Entwurf des Investitionsprogramms mit der Kommunalaufsichtsbehörde beim Landesverwaltungsamt besprochen. Das Landesverwaltungsamt hat bei diesem Termin klar zum Ausdruck gebracht, dass alle veranschlagten Maßnahmen für sich allein betrachtet sicherlich sinnvoll und notwendig sind, insgesamt gesehen das Kreditvolumen jedoch deutlich zu hoch ist.

Gemäß Krediterlass soll die Kreditgenehmigung unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt oder versagt werden. Sie ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht in Einklang stehen. Genau hier sieht das Landesverwaltungsamt das Problem. Gemäß der mittelfristigen Finanzplanung steigt das jährliche zahlungsbezogene Defizit der Stadt bis 2023 auf über 10 Mio. €. Hiervon entfallen allein rd. 4 Mio. € auf die Tilgung von Investitionskrediten und rd. 3 Mio. € auf die Zinsen für diese Kredite. Gemäß Konsolidierungserlass soll das zahlungsbezogene Defizit Ende 2024 eigentlich bei Null liegen. Über das Jahr 2024 hinaus soll zusätzlich erreicht werden, dass die Erträge die Aufwendungen übersteigen. Für das Landesverwaltungsamt ist derzeit nicht erkennbar, wie die Stadt Völklingen dieses Ziel auch nur annäherend ereichen kann.

Nach längerer Diskussion wurde seitens des Landesverwaltungsamtes für 2019 ein Kreditvolumen von rd. 5 Mio. € und für 2020 ein Kreditvolumen von rd. 3,4 Mio. € als akzeptabel anerkannt. Diese Summen errechnen sich aus der nach dem Krediterlass grundsätzlich zulässigen Kreditaufnahme von rd. 1,78 Mio. € zuzüglich der

Sondertatbestände Neues Rathaus, Kindertagesstätten und Straßenbeleuchtung (LED Umstellung). Im Gegensatz zu den Vorjahren werden Investitionen in Schulen und Feuerwehr nicht mehr als Sondertatbestände anerkannt, wobei das Landesverwaltungsamt darauf hingewiesen hat, dass diesbezüglich die Oberste Kommunalaufsichtsbehörde bei Ministerium für Inneres, Bauen und Sport das letzte Wort hat.

Der Entwurf des Investitionsprogramms wird hiermit zur Diskussion gestellt.

Bei dem bereits übersandten Entwurf des Ergebnishaushaltes haben sich zwischenzeitlich noch folgende Änderungen ergeben:

1.)
Aufgrund kürzlich der Stadt vom Finanzamt Saarbrücken übersandter neuer Gewerbesteuermessbescheide muss der Haushaltsansatz bei der Gewerbesteuer in 2019 auf 18 Mio. € reduziert werden. Für die Jahre 2020 ff bleibt es bei einem Ansatz von 20 Mio. €. Hieraus ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung in 2019 um rd. 1,72 Mio. €. Auf die Berechnung des strukturellen Defizits für 2019 nach den Berechnungsblättern hat dies jedoch nur geringe Auswirkungen, da dort, wie bereits mehrfach ausgeführt, u.a. bei der Gewerbesteuer mit Durchschnittszahlen gerechnet wird (sogenannte Normalentwicklung). Weitere Erläuterungen hierzu können in der Sitzung gegeben werden.

2.)
Im Haushalt 2020 sind für das Landesturnfest in Völklingen 50.000 € eingestellt worden. Das Landesturnfest soll nun aber erst 2022 in Völklingen stattfinden. Die Mittel hierfür wurden daher ebenfalls nach 2022 verschoben.

3.)
Im Berechnungsblatt zur Berechnung des strukturellen Defizits für 2021 war bei der Grundsteuer für 2017 anstatt eines Hebesatzes von 565 fälschlicherweise ein Hebesatz von 560 aufgeführt. Dies wurde korrigiert. Da hierdurch das Sanierungsziel in 2021 um 65.000 € verfehlt wurde, mussten bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bzw. bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zum Ausgleich entsprechende Mittelkürzungen vorgenommen werden.

Der geänderte Gesamtergebnisplan ist dieser Vorlage beigefügt.

Anlage/n

- Investitionsprogramm 2017 bis 2022 (öffentlich)
- Gesamtergebnisplan (öffentlich)

Investitionsprogramm 2017 bis 2022 bzw. "Investiver Finanzhaushalt" 2019 und 2020, Entwurfsstand: 18.03.2019, abgestimmt mit den jeweiligen Fachdiensten

11/14 | 21 | 24 | 25/26 | 32/33 | 42/43 | 44 | 51/54 | 52/53 | 55

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
00100		Stadtrat, Ortsräte, Beiräte und Ratsarbei															
00100.93500	00	Ratsinformationssystem	14	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
02000		Hauptamt															
02000.93540	00	Telekommunikationsanlage	14	120.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
02000.94010	00	Austausch von aktiven Systemkomponenten	14	30.000	0	30.000	0	**20.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	0	0
02000.94100	00	Umfassende Sanierung inklusive Elektroin-stallation - Neues Rathaus - Flachbau	55														
		- Elektrotechnik / Notstromversorgung		200.000	0	200.000 VE aus 2017 zu	0 Lasten 2018	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Kälteanlage mit Rückkühlung		0	0	0	0	900.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Stadtarchiv		0	0	0	0	170.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Arrondierung Rechenzentrum		0	0	0	0	300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Trinkwasserleitungen		0	0	0	0	0	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Löschwasserleitungen		0	0	0	0	0	0	665.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Sprinkleranlagen		0	0	0	0	0	0	0	0	215.000	0	0	0	0	0
		- Sicherheitsbeleuchtung		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sonnenschutz		0	0	0	0	0	0	180.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Renovierung der Etagen		0	0	0	0	0	0	0	0	850.000	0	850.000	0	8.800.000	0
05300		Bürgeramt															
05300.93530	00	Beschaffung eines neuen Kassensystems	33	0	0	0	0	35.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
06000		Elektronische Datenverarbeitung															
06000.93501	00	Beschaffung von Präsentationstechnik	14	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
06000.93510	00	Beschaffung von Servern	14	25.000	0	20.000	0	**30.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	0	0
06000.93511	00	Beschaffung eines zentralen Speichersystems	14	30.000	0	10.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0
06000.93520	00	Beschaffung und Ausbau der Datenbank "ORACL	14	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
06000.93540	00	Beschaffung von Personalcomputern	14	10.000	0	10.000	0	**10.000**	0	**0**	0	**0**	0	**0**	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
06000.93570	00	Beschaffung eines elektronischen Archi-vierungs- u. Dokumentenmanagementsystems	14	10.000	0	10.000	0	**15.000**	0	**15.000**	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
06000.93580	00	Präsentation der Stadt im Internet - Onlinezugangsgesetz	14	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0
06000.93581	00	Elektronische Verwaltung	14	10.000	0	10.000	0	**110.000**	0	**110.000**	0	**40.000**	0	**40.000**	0	0	0
06000.93582	00	Erwerb von Softwarelizenzen	14	10.000	0	10.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0		0	0	0
06000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	14	25.000	0	25.000	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
06000.94000	00	Bau eines Container-Rechenzentrums im ersten Untergeschoss des Neuen Rathauses	14	0	0	0	0	**400.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
13000	Freiwillige Feuerwehr																
13000.93500	10	Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs (TLF 20/40)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93506	00	Beschaffung eines Gerätewagens Logistik (GW-L)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93518	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen in den Gerätehäusern	32	25.000	0	25.000	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0	0	0	0
13000.93520	05	Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs (LF 20/16)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93522	07/09	Beschaffung von Mannschaftstransportfahrzeugen	32	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.	05	Beschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges (MTF) für die Wasserrettung	32	0	0	0	0	35.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.	10	Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges (TLF 24-40) mit Gruppenkabine	32	0	0	0	0	350.000	140.000	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.	10	Beschaffung einer Drehleiter mit Korb (DLK 32)	32	0	0	0	0	0	0	750.000	300.000	0	0	0	0	0	0
13000.	00	Beschaffung eines Gerätewagens Gefahrgut (GW-G1)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	250.000	0	0	0	0
													(100% RVB)				
13000.	02	Beschaffung eines Rüstwagens (RW2) für Techn. Hilfe	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	370.000	148.000	0	0
13000.	11	Beschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges (MTF)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35.000	15.000	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
13000.93550	00	Ergänzung von feuerwehrtechn. Ausrüstung	32	35.000	0	35.000	0	**49.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto) incl. Dienst-u. Schutzkl.	32	30.000	0	40.000	0	**23.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
13000.94100	10	Erweiterung der Fahrzeughalle und Sanierung der Dachflächen - FWG Ludweiler	55	0	0	160.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94110	07	Fertiggarage am FWG Fürstenhausen	55	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94111	08	Fertiggaragen zur Gerätelagerung FWG Wehrden	55	0	0	45.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94120	02	Umbau des FWG "Fontanestraße" (DIN 14092)	55	0	0	0	0	500.000	0	2.500.000	0	1.000.000	0	0	0	0	0
13000.94130	05	Sanierung der Kellerräume im FWG Luisenthal	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110.000	0	0	0
13000.	07	Schwarz/Weiss-Trennung Atemschutz FWG Fürstenhausen	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94140	07	Erweiterung der Fahrzeughalle - FWG F`hausen	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94150	11	Sanierung des Treppenhauses - FWG Lauterbach	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	85.000	0	0	0
13000.	11	Sanierung Hallendach -FWG Lauterbach	55	0	0	0	0	200.000	0	0	0	0	0	**0**	0	0	0
21100		Grundschulen Allgemein															
21100.93550	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen in den budgetierten Grundschulen	24	5.000	0	5.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
21101		Grundschule Bergstraße/Röchling-Höhe - Stammschule Bergstraße															
21101.93510	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
21101.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**3.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21101.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten Stammschule	55	250.000	0	750.000	634.000	**500.000**	**633.875**	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Lüftungsanlage Umkleide Turnhalle		0	0	0	0	0	0	Inv.Pakt Soziale Integration im Quartier: Förderung Bund: 75%, Förderung Land: 15%;							
		- Wärmedämmmaßnahmen		0	0	0	0	0	0	von den Baunebenkosten (275.000 €) sind nur bis zu 15% von 1.225.000 € förderfähig							
21101.94500	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
21102	Grundschule Fürstenhausen (Waldschule)																
21102.93510	07	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
21102.93800	07	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21102.94050	07	Maßnahmen zum Brandschutz	55	30.000	0	0	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21102.	07	Lehrer-WC		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50.000	0	0	0
21102.94500	07	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0
21103	Grundschule Wehrden/Geislautern; Dependance Geislautern (Schlossparkschule)																
21103.93510	09	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**25.000**	0	**8.000**	0	0	0	0	0	0	0
21103.93800	09	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**7.500**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21103.94100	09	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Austausch der Türen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0
		- Brandschutz		0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der WC-Anlage in den Umkleideräumen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
		- Sanierung des Kanals		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0
		- Sanierung der Verkehrsflächen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	90.000	0
		- Erneuerung des Hallenbodens		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
21103.94500	09	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0
21104	Grundschule Haydnstraße																
21104.93510	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
21104.93xxx	01	Beschaffung Aufsitzmäher	55	0	0	0	0	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21104.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21104.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Dach- und Fassadenfläche VT		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Dachfläche Klassentrakte Nord		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0
21104.94500	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
21104.95000	01	Ausbau und Erweiterung der Grundschule	55														
		- 12 Klassenräume, davon 6 zusätzlich (EG)		500.000	0	3.000.000	2.500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- 24 Klassenräume, davon 12 zusätzlich (OG)		0	0	3.200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21105		Grundschule Heidstock/Luisenthal															
21105.93510	03	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**150.000**	0	**85.000**	0	0	0	0	0	0	0
21105.93800	03	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**100.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21105.94000	03	Umbau der Grundschule zur gebundenen Ganz-tagsschule	24	35.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21105.94xxx	03	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Sonnenschutz		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21105.94500	03	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**40.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
21106		Grundschule Bergstraße/Hermann-Röchling-Höhe; Dependance Röchling-Höhe															
21106.93510	04	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
21106.93800	04	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21106.94100	04	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Lüftungsanlage Turnhalle		300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Wärmedämmung Turnhalle		0	0	0	0	**150.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Trinkwassererwärmung		50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Heizkesselanlage		50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Wärmedämmmaßnahmen und Sonnenschutz		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	350.000	0
		- Trockenlegung der Außenwände		0	0	0	0	0	0	0	0	170.000	0	0	0	0	0
		- Dacheindeckung Turnhalle		0	0	0	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21106.94500	04	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**12.500**	0	**12.500**	0	0	0	0	0	0	0
21107		Grundschule Ludweiler/Lauterbach; Dependance Lauterbach															
21107.93510	11	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0
21107.93800	11	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21107.94200	11	Sanierung der Heizkesselanlage	55	30.000	27.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
21107.94xxx	11	Fassade und Sonnenschutz	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	600.000	0	0	0
21107.94500	04	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**30.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
21108		Grundschule Ludweiler/Lauterbach; Stammschule Ludweiler															
21108.93510	10	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**70.000**	0	**70.000**	0	0	0	0	0	0	0
21108.93800	10	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21108.94100	10	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Dach		0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0	400.000	0	200.000	0
		- Brandschutz		0	0	250.000	0	**150.000**	0	550.000	0	700.000	0	0	0	0	0
								VE aus 2018 zu Lasten 2019									
		- Ausbau des Dachgeschosses zum 4-Klassenschulhaus		0	0	0	0	80.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Außentreppenanlage		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0	0	0
		- WC-Anlage / Treppenstufen		0	0	0	0	330.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21108.94400	10	Erneuerung der Gebäudeleittechnik	55	100.000	90.000	0	0	90.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21108.94500	10	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	25.000	0	25.000	0	0	0	0	0	0	0
21110		Grundschule Wehrden/Geislautern; Stammschule Wehrden															
21110.93510	08	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**20.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
21110.93800	08	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21110.94050	08	Brandschutzmaßnahmen	55	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21110.94xxx	08	FGTS Schaffhauserstraße/Kleine Bergstraße		0	0	0	0	2.500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21110.94500	08	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**40.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
34000		Heimat- und sonstige Kulturpflege															
34000.93500	08	Beschaffung eines Beamers - Kulturhalle Wehrden	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11.000	0
34000.94100	08	Umfassende Sanierungsarbeiten Kulturhalle	55														
		- Trockenlegung		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
		- Erneuerung des Hallenbodens		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	120.000	0
		- Energieeinsparung Bühnenbeleuchtung		0	0	0	0	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
32000	Stadtarchiv																
32000.93510	00	Beschaffung von Regalen für das neu eingerichtete Archiv im Neuen Rathaus	21	0	0	0	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0
35000	Städtische Volkshochschule																
35000.93500	00	Besch. von Einrichtungsgegenständen	21	5.000	0	5.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
35000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	21	2.000	0	2.000	0	**2.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
35000.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Dämmmaßnahmen im Dachgeschoss		340.000	306.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Fassadensanierung		0	0	0	0	0	0	3.000.000	2.700.000	0	0	0	0	0	0
43500	Objekt Zilleichstraße 2																
43500.94200	08	Sanierung der Dachflächen	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	480.000	0
43500.94xxx	08	Sanierung der Außenanlagen	55	0	0	0	0	70.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46070	Jugendtreffs (Hofstattstraße, Fürstenhausen und Geislautern)																
46070.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten Hofstattstr.	55														
		- Trinkwasserhygiene		30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Regelung der Heizungsanlage		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80.000	0	0	0
46080	Öffentliche Kinderspielplätze																
46080.93500	00	Beschaffung von Spielgeräten	43	11.800	0	19.500	0	**40.000**	0	**40.000**	0	0	0	0	0	0	0
46080.94450	02	Kinder-, Jugendfreizeit- und Seniorenfitness-park Stadionanlage	43	0	0	0	0	0	0	**0**	0	0	0	0	0	0	0
46080.94480	09	Überarbeitung des Kinderspielplatzes "Ehrengrund" nahe Neubaugebiet "Hirzeckberg"	43	30.000	0	30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46080.94490	07	Neubau eines Kinderspielplatzes in der "Neuwaldstraße"	43	0	0	0	0	**0**	0	0	0	0	0	0	0	160.000	0
46410	Kindertageseinrichtung Ludweiler																
46410.93500	10	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**9.000**	0	**6.000**	0	0	0	0	0	0	0
46410.93800	10	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
				je Kita 3.000 EUR						*ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen*							
46410.94050	10	Maßnahmen zum Brandschutz	55	385.000	346.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
46410.94550	10	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**50.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
46410.94600	10	Bau eines Sonnenschutzes	55	19.000	17.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46420		Kindertageseinrichtung Lauterbach															
46420.93500	11	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
46420.93800	11	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**12.500**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
46420.94500	11	Anbau eines 4. Gruppenraums	55	380.000	342.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46420.94550	11	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**40.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
46420.94600	11	Bau eines Sonnenschutzes	55	19.000	17.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46430		Kindertageseinrichtung "Röntgenstraße"															
46430.93500	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
46430.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**9.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
46430.94150	01	Bau eines Gerätehauses	55	30.000	27.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46430.94550	11	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**60.000**	0	**40.000**	0	0	0	0	0	0	0
46440		Kindertageseinrichtung "Neues Rathaus"															
46440.93500	02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
46440.93800	02	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**6.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
46440.94100	02	Umfassende Sanierungsarbeiten	55	350.000	315.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46440.94550	02	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**35.000**	0	**35.000**	0	0	0	0	0	0	0
46450		Kindertageseinrichtung "Schubertstraße"															
46450.93500	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0
46450.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**7.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
46450.94550	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**50.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
46460		Kindertageseinrichtung "Haydnstraße"															
46460.93500	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
46460.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**4.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
46460.94000	01	Treppenbau zur 2. Ebene	55	27.000	24.300	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46460.94150	01	Bau eines Gerätehauses	55	18.000	16.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46460.94550	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**30.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
46460.94600	01	Bau eines Sonnenschutzes	55	51.000	45.900	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46470		Kindertageseinrichtungen Freie Träger															
46470.94200	05	Brandschutzmaßnahmen in der kath. Kita Marienhaus in Luisenthal	55	90.000	81.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46470.94300	07	Bauliche Maßnahmen in der kath. Kita Myriam in Fürstenhausen	55														
		- Bau einer Brücke zum Freigelände		30.000	27.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Aufwertung des Außengeländes		20.000	18.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Brandschutzmaßnahmen		20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46470.94400	03	Evangelische Kita Rheinstraße	55			förderfähige Gesamtkosten max. 2,741 Mio. €											
		- Honorare		450.000	0	650.000	0	0	0	0	0	30 % Land	0	0	0	0	0
		- Herrichten des Geländes (Abbruch)		128.000	0	0	0	VE aus 2018 zu Lasten 2019 - 1.220 T€			0	30 % Regionalverband		0	0	0	0
		- Bauliche Maßnahmen am Gebäude		380.000	228.000	1.000.000	600.000	**1.220.000**	**600.000**	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Beschaffung von Einrichtungsgegenständen		VE aus 2017 zu Lasten 2018 - 1.650 T€				**200.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Beschaffung von Spielgeräten (Außengelände)		0	0	0	0	**160.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Provisorium		100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46470.98806	03	Investitionszuschuss zur Sanierung, Erweiterung und Schaffung von Krippenplätzen der kath. Kita St. Konrad (Montessori-Kinderhaus Röchling-Höhe)	24	350.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46480		Kinderstätte Geislautern/Wehrden															
46480.94000	09	Anbau eines 2. Gruppenraumes	55	343.000	308.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56000		Sportplätze															
56000.93510	00	Beschaffung eines Kompakttraktors und eines	55	18.000	0	0	0	45.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
		Großflächenmähers															
56000.94010	02	Sanierung der Tribüne im Hermann-Neuberger-Stadion	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3.000.000	0
56000.94500	03	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Heidstock	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	130.000	0
56000.94501	04	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Röchlinghöhe	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	140.000	0
56000.94502	05	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Luisenthal	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	0
56000.94503	06	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Fenne	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	280.000	0
56000.94504	08	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Wehrden	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
56000.94505	10	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Ludweiler	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	190.000	0
56000.94600	05	Erneuerung des Kunstrasenbelags auf dem Sportplatz Luisenthal	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	0
56200	Sporthallen																
56200.93500	02	Ersatzbeschaffung von Mobiliar - Hermann-Neuberger-Halle (120 T€ Stühle, 85 T€ Tische)	55	0	0	0	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	0	0
56200.94150	02	Umfassende Sanierungsarbeiten - Hermann-Neuberger-Halle	55														
		- Trinkwasserhygiene		0	0	180.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Brandschutzmaßnahmen		0	0	300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Elektrotechnik		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Wärmedämmmaßnahmen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	800.000	0
		- Deckensanierung im Gymnastikraum		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	75.000	0
		- Trennvorhänge		0	0	0	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- KNX-Steuerung Beleuchtung		0	0	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Erneuerung von sechs Türen		0	0	0	0	60.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der WC-Anlagen und Duschen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	450.000	0
56200.94200	02	Beschaffung von Bühneteilen, Zusatztribüne und Stuhlleiste - Hermann-Neuberger-Halle	55	0	0	0	0	0 siehe 56200.93500	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
56200.94250	02	Grundlegende Sanierung der Lüftungsanlage Umkleideräume Hermann-Neuberger-Halle	55	0	0	100.000 VE aus 2017 zu Lasten 2018	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56200.94300	02	Ersatzbeschaffung einer Basketballkorbanlage Hermann-Neuberger-Halle	55	0	0	0	0	30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56300	Lauterbachhalle																
56300.94000	11	Sanierung der Prallwände	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	120.000	0
56500	Turnhallen																
56500.94100	08	Umfassende Sanierungsarbeiten - Sporthalle "Saarstraße" Wehrden	55														
		- Sanierung der Umkleiden		0	0	0	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Decken und Wänden		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
		- Sanierung des Hallenbodens und der Heizung		0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0	0	0	0	0
56500.94xxx	05	Barrierefreier Zugang Turnhalle Luisenthal	55	0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
57000	Stadtbad																
57000.93xxx	01	Betriebs- und Geschäftsausstattung	55	0	0	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
57000.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten:	55														
		- Umkleide- und Sanitärbereich		0	0	0	0	1.800.000	1.636.363	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Dachsanierung		0	0	0	0	0	0	1.950.000	1.772.727	0	0	0	0	0	0
		- Klimatechnik		0	0	0	0	0	0	0	0	2.200.000	2.000.000	0	0	0	0
		- Sanierung der Beckenanlage		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.420.000	2.200.000	0	0
		- Sanierung der Elektrotechnik		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0
		- Energetische Fassadensanierung		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.500.000	0
		- Kassensystem		0	0	0	0	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Vereinsräume		0	0	0	0	80.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Niederspannungshauptvert.		0	0	0	0	25.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Beckenreinigungsgerät		0	0	0	0	0	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Abdichtung Beckenumgänge		0	0	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
57200	Freibad																
57200.94100	02	Umfassende Sanierungsarbeiten:	55														
		- Großflächenmäher		0	0	0	0	18.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Dachflächen Umkleidegebäude		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	200.000	0
		- Erneuerung der Klappen		0	0	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Erneuerung der Filter		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Schwallwasserbehälter		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0
		- Korrosionsschutz Rutsche/Brücke		0	0	0	0	22.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Spielburg Unfallgefahr		0	0	0	0	0	0	12.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Sitzbänke		0	0	0	0	0	0	4.000	0	4.000	0	0	0	0	0
		- Müllbehälter		0	0	0	0	0	0	4.000	0	4.000	0	4.000	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
		- Gefahrenstoffcontainer		0	0	0	0	4.000	0	4.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Niederspannungshauptverteilung		0	0	0	0	11.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Evakuierungsanlage		0	0	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
58000	Parkanlagen, öffentliche Grünflächen, Gärtnerei																
58000.93500	00	Beschaffung von Fahrzeugen	43	170.000 VE aus 2016 zu Lasten 2017	0	60.000	0	**0**	0	**140.000** Schmalspurträgerfahrzeug	0	0 - Winterdienst, Mäheinsatz	0	0	0	0	0
58000.93510	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten	43	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0
58000.93520	00	Beschaffung von Containern (Grünschnitt)	43	0	0	11.000	0	**11.000**	0	**11.000**	0	0	0	0	0	0	0
58000.	04	Bau einer neuen Grünanlage "Bouser Weg"	43	0	0	0	0	0	0	35.000	0	0	0	0	0	0	0
60000	Bauverwaltung, Städtebauförderung, Gebäude und Flächenmanagment																
60000.93500	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	55	10.000	0	10.000	0	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
60000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	55	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
60000.94xxx		Sanierung AK Saarstraße	55	0	0	0	0	0	0	800.000	629.333	800.000 VE	629.333	0	0	0	0
61200	Vermessung und Geoinformation																
61200.93530	00	Browsergestütztes Geoinformationsystem	14	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
61500	Stadtsanierung																
61500.35000		Sonstige Transfereinzahlungen (Erbbauzinsen u. Bewirtschaftungsüberschüsse aus der Vermietung von Parkplätzen)	51	0	49.000	0	49.000	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	49.000
61500.93210	01	Stadtumbau West - Innenstadt Regelprogramm	51	225.000	150.000	525.000	350.000	**270.000**	**180.000**	**240.000**	**160.000**	**25.000**	**16.667**	0	0	0	0
61500.94030	01	Ordungsmaßn.-Studien- u. Modellvorhaben	51	49.000	0	49.000	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	0	0
61500.95001	07	Stadtumbau West - Fürstenhausen	51	0	0	0	0	**150.000**	**100.000**	**505.000**	**336.667**	**425.000**	**283.333**	0	0	0	0
61500.95003	01	"Soziale Stadt" - Nördliche Innenstadt	51	0	0	810.000	540.000	**560.000**	**373.333**	**72.000**	**48.000**	**96.000**	**64.000**	0	0	**2.862.000**	**1.908.000**
63000	Gemeindestraßen																
63000.35000		Erschließungsbeiträge	51	0	0 nachrichtl.	0	0 nachrichtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.35010		Ausbaubeiträge	51	0	0 nachrichtl.	0	0 nachrichtl.	0	0	0	0	0	0	0	102.000 nachrichtl.	0	0
63000.96060	00	Bauliche Innengestaltung des Kreisverkehrs-platzes "Post-/Rathausstraße"	54	0	0	0	0	0	0	**60.000**	0	0	0	0	0	0	0
63000.96080	11	Bachdurchlass "Alter Spitteler Weg"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	**140.000**	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
63000.96400	00	Aus- und Umbau von Bushaltestellen im Stadtgebiet (12. Bauabschnitt)	54	395.000	355.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96410	00	Aus- und Umbau von Bushaltestellen im Stadtgebiet (13. Bauabschnitt)	54	0	0	0	0	**410.000**	**369.000**	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.	00	Aus- und Umbau von Bushaltestellen im Stadtgebiet (14. Bauabschnitt)	54	0	0	0	0	0	0	260.000	195.000	0	0	0	0	0	0
63000.96520	09	Neubaugebiet "Hirzeckberg" - 1. Bauabschnitt	54	0	0	0	0	0	0	0	0	700.000	0	0	0	0	630.000
63000.96521	09	Neubaugebiet "Hirzeckberg" - 2. Bauabschnitt	54	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0	0	0	0	360.000
63000.96533	04	Grundlegende Sanierung der Brücke "Mosel-straße" über die ehemalige Bahnstrecke	54	0	0	0	0	**165.000**	**120.000**	0	0	0	0	0	0	0	0
								Muss bleiben, Maßnahme wird in 2019 umgesetzt, Maßnahme im Förderprogramm - Zuwendungsantrag ist gestellt									
63000.96538	08	Sanierung der Brücke "Buröther Straße"	54	0	0	65.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96570	00	Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen (Rosseler Straße, etc.)	54	0	0	0	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0
63000.	11	Verkehrsberuhigung in der Kreuzwaldstraße	54	0	0	0	0	0	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0
63000.96630	07	Ausbau der "Viktoriastraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	40.000	0	260.000	0	0	0
63000.96631	10	Ausbau der Gehwege "Schulstraße"	54	0	0	240.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	144.000
63000.96632	08	Ausbau der Gehwege "Pfarrwiesstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96634	10	Ausbau der Gehwege "Werbelner Straße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96635	07	Ausbau der Gehwege "Kurt-Schumacher-Str."	54	0	0	0	0	0	0	0	0	110.000	0	0		0	66.000
63000.96636	07	Ausbau der Gehwege "Kurt-Schumacher-Straße" zwischen "Am Wäldchen" (Fußweg) und Friedhof	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96637	09	Ausbau der Gehwege "Kloppwaldstraße"	54	0	0	60.000	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	48.000
63000.96638	08	Sanierung der Straße und Ausbau der Gehwege "Hostenbacher Straße" (oberer Teil)	54	0	0	30.000	0	0	0	0	0	30.000	0	120.000	0	0	0
63000.96639	08	Ausbau der Gehwege "Lorenzstraße"	54	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96640	05	Ausbau des Gehwegs "Altenkesseler Straße"	54	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
		(Bahnunterführung)															
63000.96680	07	Neubaugebiet "Dünkelacker" - Endausbau	54	0	0	0	0	0	0	40.000	0	360.000	0	0	0	0	360.000
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Dünkelacker"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	24.000
63000.96742	06/07	Ausbau der Gehwege in der "Saarbrücker Straße" - zwischen Bf F`hausen und Stangenmühle	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35.000	0	265.000	180.000
63000.96743	07	Ausbau der Gehwege "Saarbrücker Straße" (zwischen Karolinger Straße und Apotheke)	54	0	0	0	0	0	0	0	0	50.000	0	106.000	0	0	78.000
63000.96900	07	Endausbau der Straße "Im Finken"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	20.000	0	120.000	0	0	126.000
63000.	02	Grundlegende Sanierung der Brücke über den Köllerbach gegenüber Wildpark	54	0	0	0	0	0	0	50.000	0	350.000	0	0	0	0	0
63000.	07	Neubaugebiet "Im Wäldchen" - Endausbau	54	0	0	0	0	0	0	0	0	30.000	0	200.000	0	0	180.000
63000.	03	Ausbau der Gehwege "In der Pottaschdell"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	200.000	0	0	0	0	180.000
63000.	03	Bau eines Gehwegs von "In der Pottaschdell" bis "Gerhardstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	60.000	0	0	0	0	0
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Langwiesstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	90.000	0	0	0	0	54.000
												Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme					
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Am Hasseleich"	54	0	0	0	0	50.000	0	70.000	0	0	0	0	0	0	72.000
								Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme									
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Sofienstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0	0	0	0	60.000
												Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme					
63000.	08	Umbau der "Kurt-Nagel-Straße/Grabenstraße"	54	0	0	0	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Im Ehrengrund"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	25.000	0	110.000	0	0	81.000
												Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme					
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Eberbachstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	20.000	0	90.000	0	0	66.000
												Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme					
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Warndtstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	300.000	0	0	180.000
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Am Dietrichsberg"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	480.000	0	0	0	0	288.000
63000.	09	Erneuerung der Treppenanlage zwischen "Hammerstraße" und "Ludweilerstraße"	54	0	0	0	0	0	0	125.000	0	0	0	0	0	0	0
63000.	10	Ausbau der Gehwege "Händelstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	20.000	0	80.000	0	0	60.000
												Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme					

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
63000.	10	Erneuerung des Verbindungsweges von "Hahnen-kopfstraße" nach "Spatzenhübel"	54	0	0	0	0	0	0	60.000	0	0	0	0	0	0	0
63000.	11	Ausbau der Gehwege "Köhlerstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	410.000	0	0	0	0	246.000
63000.	02	Neuanlegung einer Parkbucht in der "Püttlinger Straße" an der Haydnschule	54	0	0	0	0	60.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.	02	Ausbau der Straße "Zum Wasserwerk"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	350.000	315.000
63000.	04	Ausbau der Straße "Schwarzer Weg"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	385.000	0
63000.	01	Bau eines Radwegs von der Saar entlang der "Karolinger Straße" bis zur Aral-Tankstelle	54	0	0	0	0	45.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67000		Straßenbeleuchtung															
67000.94000	00	Erweiterung u. Erneuerung der Straßen-beleuchtung (ab 2009)	54	100.000	0	100.000	0	**310.000**	0	**310.000**	0	0	0	0	0	0	0
67500		Straßenreinigung															
67500.93500	00	Beschaffung von Kehrmaschinen	42	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67500.93510	00	Beschaffung von Streugutbehältern	42	3.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67500.93540	00	Beschaffung von Winterdienstgeräten	42	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67500.93560	00	Beschaffung von Fahrzeugen	42	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68000		City-Tiefgarage															
68000.93500	01	Beschaffung eines Parkabfertigungssystems	55	0	0	0	0	90.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68000.94000	01	Grundlegende Sanierung der City-Tiefgarage	55	0	0	700.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung und Abdichtung der Ebene 2				VE aus 2017 zu Lasten 2018											
		- Sanierung des zentralen Erschließungsbauwerks		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	200.000	0
69000		Wasserläufe, Wasserbau															
69000.95100	09	Neugestaltung der Ufereinfassung und Spund-wand am Rehbruchweiher	54	0	0	0	0	0	0	**25.000**	0	**125.000**	0	0	0	0	0
69000.96020	11	Umsetzung der Lauterbachstudie mit Neubau von Stegen	54	70.000	59.500	70.000	59.500	0	0	0	0	0	0	100.000	0	90.000	0
72100		Kompostierungsanlage															
72100.93530	07	Ersatzbeschaffung der Siebanlage	43	0	0	55.000	0	**55.000**	0	**55.000**	0	0	0	0	0	0	0
								VE									

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
75000	Friedhöfe																
75000.93510	00	Beschaffung von Fahrzeugen	43	29.000	0	0	0	**40.000**	0	**24.000**	0	0	0	0	0	0	0
								LKW Doppelkabine mit Pritsche		Rasentraktor							
75000.93550	00	Beschaffung von Grabverbauelementen	43	8.000	0	8.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000.93570	00	Beschaffung von Urnenstelen für verschiedene Friedhöfe	43	20.000	0	20.000	0	**30.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000.94160	00	Bau von Schöpfbrunnenanlagen	43	5.000	0	5.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000.94241	02	Bau einer Schrankenanlage am Waldfriedhof	43	0	0	0	0	0	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000.94390	10	Umgestaltung des Denkmalplatzes "Alter Friedhof Ludweiler" - LEADER	43	12.000	0	0	0	**20.000**	**13.000**	**70.000**	**45.500**	0	0	0	0	0	0
									65% Zuschuss	LEADER?							
75000.	05	Sanierung der Einfriedungsmauer - Friedhof Luisenthal	43	0	0	0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0
75000.94xxx	02	Umfassende Sanierungsarbeiten am Friedhofsgebäude Waldfriedhof	55														
		- Sanierung der Elektrotechnik		0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Dachflächen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	240.000	0
75000.94xxx	07	Umfassende Sanierungsarbeiten am Friedhofsgebäude Fürstenhausen	55														
		- Trockenlegung des Friedhofsgebäudes		0	0	0	0	30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
77000	Fuhrpark																
77000.93500	00	Beschaffung von Fahrzeugen	42	0	0	35.000	0	**145.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
77000.94xxx	09	Umfassende Sanierungsarbeiten am Fuhrparkgebäude Geislautern	55														
		- Erneuerung der Duschen im Erdgeschoss		0	0	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
77100	Bauliche und betriebliche Dienstleistungen (BBD)																
77100.93542	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten Fachdienst 42 - Betrieb öffentliche Einrichtungen	42	20.000	0	20.000	0	**20.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
77100.93543	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten Fachdienstes 43 - Öffentliches Grün und Friedhöfe	43	25.000	0	25.000	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0
77100.93842	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto) Fachdienst 42	42	20.000	0	20.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen								
77100.93843	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 €	43	20.000	0	20.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
		bis 1.000 € (netto) Fachdienst 43								*ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen*							
79000		Tourismusförderung															
79000.96000	00	Errichtung von baulichen Anlagen	25	9.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
79100		Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr															
79100.93200	07	Erschließung des ehemaligen Raffinerie-geländes (SLR II) - 1. BA - **Grunderwerb**	25/51	0	0	0	0	700.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
79100.93500	00	Ergänzung der Stadtbeleuchtung (Weihnachten)	25	0	0	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
79100.93510	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	25	2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
79100.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	25	3.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
79100.95100	07	Erschließung des ehemaligen Raffinerie-geländes (SLR II) - 1. Bauabschnitt	25/51	0	0	300.000	216.000	400.000	200.000	1.040.000	520.000	1.040.000	520.000	0	0	0	0
								angenommener Zuschussanteil 50 % - unklar									
79100.95110	07	Erschließung des ehemaligen Raffinerie-geländes (SLR II) - 2. Bauabschnitt	25/51	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9.000.000	4.500.000	0	0
85500		Stadtwald															
85500.93500	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten	44	5.000	0	5.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
85500.93510	00	Beschaffung von Fahrzeugen	44	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
85500.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	44	4.000	0	4.000	0	**4.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
85500.96000	00	Neu- und Ausbau von Forstwegen	44	10.000	0	10.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0
88000		Allgemeines Grundvermögen															
88000.34000	00	Veräußerung von Grundstücken	51	0	30.000	0	30.000	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	0
88000.93200	00	Grundstückserwerb und Nebenkosten	51	30.000	0	30.000	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	0	0
		§ 3 Abs. 1 GemHVO															
Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			**19.-31.**	6.895.800	2.895.800	13.993.500	4.993.500	17.853.500	4.459.571	15.476.500	6.786.227	12.508.000	3.842.333	16.054.000	6.942.000	24.838.000	5.755.000
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			**32.**		-4.000.000		-9.000.000		-13.393.929		-8.690.273		-8.665.667		-9.112.000		-19.083.000
Einzahlungen aus der Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen			**34.**	0	4.000.000	0	9.000.000	0	13.393.929	0	8.690.273	0	8.665.667	0	9.112.000	0	19.083.000

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
		Finanzierungslücke / - spielraum			0		0		0		-0		0		0		0
91000.37700		Kredite vom Kreditmarkt		0	4.000.000	0	9.000.000	0	13.393.929	0	8.690.273	0	8.665.667	0	9.112.000		19.083.000
		Nachtrag / Nachträge			0		0		0		0		0		0		0
		davon Sonderkredit "Stadtentwicklung"			0		0		0		0		0		0		0
		Gesamtkredit:			4.000.000		9.000.000		13.393.929		8.690.273		8.665.667		9.112.000		19.083.000

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
Auszahlungen für die Tilgung und die Gewährung von Darlehen: (Kernhaushalt und ehemals GGM)			**35.**	2.865.000		2.985.000		3.270.050		3.570.100		3.745.150		3.845.200		4.090.250	
hiervon:																	
91000.97100		Tilgungszahlungen an das Land		5.000	0	5.000	0	5.050	0	5.100	0	5.150	0	5.200	0	5.250	0
91000.97500		Tilgungszahlungen an Stadtsparkassen		400.000	0	470.000	0	300.000	0	490.000	0	600.000	0	630.000	0	780.000	0
91000.97620		Tilgungszahlungen an Girozentralen		1.545.000	0	1.600.000	0	2.025.000	0	2.095.000	0	2.125.000	0	2.155.000	0	2.225.000	0
91000.97800		Tilgungszahlungen an sonst. Kreditmarkt		915.000	0	910.000	0	940.000	0	980.000	0	1.015.000	0	1.055.000	0	1.080.000	0

Mittelstadt Völklingen
Kernhaushalt

Ergebnishaushalt 2019 / 2020

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
		in EUR						
	Steuern und ähnliche Abgaben	45.063.946,44	43.797.000	47.075.000	49.957.500	50.847.500	51.807.500	52.007.500
	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	25.842.798,72	25.900.625	26.633.240	24.700.297	24.666.297	24.776.297	24.988.297
	sonstige Transfererträge	10.284,56	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300	10.300
	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.438.220,36	7.542.696	7.780.471	7.729.053	7.678.053	7.628.053	7.578.053
	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.343.789,80	1.345.570	1.312.670	1.258.670	1.228.670	1.229.670	1.229.670
	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.709.158,36	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140	1.657.245
	sonstige ordentliche Erträge	2.588.427,79	2.366.088	2.530.688	2.530.798	2.520.788	2.520.788	2.520.788
	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Summe der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	***83.996.626,03***	***82.281.359***	***87.046.411***	***87.820.615***	***88.598.019***	***89.636.748***	***89.991.853***
	Personalaufwendungen	23.285.338,22	25.776.245	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485	29.123.240
	Versorgungsaufwendungen	2.149.673,47	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426	2.561.219
	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.254.550,11	12.789.750	14.099.011	14.717.509	14.303.390	14.296.836	14.505.934
	bilanzielle Abschreibungen	0,00	9.185.874	9.561.492	9.734.599	9.734.599	9.734.869	9.734.869
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	35.350.587,80	34.696.364	35.321.089	36.403.517	37.192.517	37.887.517	38.602.517
	Soziale Sicherung	0,00	0	0	0	0	0	0
	sonstige ordentliche Aufwendungen	4.572.594,11	4.417.110	4.654.322	4.523.791	4.445.405	4.508.416	4.494.001
	Summe der Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	***77.612.743,71***	***89.215.531***	***91.849.360***	***94.968.621***	***95.947.484***	***97.397.549***	***99.021.780***
	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	**6.383.882,32**	**-6.934.172**	**-4.802.949**	**-7.148.006**	**-7.349.465**	**-7.760.801**	**-9.029.927**
	Finanzerträge	1.060.778,50	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700	225.700
	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.109.601,40	4.791.000	4.115.650	3.850.600	3.975.550	4.105.500	4.220.450
	Finanzergebnis	***-3.048.822,90***	***-4.519.000***	***-3.885.950***	***-3.621.900***	***-3.747.850***	***-3.878.800***	***-3.994.750***
	Jahresergebnis	**3.335.059,42**	**-11.453.172**	**-8.688.899**	**-10.769.906**	**-11.097.315**	**-11.639.601**	**-13.024.677**

2019/671-002
Beschlussvorlage
öffentlich

Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020 hier: Fortsetzung der Haushaltsberatungen mit Beschlussfassung

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

a.)
Es wird folgende Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 beschlossen:
(Einzusetzen: Haushaltssatzung gemäß Anlage 1)

b.)
Zu Lasten des Haushaltes 2020 werden in den Haushalt 2019 folgende Verpflichtungsermächtigungen im Gesamtbetrag von ..... € eingestellt:
.....
.....

c)
Zu Lasten des Haushaltes 2021 werden in den Haushalt 2020 folgende Verpflichtungsermächtigungen im Gesamtbetrag von ..... € eingestellt:
.....
.....

d)
Das vorliegende Investitionsprogramm 2017 bis 2022 wird mit folgenden Jahresinvestitionssummen beschlossen:
2017: 6.895.800 €
2018: 13.393.500 €
2019: ..... €
2020: ..... €
2021: ..... €
2022: ..... €

Sachverhalt

Der Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 sowie des Investitionsprogramms 2017 bis 2022 wurde in den Ortsräten sowie im Hauptausschuss beraten. Bezüglich des Investitionsprogramms sind diese Beratungen noch nicht abgeschlossen. Daher wurden sowohl in der Haushaltssatzung als auch im obigen Beschlussentwurf die Beträge noch offen gelassen, die sich erst aus der abschließenden Beratung des Investitionsprogramms im Hauptausschuss am 09.04.2019 ergeben.

Die bisher während der Beratungen durch die Verwaltung bekannt gegebenen Änderungen wurden in den Entwurf des Ergebnishaushalts eingearbeitet. Der Gesamtergebnisplan ist dieser Vorlage in der aktuellen Fassung als Anlage beigefügt.

Wie daraus ersichtlich, schließt der **Ergebnisplan 2019** mit einem **Defizit von rd. 8,7 Mio. €** und der **Ergebnisplan 2020** mit einem **Defizit von rd. 10,8 Mio. €** ab. Bis zum Jahr **2023** wird das planmäßige jahresbezogene **Defizit auf rd. 13 Mio. €** steigen.

Das **zahlungsbezogene Defizit** (ohne Abschreibungen und Auflösung Sonderposten, dafür aber mit Tilgung Investitionskredite) beläuft sich in **2019** auf **rd. 5,5 Mio. €** und steigt in **2020** auf **rd. 7,8 Mio. €**. Bis zum Jahr **2023** wird das planmäßige zahlungsbezogenene Defizit auf über **10 Mio. €** steigen. Gemäß Konsolidierungserlass soll das zahlungsbezogene Defizit Ende 2024 eigentlich bei Null liegen und über das Jahr 2024 hinaus sollen Überschüsse erwirtschaftet werden.

Wie die vorstehenden Zahlen zeigen, setzt sich die besorgniserregende Haushaltssituation Völklingens - trotz Saarlandpakt - damit auch in den kommenden Jahren fort, ohne dass eine Wendung zum Positiven erkennbar ist.

Folgende 2 Punkte sind derzeit noch offen und bisher **nicht** im Ergebnishaushalt berücksichtigt:

1.)
Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Sport hat in seiner Sitzung am 14.11.2018 beschlossen, mit dem Verein Kassiopeia für 2019 und 2020 eine Kooperationsvereinbarung zur Durchführung von Kinderkulturwochen (ehemals Phantastische Begegnungen) abzuschließen, sofern Hauptausschuss und Stadtrat die Mittel hierfür in den Haushalt einstellen und der Haushalt durch die Kommunalaufsichtsbehörde genehmigt wird. Die Kosten belaufen sich auf 34.000 € pro Jahr.

2.)
In letzter Zeit häufen sich verbale und mitunter auch tätliche Angriffe auf städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere im Bereich des Bürgeramtes. Weiterhin ist durch die uneingeschränkte öffentliche Zugänglichkeit des Neuen Rathauses keine Kontrolle gegeben, wer sich im Rathaus aufhält.Diesem untragbaren Zustand soll nun mit einem externen Dienstleistungsunternehmen (privater Wachdienst) entgegengewirkt werden. Hierdurch soll vor allem auch das Sicherheitsgefühl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Neuen Rathaus gestärkt werden. Für 2019 wird mit Kosten von rd. 20.000 € (halbes Jahr) und für 2020 ff mit Kosten von jährlich rd. 40.000 € gerechnet.

Sofern der Hauptausschuss diese beiden Punkte in den Ergebnishaushalt mit aufnimmt, müssten Ergebnis- und Finanzplan entsprechend angepasst werden.

Zusammen mit dem Haushalt ist auch der Haushaltssanierungsplan fortzuschreiben. Die entsprechenden Erläuterungen und der Beschlussentwurf hierzu finden sich im nächstfolgenden TOP.

Anlage/n

- Haushaltssatzung (öffentlich)
- Ergebnishaushalt (öffentlich)

Haushaltssatzung der Stadt Völklingen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020

Aufgrund der §§ 84 ff. des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes - KSVG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes Seite 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 2016 (Amtsblatt des Saarlandes I Seite 840), hat der Rat der Stadt Völklingen am ..... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt	für das Haushaltsjahr 2019	für das Haushaltsjahr 2020
1. im Ergebnishaushalt mit		
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	87.276.111 €	88.049.315 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	95.957.010 €	98.811.221 €
dem Saldo der Erträge und Aufwendungen auf	- 8.680.899 €	- 10.761.906 €
2. im Finanzhaushalt mit		
den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	..... €	..... €
den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	..... €	..... €
dem Saldo aus Investitionstätigkeit auf	- ..... €	- ..... €
den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	..... €	..... €
den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	- ..... €	- ..... €
dem Saldo aus Finanzierungstätigkeit auf	+ ..... €	+ ..... €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird festgesetzt auf	..... €	..... €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	..... €	..... €

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf	115.000.000 €	125.000.000 €

	für das Haushaltsjahr 2019	für das Haushaltsjahr 2020
§ 5		
Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnishaushalts wird festgesetzt auf	8.680.899 €	10.761.906 €
§ 6		
Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:		
1. Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A):	290 %	290 %
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B):	605 %	605 %
2. Gewerbesteuer:	460 %	460 %

§ 7

Es gilt der vom Stadtrat am ..... beschlossene Stellenplan.

§ 8

Es gilt der vom Stadtrat am ..... beschlossene Haushaltssanierungsplan.

§ 9

Über die investiven Mittel der Finanzhaushalte darf erst verfügt werden, wenn die Beträge durch den Fachdienst Finanzmanagement zur Bewirtschaftung freigegeben wurden.

Völklingen,

Christiane BLATT, Oberbürgermeisterin

Ergebnishaushalt 2019 / 2020

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
		in EUR						
	Steuern und ähnliche Abgaben	45.063.946,44	43.797.000	47.075.000	49.957.500	50.847.500	51.807.500	52.007.500
	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	25.842.798,72	25.900.625	26.633.240	24.700.297	24.666.297	24.776.297	24.988.297
	sonstige Transfererträge	10.284,56	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300	10.300
	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.438.220,36	7.542.696	7.780.471	7.729.053	7.678.053	7.628.053	7.578.053
	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.343.789,80	1.345.570	1.312.670	1.258.670	1.228.670	1.229.670	1.229.670
	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.709.158,36	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140	1.657.245
	sonstige ordentliche Erträge	2.588.427,79	2.366.088	2.530.688	2.530.798	2.520.788	2.520.788	2.520.788
	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Summe der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	***83.996.626,03***	***82.281.359***	***87.046.411***	***87.820.615***	***88.598.019***	***89.636.748***	***89.991.853***
	Personalaufwendungen	23.285.338,22	25.776.245	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485	29.123.240
	Versorgungsaufwendungen	2.149.673,47	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426	2.561.219
	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.254.550,11	12.789.750	14.099.011	14.717.509	14.303.390	14.296.836	14.505.934
	bilanzielle Abschreibungen	0,00	9.185.874	9.561.492	9.734.599	9.734.599	9.734.869	9.734.869
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	35.350.587,80	34.696.364	35.321.089	36.403.517	37.192.517	37.887.517	38.602.517
	Soziale Sicherung	0,00	0	0	0	0	0	0
	sonstige ordentliche Aufwendungen	4.572.594,11	4.417.110	4.646.322	4.515.791	4.437.405	4.500.416	4.486.001
	Summe der Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	***77.612.743,71***	***89.215.531***	***91.841.360***	***94.960.621***	***95.939.484***	***97.389.549***	***99.013.780***
	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	**6.383.882,32**	**-6.934.172**	**-4.794.949**	**-7.140.006**	**-7.341.465**	**-7.752.801**	**-9.021.927**
	Finanzerträge	1.060.778,50	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700	225.700
	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.109.601,40	4.791.000	4.115.650	3.850.600	3.975.550	4.105.500	4.220.450
	Finanzergebnis	***-3.048.822,90***	***-4.519.000***	***-3.885.950***	***-3.621.900***	***-3.747.850***	***-3.878.800***	***-3.994.750***
	Jahresergebnis	**3.335.059,42**	**-11.453.172**	**-8.680.899**	**-10.761.906**	**-11.089.315**	**-11.631.601**	**-13.016.677**

2019/671-0-001
Beschlussvorlage
öffentlich

Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020 hier: Fortsetzung der Haushaltsberatungen mit Beschlussfassung

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

a.)
Es wird folgende Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 beschlossen:
(Einzusetzen: Haushaltssatzung gemäß Anlage 1)

b.)
Zu Lasten des Haushaltes 2020 werden in den Haushalt 2019 folgende Verpflichtungsermächtigungen im Gesamtbetrag von 1.590.000 € eingestellt:
1. USK 21108.94100 - Umfassende Sanierungsarbeiten Grundschule Ludweiler (= 550.000 €)
2. USK 79100.95100 - Erschließung des ehem. Raffineriegeländes (SLR II), I. BA (= 1.040.000 €)

c)
Zu Lasten des Haushaltes 2021 werden in den Haushalt 2020 folgende Verpflichtungsermächtigungen im Gesamtbetrag von 5.040.000 € eingestellt:
1. USK 13000.94120 - Umbau des Feuerwehrgerätehauses "Fontanestraße" (DIN 14092) (= 2.500.000 €)
2. USK 21108.94100 - Umfassende Sanierungsarbeiten Grundschule Ludweiler (= 700.000 €)
3. USK 60000.94000 - Sanierung AK Saarstraße (= 800.000 €)
4. USK 79100.95100 - Erschließung des ehem. Raffineriegeländes (SLR II), I. BA (=1.040.000)

d)
Das vorliegende Investitionsprogramm 2017 bis 2022 wird mit folgenden Jahresinvestitionssummen beschlossen:
2017: 6.895.800 €
2018: 13.393.500 €
2019: 14.853.500 €
2020: 11.476.500 €
2021: 15.008.000 €
2022: 17.054.000 €

Sachverhalt

Der Entwurf des Doppelhaushaltes wurde in der Hauptausschusssitzung am 09.04.2019 abschließend beraten.

Im Ergebnisplan ergaben sich hierbei noch folgende drei Änderungen:

Für den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Verein Kassiopeia wurden für 2019 und 2020 jeweils 34.000 € in den Haushalt eingestellt. Die Deckung dieser zusätzlichen Kosten erfolgt - sofern der Stadtrat dem zustimmt - über die Gewinnabführung der Sparkasse. Die Maßnahme ist damit ergebnisneutral.

Für die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes im Neuen Rathaus werden für 2019 20.000 € und für 2020 40.000 € in den Haushalt eingestellt.

Für den Abriss eines Anwesens in der Karl-Janssen-Straße inklusive der Giebelsicherung des Nachbargebäudes werden 100.000 € in den Haushalt 2020 eingestellt.

Sowohl der Gesamtergebnisplan als auch der Gesamtfinanzplan sind dieser Vorlage in der aktuellen Fassung als Anlagen beigefügt.

Wie daraus ersichtlich, schließt der **Ergebnisplan 2019** mit einem **Defizit von rd. 8,7 Mio. €** und der **Ergebnisplan 2020** mit einem **Defizit von rd. 10,9 Mio. €** ab. Bis zum Jahr **2023** wird das planmäßige jahresbezogene **Defizit auf rd. 13 Mio. €** steigen.

Das **zahlungsbezogene Defizit** (ohne Abschreibungen und Auflösung Sonderposten, dafür aber mit Tilgung Investitionskredite) beläuft sich in **2019** auf **rd. 5,5 Mio. €** und steigt in **2020** auf **rd. 7,9 Mio. €**. Bis zum Jahr **2023** wird das planmäßige zahlungsbezogenene Defizit auf über **10 Mio. €** steigen.

Wie bereits in der o.a. Hauptausschusssitzung berichtet, fand bezüglich des Investitionsprogramms am 09.04.2019 noch ein Gespräch im Ministerium für Inneres, Bauen und Sport statt. Bei diesem Gespräch konnte ein durchweg positives Ergebnis erreicht werden. Für 2019 wurde der Stadt nun ein Kreditvolumen in Höhe von rd. 10,4 Mio. € in Aussicht gestellt. Damit können nun Investitionen in einer Größenordnung von rd. 14,85 Mio. € in Angriff genommen werden.

Als Gegenleistung für das Entgegenkommen bei der Kreditgenehmigung für 2019 erwartet das Innenministerium allerdings auch, dass die Stadt zusätzliche Anstrengungen unternimmt, um das zahlungsbezogene Defizit in den verbleibenden Jahren bis 2024 deutlich zu verringern. Die Kreditgenehmigung für 2020 wird sich deshalb auch daran orientieren, welche weitere Maßnahmen die Stadt zur Defizitverringerung ergreifen wird.

Das Investitionsprogramm ist dieser Vorlage in der aktuellen Fassung ebenfalls als Anlage beigefügt.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf ergaben sich folgende Änderungen:

Der Beginn des Umbaus des Feuerwehrgerätehauses Fontanestraße wurde um ein Jahr auf 2020 verschoben. Für diese Maßnahme wurden der Stadt Bedarfszuweisungen des Landes in Aussicht gestellt.

Die Refinanzierung der in 2018 von der Grundschule Haydnstraße zur Grundschule Kleine Bergstraße umgebuchten Mittel wurde vorläufig zurückgestellt, bis Klarheit darüber herrscht, wie es mit den Schulstandorten in der Innenstadt weiter geht und welche Zuschussmittel hierfür eventuell in Anspruch genommen werden können.

Die Mittel für die Fassadensanierung Altes Rathaus wurde von 3 auf 2 Mio. € reduziert und auf 2 Jahre verteilt, da es für diese Maßnahme nun doch keinen 90%-igen sondern nur noch einen 66%-igen Zuschuss gibt.

Für die Anlegung eines Kinderspielplatzes im Neubaugebiet "Hirzeckberg" wuden für 2020 noch zusätzlich 100.000 € eingestellt. Gegenfinanziert wird dies dadurch, dass der Mittelansatz für die Erneuerung der Treppenanlage zwischen Hammer- und Ludweilerstraße um den gleichen Betrag gekürzt wird.

Zusammen mit dem Haushalt ist auch der Haushaltssanierungsplan fortzuschreiben. Die entsprechenden Erläuterungen und der Beschlussentwurf hierzu finden sich im nächstfolgenden TOP.

Anlage/n

- Haushaltssatzung (öffentlich)
- Gesamtergebnishaushalt (öffentlich)
- Gesamtfinanzhaushalt (öffentlich)
- Investitionsprogramm (öffentlich)

Haushaltssatzung der Stadt Völklingen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020

Aufgrund der §§ 84 ff. des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes - KSVG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes Seite 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 2016 (Amtsblatt des Saarlandes I Seite 840), hat der Rat der Stadt Völklingen am ..... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt	für das Haushaltsjahr 2019	für das Haushaltsjahr 2020
1. im Ergebnishaushalt mit		
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	87.310.111 €	88.083.315 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	96.011.010 €	98.985.221 €
dem Saldo der Erträge und Aufwendungen auf	- 8.700.899 €	- 10.901.906 €
2. im Finanzhaushalt mit		
den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	4.459.571 €	4.752.893 €
den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	14.853.500 €	11.476.500 €
dem Saldo aus Investitionstätigkeit auf	- 10.393.929 €	- 6.723.607 €
den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	15.905.326 €	14.618.921 €
den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	- 3.270.050 €	- 3.570.100 €
dem Saldo aus Finanzierungstätigkeit auf	+ 12.635.276 €	+ 11.048.821 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird festgesetzt auf	10.393.929 €	6.723.607 €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	1.590.000 €	5.040.000 €

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf	115.000.000 €	125.000.000 €

	für das Haushaltsjahr 2019	für das Haushaltsjahr 2020
§ 5		
Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnishaushalts wird festgesetzt auf	8.700.899 €	10.901.906 €
§ 6		
Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:		
1. Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A):	290 %	290 %
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B):	605 %	605 %
2. Gewerbesteuer:	460 %	460 %

§ 7

Es gilt der vom Stadtrat am ..... beschlossene Stellenplan.

§ 8

Es gilt der vom Stadtrat am ..... beschlossene Haushaltssanierungsplan.

§ 9

Über die investiven Mittel der Finanzhaushalte darf erst verfügt werden, wenn die Beträge durch den Fachdienst Finanzmanagement zur Bewirtschaftung freigegeben wurden.

Völklingen,

Christiane BLATT, Oberbürgermeisterin

Ergebnishaushalt 2019 / 2020

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
		in EUR						
	Steuern und ähnliche Abgaben	45.063.946,44	43.797.000	47.075.000	49.957.500	50.847.500	51.807.500	52.007.500
	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	25.842.798,72	25.900.625	26.667.240	24.734.297	24.666.297	24.776.297	24.988.297
	sonstige Transfererträge	10.284,56	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300	10.300
	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.438.220,36	7.542.696	7.780.471	7.729.053	7.678.053	7.628.053	7.578.053
	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.343.789,80	1.345.570	1.312.670	1.258.670	1.228.670	1.229.670	1.229.670
	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.709.158,36	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140	1.657.245
	sonstige ordentliche Erträge	2.588.427,79	2.366.088	2.530.688	2.530.798	2.520.788	2.520.788	2.520.788
	aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Summe der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	***83.996.626,03***	***82.281.359***	***87.080.411***	***87.854.615***	***88.598.019***	***89.636.748***	***89.991.853***
	Personalaufwendungen	23.285.338,22	25.776.245	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485	29.123.240
	Versorgungsaufwendungen	2.149.673,47	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426	2.561.219
	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.254.550,11	12.789.750	14.099.011	14.817.509	14.166.390	14.134.836	14.333.934
	bilanzielle Abschreibungen	0,00	9.185.874	9.561.492	9.734.599	9.734.599	9.734.869	9.734.869
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	35.350.587,80	34.696.364	35.321.089	36.403.517	37.187.517	37.882.517	38.597.517
	Soziale Sicherung	0,00	0	0	0	0	0	0
	sonstige ordentliche Aufwendungen	4.572.594,11	4.417.110	4.700.322	4.589.791	4.427.405	4.490.416	4.476.001
	Summe der Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	***77.612.743,71***	***89.215.531***	***91.895.360***	***95.134.621***	***95.787.484***	***97.212.549***	***98.826.780***
	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	**6.383.882,32**	**-6.934.172**	**-4.814.949**	**-7.280.006**	**-7.189.465**	**-7.575.801**	**-8.834.927**
	Finanzerträge	1.060.778,50	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700	225.700
	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.109.601,40	4.791.000	4.115.650	3.850.600	4.057.550	4.190.500	4.465.450
	Finanzergebnis	***-3.048.822,90***	***-4.519.000***	***-3.885.950***	***-3.621.900***	***-3.829.850***	***-3.963.800***	***-4.239.750***
	Jahresergebnis	**3.335.059,42**	**-11.453.172**	**-8.700.899**	**-10.901.906**	**-11.019.315**	**-11.539.601**	**-13.074.677**

Finanzhaushalt 2019 / 2020

lfd. Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
		in EUR						
		1	2	3	4	5	6	7
	Steuern und ähnliche Abgaben	45.192.656,15	43.797.000	47.075.000	49.957.500	50.847.500	51.807.500	52.007.500
	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	27.097.457,86	23.361.866	23.803.571	21.819.243	21.751.243	21.861.243	22.073.243
	sonstige Transfereinzahlungen	8.293,77	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300	10.300
	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.417.984,97	7.275.750	7.514.700	7.458.700	7.407.700	7.357.700	7.307.700
	privatrechtliche Leistungesentgelte	1.289.919,62	1.345.570	1.362.670	1.308.670	1.278.670	1.279.670	1.279.670
	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.637.026,82	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140	1.657.245
	sonstige Einzahlungen	7.512.205,17	7.997.640	7.893.038	7.893.148	7.883.138	7.883.138	7.883.138
	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.099.125,36	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700	225.700
	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	***91.254.669,72***	***85.379.206***	***89.593.021***	***90.310.258***	***91.052.662***	***92.090.391***	***92.444.496***
	Personalauszahlungen	23.318.130,29	24.986.516	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485	29.123.240
	Versorgungsauszahlungen	2.150.840,16	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426	2.561.219
	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.515.595,86	12.789.750	14.099.011	14.817.509	14.166.390	14.134.836	14.333.934
	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.805.199,97	4.791.000	4.115.650	3.850.600	4.057.550	4.190.500	4.465.450
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	34.941.303,54	34.696.364	35.321.089	36.403.517	37.187.517	37.882.517	38.597.517
	Soziale Sicherung	0,00	0	0	0	0	0	0
	sonstige Auszahlungen	9.811.402,91	10.047.912	10.085.172	9.974.641	9.812.255	9.875.266	9.860.851
	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	***85.542.472,73***	***89.661.730***	***91.834.368***	***94.635.472***	***95.495.285***	***97.053.030***	***98.942.211***
	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**5.712.196,99**	**-4.282.524**	**-2.241.347**	**-4.325.214**	**-4.442.623**	**-4.962.639**	**-6.497.715**
	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2.248.495,36	4.963.500	4.429.571	4.722.893	4.478.999	6.912.000	0
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	381.133,16	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0
	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	238.750,64	0	0	0	0	0	0
	sonstige Investitionseinzahlungen	50.502,76	0	0	0	0	0	0
	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	***2.918.881,92***	***4.993.500***	***4.459.571***	***4.752.893***	***4.508.999***	***6.942.000***	***0***
	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	9.742,09	30.000	730.000	30.000	30.000	30.000	0
	Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.435.390,97	13.359.000	12.056.500	9.752.500	14.508.000	16.399.000	0
	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	704.928,40	564.500	1.827.000	1.544.000	395.000	550.000	0
	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0	0	0	0
	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	1.501.710,66	0	0	0	0	0	0
	sonstige Investitionsauszahlungen	70.938,80	40.000	240.000	150.000	75.000	75.000	0
	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	***9.722.710,92***	***13.993.500***	***14.853.500***	***11.476.500***	***15.008.000***	***17.054.000***	***0***
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**-6.803.829,00**	**-9.000.000**	**-10.393.929**	**-6.723.607**	**-10.499.001**	**-10.112.000**	**0**
	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	***-1.091.632,01***	***-13.282.524***	***-12.635.276***	***-11.048.821***	***-14.941.624***	***-15.074.639***	***-6.497.715***
	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	4.668.331,00	9.000.000	10.393.929	6.723.607	10.499.001	10.112.000	0
	Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen (ohne Ausleihungen)	0,00	0	0	0	0	0	0
	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	2.638.230,92	2.985.000	3.270.050	3.570.100	3.815.150	3.922.200	0

Finanzhaushalt 2019 / 2020

lfd. Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
		in EUR						
		1	2	3	4	5	6	7
	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen	***2.030.100,08***	***6.015.000***	***7.123.879***	***3.153.507***	***6.683.851***	***6.189.800***	***0***
	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	***-3.000.000,00***	***7.267.524***	***5.511.397***	***7.895.314***	***8.257.773***	***8.884.839***	***6.497.715***
	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	***-969.899,92***	***13.282.524***	***12.635.276***	***11.048.821***	***14.941.624***	***15.074.639***	***6.497.715***
	Veränderung der Finanzmittel	**-2.061.531,93**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	Bestand an Finanzmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	12.264.413,91	0	0	0	0	0	0
	Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres	-9.477.595,77	0	0	0	0	0	0

Investitionsprogramm 2017 bis 2022 bzw. "Investiver Finanzhaushalt" 2019 und 2020, Entwurfsstand: 10.04.2019

11/14 | 21 | 24 | 25/26 | 32/33 | 42/43 | 44 | 51/54 | 52/53 | 55

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
00100		Stadtrat, Ortsräte, Beiräte und Ratsarbei															
00100.93500	00	Ratsinformationssystem	14	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
02000		Hauptamt															
02000.93540	00	Telekommunikationsanlage	14	120.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
02000.94010	00	Austausch von aktiven Systemkomponenten	14	30.000	0	30.000	0	**20.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	0	0
02000.94100	00	Umfassende Sanierung inklusive Elektroin-stallation - Neues Rathaus - Flachbau	55														
		- Elektrotechnik / Notstromversorgung		200.000	0	200.000 VE aus 2017 zu	0 Lasten 2018	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Kälteanlage mit Rückkühlung		0	0	0	0	900.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Stadtarchiv		0	0	0	0	170.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Arrondierung Rechenzentrum		0	0	0	0	300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Trinkwasserleitungen		0	0	0	0	0	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Löschwasserleitungen		0	0	0	0	0	0	665.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Sprinkleranlagen		0	0	0	0	0	0	0	0	215.000	0	0	0	0	0
		- Sicherheitsbeleuchtung		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sonnenschutz		0	0	0	0	0	0	180.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Renovierung der Etagen		0	0	0	0	0	0	0	0	850.000	0	850.000	0	8.800.000	0
05300		Bürgeramt															
05300.93530	00	Beschaffung eines neuen Kassensystems	33	0	0	0	0	35.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
06000		Elektronische Datenverarbeitung															
06000.93501	00	Beschaffung von Präsentationstechnik	14	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
06000.93510	00	Beschaffung von Servern	14	25.000	0	20.000	0	**30.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	**20.000**	0	0	0
06000.93511	00	Beschaffung eines zentralen Speichersystems	14	30.000	0	10.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0
06000.93520	00	Beschaffung und Ausbau der Datenbank "ORACL	14	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
06000.93540	00	Beschaffung von Personalcomputern	14	10.000	0	10.000	0	**10.000**	0	**0**	0	**0**	0	**0**	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
06000.93570	00	Beschaffung eines elektronischen Archi-vierungs- u. Dokumentenmanagementsystems	14	10.000	0	10.000	0	**15.000**	0	**15.000**	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
06000.93580	00	Präsentation der Stadt im Internet - Onlinezugangsgesetz	14	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0
06000.93581	00	Elektronische Verwaltung	14	10.000	0	10.000	0	**110.000**	0	**110.000**	0	**40.000**	0	**40.000**	0	0	0
06000.93582	00	Erwerb von Softwarelizenzen	14	10.000	0	10.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0		0	0	0
06000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	14	25.000	0	25.000	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
06000.94000	00	Bau eines Container-Rechenzentrums im ersten Untergeschoss des Neuen Rathauses	14	0	0	0	0	**400.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
13000	Freiwillige Feuerwehr																
13000.93500	10	Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs (TLF 20/40)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93506	00	Beschaffung eines Gerätewagens Logistik (GW-L)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93518	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen in den Gerätehäusern	32	25.000	0	25.000	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0	0	0	0
13000.93520	05	Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs (LF 20/16)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93522	07/09	Beschaffung von Mannschaftstransportfahrzeugen	32	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.	05	Beschaffung eines Mannschaftstransportfahr-zeuges (MTF) für die Wasserrettung	32	0	0	0	0	35.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.	10	Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges (TLF 24-40) mit Gruppenkabine	32	0	0	0	0	350.000	140.000	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.	10	Beschaffung einer Drehleiter mit Korb (DLK 32)	32	0	0	0	0	0	0	750.000	300.000	0	0	0	0	0	0
13000.	00	Beschaffung eines Gerätewagens Gefahrgut (GW-G1)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	250.000	0	0	0	0
													(100% RVB)				
13000.	02	Beschaffung eines Rüstwagens (RW2) für Techn. Hilfe	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	370.000	148.000	0	0
13000.	11	Beschaffung eines Mannschaftstransportfahr-zeuges (MTF)	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35.000	15.000	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
13000.93550	00	Ergänzung von feuerwehrtechn. Ausrüstung	32	35.000	0	35.000	0	**49.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto) incl. Dienst-u. Schutzkl.	32	30.000	0	40.000	0	**23.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
13000.94100	10	Erweiterung der Fahrzeughalle und Sanierung der Dachflächen - FWG Ludweiler	55	0	0	160.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94110	07	Fertiggarage am FWG Fürstenhausen	55	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94111	08	Fertiggaragen zur Gerätelagerung FWG Wehrden	55	0	0	45.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94120	02	Umbau des FWG "Fontanestraße" (DIN 14092)	55	0	0	0	0	0	0	500.000	0	2.500.000	0	1.000.000	0	0	0
												VE					
13000.94130	05	Sanierung der Kellerräume im FWG Luisenthal	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110.000	0	0	0
13000.	07	Schwarz/Weiss-Trennung Atemschutz FWG Fürstenhausen	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94140	07	Erweiterung der Fahrzeughalle - FWG F`hausen	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13000.94150	11	Sanierung des Treppenhauses - FWG Lauterbach	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	85.000	0	0	0
13000.	11	Sanierung Hallendach -FWG Lauterbach	55	0	0	0	0	200.000	0	0	0	0	0	**0**	0	0	0
21100		Grundschulen Allgemein															
21100.93550	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen in den budgetierten Grundschulen	24	5.000	0	5.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
21101		Grundschule Bergstraße/Röchling-Höhe - Stammschule Bergstraße															
21101.93510	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
21101.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**3.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21101.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten Stammschule	55	250.000	0	750.000	634.000	**500.000**	**633.875**	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Lüftungsanlage Umkleide Turnhalle		0	0	0	0	0	0	Inv.Pakt Soziale Integration im Quartier: Förderung Bund: 75%, Förderung Land: 15%;							
		- Wärmedämmmaßnahmen		0	0	0	0	0	0	von den Baunebenkosten (275.000 €) sind nur bis zu 15% von 1.225.000 € förderfähig							
21101.94500	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
21102		Grundschule Fürstenhausen (Waldschule)															
21102.93510	07	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
21102.93800	07	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21102.94050	07	Maßnahmen zum Brandschutz	55	30.000	0	0	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21102.	07	Lehrer-WC		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50.000	0	0	0
21102.94500	07	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0
21103		Grundschule Wehrden/Geislautern; Dependance Geislautern (Schlossparkschule)															
21103.93510	09	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**25.000**	0	**8.000**	0	0	0	0	0	0	0
21103.93800	09	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**7.500**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21103.94100	09	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Austausch der Türen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0
		- Brandschutz		0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der WC-Anlage in den Umkleideräumen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
		- Sanierung des Kanals		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0
		- Sanierung der Verkehrsflächen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	90.000	0
		- Erneuerung des Hallenbodens		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
21103.94500	09	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0
21104		Grundschule Haydnstraße															
21104.93510	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
21104.93xxx	01	Beschaffung Aufsitzmäher	55	0	0	0	0	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21104.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21104.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Dach- und Fassadenfläche VT		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Dachfläche Klassentrakte Nord		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0
21104.94500	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
21104.95000	01	Ausbau und Erweiterung der Grundschule	55														
		- 12 Klassenräume, davon 6 zusätzlich (EG)		500.000	0	3.000.000	2.500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- 24 Klassenräume, davon 12 zusätzlich (OG)		0	0	3.200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21105		Grundschule Heidstock/Luisenthal															
21105.93510	03	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**150.000**	0	**85.000**	0	0	0	0	0	0	0
21105.93800	03	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**100.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21105.94000	03	Umbau der Grundschule zur gebundenen Ganz-tagsschule	24	35.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21105.94xxx	03	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Sonnenschutz		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21105.94500	03	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**40.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
21106		Grundschule Bergstraße/Hermann-Röchling-Höhe; Dependance Röchling-Höhe															
21106.93510	04	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
21106.93800	04	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21106.94100	04	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Lüftungsanlage Turnhalle		300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Wärmedämmung Turnhalle		0	0	0	0	**150.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Trinkwassererwärmung		50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Heizkesselanlage		50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Wärmedämmmaßnahmen und Sonnenschutz		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	350.000	0
		- Trockenlegung der Außenwände		0	0	0	0	0	0	0	0	170.000	0	0	0	0	0
		- Dacheindeckung Turnhalle		0	0	0	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21106.94500	04	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**12.500**	0	**12.500**	0	0	0	0	0	0	0
21107		Grundschule Ludweiler/Lauterbach; Dependance Lauterbach															
21107.93510	11	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0
21107.93800	11	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21107.94200	11	Sanierung der Heizkesselanlage	55	30.000	27.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
21107.94xxx	11	Fassade und Sonnenschutz	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	600.000	0	0	0
21107.94500	11	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**30.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
21108		Grundschule Ludweiler/Lauterbach; Stammschule Ludweiler															
21108.93510	10	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**70.000**	0	**70.000**	0	0	0	0	0	0	0
21108.93800	10	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21108.94100	10	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Dach		0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0	400.000	0	200.000	0
		- Brandschutz		0	0	250.000	0	**150.000**	0	550.000	0	700.000	0	0	0	0	0
								VE aus 2018 zu Lasten 2019		**VE**		**VE**					
		- Ausbau des Dachgeschosses zum 4-Klassenschulhaus		0	0	0	0	80.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Außentreppenanlage		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0	0	0
		- WC-Anlage / Treppenstufen		0	0	0	0	330.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21108.94400	10	Erneuerung der Gebäudeleittechnik	55	100.000	90.000	0	0	90.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21108.94500	10	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	25.000	0	25.000	0	0	0	0	0	0	0
21110		Grundschule Wehrden/Geislautern; Stammschule Wehrden															
21110.93510	08	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**20.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
21110.93800	08	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
21110.94050	08	Brandschutzmaßnahmen	55	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21110.94xxx	08	FGTS Schaffhauserstraße/Kleine Bergstraße		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21110.94500	08	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Schulhof, Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**40.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
34000		Heimat- und sonstige Kulturpflege															
34000.93500	08	Beschaffung eines Beamers - Kulturhalle Wehrden	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11.000	0
34000.94100	08	Umfassende Sanierungsarbeiten Kulturhalle	55														
		- Trockenlegung		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
		- Erneuerung des Hallenbodens		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	120.000	0
		- Energieeinsparung Bühnenbeleuchtung		0	0	0	0	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
32000	Stadtarchiv																
32000.93510	00	Beschaffung von Regalen für das neu eingerichtete Archiv im Neuen Rathaus	21	0	0	0	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0
35000	Städtische Volkshochschule																
35000.93500	00	Besch. von Einrichtungsgegenständen	21	5.000	0	5.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
35000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	21	2.000	0	2.000	0	**2.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
35000.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten	55														
		- Dämmmaßnahmen im Dachgeschoss		340.000	306.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Fassadensanierung		0	0	0	0	0	0	1.000.000	666.666	1.000.000	666.666	0	0	0	0
43500	Objekt Zilleichstraße 2																
43500.94200	08	Sanierung der Dachflächen	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	480.000	0
43500.94xxx	08	Sanierung der Außenanlagen	55	0	0	0	0	70.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46070	Jugendtreffs (Hofstattstraße, Fürstenhausen und Geislautern)																
46070.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten Hofstattstr.	55														
		- Trinkwasserhygiene		30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Regelung der Heizungsanlage		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80.000	0	0	0
46080	Öffentliche Kinderspielplätze																
46080.93500	00	Beschaffung von Spielgeräten	43	11.800	0	19.500	0	**40.000**	0	**40.000**	0	0	0	0	0	0	0
46080.94450	02	Kinder-, Jugendfreizeit- und Seniorenfitness-park Stadionanlage	43	0	0	0	0	0	0	**0**	0	0	0	0	0	0	0
46080.94480	09	Kinderspielplatz Neubaugebiet "Hirzeckberg"	43	30.000	0	30.000	0	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0
46080.94490	07	Neubau eines Kinderspielplatzes in der "Neu-waldstraße"	43	0	0	0	0	**0**	0	0	0	0	0	0	0	160.000	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
46410	Kindertageseinrichtung Ludweiler																
46410.93500	10	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**9.000**	0	**6.000**	0	0	0	0	0	0	0
46410.93800	10	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000 je Kita 3.000 EUR	0	3.000	0	**10.000**	0	0 *ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen*	0	0	0	0	0	0	0
46410.94050	10	Maßnahmen zum Brandschutz	55	385.000	346.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46410.94550	10	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außengelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**50.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
46410.94600	10	Bau eines Sonnenschutzes	55	19.000	17.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46420	Kindertageseinrichtung Lauterbach																
46420.93500	11	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
46420.93800	11	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**12.500**	0	0 *ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen*	0	0	0	0	0	0	0
46420.94500	11	Anbau eines 4. Gruppenraums	55	380.000	342.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46420.94550	11	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außengelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**40.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
46420.94600	11	Bau eines Sonnenschutzes	55	19.000	17.100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46430	Kindertageseinrichtung "Röntgenstraße"																
46430.93500	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
46430.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**9.000**	0	0 *ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen*	0	0	0	0	0	0	0
46430.94150	01	Bau eines Gerätehauses	55	30.000	27.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46430.94550	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außengelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**60.000**	0	**40.000**	0	0	0	0	0	0	0
46440	Kindertageseinrichtung "Neues Rathaus"																
46440.93500	02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**5.000**	0	0	0	0	0	0	0
46440.93800	02	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**6.000**	0	0 *ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen*	0	0	0	0	0	0	0
46440.94100	02	Umfassende Sanierungsarbeiten	55	350.000	315.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
46440.94550	02	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**35.000**	0	**35.000**	0	0	0	0	0	0	0
46450		Kindertageseinrichtung "Schubertstraße"															
46450.93500	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**15.000**	0	**15.000**	0	0	0	0	0	0	0
46450.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**7.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
46450.94550	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**50.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
46460		Kindertageseinrichtung "Haydnstraße"															
46460.93500	01	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	24	0	0	0	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
46460.93800	01	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	24	3.000	0	3.000	0	**4.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
46460.94000	01	Treppenbau zur 2. Ebene	55	27.000	24.300	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46460.94150	01	Bau eines Gerätehauses	55	18.000	16.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46460.94550	01	Grundlegende Sanierungsarbeiten am Außen-gelände - Spielgeräte, Sonnenschutz	24	0	0	0	0	**30.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
46460.94600	01	Bau eines Sonnenschutzes	55	51.000	45.900	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46470		Kindertageseinrichtungen Freie Träger															
46470.94200	05	Brandschutzmaßnahmen in der kath. Kita Marienhaus in Luisenthal	55	90.000	81.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46470.94300	07	Bauliche Maßnahmen in der kath. Kita Myriam in Fürstenhausen	55														
		- Bau einer Brücke zum Freigelände		30.000	27.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Aufwertung des Außengeländes		20.000	18.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Brandschutzmaßnahmen		20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
46470.94400	03	Evangelische Kita Rheinstraße	55			förderfähige Gesamtkosten max. 2,741 Mio. €											
		- Honorare		450.000	0	650.000	0	0	0	0	0	30 % Land	0	0	0	0	0
		- Herrichten des Geländes (Abbruch)		128.000	0	0	0	VE aus 2018 zu Lasten 2019 - 1.220 T€		0	0	30 % Regionalverband		0	0	0	0
		- Bauliche Maßnahmen am Gebäude		380.000	228.000	1.000.000	600.000	**1.220.000**	**600.000**	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Beschaffung von Einrichtungsgegenständen		VE aus 2017 zu Lasten 2018 - 1.650 T€				**200.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Beschaffung von Spielgeräten (Außengelände)		0	0	0	0	**160.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Provisorium		100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46470.98806	04	Investitionszuschuss zur Sanierung, Erweiterung und Schaffung von Krippenplätzen der kath. Kita St. Konrad (Montessori-Kinderhaus Röchling-Höhe)	24	350.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
46480	Kinderstätte Geislautern/Wehrden																
46480.94000	09	Anbau eines 2. Gruppenraumes	55	343.000	308.700	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56000	Sportplätze																
56000.93510	00	Beschaffung eines Kompakttraktors und eines Großflächenmähers	55	18.000	0	0	0	45.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56000.94010	02	Sanierung der Tribüne im Hermann-Neuberger-Stadion	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3.000.000	0
56000.94500	03	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Heidstock	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	130.000	0
56000.94501	04	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Röchlinghöhe	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	140.000	0
56000.94502	05	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Luisenthal	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	0
56000.94503	06	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Fenne	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	280.000	0
56000.94504	08	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Wehrden	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
56000.94505	10	Energetische Sanierungsmaßnahmen am Umkleidegebäude des Sportplatzes Ludweiler	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	190.000	0
56000.94600	05	Erneuerung des Kunstrasenbelags auf dem Sportplatz Luisenthal	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
56200	Sporthallen																
56200.93500	02	Ersatzbeschaffung von Mobiliar - Hermann-Neuberger-Halle (120 T€ Stühle, 85 T€ Tische)	55	0	0	0	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	0	0
56200.94150	02	Umfassende Sanierungsarbeiten - Hermann-Neuberger-Halle	55														
		- Trinkwasserhygiene		0	0	180.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Brandschutzmaßnahmen		0	0	300.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Elektrotechnik		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Wärmedämmmaßnahmen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	800.000	0
		- Deckensanierung im Gymnastikraum		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	75.000	0
		- Trennvorhänge		0	0	0	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- KNX-Steuerung Beleuchtung		0	0	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Erneuerung von sechs Türen		0	0	0	0	60.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der WC-Anlagen und Duschen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	450.000	0
56200.94200	02	Beschaffung von Bühneteilen, Zusatztribüne und Stuhlleiste - Hermann-Neuberger-Halle	55	0	0	0	0	0 siehe 56200.93500	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56200.94250	02	Grundlegende Sanierung der Lüftungsanlage Umkleideräume Hermann-Neuberger-Halle	55	0	0	100.000 VE aus 2017 zu Lasten 2018	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56200.94300	02	Ersatzbeschaffung einer Basketballkorbanlage Hermann-Neuberger-Halle	55	0	0	0	0	30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56300	Lauterbachhalle																
56300.94000	11	Sanierung der Prallwände	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	120.000	0
56500	Turnhallen																
56500.94100	08	Umfassende Sanierungsarbeiten - Sporthalle "Saarstraße" Wehrden	55														
		- Sanierung der Umkleiden		0	0	0	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Decken und Wänden		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150.000	0
		- Sanierung des Hallenbodens und der Heizung		0	0	0	0	0	0	0	0	100.000	0	0	0	0	0
56500.94xxx	05	Barrierefreier Zugang Turnhalle Luisenthal	55	0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
57000	Stadtbad																
57000.93xxx	01	Betriebs- und Geschäftsausstattung	55	0	0	0	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
57000.94100	01	Umfassende Sanierungsarbeiten:	55														
		- Umkleide- und Sanitärbereich		0	0	0	0	1.800.000	1.636.363	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Dachsanierung		0	0	0	0	0	0	1.950.000	1.772.727	0	0	0	0	0	0
		- Klimatechnik		0	0	0	0	0	0	0	0	2.200.000	2.000.000	0	0	0	0
		- Sanierung der Beckenanlage		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.420.000	2.200.000	0	0
		- Sanierung der Elektrotechnik		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0
		- Energetische Fassadensanierung		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.500.000	0
		- Kassensystem		0	0	0	0	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Vereinsräume		0	0	0	0	80.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Niederspannungshauptvert.		0	0	0	0	25.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Beckenreinigungsgerät		0	0	0	0	0	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Abdichtung Beckenumgänge		0	0	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
57200	Freibad																
57200.94100	02	Umfassende Sanierungsarbeiten:	55														
		- Großflächenmäher		0	0	0	0	18.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Dachflächen Umkleidegebäude		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	200.000	0
		- Erneuerung der Klappen		0	0	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Erneuerung der Filter		0	0	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Schwallwasserbehälter		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0
		- Korrosionsschutz Rutsche/Brücke		0	0	0	0	22.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Spielburg Unfallgefahr		0	0	0	0	0	0	12.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Sitzbänke		0	0	0	0	0	0	4.000	0	4.000	0	0	0	0	0
		- Müllbehälter		0	0	0	0	0	0	4.000	0	4.000	0	4.000	0	0	0
		- Gefahrenstoffcontainer		0	0	0	0	4.000	0	4.000	0	0	0	0	0	0	0
		- Niederspannungshauptverteilung		0	0	0	0	11.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Evakuierungsanlage		0	0	0	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
58000	Parkanlagen, öffentliche Grünflächen, Gärtnerei																
58000.93500	00	Beschaffung von Fahrzeugen	43	170.000	0	60.000	0	**0**	0	**140.000**	0	0	0	0	0	0	0
				VE aus 2016 zu	Lasten 2017					Schmalspurträgerfahrzeug - Winterdienst, Mäheinsatz							
58000.93510	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten	43	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0
58000.93520	00	Beschaffung von Containern (Grünschnitt)	43	0	0	11.000	0	**11.000**	0	**11.000**	0	0	0	0	0	0	0
58000.	04	Bau einer neuen Grünanlage "Bouser Weg"	43	0	0	0	0	0	0	35.000	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
60000	Bauverwaltung, Städtebauförderung, Gebäude und Flächenmanagment																
60000.93500	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	55	10.000	0	10.000	0	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
60000.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	55	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
60000.94xxx		Sanierung AK Saarstraße	55	0	0	0	0	0	0	800.000 VE	629.333	800.000 VE	629.333	0	0	0	0
61200	Vermessung und Geoinformation																
61200.93530	00	Browsergestütztes Geoinformationsystem	14	0	0	0	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
61500	Stadtsanierung																
61500.35000		Sonstige Transfereinzahlungen (Erbbauzinsen u. Bewirtschaftungsüberschüsse aus der Vermietung von Parkplätzen)	51	0	49.000	0	49.000	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	49.000
61500.93210	01	Stadtumbau West - Innenstadt Regelprogramm	51	225.000	150.000	525.000	350.000	**270.000**	**180.000**	**240.000**	**160.000**	**25.000**	**16.667**	0	0	0	0
61500.94030	01	Ordungsmaßn.-Studien- u. Modellvorhaben	51	49.000	0	49.000	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	**49.000**	0	0	0
61500.95001	07	Stadtumbau West - Fürstenhausen	51	0	0	0	0	**150.000**	**100.000**	**505.000**	**336.667**	**425.000**	**283.333**	0	0	0	0
61500.95003	01	"Soziale Stadt" - Nördliche Innenstadt	51	0	0	810.000	540.000	**560.000**	**373.333**	**72.000**	**48.000**	**96.000**	**64.000**	0	0	**2.862.000**	**1.908.000**
63000	Gemeindestraßen																
63000.35000		Erschließungsbeiträge	51	0	0 nachrichtl.	0	0 nachrichtl.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.35010		Ausbaubeiträge	51	0	0 nachrichtl.	0	0 nachrichtl.	0	0	0	0	0	0	0	102.000 nachrichtl.	0	0
63000.96060	01	Bauliche Innengestaltung des Kreisverkehrs-platzes "Post-/Rathausstraße"	54	0	0	0	0	0	0	**60.000**	0	0	0	0	0	0	0
63000.96080	11	Bachdurchlass "Alter Spitteler Weg"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	**140.000**	0	0	0	0	0
63000.96400	00	Aus- und Umbau von Bushaltestellen im Stadtgebiet (12. Bauabschnitt)	54	395.000	355.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96410	00	Aus- und Umbau von Bushaltestellen im Stadtgebiet (13. Bauabschnitt)	54	0	0	0	0	**410.000**	**369.000**	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.	00	Aus- und Umbau von Bushaltestellen im Stadtgebiet (14. Bauabschnitt)	54	0	0	0	0	0	0	260.000	195.000	0	0	0	0	0	0
63000.96520	09	Neubaugebiet "Hirzeckberg" - 1. Bauabschnitt	54	0	0	0	0	0	0	0	0	700.000	0	0	0	0	630.000
63000.96521	09	Neubaugebiet "Hirzeckberg" - 2. Bauabschnitt	54	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	0	0	0	0	360.000

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
63000.96533	03	Grundlegende Sanierung der Brücke "Mosel-straße" über die ehemalige Bahnstrecke	54	0	0	0	0	**165.000**	**120.000**	0	0	0	0	0	0	0	0
								Muss bleiben, Maßnahme wird in 2019 umgesetzt, Maßnahme im Förderprogramm - Zuwendungsantrag ist gestellt									
63000.96538	08	Sanierung der Brücke "Buröther Straße"	54	0	0	65.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96570	00	Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen (Rosseler Straße, etc.)	54	0	0	0	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0	100.000	0
63000.	11	Verkehrsberuhigung in der Kreuzwaldstraße	54	0	0	0	0	0	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0
63000.96630	07	Ausbau der "Viktoriastraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	40.000	0	260.000	0	0	0
63000.96631	10	Ausbau der Gehwege "Schulstraße"	54	0	0	240.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	144.000
63000.96632	08	Ausbau der Gehwege "Pfarrwiesstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96634	10	Ausbau der Gehwege "Werbelner Straße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96635	07	Ausbau der Gehwege "Kurt-Schumacher-Str."	54	0	0	0	0	0	0	0	0	110.000	0	0		0	66.000
63000.96636	07	Ausbau der Gehwege "Kurt-Schumacher-Straße" zwischen "Am Wäldchen" (Fußweg) und Friedhof	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96637	09	Ausbau der Gehwege "Kloppwaldstraße"	54	0	0	60.000	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	48.000
63000.96638	08	Sanierung der Straße und Ausbau der Gehwege "Hostenbacher Straße" (oberer Teil)	54	0	0	30.000	0	0	0	0	0	30.000	0	120.000	0	0	0
63000.96639	08	Ausbau der Gehwege "Lorenzstraße"	54	0	0	150.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96640	05	Ausbau des Gehwegs "Altenkesseler Straße" (Bahnunterführung)	54	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.96680	07	Neubaugebiet "Dünkelacker" - Endausbau	54	0	0	0	0	0	0	40.000	0	360.000	0	0	0	0	360.000
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Dünkelacker"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	24.000
63000.96742	06/07	Ausbau der Gehwege in der "Saarbrücker Straße" - zwischen Bf F`hausen und Stangenmühle	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35.000	0	265.000	180.000
63000.96743	07	Ausbau der Gehwege "Saarbrücker Straße" (zwischen Karolinger Straße und Apotheke)	54	0	0	0	0	0	0	0	0	50.000	0	106.000	0	0	78.000

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
63000.96900	07	Endausbau der Straße "Im Finken"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	20.000	0	120.000	0	0	126.000
63000.	02	Grundlegende Sanierung der Brücke über den Köllerbach gegenüber Wildpark	54	0	0	0	0	0	0	50.000	0	350.000	0	0	0	0	0
63000.	07	Neubaugebiet "Im Wäldchen" - Endausbau	54	0	0	0	0	0	0	0	0	30.000	0	200.000	0	0	180.000
63000.	03	Ausbau der Gehwege "In der Pottaschdell"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	200.000	0	0	0	0	180.000
63000.	03	Bau eines Gehwegs von "In der Pottaschdell" bis "Gerhardstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	60.000	0	0	0	0	0
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Langwiesstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	90.000	0	0	0	0	54.000
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Am Hasseleich"	54	0	0	0	0	50.000	0	70.000	0	Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme 0	0	0	0	0	72.000
63000.	07	Ausbau der Gehwege "Sofienstraße"	54	0	0	0	0	Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme 0	0	0	0	100.000	0	0	0	0	60.000
63000.	08	Umbau der "Kurt-Nagel-Straße/Grabenstraße"	54	0	0	0	0	250.000	0	0	0	Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme 0	0	0	0	0	0
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Im Ehrengrund"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	25.000	0	110.000	0	0	81.000
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Eberbachstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme 20.000	0	90.000	0	0	66.000
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Warndtstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme 0	0	300.000	0	0	180.000
63000.	09	Ausbau der Gehwege "Am Dietrichsberg"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	480.000	0	0	0	0	288.000
63000.	09	Erneuerung der Treppenanlage zwischen "Hammerstraße" und "Ludweilerstraße"	54	0	0	0	0	0	0	25.000	0	0	0	0	0	0	0
63000.	10	Ausbau der Gehwege "Händelstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	20.000	0	80.000	0	0	60.000
63000.	10	Erneuerung des Verbindungsweges von "Hahnenkopfstraße" nach "Spatzenhübel"	54	0	0	0	0	0	0	60.000	0	Im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahme 0	0	0	0	0	0
63000.	11	Ausbau der Gehwege "Köhlerstraße"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	410.000	0	0	0	0	246.000
63000.	02	Neuanlegung einer Parkbucht in der "Püttlinger Straße" an der Haydnschule	54	0	0	0	0	60.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63000.	02	Ausbau der Straße "Zum Wasserwerk"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	350.000	315.000
63000.	03	Ausbau der Straße "Schwarzer Weg"	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	385.000	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
63000.	01	Bau eines Radwegs von der Saar entlang der "Karolinger Straße" bis zur Aral-Tankstelle	54	0	0	0	0	45.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67000	Straßenbeleuchtung																
67000.94000	00	Erweiterung u. Erneuerung der Straßen-beleuchtung (ab 2009)	54	100.000	0	100.000	0	**310.000**	0	**310.000**	0	0	0	0	0	0	0
67500	Straßenreinigung																
67500.93500	00	Beschaffung von Kehrmaschinen	42	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67500.93510	00	Beschaffung von Streugutbehältern	42	3.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67500.93540	00	Beschaffung von Winterdienstgeräten	42	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
67500.93560	00	Beschaffung von Fahrzeugen	42	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68000	City-Tiefgarage																
68000.93500	01	Beschaffung eines Parkabfertigungssystems	55	0	0	0	0	90.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68000.94000	01	Grundlegende Sanierung der City-Tiefgarage - Sanierung und Abdichtung der Ebene 2	55	0	0	700.000 VE aus 2017 zu	0 Lasten 2018	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung des zentralen Erschließungsbauwerks		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	200.000	0
69000	Wasserläufe, Wasserbau																
69000.95100	09	Neugestaltung der Ufereinfassung und Spund-wand am Rehbruchweiher	54	0	0	0	0	0	0	**25.000**	0	**125.000**	0	0	0	0	0
69000.96020	11	Umsetzung der Lauterbachstudie mit Neubau von Stegen	54	70.000	59.500	70.000	59.500	0	0	0	0	0	0	100.000	0	90.000	0
72100	Kompostierungsanlage																
72100.93530	07	Ersatzbeschaffung der Siebanlage	43	0	0	55.000	0	**55.000** **VE**	0	**55.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000	Friedhöfe																
75000.93510	00	Beschaffung von Fahrzeugen	43	29.000	0	0	0	**40.000** LKW Doppelkabine mit Pritsche	0	**24.000** Rasentraktor	0	0	0	0	0	0	0
75000.93550	00	Beschaffung von Grabverbauelementen	43	8.000	0	8.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000.93570	00	Beschaffung von Urnenstelen für verschiedene Friedhöfe	43	20.000	0	20.000	0	**30.000**	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000.94160	00	Bau von Schöpfbrunnenanlagen	43	5.000	0	5.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0	0	0	0	0
75000.94241	02	Bau einer Schrankenanlage am Waldfriedhof	43	0	0	0	0	0	0	**30.000**	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
75000.94390	10	Umgestaltung des Denkmalplatzes "Alter Friedhof Ludweiler" - LEADER	43	12.000	0	0	0	**20.000**	**13.000** 65% Zuschuss LEADER?	**70.000**	**45.500**	0	0	0	0	0	0
75000.	05	Sanierung der Einfriedungsmauer - Friedhof Luisenthal	43	0	0	0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0
75000.94xxx	02	Umfassende Sanierungsarbeiten am Friedhofsgebäude Waldfriedhof	55														
		- Sanierung der Elektrotechnik		0	0	0	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		- Sanierung der Dachflächen		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	240.000	0
75000.94xxx	07	Umfassende Sanierungsarbeiten am Friedhofsgebäude Fürstenhausen	55														
		- Trockenlegung des Friedhofsgebäudes		0	0	0	0	30.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
77000	Fuhrpark																
77000.93500	00	Beschaffung von Fahrzeugen	42	0	0	35.000	0	**145.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
77000.94xxx	09	Umfassende Sanierungsarbeiten am Fuhrparkgebäude Geislautern	55														
		- Erneuerung der Duschen im Erdgeschoss		0	0	0	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
77100	Bauliche und betriebliche Dienstleistungen (BBD)																
77100.93542	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten Fachdienst 42 - Betrieb öffentliche Einrichtungen	42	20.000	0	20.000	0	**20.000**	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0
77100.93543	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten Fachdienstes 43 - Öffentliches Grün und Friedhöfe	43	25.000	0	25.000	0	**25.000**	0	**25.000**	0	0	0	0	0	0	0
77100.93842	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto) Fachdienst 42	42	20.000	0	20.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
77100.93843	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto) Fachdienst 43	43	20.000	0	20.000	0	**20.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
79000	Tourismusförderung																
79000.96000	00	Errichtung von baulichen Anlagen	25	9.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
79100	Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr																
79100.93200	07	Erschließung des ehemaligen Raffinerie-geländes (SLR II) - 1. BA - **Grunderwerb**	25/51	0	0	0	0	700.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
79100.93500	00	Ergänzung der Stadtbeleuchtung (Weihnachten)	25	0	0	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
79100.93510	00	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen	25	2.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre 2017 Ausz. €	2017 Einz. €	2018 Ausz. €	2018 Einz. €	Mittelanmeldungen 2019 Ausz. €	2019 Einz. €	2020 Ausz. €	2020 Einz. €	2021 Ausz. €	2021 Einz. €	2022 Ausz. €	2022 Einz. €	Spätere Jahre Ausz. €	Spätere Jahre Einz. €
79100.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	25	3.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
79100.95100	07	Erschließung des ehemaligen Raffinerie-geländes (SLR II) - 1. Bauabschnitt	25/51	0	0	300.000	216.000	400.000	200.000	1.040.000	520.000	1.040.000	520.000	0	0	0	0
										VE		**VE**					
79100.95110	07	Erschließung des ehemaligen Raffinerie-geländes (SLR II) - 2. Bauabschnitt	25/51	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9.000.000	4.500.000	0	0
85500	Stadtwald																
85500.93500	00	Beschaffung von Maschinen und Geräten	44	5.000	0	5.000	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	**5.000**	0	0	0
85500.93510	00	Beschaffung von Fahrzeugen	44	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
85500.93800	00	Erwerb von Wirtschaftsgütern ab 150,01 € bis 1.000 € (netto)	44	4.000	0	4.000	0	**4.000**	0	0	0	0	0	0	0	0	0
										ab 2020 sind Wirtschaftsgüter bis 1.000 € (netto) im Ergebnisplan zu veranschlagen							
85500.96000	00	Neu- und Ausbau von Forstwegen	44	10.000	0	10.000	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	**10.000**	0	0	0
88000	Allgemeines Grundvermögen																
88000.34000	00	Veräußerung von Grundstücken	51	0	30.000	0	30.000	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	0
88000.93200	00	Grundstückserwerb und Nebenkosten	51	30.000	0	30.000	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	**30.000**	0	0	0
		§ 3 Abs. 1 GemHVO															
Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			**19.-31.**	6.895.800	2.895.800	13.993.500	4.993.500	14.853.500	4.459.571	11.476.500	4.752.893	15.008.000	4.508.999	17.054.000	6.942.000	24.838.000	5.755.000
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			**32.**		-4.000.000		-9.000.000		-10.393.929		-6.723.607		-10.499.001		-10.112.000		-19.083.000
Einzahlungen aus der Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen			**34.**	0	4.000.000	0	9.000.000	0	10.393.929	0	6.723.607	0	10.499.001	0	10.112.000	0	19.083.000
		Finanzierungslücke / - spielraum			0		0		0		-0		0		0		0
91000.37700		Kredite vom Kreditmarkt		0	4.000.000	0	9.000.000	0	10.393.929	0	6.723.607	0	10.499.001	0	10.112.000		19.083.000
		Nachtrag / Nachträge			0		0		0		0		0		0		0
		davon Sonderkredit "Stadtentwicklung"			0		0		0		0		0		0		0
		Gesamtkredit:			4.000.000		9.000.000		10.393.929		6.723.607		10.499.001		10.112.000		19.083.000

Unter-sach-konto	Orts-teil	Bezeichnung der Maßnahme	Fach-dienst	Haushaltsjahre				Mittelanmeldungen									
				2017		2018		2019		2020		2021		2022		Spätere Jahre	
				Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €	Ausz. €	Einz. €
Auszahlungen für die Tilgung und die Gewährung von Darlehen: (Kernhaushalt und ehemals GGM)			**35.**	2.865.000		2.985.000		3.270.050		3.570.100		3.815.150		3.922.200		4.257.250	
hiervon:																	
91000.97100		Tilgungszahlungen an das Land		5.000	0	5.000	0	5.050	0	5.100	0	5.150	0	5.200	0	5.250	0
91000.97500		Tilgungszahlungen an Stadtsparkassen		400.000	0	470.000	0	300.000	0	490.000	0	670.000	0	707.000	0	947.000	0
91000.97620		Tilgungszahlungen an Girozentralen		1.545.000	0	1.600.000	0	2.025.000	0	2.095.000	0	2.125.000	0	2.155.000	0	2.225.000	0
91000.97800		Tilgungszahlungen an sonst. Kreditmarkt		915.000	0	910.000	0	940.000	0	980.000	0	1.015.000	0	1.055.000	0	1.080.000	0

2019/672
Beschlussvorlage
öffentlich

Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis zum Jahr 2022

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

1.)
Es wird beschlossen, den Haushaltssanierungsplan bis 2019 wie folgt zu ändern:
- lfd. Nr. 73: Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 460% auf 470% wird ausgesetzt.
- lfd. Nr. 78: Die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 605% auf 650% wird ausgesetzt.

2.)
Es wird beschlossen, dem Haushaltssanierungsplan bis 2022 gemäß den beigefügten Anlagen 1 bis 7 zuzustimmen.

Sachverhalt

Gemäß § 82a KSVG haben Gemeinden zusätzlich zum Haushaltsplan einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen, wenn die Allgemeine Rücklage innerhalb eines Jahres um mehr als ein Viertel verringert wird oder in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, die Allgemeine Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern. Diese zweite Alternative trifft auch auf Völklingen zu.

Zusammen mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt 2019/2020 ist daher auch ein Beschluss des Stadtrates über die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans erforderlich, welcher dem Ziel dient, den Haushaltsausgleich zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder herzustellen.

Bereits im November 2013 hatte der Stadtrat den Haushaltssanierungsplan bis einschließlich des Jahres 2017 beschlossen. In der Stadtratssitzung am 28.05.2015 erfolgte zusammen mit der Beschlussfassung über den Doppelhaushalt 2015/2016 die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis zum Jahr 2019.

Mit dem Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport (MfluS) vom 03.06.2015 über die Überprüfung der Haushalte der Gemeinden durch die

Kommunalaufsichtsbehörde beim Landesverwaltungsamt ab dem Jahr 2015 (Konsolidierungserlass) wurde das Verfahren zur Beurteilung der kontinuierlichen Verringerung des strukturellen Defizits mit dem Ziel eines zahlungsbezogenen Haushaltsausgleichs bis zum Jahr 2024 grundlegend geändert. Entscheidend ist nun, dass das "strukturelle zahlungsbezogene Defizit" des Jahres 2014 in den Jahren 2015 bis 2024 um jährlich 10% zurückgeführt wird. Die Einhaltung dieser Defizitobergrenze wird jeweils im Folgejahr auf der Basis der Finanzrechnung überprüft. Über das Jahr 2024 hinaus soll erreicht werden, dass die Erträge die Aufwendungen übersteigen, um so angemessenes Eigenkapital aufzubauen.

Der Konsolidierungserlass orientiert sich damit vollumfänglich an dem Gesetz über die Konsolidierungshilfen aus dem Sondervermögen "Kommunaler Entlastungsfonds" ab dem Jahr 2015 (KELFG 2015), welches zum Erhalt von KELF-Mitteln die gleichen Bewilligungsvoraussetzungen beinhaltet.

Während bis 2014 die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen im Fokus standen, stellt ab dem Jahr 2015 die absolute Rückführung des "strukturellen zahlungsbezogenen Defizits" die einzig entscheidende zentrale Größe dar. In welchem Umfang dieses Defizit durch freiwillige oder pflichtige Aufgaben bzw. Ausgaben verursacht wird, ist unerheblich.

Das "strukturelle zahlungsbezogene Defizit" wird ermittelt, indem aus dem Defizit laut Haushaltsplan die Planansätze bestimmter Einzahlungs- und Auszahlungsarten ("Normalfaktoren") herausgerechnet und durch ihre "Normalentwicklung" ersetzt werden. Dieses Verfahren entlastet die Gemeinden von Risiken, die sich aus einer unerwarteten Verschlechterung der Rahmenbedingungen ergeben, denn hierdurch erhalten die Gemeinden mehr Zeit, um auf diese Entwicklungen zu reagieren. Steuereinbrüche werden hierdurch bei der Beurteilung zunächst ausgeklammert, ein erhöhtes Steueraufkommen (ausgenommen solches durch Hebesatzänderung) fließt jedoch ebenfalls nicht direkt in die Berechnung mit ein.

Alle nicht durch die Normalfaktoren erfassten Veränderungen im Haushalt liegen jedoch grundsätzlich im Verantwortungsbereich der Gemeinden. Die Gemeinden steuern ihr "strukturelles zahlungsbezogenes Defizit" durch die übrigen Einzahlungen und Auszahlungen und stellen insbesondere sicher, dass die Konsolidierungsvorhaben realisiert und finanzwirksam werden.

Da die Normalentwicklung und damit auch das strukturelle Defizit jährlich fortgeschrieben werden, fließen die Ergebnisse der Finanzrechnung zeitverzögert in den Defizitabbau ein. Im Zeitablauf müssen die Gemeinden damit letztendlich doch alle - auch die durch externe Vorgaben bedingten - Defizite abbauen.

Als zahlungsbezogenes Defizit gilt der Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit zuzüglich der um Tilgungserstattungen bereinigten ordentlichen Tilgung der Kredite für Investitionen ohne Einzahlungen oder Auszahlungen von Konsolidierungshilfen aus dem Kommunalen Entlastungsfonds.

Unter die oben beschriebene "Normalentwicklung" fallen folgende Ein-/Auszahlungen:

* Grundsteuer B
* Gewerbesteuer

* Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
* Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
* Schlüsselzuweisungen A, B und C sowie die Sonderschlüsselzuweisungen abzüglich der Finanzausgleichsumlage nach dem KFAG
* Regionalverbandsumlage

Das Innenministerium stellt den Gemeinden die Berechnung der Obergrenzen des "strukturellen zahlungsbezogenen Defizits" und die Entwicklung der Normalfaktoren in elektronischer Form als Excel-Tabelle zur Verfügung. Die Gemeinden ergänzen die übermittelte Tabelle soweit erforderlich um wesentliche für die Folgejahre erhebliche strukturellen Änderungen und Sondereffekte und um die Berechnung des individuellen strukturellen Defizits unter Nachweis der Einhaltung der Obergrenze.

Die ausgefüllte Excel-Tabelle ist zusammen mit dem Haushaltsplan dem Landesverwaltungsamt vorzulegen. Gleiches gilt für den Nachweis der strukturellen Änderungen und Sondereffekte sowie für die plausible Darlegung der wesentlichen Maßnahmen, die dazu beitragen, das strukturelle zahlungsbezogene Defizit zurückzuführen. Auch hierzu hat das Innenministerium entsprechende Mustervordrucke zur Verfügung gestellt.

Gemäß Ausführungserlass des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2016 sind von sanierungspflichtigen Kommunen mit einem zahlungsbezogenen Ausgangsdefizit folgende Bestandteile als Haushaltsanierungsplan vorzulegen:

- die o.a. Berechnungsblätter zum Nachweis der Einhaltung der Defizitobergrenzen

- das Formblatt 1 - Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt

- das Formblatt 3 - Erläuterungen zur Defizitentwicklung Finanzhaushalt

- die Anlage 5 - Berechnungshilfe Finanzhaushalt

Die Berechnungsblätter, die Formblätter 1 und 3 sowie die Anlage 5 sind beigefügt.

Wie aus den Berechnungsblättern hervorgeht, wird das Sanierungsziel in jedem Jahr des Finanzplanungszeitraums bis 2022 erfüllt.

Es muss jedoch noch einmal deutlich darauf hingewiesen werden, dass die in den Berechnungsblättern festgesetzte Normalentwicklung jährlich fortgeschrieben wird, mit der Konsequenz, dass Ende 2019 noch einmal anhand der dann aktualisierten Berechnungsblätter eine Überprüfung dahingehend durchgeführt werden muss, ob das Sanierungsziel in den einzelnen Jahren des Finanzplanungszeitraums, der dann bis 2023 reicht, immer noch eingehalten wird.

Weitere Erläuterungen können in der Sitzung gegeben werden.

Anlage/n

- Normalentwicklung 2019 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2020 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2021 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2022 (öffentlich)
- Formblatt 1 Plausibilisierung (öffentlich)
- Formblatt 3 Erläuterungen Defizitentwicklung (öffentlich)
- Formblatt 5 Berechnungshilfe (öffentlich)

2019

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2019	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.406	-444
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	17.217	14.828	-2.389
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	12.670	12.247	-423
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	3.910	4.293	383
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	20.013	22.032	2.019
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**62.660**	**62.912**	**252**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	27.085	26.138	-948
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**27.085**	**26.138**	**-948**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2019	**-5.119**	**-3.919**	**1.200**
Defizitobergrenze 2019		**-4.353**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**433**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2019

Hebesatz 2017	565
Hebesatz maßgebliches Jahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2019

Hebesatz netto 2017	384,0
Hebesatz netto maßgebliches Jahr	396,0
Ist-Aufkommen	17.217
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

2020

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2020	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.506	-344
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	16.640	-1.838
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	13.420	13.000	-420
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.010	4.414	404
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	18.420	22.645	4.225
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**63.178**	**66.312**	**3.134**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	29.150	26.660	-2.490
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**29.150**	**26.660**	**-2.490**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2020	**-8.819**	**-3.195**	**5.624**
Defizitobergrenze 2020		**-3.482**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**287**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2020

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2020

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

2021

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2021	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.607	-243
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		658	658
Gewerbesteuer netto	18.478	17.209	-1.269
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	14.180	13.683	-497
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.100	4.511	411
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	18.960	23.044	4.084
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**64.568**	**68.234**	**3.666**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	29.990	27.193	-2.797
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**29.990**	**27.193**	**-2.797**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2021	**-9.066**	**-2.604**	**6.462**
Defizitobergrenze 2021		**-2.612**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**8**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2021

Hebesatz 2017	560
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**45**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**658**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2021

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

2022

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2022	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.710	-140
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	17.679	-799
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	14.950	14.368	-582
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.200	4.607	407
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	19.550	24.175	4.625
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**66.028**	**70.646**	**4.618**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	30.895	27.737	-3.158
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**30.895**	**27.737**	**-3.158**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2022	**-9.255**	**-1.479**	**7.776**
Defizitobergrenze 2022		**-1.741**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**262**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2022

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2022

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

Formblatt 1: Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt(Nachweis nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Gemeindename: Völklingen	**Plausibilisierung der Defizitentwicklung im Finanzplanungszeitraum (Bestandteil des Haushaltssanierungsplans/Sanierungshaushalts)**

Die Erreichung des Sanierungszieles ergibt sich aus den als Anlage beigefügten Berechnungsblättern für die Haushaltsjahre 2016 - 2020. Die in den einzelnen Berechnungsblättern ggf. enthaltenen Haushaltsverbesserungen infolge der Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer sind originärer Bestandtteil dieses Sanierungsplanes. Nachstehend sind ***außerdem*** nur die Ansatzveränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr dargestellt, die sich **nicht** bereits aus der vorgegebenen Normalentwicklung von Steuern, Schlüsselzuweisungen und Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage ergeben und die Erreichung des Sanierungszieles beeinflussen.

Positionen im Finanzhaushalt		Haushaltsjahr 2018	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021	Haushaltsjahr 2022
1	Steuern u.ä. (**OHNE** GrSt.B, Gewerbe-, Eink.-, Umsatzsteuer und Sonderschlüsselzuweis.)	1.957.500	1.957.500	1.957.500	1.957.500	1.957.500
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
2	Zuwendungen u.ä. (**OHNE** Schlüsselzuweisungen und KELF)	4.183.366	3.835.011	3.791.243	3.563.243	3.556.243
	Differenz zum Vorjahr		-348.355	-43.768	-228.000	-7.000
3	sonstige Transfereinzahlungen	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300
	Differenz zum Vorjahr		30	0	0	0
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.275.750	7.514.700	7.458.700	7.407.700	7.357.700
	Differenz zum Vorjahr		238.950	-56.000	-51.000	-50.000
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.345.570	1.312.670	1.258.670	1.228.670	1.229.670
	Differenz zum Vorjahr		-32.900	-54.000	-30.000	1.000
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140
	Differenz zum Vorjahr		384.932	-70.045	12.414	17.729
7	sonstige Einzahlungen	7.997.640	7.893.038	7.893.148	7.883.138	7.883.138
	Differenz zum Vorjahr		-104.602	110	-10.010	0
8	Zinsen u. sonst. Finanzeinzahlungen	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700
	Differenz zum Vorjahr		-42.300	-1.000	-1.000	-1.000
10	Personalauszahlungen	24.986.516	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485
	Differenz zum Vorjahr		1.028.735	1.182.215	627.163	641.856
11	Versorgungsauszahlungen	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426
	Differenz zum Vorjahr		-151.993	193.544	55.205	56.482
12	Sach- und Dienstleistungen	12.789.750	14.099.011	14.737.509	14.363.390	14.296.836
	Differenz zum Vorjahr		1.309.261	638.498	-374.119	-66.554
13	Zinsen u. sonst. Finanzauszahlungen	4.791.000	4.115.650	3.850.600	3.975.550	4.105.500

Formblatt 1: Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt(Nachweis nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

	Differenz zum Vorjahr		-675.350	-265.050	124.950	129.950
14	Zuwendungen u.ä. (**OHNE**Kreis-, Regionalverb.-, Gewerbesteuer- und FAG-Umlage)	5.005.864	5.422.477	5.431.777	5.380.777	5.170.777
	Differenz zum Vorjahr		416.613	9.300	-51.000	-210.000
15	Soziale Sicherung	0	0	0	0	0
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
16	sonstige Auszahlungen	10.047.912	10.030.452	9.900.381	9.831.995	9.885.006
	Differenz zum Vorjahr		-17.460	-130.071	-68.386	53.011
34a	Rückflüsse von Darlehen	0	0	0	0	0
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
35	Auszahlungen Tilgung Inv. Kredite	2.985.000	3.270.050	3.570.100	3.745.150	3.845.200
	Differenz zum Vorjahr		285.050	300.050	175.050	100.050
Saldo der Differenzen der Ein- und Auszahlungen zum Vorjahr			**-2.099.101**	**-2.153.189**	**-796.459**	**-744.066**

Nachrichtlich:					
Hebesatz Grundsteuer B (2017 = 565%)	605	605	605	605	605
Hebesatz Gewerbesteuer (2017 = 448%)	460	460	460	460	460
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss(+) bei Normalentwicklung	**-4.322.000**	**-3.919.000**	**-3.195.000**	**-2.604.000**	**-1.479.000**
Differenz zum Vorjahr		**403.000**	**724.000**	**591.000**	**1.125.000**

Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**59.021.000**	**62.912.000**	**66.312.000**	**68.234.000**	**70.646.000**
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**24.747.000**	**26.138.000**	**26.660.000**	**27.193.000**	**27.737.000**
Einzahlungen abzüglich Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**34.274.000**	**36.774.000**	**39.652.000**	**41.041.000**	**42.909.000**
Differenz zum Vorjahr		**2.500.000**	**2.878.000**	**1.389.000**	**1.868.000**

Saldo der Differenzen des zahlungsbezogenen Defizits bei Normalentwicklung und der Ein- abzgl. Auszahlungen Normalentwicklung zum Vorjahr (= Haushaltsveränderungen zum Vorjahr, die sich nicht bereits aus der vorgegebenen Normalentwicklung von Steuern, Schlüsselzuweisungen und Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage ergeben).		**-2.097.000**	**-2.154.000**	**-798.000**	**-743.000**

Formblatt 1: Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt(Nachweis nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

GRAUE Zellen enthalten zum Teil Formeln

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Gemeinde: Völklingen

Erläuterungen zur Defizitentwicklung im Finanzplanungszeitraum
(Bestandteil des Haushaltssanierungsplans/Sanierungshaushaltes/Sanierungsnachweises[1])

Pos. 1: Steuern u.ä. (OHNE GrSt B, GewSt, ESt, USt, Sonderschlüsselzuweisungen)

Die lt. Haushaltssanierungsplan bis 2019 vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer um 45 Prozentpunkte ab 2019 wurde ausgesetzt. Gleiches gilt für die zum 01.01.2019 vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte. Eine Kompensation erfolgt insbesondere durch eine entsprechende Mittelreduzierung bei den Zinsauszahlungen.

Pos. 2: Zuwendungen u.ä. (OHNE Schlüsselzuweisungen und KELF)

Unter dieser Position ist auch in 2019 wieder eine Landeszuweisung aus der Sondermasse Flüchtlingskosten (300.000 €) veranschlagt. Für 2020 ist ebenfalls eine Landeszuweisung aus der Sondermasse Flüchtlingskosten in Höhe von 260.000 € veranschlagt.

Pos. 3: sonstige Transfereinzahlungen

…---

Pos. 4: öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Pos. 5: privatrechtliche Leistungsentgelte

Pos. 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Steigerung ist auf zu erwartende Mehreinnahmen bei den Entgelten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für die Durchführung von Integrationskursen sowie bei den Erstattungen von Miet- und Nebenkosten durch den Regionalverband Saarbrücken zurückzuführen.

Pos. 7: sonstige Einzahlungen

Pos. 8: Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

…---

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Pos. 10: Personalauszahlungen

Bedingt durch den zusätzlichen Personalbedarf sowie die tariflichen Erhöhungen steigen die Personalauszahlungen in 2019 um rd. 1 Mio. €. Gleiches gilt für die weitere Steigerung in 2020 um rd. 1,2 Mio. €.

Pos. 11: Versorgungsauszahlungen

…---

Pos. 12: Sach- und Dienstleistungen

Die Steigerungen bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in 2019 um rd. 1,3 Mio. € resultieren aus einem höheren Aufwand bei der Unterhaltung der baulichen Anlagen einschließlich Außengelände (+ 550.000 €), bei der Reinigung (+ 153.000 €) sowie bei der Ergänzung und Unterhaltung der geringwertigen Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstigen Gebrauchsgegenständen (+ 146.000 €). Auch bei den Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (+ 125.000 €) sowie bei den sonstigen Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 150.000 €) sind signifikante Steigerungen zu verzeichnen. Die erneute Steigerung von 2019 nach 2020 um rd. 0,6 Mio. € resultiert zum Einen aus drei Einzelmaßnahmen (Sanierung Kunstrasenplatz Luisenthal, Abriss altes Feuerwehrgerätehaus Geislautern, Reinigung Fassade Neues Rathaus). Zum Anderen ist ab 2020 die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern bis 1.000 € nicht mehr über den investiven Finanzhaushalt sondern über den Ergebnisplan abzuwickeln.

Pos. 13: Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Bereits in 2018 konnten die Liquiditätskredite um 8 Mio. € zurückgeführt werden. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2018 ist auch in 2019 eine weitere Verringerung des Kassenkreditbestandes um bis zu 10 Mio. € vorgesehen. Der Mittelansatz für die Kassenkreditzinsen kann daher um 420.000 € reduziert werden. Auch bei den Investivkrediten kann der Mittelansatz für die Zinsen um rd. 255.000 € reduziert werden. Durch die Umsetzung des Saarlandpaktes werden die Zinsauszahlungen für Kassenkredite ab 2020 weiter zurückgehen.

Pos. 14: Zuwendungen u.ä. (<u>OHNE</u> Kreis-, Regionalverb.-, Gewerbesteuer- und FAG-Umlage)

Die Steigerung resultiert vor allem aus einem höheren Mittelansatz für die Abführung der Müllgebühren an den EZV (+ 200.000 €) sowie der erstmaligen Veranschlagung von Mitteln für die Auszahlung der ÖPNV-Pauschale (+ 143.000 €). Beiden Auszahlungspositionen stehen aber Einzahlungen in gleicher Höhe gegenüber. Weiterhin wurde der Mittelansatz für die Sachkostenzuschüsse an Kitas in freier Trägerschaft um 30.000 € erhöht. Dieser erhöht sich ab 2020 um weitere 100.000 € (wegen Fertigstellung evang. Kita Rheinstraße).

Pos. 15: Soziale Sicherung

…---

Pos. 16: sonstige Auszahlungen

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Pos. 34a: Rückflüsse von Darlehen
…---

Pos. 35: Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten
Die Kredittilgungsleistungen steigen im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich an. Dies ist zum Einen darauf zurückzuführen, dass bei bereits bestehenden Krediten bei gleich bleibender Annuität im Amortisationszeitraum zwar die Zinsbelastung sinkt, die Tilgung aber im gleichen Umfang ansteigt. Zum Anderen sind auch im Finanzplanungszeitraum neue Kreditaufnahmen vorgesehen.

[1] Nicht Zutreffendes bitte streichen

Anlage 5

GRAUE Felder enthalten Formeln
Salden sind mit dem **jeweiligen Vorzeichen** zu versehen, **ansonsten** sind positive Zahlen **ohne Vorzeichen** einzugeben

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Gewerbesteuer	20.000.000 €	20.000.000 €	20.000.000 €	20.000.000 €
abzüglich Gewerbesteuerumlage	2.782.609 €	1.521.740 €	1.521.740 €	1.521.740 €
Gewerbesteuer Netto	**17.217.391 €**	**18.478.260 €**	**18.478.260 €**	**18.478.260 €**
Gewerbesteuer Netto in T€	**17.217**	**18.478**	**18.478**	**18.478**

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Schlüsselzuweisungen	18.634.560 €	17.000.000 €	17.500.000 €	18.000.000 €
zuzüglich Sonderschlüsselzuweisungen	1.687.500 €	1.720.000 €	1.760.000 €	1.850.000 €
abzüglich FAG-Umlage	309.264 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
Schlüsselzuweisungen Netto	**20.012.796 €**	**18.420.000 €**	**18.960.000 €**	**19.550.000 €**
Schlüsselzuweisungen Netto in T€	**20.013**	**18.420**	**18.960**	**19.550**

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit, Zeile 18 FHH	- 548.888 €	- 4.254.954 €	- 4.632.363 €	- 5.104.379 €
abzüglich Rückflüsse von Darlehen (ohne Ausleihungen), Zeile 34a FHH	- €	- €	- €	- €
zuzüglich Auszahlungen für die Tilgung von Investitionen, Zeile 35 FHH	3.270.050 €	3.570.100 €	3.745.150 €	3.845.200 €
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) unbereinigt, i.d.R. Zeile 37 FHH	- 3.818.938 €	- 7.825.054 €	- 8.377.513 €	- 8.949.579 €
abzüglich veranschlagte Einzahlungen KELF	1.300.000 €	994.000 €	688.000 €	305.000 €
zuzüglich veranschlagte Auszahlungen KELF	- €	- €	- €	- €
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) nach dem Konsolidierungserlass	**- 5.118.938 €**	**- 8.819.054 €**	**- 9.065.513 €**	**- 9.254.579 €**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) nach dem Konsolidierungserlass in T€	**-5.119**	**-8.819**	**-9.066**	**-9.255**

2019/672-001
Beschlussvorlage
öffentlich

Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis zum Jahr 2022

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

- Für Hauptausschuss:

Es wird beschlossen, dem Haushaltssanierungsplan bis 2022 gemäß den beigefügten Anlagen 1 bis 7 zuzustimmen.

- Für Stadtrat:

1.)
Es wird beschlossen, den Haushaltssanierungsplan bis 2019 wie folgt zu ändern:
- lfd. Nr. 73: Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 460% auf 470% wird ausgesetzt.
- lfd. Nr. 78: Die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 605% auf 650% wird ausgesetzt.

2.)
Es wird beschlossen, dem Haushaltssanierungsplan bis 2022 gemäß den beigefügten Anlagen 1 bis 7 zuzustimmen.

Sachverhalt

Auf die Erläuterungen in Vorlage Nr. 2019/672 wird verwiesen.

Der Hauptausschuss hat bereits in seiner Sitzung am 19.03.2019 beschlossen, dem Stadtrat zu empfehlen, den Haushaltssanierungsplan bis 2019 wie folgt zu ändern:
- lfd. Nr. 73: Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 460% auf 470% wird ausgesetzt.
- lfd. Nr. 78: Die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 605% auf 650% wird ausgesetzt.

Darüber hinaus hat der Stadtrat auch über die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis 2022 gemäß den beigefügten und aktualisierten Anlagen 1 bis 7 zu beschließen.

Anlage/n

- Normalentwicklung 2019 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2020 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2021 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2022 (öffentlich)
- Formblatt 1 Plausibilisierung (öffentlich)
- Formblatt 3 Erläuterungen Defizitentwicklung (öffentlich)
- Formblatt 5 Berechnungshilfe (öffentlich)

2019

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2019	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.406	-444
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	15.496	14.828	-668
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		470	470
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	12.670	12.247	-423
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	3.910	4.293	383
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	20.013	22.032	2.019
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**60.939**	**62.860**	**1.921**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	27.085	26.138	-948
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**27.085**	**26.138**	**-948**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2019	**-6.791**	**-3.923**	**2.868**
Defizitobergrenze 2019		**-4.353**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**430**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2019

Hebesatz 2017	565
Hebesatz maßgebliches Jahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2019

Hebesatz netto 2017	384,0
Hebesatz netto maßgebliches Jahr	396,0
Ist-Aufkommen	15.496
Grundbetrag	**3.913**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**470**

2020

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2020	Haushaltsplan	Normalentwickl. (wird vorgegeben)	Differenz
Grundsteuer B	8.850	8.506	-344
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	16.640	-1.838
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	13.420	13.000	-420
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.010	4.414	404
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	18.420	22.645	4.225
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**63.178**	**66.312**	**3.134**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	29.150	26.660	-2.490
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**29.150**	**26.660**	**-2.490**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2020	**-8.749**	**-3.125**	**5.624**
Defizitobergrenze 2020		**-3.482**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**357**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2020

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2020

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

2021

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2021	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.607	-243
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	17.209	-1.269
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	14.180	13.683	-497
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.100	4.511	411
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	18.960	23.044	4.084
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**64.568**	**68.161**	**3.593**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	29.990	27.193	-2.797
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**29.990**	**27.193**	**-2.797**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2021	**-8.946**	**-2.557**	**6.389**
Defizitobergrenze 2021		**-2.612**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**55**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2021

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2021

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

2022

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2022	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.710	-140
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	17.679	-799
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	14.950	14.368	-582
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.200	4.607	407
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	19.550	24.175	4.625
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**66.028**	**70.646**	**4.618**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	30.895	27.737	-3.158
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**30.895**	**27.737**	**-3.158**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2022	**-9.205**	**-1.429**	**7.776**
Defizitobergrenze 2022		**-1.741**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**312**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2022

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2022

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

Formblatt 1: Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt(Nachweis nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Gemeindename: Völklingen	**Plausibilisierung der Defizitentwicklung im Finanzplanungszeitraum (Bestandteil des Haushaltssanierungsplans/Sanierungshaushalts)**

Die Erreichung des Sanierungszieles ergibt sich aus den als Anlage beigefügten Berechnungsblättern für die Haushaltsjahre 2016 - 2020. Die in den einzelnen Berechnungsblättern ggf. enthaltenen Haushaltsverbesserungen infolge der Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer sind originärer Bestandtteil dieses Sanierungsplanes. Nachstehend sind***außerdem***nur die Ansatzveränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr dargestellt, die sich**nicht**bereits aus der vorgegebenen Normalentwicklung von Steuern, Schlüsselzuweisungen und Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage ergeben und die Erreichung des Sanierungszieles beinflussen.

Positionen im Finanzhaushalt		Haushaltsjahr 2018	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021	Haushaltsjahr 2022
1	Steuern u.ä. (**OHNE**GrSt.B, Gewerbe-, Eink.-, Umsatzsteuer und Sonderschlüsselzuweis.)	1.957.500	1.957.500	1.957.500	1.957.500	1.957.500
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
2	Zuwendungen u.ä. (**OHNE**Schlüsselzuweisungen und KELF)	4.183.366	3.835.011	3.791.243	3.563.243	3.556.243
	Differenz zum Vorjahr		-348.355	-43.768	-228.000	-7.000
3	sonstige Transfereinzahlungen	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300
	Differenz zum Vorjahr		30	0	0	0
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.275.750	7.514.700	7.458.700	7.407.700	7.357.700
	Differenz zum Vorjahr		238.950	-56.000	-51.000	-50.000
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.345.570	1.362.670	1.308.670	1.278.670	1.279.670
	Differenz zum Vorjahr		17.100	-54.000	-30.000	1.000
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140
	Differenz zum Vorjahr		384.932	-70.045	12.414	17.729
7	sonstige Einzahlungen	7.997.640	7.893.038	7.893.148	7.883.138	7.883.138
	Differenz zum Vorjahr		-104.602	110	-10.010	0
8	Zinsen u. sonst. Finanzeinzahlungen	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700
	Differenz zum Vorjahr		-42.300	-1.000	-1.000	-1.000
10	Personalauszahlungen	24.986.516	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485
	Differenz zum Vorjahr		1.028.735	1.182.215	627.163	641.856
11	Versorgungsauszahlungen	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426
	Differenz zum Vorjahr		-151.993	193.544	55.205	56.482
12	Sach- und Dienstleistungen	12.789.750	14.099.011	14.717.509	14.303.390	14.296.836
	Differenz zum Vorjahr		1.309.261	618.498	-414.119	-6.554
13	Zinsen u. sonst. Finanzauszahlungen	4.791.000	4.115.650	3.850.600	3.975.550	4.105.500
	Differenz zum Vorjahr		-675.350	-265.050	124.950	129.950

Formblatt 1: Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt(Nachweis nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

14	Zuwendungen u.ä. (**OHNE**Kreis-, Regionalverb.-, Gewerbesteuer- und FAG-Umlage)	5.005.864	5.422.477	5.431.777	5.380.777	5.170.777
	Differenz zum Vorjahr		416.613	9.300	-51.000	-210.000
15	Soziale Sicherung	0	0	0	0	0
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
16	sonstige Auszahlungen	10.047.912	10.031.172	9.900.641	9.822.255	9.885.266
	Differenz zum Vorjahr		-16.740	-130.531	-78.386	63.011
34a	Rückflüsse von Darlehen	0	0	0	0	0
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
35	Auszahlungen Tilgung Inv. Kredite	2.985.000	3.270.050	3.570.100	3.745.150	3.845.200
	Differenz zum Vorjahr		285.050	300.050	175.050	100.050
Saldo der Differenzen der Ein- und Auszahlungen zum Vorjahr			**-2.049.821**	**-2.132.729**	**-746.459**	**-814.066**

Nachrichtlich:					
Hebesatz Grundsteuer B (2017 = 565%)	605	605	605	605	605
Hebesatz Gewerbesteuer (2017 = 448%)	460	460	460	460	460
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss(+) bei Normalentwicklung	**-4.322.000**	**-3.923.000**	**-3.125.000**	**-2.557.000**	**-1.429.000**
Differenz zum Vorjahr		**399.000**	**798.000**	**568.000**	**1.128.000**

Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**59.021.000**	**62.860.000**	**66.312.000**	**68.161.000**	**70.646.000**
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**24.747.000**	**26.138.000**	**26.660.000**	**27.193.000**	**27.737.000**
Einzahlungen abzüglich Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**34.274.000**	**36.722.000**	**39.652.000**	**40.968.000**	**42.909.000**
Differenz zum Vorjahr		**2.448.000**	**2.930.000**	**1.316.000**	**1.941.000**

Saldo der Differenzen des zahlungsbezogenen Defizits bei Normalentwicklung und der Ein- abzgl. Auszahlungen Normalentwicklung zum Vorjahr (= Haushaltsveränderungen zum Vorjahr, die sich nicht bereits aus der vorgegebenen Normalentwicklung von Steuern, Schlüsselzuweisungen und Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage ergeben).	**-2.049.000**	**-2.132.000**	**-748.000**	**-813.000**

GRAUE Zellen enthalten zum Teil Formeln

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Gemeinde: Völklingen

Erläuterungen zur Defizitentwicklung im Finanzplanungszeitraum
(Bestandteil des Haushaltssanierungsplans/Sanierungshaushaltes/Sanierungsnachweises[1])

Pos. 1: Steuern u.ä. (OHNE GrSt B, GewSt, ESt, USt, Sonderschlüsselzuweisungen)

Die lt. Haushaltssanierungsplan bis 2019 vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer um 45 Prozentpunkte ab 2019 wurde ausgesetzt. Gleiches gilt für die zum 01.01.2019 vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte. Eine Kompensation erfolgt insbesondere durch eine entsprechende Mittelreduzierung bei den Zinsauszahlungen.

Pos. 2: Zuwendungen u.ä. (OHNE Schlüsselzuweisungen und KELF)

Unter dieser Position ist auch in 2019 wieder eine Landeszuweisung aus der Sondermasse Flüchtlingskosten (300.000 €) veranschlagt. Für 2020 ist ebenfalls eine Landeszuweisung aus der Sondermasse Flüchtlingskosten in Höhe von 260.000 € veranschlagt.

Pos. 3: sonstige Transfereinzahlungen

…---

Pos. 4: öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Pos. 5: privatrechtliche Leistungsentgelte

Pos. 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Steigerung ist auf zu erwartende Mehreinnahmen bei den Entgelten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für die Durchführung von Integrationskursen sowie bei den Erstattungen von Miet- und Nebenkosten durch den Regionalverband Saarbrücken zurückzuführen.

Pos. 7: sonstige Einzahlungen

Pos. 8: Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

…---

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Pos. 10: Personalauszahlungen
Bedingt durch den zusätzlichen Personalbedarf sowie die tariflichen Erhöhungen steigen die Personalauszahlungen in 2019 um rd. 1 Mio. €. Gleiches gilt für die weitere Steigerung in 2020 um rd. 1,2 Mio. €.

Pos. 11: Versorgungsauszahlungen
…---

Pos. 12: Sach- und Dienstleistungen
Die Steigerungen bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in 2019 um rd. 1,3 Mio. € resultieren aus einem höheren Aufwand bei der Unterhaltung der baulichen Anlagen einschließlich Außengelände (+ 475.000 €), bei der Reinigung (+ 153.000 €) sowie bei der Ergänzung und Unterhaltung der geringwertigen Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstigen Gebrauchsgegenständen (+ 146.000 €). Auch bei den Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (+ 125.000 €) sowie bei den sonstigen Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 150.000 €) sind signifikante Steigerungen zu verzeichnen. Die erneute Steigerung von 2019 nach 2020 um rd. 0,6 Mio. € resultiert zum Einen aus drei Einzelmaßnahmen (Sanierung Kunstrasenplatz Luisenthal, Abriss altes Feuerwehrgerätehaus Geislautern, Reinigung Fassade Neues Rathaus). Zum Anderen ist ab 2020 die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern bis 1.000 € nicht mehr über den investiven Finanzhaushalt sondern über den Ergebnisplan abzuwickeln.

Pos. 13: Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen
Bereits in 2018 konnten die Liquiditätskredite um 8 Mio. € zurückgeführt werden. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2018 ist auch in 2019 eine weitere Verringerung des Kassenkreditbestandes um bis zu 10 Mio. € vorgesehen. Der Mittelansatz für die Kassenkreditzinsen kann daher um 420.000 € reduziert werden. Auch bei den Investivkrediten kann der Mittelansatz für die Zinsen um rd. 255.000 € reduziert werden. Durch die Umsetzung des Saarlandpaktes werden die Zinsauszahlungen für Kassenkredite ab 2020 weiter zurückgehen.

Pos. 14: Zuwendungen u.ä. (<u>OHNE</u> Kreis-, Regionalverb.-, Gewerbesteuer- und FAG-Umlage)
Die Steigerung resultiert vor allem aus einem höheren Mittelansatz für die Abführung der Müllgebühren an den EZV (+ 200.000 €) sowie der erstmaligen Veranschlagung von Mitteln für die Auszahlung der ÖPNV-Pauschale (+ 143.000 €). Beiden Auszahlungspositionen stehen aber Einzahlungen in gleicher Höhe gegenüber. Weiterhin wurde der Mittelansatz für die Sachkostenzuschüsse an Kitas in freier Trägerschaft um 30.000 € erhöht. Dieser erhöht sich ab 2020 um weitere 100.000 € (wegen Fertigstellung evang. Kita Rheinstraße).

Pos. 15: Soziale Sicherung
…---

Pos. 16: sonstige Auszahlungen

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Pos. 34a: Rückflüsse von Darlehen
…---

Pos. 35: Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten
Die Kredittilgungsleistungen steigen im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich an. Dies ist zum Einen darauf zurückzuführen, dass bei bereits bestehenden Krediten bei gleich bleibender Annuität im Amortisationszeitraum zwar die Zinsbelastung sinkt, die Tilgung aber im gleichen Umfang ansteigt. Zum Anderen sind auch im Finanzplanungszeitraum neue Kreditaufnahmen vorgesehen.

[1] Nicht Zutreffendes bitte streichen

Anlage 5

GRAUE Felder enthalten Formeln
Salden sind mit dem **jeweiligen Vorzeichen** zu versehen, **ansonsten** sind positive Zahlen **ohne Vorzeichen** einzugeben

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Gewerbesteuer	18.000.000 €	20.000.000 €	20.000.000 €	20.000.000 €
abzüglich Gewerbesteuerumlage	2.504.348 €	1.521.740 €	1.521.740 €	1.521.740 €
Gewerbesteuer Netto	**15.495.652 €**	**18.478.260 €**	**18.478.260 €**	**18.478.260 €**
Gewerbesteuer Netto in T€	**15.496**	**18.478**	**18.478**	**18.478**

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Schlüsselzuweisungen	18.634.560 €	17.000.000 €	17.500.000 €	18.000.000 €
zuzüglich Sonderschlüsselzuweisungen	1.687.500 €	1.720.000 €	1.760.000 €	1.850.000 €
abzüglich FAG-Umlage	309.264 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
Schlüsselzuweisungen Netto	**20.012.796 €**	**18.420.000 €**	**18.960.000 €**	**19.550.000 €**
Schlüsselzuweisungen Netto in T€	**20.013**	**18.420**	**18.960**	**19.550**

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit, Zeile 18 FHH	- 2.221.347 €	- 4.185.214 €	- 4.512.623 €	- 5.054.639 €
abzüglich Rückflüsse von Darlehen (ohne Ausleihungen), Zeile 34a FHH	- €	- €	- €	- €
zuzüglich Auszahlungen für die Tilgung von Investitionen, Zeile 35 FHH	3.270.050 €	3.570.100 €	3.745.150 €	3.845.200 €
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) unbereinigt, i.d.R. Zeile 37 FHH	- 5.491.397 €	- 7.755.314 €	- 8.257.773 €	- 8.899.839 €
abzüglich veranschlagte Einzahlungen KELF	1.300.000 €	994.000 €	688.000 €	305.000 €
zuzüglich veranschlagte Auszahlungen KELF	- €	- €	- €	- €
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) nach dem Konsolidierungserlass	**- 6.791.397 €**	**- 8.749.314 €**	**- 8.945.773 €**	**- 9.204.839 €**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) nach dem Konsolidierungserlass in T€	**-6.791**	**-8.749**	**-8.946**	**-9.205**

2019/672-0-001
Beschlussvorlage
öffentlich

Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis zum Jahr 2022

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Finanzmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

1.)
Es wird beschlossen, den Haushaltssanierungsplan bis 2019 wie folgt zu ändern:
- lfd. Nr. 73: Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 460% auf 470% wird ausgesetzt.
- lfd. Nr. 78: Die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zum 01.01.2019 von 605% auf 650% wird ausgesetzt.

2.)
Es wird beschlossen, dem Haushaltssanierungsplan bis 2022 gemäß den beigefügten Anlagen 1 bis 7 zuzustimmen.

Sachverhalt

Auf die bisherigen Erläuterungen wird verwiesen.

Die im Ergebnishaushalt vorgenommenen Änderungen (siehe vorhergehenden Tagesordnungspunkt) bedingen auch eine Änderung der bereits übersandten Anlagen 1 bis 7. Diese sind daher in der aktuellen Fassung noch einmal beigefügt

Anlage/n

- Normalentwicklung 2019 (öffentlich)

- Normalentwicklung 2020 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2021 (öffentlich)
- Normalentwicklung 2022 (öffentlich)
- Formblatt 1 Plausibilisierung (öffentlich)
- Formblatt 3 Erläuterungen Defizitentwicklung (öffentlich)
- Formblatt 5 Berechnungshilfe (öffentlich)

2019

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2019	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.406	-444
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	15.496	14.828	-668
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		470	470
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	12.670	12.247	-423
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	3.910	4.293	383
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	20.013	22.032	2.019
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**60.939**	**62.860**	**1.921**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	27.085	26.138	-948
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**27.085**	**26.138**	**-948**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2019	**-6.811**	**-3.943**	**2.868**
Defizitobergrenze 2019		**-4.353**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**410**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2019

Hebesatz 2017	565
Hebesatz maßgebliches Jahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2019

Hebesatz netto 2017	384,0
Hebesatz netto maßgebliches Jahr	396,0
Ist-Aufkommen	15.496
Grundbetrag	**3.913**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**470**

2020

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2020	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.506	-344
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	16.640	-1.838
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	13.420	13.000	-420
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.010	4.414	404
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	18.420	22.645	4.225
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**63.178**	**66.312**	**3.134**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	29.150	26.660	-2.490
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**29.150**	**26.660**	**-2.490**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2020	**-8.889**	**-3.265**	**5.624**
Defizitobergrenze 2020		**-3.482**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**217**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2020

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2020

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

2021

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2021	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.607	-243
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	17.209	-1.269
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	14.180	13.683	-497
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.100	4.511	411
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	18.960	23.044	4.084
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**64.568**	**68.161**	**3.593**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	29.990	27.193	-2.797
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**29.990**	**27.193**	**-2.797**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2021	**-8.946**	**-2.557**	**6.389**
Defizitobergrenze 2021		**-2.612**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**55**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2021

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2021

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

2022

Stadt/Gemeinde	Völklingen
alle Angaben in T €	
tatsächl. Defizit 2013 (nur nachrichtlich)	*-6.778*
Strukturelles Ausgangsdefizit 2014 unkorrigiert, § 4 Sätze 1 u. 2	**-8.705**
Korrektur des Ausgangsdefizites, § 4 Satz. 3	
Korrigiertes Ausgangsdefizit	**-8.705**
Jährliche Rückführung ab 2015 (1/10)	871
Defizitobergrenze 2015	**-7.835**
Defizitobergrenze 2016	**-6.964**
Defizitobergrenze 2017	**-6.094**
Defizitobergrenze 2018	**-5.223**
Defizitobergrenze 2019	**-4.353**
Defizitobergrenze 2020	**-3.482**
Defizitobergrenze 2021	**-2.612**
Defizitobergrenze 2022	**-1.741**
Defizitobergrenze 2023	**-871**
Defizitobergrenze 2024	**0**

Einzahlungen / Auszahlungen 2022	**Haushaltsplan**	**Normalentwickl. (wird vorgegeben)**	**Differenz**
Grundsteuer B	8.850	8.710	-140
Korrektur Hebesatzgewinne GrStB		585	585
Gewerbesteuer netto	18.478	17.679	-799
Korrektur Hebesatzgewinne GewSt		522	522
Gemeindeanteil an der Einkommenst.	14.950	14.368	-582
Gemeindeanteil an der Umsatzst.	4.200	4.607	407
Schlüsselzuweisungen netto incl. Sonderschlüsselzuweisungen	19.550	24.175	4.625
Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**66.028**	**70.646**	**4.618**
Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage	30.895	27.737	-3.158
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**30.895**	**27.737**	**-3.158**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) 2022	**-9.190**	**-1.414**	**7.776**
Defizitobergrenze 2022		**-1.741**	
Sanierungsziel erreicht (+) bzw. nicht erreicht (-)		**327**	

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Grundsteuer B 2022

Hebesatz 2017	565
Hebesatz Finanzplanungsjahr	605
Ist-Aufkommen	8.850
Grundbetrag	**1.463**
Hebesatz-Veränderung	**40**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Grundsteuer B um den Hebesatz-Gewinn	**585**

Herausrechnung von Hebesatzgewinnen Gewerbesteuer für 2022

Hebesatz netto 2017	413,0
Hebesatz netto Finanzplanungsjahr	425,0
Ist-Aufkommen	18.478
Grundbetrag	**4.348**
Hebesatz-Veränderung	**12,0**
Korr. (Erhöhung) der Normalentwicklung Gewerbesteuer um den Hebesatz-Gewinn	**522**

Formblatt 1: Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt(Nachweis nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Gemeindename: Völklingen	**Plausibilisierung der Defizitentwicklung im Finanzplanungszeitraum (Bestandteil des Haushaltssanierungsplans/Sanierungshaushalts)**

Die Erreichung des Sanierungszieles ergibt sich aus den als Anlage beigefügten Berechnungsblättern für die Haushaltsjahre 2016 - 2020. Die in den einzelnen Berechnungsblättern ggf. enthaltenen Haushaltsverbesserungen infolge der Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer sind originärer Bestandtteil dieses Sanierungsplanes. Nachstehend sind***außerdem***nur die Ansatzveränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr dargestellt, die sich**nicht**bereits aus der vorgegebenen Normalentwicklung von Steuern, Schlüsselzuweisungen und Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage ergeben und die Erreichung des Sanierungszieles beinflussen.

Positionen im Finanzhaushalt		Haushaltsjahr 2018	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021	Haushaltsjahr 2022
1	Steuern u.ä. (**OHNE**GrSt.B, Gewerbe-, Eink.-, Umsatzsteuer und Sonderschlüsselzuweis.)	1.957.500	1.957.500	1.957.500	1.957.500	1.957.500
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
2	Zuwendungen u.ä. (**OHNE**Schlüsselzuweisungen und KELF)	4.183.366	3.869.011	3.825.243	3.563.243	3.556.243
	Differenz zum Vorjahr		-314.355	-43.768	-262.000	-7.000
3	sonstige Transfereinzahlungen	10.270	10.300	10.300	10.300	10.300
	Differenz zum Vorjahr		30	0	0	0
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.275.750	7.514.700	7.458.700	7.407.700	7.357.700
	Differenz zum Vorjahr		238.950	-56.000	-51.000	-50.000
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	1.345.570	1.362.670	1.308.670	1.278.670	1.279.670
	Differenz zum Vorjahr		17.100	-54.000	-30.000	1.000
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.319.110	1.704.042	1.633.997	1.646.411	1.664.140
	Differenz zum Vorjahr		384.932	-70.045	12.414	17.729
7	sonstige Einzahlungen	7.997.640	7.893.038	7.893.148	7.883.138	7.883.138
	Differenz zum Vorjahr		-104.602	110	-10.010	0
8	Zinsen u. sonst. Finanzeinzahlungen	272.000	229.700	228.700	227.700	226.700
	Differenz zum Vorjahr		-42.300	-1.000	-1.000	-1.000
10	Personalauszahlungen	24.986.516	26.015.251	27.197.466	27.824.629	28.466.485
	Differenz zum Vorjahr		1.028.735	1.182.215	627.163	641.856
11	Versorgungsauszahlungen	2.350.188	2.198.195	2.391.739	2.446.944	2.503.426
	Differenz zum Vorjahr		-151.993	193.544	55.205	56.482
12	Sach- und Dienstleistungen	12.789.750	14.099.011	14.817.509	14.166.390	14.134.836
	Differenz zum Vorjahr		1.309.261	718.498	-651.119	-31.554
13	Zinsen u. sonst. Finanzauszahlungen	4.791.000	4.115.650	3.850.600	4.057.550	4.190.500
	Differenz zum Vorjahr		-675.350	-265.050	206.950	132.950

Formblatt 1: Plausibilisierung der Defizitentwicklung Finanzhaushalt(Nachweis nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

14	Zuwendungen u.ä. (**OHNE**Kreis-, Regionalverb.-, Gewerbesteuer- und FAG-Umlage)	5.005.864	5.422.477	5.431.777	5.375.777	5.165.777
	Differenz zum Vorjahr		416.613	9.300	-56.000	-210.000
15	Soziale Sicherung	0	0	0	0	0
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
16	sonstige Auszahlungen	10.047.912	10.085.172	9.974.641	9.812.255	9.875.266
	Differenz zum Vorjahr		37.260	-110.531	-162.386	63.011
34a	Rückflüsse von Darlehen	0	0	0	0	0
	Differenz zum Vorjahr		0	0	0	0
35	Auszahlungen Tilgung Inv. Kredite	2.985.000	3.270.050	3.570.100	3.815.150	3.922.200
	Differenz zum Vorjahr		285.050	300.050	245.050	107.050
Saldo der Differenzen der Ein- und Auszahlungen zum Vorjahr			**-2.069.821**	**-2.252.729**	**-606.459**	**-799.066**

Nachrichtlich:					
Hebesatz Grundsteuer B (2017 = 565%)	605	605	605	605	605
Hebesatz Gewerbesteuer (2017 = 448%)	460	460	460	460	460
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss(+) bei Normalentwicklung	**-4.322.000**	**-3.943.000**	**-3.265.000**	**-2.557.000**	**-1.414.000**
Differenz zum Vorjahr		**379.000**	**678.000**	**708.000**	**1.143.000**

Einzahlungen Normalentwicklung gesamt	**59.021.000**	**62.860.000**	**66.312.000**	**68.161.000**	**70.646.000**
Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**24.747.000**	**26.138.000**	**26.660.000**	**27.193.000**	**27.737.000**
Einzahlungen abzüglich Auszahlungen Normalentwicklung gesamt	**34.274.000**	**36.722.000**	**39.652.000**	**40.968.000**	**42.909.000**
Differenz zum Vorjahr		**2.448.000**	**2.930.000**	**1.316.000**	**1.941.000**

Saldo der Differenzen des zahlungsbezogenen Defizits bei Normalentwicklung und der Ein- abzgl. Auszahlungen Normalentwicklung zum Vorjahr (= Haushaltsveränderungen zum Vorjahr, die sich nicht bereits aus der vorgegebenen Normalentwicklung von Steuern, Schlüsselzuweisungen und Kreis- bzw. Regionalverbandsumlage ergeben).	**-2.069.000**	**-2.252.000**	**-608.000**	**-798.000**

GRAUE Zellen enthalten zum Teil Formeln

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Gemeinde: Völklingen

Erläuterungen zur Defizitentwicklung im Finanzplanungszeitraum
(Bestandteil des Haushaltssanierungsplans/Sanierungshaushaltes/Sanierungsnachweises[1])

Pos. 1: Steuern u.ä. (OHNE GrSt B, GewSt, ESt, USt, Sonderschlüsselzuweisungen)

Die lt. Haushaltssanierungsplan bis 2019 vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer um 45 Prozentpunkte ab 2019 wurde ausgesetzt. Gleiches gilt für die zum 01.01.2019 vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte. Eine Kompensation erfolgt insbesondere durch eine entsprechende Mittelreduzierung bei den Zinsauszahlungen.

Pos. 2: Zuwendungen u.ä. (OHNE Schlüsselzuweisungen und KELF)

Unter dieser Position ist auch in 2019 wieder eine Landeszuweisung aus der Sondermasse Flüchtlingskosten (300.000 €) veranschlagt. Für 2020 ist ebenfalls eine Landeszuweisung aus der Sondermasse Flüchtlingskosten in Höhe von 260.000 € veranschlagt.

Pos. 3: sonstige Transfereinzahlungen

…---

Pos. 4: öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Pos. 5: privatrechtliche Leistungsentgelte

Pos. 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Steigerung ist auf zu erwartende Mehreinnahmen bei den Entgelten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für die Durchführung von Integrationskursen sowie bei den Erstattungen von Miet- und Nebenkosten durch den Regionalverband Saarbrücken zurückzuführen.

Pos. 7: sonstige Einzahlungen

Pos. 8: Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

…---

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Pos. 10: Personalauszahlungen
Bedingt durch den zusätzlichen Personalbedarf sowie die tariflichen Erhöhungen steigen die Personalauszahlungen in 2019 um rd. 1 Mio. €. Gleiches gilt für die weitere Steigerung in 2020 um rd. 1,2 Mio. €.

Pos. 11: Versorgungsauszahlungen
…---

Pos. 12: Sach- und Dienstleistungen
Die Steigerungen bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in 2019 um rd. 1,3 Mio. € resultieren aus einem höheren Aufwand bei der Unterhaltung der baulichen Anlagen einschließlich Außengelände (+ 475.000 €), bei der Reinigung (+ 153.000 €) sowie bei der Ergänzung und Unterhaltung der geringwertigen Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstigen Gebrauchsgegenständen (+ 146.000 €). Auch bei den Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (+ 125.000 €) sowie bei den sonstigen Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 150.000 €) sind signifikante Steigerungen zu verzeichnen. Die erneute Steigerung von 2019 nach 2020 um rd. 0,7 Mio. € resultiert zum Einen aus vier Einzelmaßnahmen (Sanierung Kunstrasenplatz Luisenthal, Abriss altes Feuerwehrgerätehaus Geislautern, Abriss Anwesen Karl-Janssen-Straße 8 mit Giebelsicherung Anwesen Karl-Janssen-Straße 10, Reinigung Fassade Neues Rathaus). Zum Anderen ist ab 2020 die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern bis 1.000 € nicht mehr über den investiven Finanzhaushalt sondern über den Ergebnisplan abzuwickeln.

Pos. 13: Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen
Bereits in 2018 konnten die Liquiditätskredite um 8 Mio. € zurückgeführt werden. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2018 ist auch in 2019 eine weitere Verringerung des Kassenkreditbestandes um bis zu 10 Mio. € vorgesehen. Der Mittelansatz für die Kassenkreditzinsen kann daher um 420.000 € reduziert werden. Auch bei den Investivkrediten kann der Mittelansatz für die Zinsen um rd. 255.000 € reduziert werden. Durch die Umsetzung des Saarlandpaktes werden die Zinsauszahlungen für Kassenkredite ab 2020 weiter zurückgehen.

Pos. 14: Zuwendungen u.ä. (<u>OHNE</u> Kreis-, Regionalverb.-, Gewerbesteuer- und FAG-Umlage)
Die Steigerung resultiert vor allem aus einem höheren Mittelansatz für die Abführung der Müllgebühren an den EZV (+ 200.000 €) sowie der erstmaligen Veranschlagung von Mitteln für die Auszahlung der ÖPNV-Pauschale (+ 143.000 €). Beiden Auszahlungspositionen stehen aber Einzahlungen in gleicher Höhe gegenüber. Weiterhin wurde der Mittelansatz für die Sachkostenzuschüsse an Kitas in freier Trägerschaft um 30.000 € erhöht. Dieser erhöht sich ab 2020 um weitere 100.000 € (wegen Fertigstellung evang. Kita Rheinstraße).

Pos. 15: Soziale Sicherung
…---

Pos. 16: sonstige Auszahlungen

Formblatt 3: Erläuterungen zur Defizitentwicklung (Plausibilisierung nach § 7 Abs. 3 Konsolidierungserlass bzw. § 6 Abs. 3 Ziffer 3 KELFG 2015)

Pos. 34a: Rückflüsse von Darlehen
…---

Pos. 35: Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten
Die Kredittilgungsleistungen steigen im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich an. Dies ist zum Einen darauf zurückzuführen, dass bei bereits bestehenden Krediten bei gleich bleibender Annuität im Amortisationszeitraum zwar die Zinsbelastung sinkt, die Tilgung aber im gleichen Umfang ansteigt. Zum Anderen sind auch im Finanzplanungszeitraum neue Kreditaufnahmen vorgesehen.

[1] Nicht Zutreffendes bitte streichen

Anlage 5

GRAUE Felder enthalten Formeln
Salden sind mit dem **jeweiligen Vorzeichen** zu versehen, **ansonsten** sind positive Zahlen **ohne Vorzeichen** einzugeben

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Gewerbesteuer	18.000.000 €	20.000.000 €	20.000.000 €	20.000.000 €
abzüglich Gewerbesteuerumlage	2.504.348 €	1.521.740 €	1.521.740 €	1.521.740 €
Gewerbesteuer Netto	**15.495.652 €**	**18.478.260 €**	**18.478.260 €**	**18.478.260 €**
Gewerbesteuer Netto in T€	**15.496**	**18.478**	**18.478**	**18.478**

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Schlüsselzuweisungen	18.634.560 €	17.000.000 €	17.500.000 €	18.000.000 €
zuzüglich Sonderschlüsselzuweisungen	1.687.500 €	1.720.000 €	1.760.000 €	1.850.000 €
abzüglich FAG-Umlage	309.264 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
Schlüsselzuweisungen Netto	**20.012.796 €**	**18.420.000 €**	**18.960.000 €**	**19.550.000 €**
Schlüsselzuweisungen Netto in T€	**20.013**	**18.420**	**18.960**	**19.550**

Haushaltsjahr	2019	2020	2021	2022
Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit, Zeile 18 FHH	- 2.241.347 €	- 4.325.214 €	- 4.442.623 €	- 4.962.639 €
abzüglich Rückflüsse von Darlehen (ohne Ausleihungen), Zeile 34a FHH	- €	- €	- €	- €
zuzüglich Auszahlungen für die Tilgung von Investitionen, Zeile 35 FHH	3.270.050 €	3.570.100 €	3.815.150 €	3.922.200 €
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) unbereinigt, i.d.R. Zeile 37 FHH	- 5.511.397 €	- 7.895.314 €	- 8.257.773 €	- 8.884.839 €
abzüglich veranschlagte Einzahlungen KELF	1.300.000 €	994.000 €	688.000 €	305.000 €
zuzüglich veranschlagte Auszahlungen KELF	- €	- €	- €	- €
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) nach dem Konsolidierungserlass	**- 6.811.397 €**	**- 8.889.314 €**	**- 8.945.773 €**	**- 9.189.839 €**
Zahlungsbezogenes Defizit (-) / Überschuss (+) nach dem Konsolidierungserlass in T€	**-6.811**	**-8.889**	**-8.946**	**-9.190**

2019/694
Beschlussvorlage
öffentlich

Verabschiedung einer Resolution

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Verwaltungsleitung	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

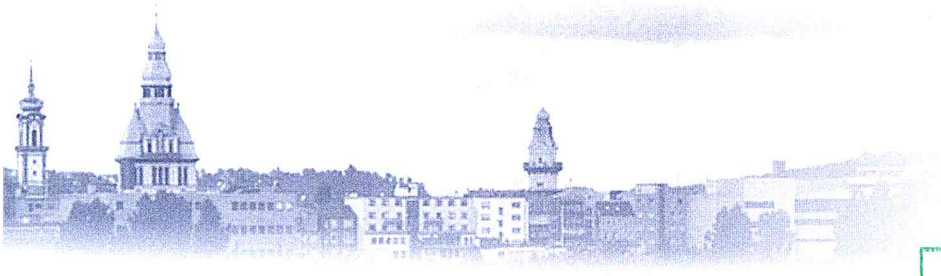
Sachverhalt

Auf das beigefügte Schreiben der SPD-Fraktion vom 25.03.2019 wird verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- Verabschiedung einer Resolution (öffentlich)



SPD Fraktion
im Rat der Stadt Völklingen

SPD Stadtratsfraktion Neues Rathaus 66333 Völklingen

FB 1	FB 2	FB 3	FB 4	FB 5
Büro der Oberbürgermeisterin				
26. März 2019				
weiter an: RS		Kopie an:		

Frau Oberbürgermeisterin
Christiane Blatt
Neues Rathaus

66333 Völklingen

25.03.2019

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion stellt den Antrag folgende Resolution in der nächsten Stadtratssitzung zur Diskussion zu stellen möglicher Weise zu verabschieden,

mit freundlichen Grüßen

Erik Kuhn

Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Fraktion im Rat der Stadt Völklingen

Neues Rathaus
66333 Völklingen
Vorsitzender:
Erik Kuhn

Telefon:
(0 68 98) 13 24 91
Telefax:
(0 68 98) 13 24 73

Internet:
www.spd-voelklingen.de
E-Mail:
fraktion@spd-voelklingen.de

RESOLUTION :

Der Stadtrat Völklingen fordert Geschäftsführung und Chefredaktion der Saarbrücker Zeitung auf, die zum 01.01.2019 in Kraft getretene Konzeption im Lokalteil, der ein Aufgehen des Lokalteiles „Völklingen und der Warndt" in die „Zeitung für den Regionalverband Saarbrücken" zur Folge hatte, insoweit rückgängig zu machen, dass für die Leserinnen und Leser in Völklingen wieder ein eigener Lokalteil erscheint.

Wahlweise wird gefordert, dass in dem Lokalteil für den gesamten Stadtverband mindestens zwei Seiten mit Nachrichten, Berichten und Ankündigungen vorgesehen werden, die deutlich als „Völklinger Seiten" gekennzeichnet sind und die Artikel von und für Völklinger Bürgerinnen und Bürger auf diesen Seiten zusammenfassen.

Zudem wird gefordert, dass die in Völklingen ansässige Lokalredaktion personell so ausgestattet wird, dass sie in der Lage ist, über das gesamte Geschehen in der Stadt umfassend zu berichten und bei wesentlichen Ereignissen für die Berichterstattung persönlich anwesend zu sein.

Begründung:

Viele Völklinger Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere Leserinnen und Leser des Lokalteils der Saarbrücker Zeitung sind seit Jahresbeginn höchst unzufrieden mit der lückenhaften und insgesamt unzureichenden Berichterstattung über das Geschehen in ihrer Stadt. Die Anzahl der Berichte hat sich im Vergleich zu 2018 stark reduziert, zudem erscheinen diese Berichte auf ein Minimum gekürzt. Vereine, Parteien und sonstige Organisationen beklagen, dass an die Redaktion gesandte Artikel überhaupt nicht erscheinen. Ein klares Konzept, nach welchen Kriterien die Lokalredaktion Regionalverband über eine Veröffentlichung entscheidet, ist nicht erkennbar. Zudem beklagen viele Leserinnen und Leser, dass sie Artikel und Veranstaltungsankündigungen über und für Völklingen mühsam und über die gesamten Seiten des Lokalteils suchen müssen. Im Übrigen ist es für uns unverständlich, dass nach Zusammenlegung von vormals vier Lokalredaktionen dem Lokalteil nicht mehr Seiten zur Verfügung stehen als zuvor für jeden einzelnen. Schon daran ist deutlich erkennbar, dass die Zusammenlegung zu einer Verringerung der Berichterstattung geführt hat. Das reduzierte Platzangebot bedingt somit das Kürzen in der Themenbehandlung sowie das Zurückweisen zugesandter Artikel.

Die Reaktion der Völklinger Bürgerinnen und Bürger (Leserinnen und Leser) auf diese Kritik, soweit sie in den „social media" transportiert wurde, zeigt, dass sich die Saarbrücker Zeitung mit ihrer „Neuorganisation" nicht mehr an den Kundenwünschen orientiert. Aus diesem Grund fordert der Stadtrat Völklingen die Saarbrücker Zeitung auf, ihre Neukonzeption des Lokalteils zu überdenken und im Sinne dieser Resolution zu ändern.

2019/696
Beschlussvorlage
öffentlich

Vergabe von Mitteln aus dem Sparkassenüberschuss

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Verwaltungsmanagement	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

Sachverhalt

Auf das beigefügte Schreiben der SPD-Fraktion wird verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- Vergabe von Mitteln aus dem Sparkassenüberschuss (öffentlich)

An die
Oberbürgermeisterin der
Mittelstadt Völklingen
Frau Christiane Blatt
Neues Rathaus

66333 Völklingen

Sehr geehrte Frau Blatt,

die SPD-Fraktion beantragt gemäß KSVG für den nächsten Hauptausschuss die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Vergabe von Mitteln aus dem Sparkassenüberschuss

Begründung: In der letzten Sitzung des Hauptausschusses wurde der HH 2019/2020 von Herrn Groß vorgestellt. In seinen Ausführungen wurde darauf hingewiesen, dass für das Projekt der Kunstschule Kassiopeia noch keine Mittel im Haushalt veranschlagt sind.

Da es sich hierbei um Projekte in Völklingen handelt, sind wir der Auffassung, dass für die Jahre 2019 und 2020 der erforderliche Betrag über die noch zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Sparkassenüberschuss bereit gestellt werden sollte.

Mit freundlichem Gruß

- Erik Kuhn -

2019/699
Beschlussvorlage
öffentlich

Anerkennung von Zeitkarten und Semestertickets auf den Nachtbuslinien

Organisationseinheit:	*Beteiligt:*
Steuerungsunterstützung	

Beratungsfolge	*Ö / N*
Hauptausschuss (Vorberatung)	N
Stadtrat (Entscheidung)	Ö

Beschlussentwurf

Der Umsetzung der tariflichen Anerkennung der saarVV-Zeitkarten und des Semestertickets auf den Nachtbuslinien zu einem saarlandweit einheitlichen Termin innerhalb der 2. Jahreshälfte 2019 wird zugestimmt.

Sachverhalt

Die Nachtbuslinien im Regionalverband Saarbrücken liegen im Zuständigkeitsbereich der drei Aufgabenträger Landeshauptstadt Saarbrücken, ZPRS und Stadt Völklingen. Die Federführung liegt beim ZPRS (Zweckverband öffentlicher Personennahverkehr auf dem Gebiet des Regionalverbandes Saarbrücken). Die Stadt Völklingen zahlt den auf sie entfallenen Anteil der Kosten an den ZPRS (ca. 19.000 Euro jährlich). Für die Nachtbuslinien wird derzeit ein eigener Haustarif angewendet. Durch die Anerkennung der Zeitkarten und des Semestertickets entsteht daher ein Einnahmeausfall, der für Völklingen mit ca. 1.100 Euro geschätzt wird.

Ergänzende Info:
Im Bereich des Aufgabenträgers Stadt Völklingen fahren ergänzend Nacht-Taxis. Diese Kosten werden durch die VVB getragen. Auf diesen Linien wird bereits der saarVV-Tarif angewandt, so dass auch Zeitkarten und Semestertickets gelten.

Finanzielle Auswirkungen

Mehrkosten pro Jahr ca. 1.100 Euro. Die Zahlung kann aus den vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln der ÖPNV-Pauschale bezahlt werden.

Anlage/n

- 190319 Brief an ZPRS Mitglieder_Anerkennung Zeitkarten_Semestert … (nichtöffentlich)